Kriegspolitische Einzelschriften

Heft 22

geh. M 3.50
geb. M 5.50

Ungarn und wir

von

Dr. Julius Bunzel



Berlin
C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung
Gegr. 1729



Kriegspolitische Einzelschriften

Heft 22

Ungarn und wir

von

Dr. Julius Bunzel



Berlin 1918
C. A. Schwetschke & Sohn, Verlagsbuchhandlung
Gegr. 1729
Auslieferung für den österreichischen und ungarischen Buchhandel:
Leuschner & Lubensky's k. k. Universitätsbuchhandlung, Graz

Dem Andenken meines bei der Verteidigung
der Grenzen Ungarns vor dem Feinde gefallenen
Neffen

Dr. Harry Bunzel

Fähnrichs des k. u. k. 5. Dragoner-Regimentes, Inhabers
der Goldenen Tapferkeitsmedaille und der Silbernen
Tapferkeitsmedaille I. Klasse mit der Spange.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Hans Wertschnigg Graz Kaiserfeldg. 19.

Wir können dem Vaterlande auf gleiche Weise nicht dienen, sondern jeder tut sein Bestes, je nachdem Gott es ihm gegeben hat.

(Goethe.)

Eine Darstellung der ungarisch-deutschen Beziehungen kann — selbst wenn sie sich noch so ängstlich an die Tatsachen hält und noch so vorsichtig jedes Urteil vermeidet — gegenwärtig dem Schicksale nicht entgehen, in den Streit der Tagesmeinungen hineingezogen zu werden. Gleichwohl ist eine ruhige Betrachtung dieser Beziehungen gerade jetzt sehr am Platze. Denn gerade in diesen Tagen, in denen ein fester Bund zwischen Deutschtum und Magyarentum geschlossen werden soll, ist nichts notwendiger als die klare Erkenntnis dessen, was war und was ist. Das große gemeinsame Erlebnis dieses ungeheueren Krieges, der gegenwärtig durch die Welt braust, hat manches alte Mißverständnis beseitigt, manche alten Irrtümer aufgedeckt. Man darf nun offen über sie sprechen und muß es tun, will man vermeiden, daß sie wiederkehren und in naher Zukunft neuerlich das Einvernehmen trüben und gefährden, das jetzt so verheißungsvoll angebahnt wird. In großen Zeiten ist für kleine Empfindeleien kein Raum. Nicht hastig, unter dem Eindrucke begeisterter Festreden, mit männlicher Besonnenheit, auf Grund kühler Erwägung des Tatsächlichen muß die Brücke geschlagen werden, die für alle Zeiten zum Segen späterer Geschlechter den deutschen mit dem östlichen Kulturkreis verbinden soll.

I.

Die ersten näheren Berührungen zwischen Deutschen und Magyaren waren feindlicher Natur. Denn kaum hatten sich die Magyaren (um 900) in der wenig bevölkerten Tiefebene zu beiden Seiten der Theiß festgesetzt, als sie auch schon Raubzüge nach Deutschland zu unternehmen begannen. Die inneren Verhältnisse im Deutschen Reiche waren damals diesem Unternehmen sehr günstig. Denn in jenen Tagen herrschte dort ein Kind von nicht einmal sieben Jahren; die Königsgewalt war völlig lahm gelegt und die Widerstandskraft der einzelnen, auf sich angewiesenen Stämme nur gering. So gelang es den Magyaren leicht, bis über die Enns vorzudringen. An einem einzigen Tage sollen sie ein Gebiet von 10 Meilen in der Länge und Breite mit Feuer und Schwert verwüstet haben, „homines et vetulas matronas penitus occidendo iuvenculas tamtum ut iumenta pro libidine exercenda secum trahentes". Dieser leichte Erfolg machte sie schnell verwegener. Schon im Frühjahre 901 folgte ein Einfall nach Kärnten, und nach dem Sommer 907 wiederholten sich die Raubzüge in die verschiedenen Teile Deutschlands fast alljährlich. Sachsen und Thüringen, Schwaben und Bayern wurden heimgesucht, ja 917 drangen die Scharen bereits über den Rhein bis ins Elsaß und nach Lothringen vor, wobei sie Basel zerstörten. „Es schien, als sollte die abendländische christliche Kultur durch die von allen Seiten eindringenden barbarischen Horden vernichtet werden."

Erst nach etwa zwei Jahrzehnten wurde hier Wandel geschaffen Im Jahre 933 schlug Heinrich von Sachsen die Magyaren entscheidend, und bald darauf bereitete ihnen sein Sohn Otto eine Niederlage nach der anderen, bis 955 die Schlacht am Lechfelde ihren Raubzügen für immer ein Ende setzte. Nun war durch das deutsche Schwert der westlichen Kultur der Weg nach Ungarn geebnet. Die Besiegten

mußten sich dem Einflusse der Sieger beugen, wollten sie nicht das Los der Avaren teilen und völlig vernichtet werden. Hatten sie sich vorher lieber östlichen Kultureinflüssen zugänglich erwiesen, waren ihnen selbst die Lehren des Christentums bisher von Konstantinopel aus vermittelt worden, so wandte sich ihr Großfürst Geisa jetzt Deutschland und der deutschen Kirche zu.

Der Adel freilich widerstrebte der deutschen Kultur auch jetzt noch. Geisas Sohn, Stephan I., der sie zu verbreiten suchte, hatte gleich nach seinem Regierungsantritte einen Aufstand der nationalen Partei zu bekämpfen. Er konnte ihn nur mit Hilfe der Deutschen, die er ins Land gerufen hatte, bezwingen, nur mit ihrer Hilfe auch sich die einzelnen Stammesfürsten unterwerfen, ein einheitliches ungarisches Reich gründen und darin geordnete staatliche Verhältnisse schaffen. Das neue Reich trug daher völlig das Gepräge deutschen Geistes. Nach deutscher Sitte lebte der Hof, nach deutschem Muster wurde die Verfassung eingerichtet, nach deutschen Gesetzen die Verwaltung geregelt. Auch die geistlichen Vorschriften schlossen sich genau den Synodalbeschlüssen des fränkischen Reiches an, und selbst die privatrechtlichen Bestimmungen wurden (häufig fast wörtlich) deutschen Volksrechten, Kapitularien dnd Konzilienbeschlüssen entnommen. Ungarn verdankt den Deutschen so nicht nur seine politische Einheit, sondern auch die Grundlagen seiner staatlichen Organisation.

Es ist daher begreiflich, das Stephan immer mehr Deutsche nach Ungarn zu ziehen suchte. Als Hofleute, Krieger, Geistliche und Beamte sollten sie ihn bei seinen Kulturwerken unterstützen. Doch auch deutsche Bauern wurden auf den großen Gütern des Königs, wie auf den Besitzungen des Adels und der Geistlichen angesiedelt, um landwirtschaftliche Kenntnisse in dem nur spärlich bebauten Lande zu verbreiten.

Immer wieder aber hatten die ungarischen Herrscher bei solchen Bestrebungen mit dem Widerstande des nationalheidnischen Adels zu rechnen. Stephan selbst mußte sein Lebenswerk noch zweimal mit dem Schwerte in der Hand gegen aufrührerische Adelige verteidigen, und sein Nachfolger Peter, der gleich ihm die Deutschen bevorzugte, wurde von der Adelspartei gar aus dem Lande gejagt. Die ungarischen Großen wählten einen der ihren zum Könige und stürzten sich dann auf die schutzlos zurückgebliebenen Deutschen. „Entsetzlich war das Los, welches diese traf. Scharenweise wurden sie hingewürgt.“ Auch die „Kirchen und Klöster wurden zerstört, Bischöfe,

Weltgeistliche und Mönche getötet, Tausende der Gläubigen erwürgt."

Peters Nachfolger, Andreas, sah indessen selbst ein, daß der Fortbestand Ungarns nur auf der Grundlage der westlichen Kultur und der staatlichen Ordnung möglich sei. Er ordnete daher bald wieder die Abschaffung der neuerlich eingeführten heidnischen Gebräuche und die Wiedereinführung des Christentums und der Gesetze Stephans I. an. Allein sofort empörte sich der ungarische Adel nun auch gegen ihn. An die Rückkehr zum Heidentum dachten jetzt freilich auch die ungarischen Großen nicht mehr. Westliche, vor allem deutsche Kultureinflüsse wollten sie jedoch gleichfalls nicht die Oberhand gewinnen lassen. So suchten sie denn Anlehnung an das östliche, griechische Christentum. 1072 erhielt Geisa II., den sie später zu ihrem Könige wählten, vom oströmischen Kaiser Michael Dukas ein goldenes Diadem, das als ein Zeichen für die Hinneigung Ungarns zu östlicher Kultur gelten kann und heute noch einen Bestandteil der Krone Ungarns bildet.

Fast zwei Jahrhunderte überwog nun der oströmische Einfluß. Immerhin gab es auch zu jener Zeit viele Deutsche in Ungarn. Sie standen meist im Heeresdienste, bildeten hier des Königs Leibschar, und waren so die Stütze des Thrones gegen den stets zu Aufstand und Aufruhr geneigten, machthungrigen ungarischen Adel. Ja ein Chronist schrieb diesen deutschen Söldnern geradezu die Waffentüchtigkeit Ungarns zu — sicher nicht mit Unrecht, da das nationale ungarische Heer noch um die Mitte des 14. Jahrhunderts hauptsächlich aus leichten Reitern bestand, die nur mit Pfeil und Bogen und einem langen Säbel bewaffnet waren. Daher siedelten die Könige gern deutsche Krieger auf ihren Gütern an, und um die Mitte des 12. Jahrhunderts entschloß sich Geisa II. sogar zu einer planmäßigen Besiedlung mit Deutschen in größerem Umfange. „Ad retinendam coronam" rief er Deutsche in die am spärlichsten bewohnten Teile Siebenbürgens.

Allein dies erregte wieder großen Mißmut im Reiche. Geisas eigene Brüder verbündeten sich mit dem oströmischen Kaiser wider ihn, und als er (1161) starb, machte sich der byzantinische Einfluß immer stärker geltend. Auch Andreas II. stieß, als er zu Beginn des 13. Jahrhunderts die Deutschen zu begünstigen suchte, bald auf den Widerstand des Adels. Während er sich auf einem Zuge gegen Rot-Rußland befand, wurde seine Gemahlin, eine deutsche Prinzessin, die man für die Stütze der deutschen Partei am Hofe hielt, er-

mordet, und Andreas mußte versprechen, den deutschen „Gästen“ künftig keine Würde zu übertragen, ohne seinen, aus einheimischen Adeligen bestehenden Rat zu befragen.

Gleichwohl nahm die Zahl der Deutschen im Lande immer mehr zu. Sie wohnten nun nicht nur im südlichen Siebenbürgen wohin sie Geisa II. gerufen hatte. Auch im nördlichen Siebenbürgen (um Bistritz) sowie in Nordungarn (namentlich in der Zips) siedelten sie sich in großer Anzahl an, und im nordwestlichen Ungarn (gegen Mähren) fand ein Geschichtschreiber in jenen Tagen „in den Dörfern und Städten fast lauter Deutsche“. Auch der ungarische Adel zog gerne Nutzen aus den wirtschaftlichen Vorteilen, die nun deutscher Fleiß und deutsche Betriebsamkeit dem Lande brachten. Wurden doch bereits zu Ende des 12. Jahrhunderts die Abgaben der deutschen „Gäste“ auf den 11. Teil der Gesamteinnahme des Königs geschätzt. Allein politischen Einfluß wollten ihnen die ungarischen Großen trotzdem nicht zugestehen. Denn eine Stärkung des deutschen Einflusses im Lande hätte zur Kräftigung der königlichen Gewalt sowie zur Festigung der staatlichen Ordnung geführt, und beides widersprach den Interessen der „kampfgewandten und unersättlichen Oligarchen.“

Nachdem indessen 1241 — als Folge der nach Osten gewandten Politik Ungarns — die Mongolen in das Land gekommen waren und es in wenigen Monaten fast völlig zur Wüste verwandelt hatten, konnte doch wieder nur eine Massenansiedlung deutscher Bürger und Bauern Ungarn zu neuem Leben erwecken Mehrere Menschenalter dauerte nun die Einwanderung aus Deutschland fort, so daß sich im 14. Jahrhundert bereits eine fast zusammenhängende Kette deutscher Siedlungen längs des Südabhanges der Karpathen von der mährischen Grenze bis in den Norden von Siebenbürgen zog. Auch eine große Anzahl neuer Städte entstand so in dem verödeten Lande, und der Bürgerstand, der sich hier bildete und Ungarn zu frischer Blüte verhalf, bestand fast nur aus Deutschen. Wieder, wie unter Stephan I., hatte deutsche Schaffenskraft das Reich auf sichere Grundlagen gestellt.

Trotzdem dauerte der Widerstand der ungarischen Machthaber gegen deutsche Einflüsse an. Ängstlich strebte man, ihre Ausbreitung im Lande zu hindern, ängstlicher noch verschloß man die Grenzen des Landes vor ihnen. Es blieb vergeblich, daß die Könige sie nach Möglichkeit zu fördern suchten, daß selbst Ladislaus IV. — obwohl

er als Sohn einer Kumanin deutliche Neigungen zu orientalischen Sitten und Einrichtungen bewies — ein Bündnis mit Rudolf von Habsburg schloß, daß sich sein Nachfolger Andreas III. sogar mit einer österreichischen Prinzessin vermählte. Als dann Andreas kinderlos starb, wählten die ungarischen Großen doch erst Wenzel von Böhmen und dann Karl Robert von Sizilien, den Eidam des polnischen Königs Wladislaw, zu ihrem Könige, nur damit keiner der deutschen Anwärter den ungarischen Thron besteige. Allein schon Karl Roberts Sohn, Ludwig der Große, vermählte seine Tochter wieder mit einem deutschen Prinzen, mit Sigismund von Brandenburg, dem auch endlich — nach heftigen Kämpfen gegen den widerstrebenden nationalen Adel — die Krone Ungarns zufiel. Doch bald empörten sich die ungarischen Großen wieder gegen ihn und riefen sogar die Türken zu Hilfe, die rasch in Ungarn eindrangen, das ganze Gebiet zwischen Save uud Donau mit Raub, Mord und Brand heimsuchten und zahlreiche Bewohner in die Sklaverei schleppten. Die Abneigung gegen die Deutschen hatte sich — wie noch später oft — als so stark erwiesen, daß die meisten lieber den Türken als jenen untertan sein wollten. Erst als der Brandenburger mit Hilfe Albrechts von Österreich die Türken wieder aus dem Lande getrieben hatte, erkannten die ungarischen Stände Albrecht als seinen Nachfolger an.

So kam zum erstenmal ein deutscher Habsburger auf Ungarns Thron. Er hatte von allem Anfange an mit der Mißgunst der Großen im Lande zu kämpfen. Sie lehnten sogar sein Anerbieten, die deutschen Fürsten gegen die Türken zu Hilfe zu rufen, ab, da sie allein stark genug wären, ließen ihn dann aber, als es zum Kriege kam, schmählich im Stich, so daß die Türken Semendria wieder erobern konnten. Als Albrecht dann nach kaum zweijähriger Regierung starb, wählten die Städte — ohne auf die Rechte seiner Witwe Rücksicht zu nehmen — sogleich wieder einen Nichtdeutschen (den Polen Wladislaw) zum König und kümmerten sich auch nach dessen baldigem Tode nicht viel um Albrechts nachgeborenen Sohn Ladislaus, der unterdessen von seinem Vormunde, dem Könige Friedrich, in Wien erzogen worden war. Der Adel ernannte vielmehr einen aus seiner Mitte, Johann Hunyady, zum „Gubernator Hungariae", und als dann Ladislaus schließlich doch zur Regierung kam, wurde zunächst sein Vertrauter, der Graf von Cilli, meuchlings ermordet. Er selbst starb nach kaum fünfjähriger Regierung. König von Ungarn aber wurde — dank des Druckes, den die nationale Partei bei der Wahl

ausübte — Johann Hunyadys Sohn Mathias. Wohl erkannte auch dieser — der den Ungarn als ihr größter König nach Stephan dem Heiligen erschien — daß nur ein enger Anschluß an den deutschen Westen Ungarn eine glückliche Zukunft gewährleisten könne. Er schloß daher bald mit Friedrich einen Erbfolgevertrag, nach dem ihm — wenn er sterben sollte, ohne einen Sohn zu hinterlassen — Friedrich oder einer von dessen Söhnen auf den ungarischen Thron folgen sollte. Allein die Abneigung der ungarischen Großen gegen kraftvolle deutsche Fürsten erwies sich als allzu mächtig. Sie wählten trotz dieses Erbfolgevertrages den schwachen Böhmenkönig Wladislaw zu ihrem Herrn. Als daraufhin Friedrichs Sohn, Maximilian, mit einem großen Heere in Ungarn eindrang, erhielt er freilich viel offene und noch mehr geheime Huldigungen. Sobald ihn aber seine Söldner im Stiche ließen, weil er sie nicht bezahlen konnte, zogen sich auch jene ungarischen Großen, die ihm gehuldigt hatten, wieder von ihm zurück. Max mußte sich nach Österreich zurückziehen und 1491 in Preßburg mit Wladislaw einen Frieden schließen, durch den dieser und seine Erben im Besitze Ungarns blieben. Erst wenn Wladislaw ohne Sohn, oder dieser ohne männliche Nachkommen sterben würden, sollte Ungarn „ipso facto“ an Max oder dessen Erben fallen.

Diese Zusicherung der Thronfolge an die deutschen Habsburger rief in Ungarn einen Sturm der Entrüstung hervor. Die ungarischen Bevollmächtigten wurden geradezu als Verräter bezeichnet. Erst 1492 wurde der Erbfolgeartikel vom Reichstage „öffentlich und feierlich angenommen“ und von einzelnen Mitgliedern des Reichstages „in Gegenwart der Gesandten des römischen Königs beschworen“. Man scheint indessen auch damals nicht ernstlich daran gedacht zu haben, sich an die Thronfolgebestimmungen zu halten. Denn schon 1505 erklärten die Stämme einstimmig, daß sie nie einen Ausländer, sondern nur einen Ungarn zum Könige wählen und jedem fremden Fürsten, der dieses Reich oder einen Teil davon an sich reißen wollte, einhellig Widerstand leisten würden.

Als daher 1526 Wladislaws Sohn Ludwig im Kampfe gegen die Türken gefallen war, ohne einen Sohn zu hinterlassen, überwog bei der Königswahl die Abneigung gegen die „Fremden“ abermals alle anderen Rücksichten. Man rief den Woiwoden von Siebenbürgen, Zapolya, zum König aus, obwohl er einen großen Teil der Schuld an der vernichtenden Niederlage trug, die Ungarn eben erlitten hatte. Vergebens suchte der Paladin Bathory die ungarischen Großen davon zu überzeugen, daß — wenn je — Ungarn jetzt einen

mächtigen Herrscher brauche, der imstande wäre, die verlorenen Grenzfestungen wiederzugewinnen und einen neuen Angriff der Türken abzuwehren. Vergebens suchte er ihnen klarzumachen, daß es unter den benachbarten Fürsten keinen gebe, der die Macht dazu hätte, außer Ferdinand von Österreich. Die Ungarn sahen in diesem die Herrschaft der Deutschen verkörpert, die ihnen immer wieder schrecklicher schien, als selbst die der Türken, und der sie daher um jeden Preis zu entrinnen suchten.

So mußte Ferdinand mit den Waffen in der Hand das Land erobern, das ihm durch Erbvertrag zugefallen war. Erst als Zapolya und sein Heer nach kurzem Kampfe besiegt waren, konnte er sich die Krone des heiligen Stephan aufs Haupt setzen lassen. Deutsche Waffen mußten erst die Macht des ungarischen Adels brechen, ehe die Habsburger versuchen konnten, westeuropäischen Einflüssen in Ungarn zum Siege zu verhelfen und den Bestand des ungarischen Staates gegen die von Osten drohenden Gefahren zu sichern.

Fast ebenso heftig wie gegen die deutschen Herrscher hatten sich die ungarischen Machthaber gegen jede Kräftigung des Einflusses der deutschen Ansiedler im Lande gewehrt. Schon 1438 war es in der damals fast ganz deutschen Stadt Ofen zu lebhaften Unruhen gegen die Deutschen gekommen. Mehrere deutsche Bürger waren getötet, die Häuser deutscher Kaufleute geplündert worden. Als dann 1521 Ludwig II. die deutsche Prinzessin Marie geheiratet hatte und mit dieser eine Anzahl Deutscher an den ungarischen Hof gekommen war, trat die Abneigung gegen alles Deutsche noch schärfer hervor. Selbst das Luthertum, das deutsche Kaufleute unter ihren Stammesgenossen im Lande verbreitet hatten, war nun — als deutscher Glaube — schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt. 1523 beschloß der Reichstag, daß alle Lutheraner mit dem Tode bestraft und ihre Güter eingezogen werden sollten, und 1525 wurde verfügt, man solle sie, wo man ihrer habhaft werden würde, verbrennen.

Die Deutschen hatten sich freilich beim Adel schon dadurch sehr mißliebig gemacht, daß sie — nach wie vor — die sicherste Stütze der vom Adel heftig bekämpften königlichen Gewalt geblieben waren. Sie hatten den Königen ihre starken wirtschaftlichen Kräfte bereitwilligst für staatliche Zwecke zur Verfügung gestellt und waren auch sonst jederzeit für die durch die Unbotmäßigkeit und die Parteikämpfe des Adels arg gefährdete staatliche Ordnung eingetreten. Es war daher begreiflich, daß alle tatkräftigen Herrscher die Deutschen, vor

allem aber das deutsche Bürgertum und Städtewesen nach Kräften zu fördern suchten. Ludwig der Große verlieh Ofen, Güns, Eperjes, Preßburg und anderen deutschen Städten eigene Gerichtsbarkeit und Handelsfreiheit, und bald darauf berief Sigismund Vertreter dieser Städte sogar in den Reichstag, wo sie ein Gegengewicht gegen den Adel bilden sollten. Sie konnten jetzt ihr Deutschtum so gut bewahren, daß noch um die Mitte des 15. Jahrhunderts der Huldigungseid für alle Städte in deutscher Sprache abgefaßt war.

Als dann jedoch in den Wirren der späteren Jahrzehnte die Krone Ungarns in die Hände schwacher Herrscher geriet und eine Zeit willkürlichster Magnatenherrschaft begann, kam die Abneigung des Adels gegen das Deutschtum um so stärker zur Geltung. Namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht wurden die Deutschen nun hart bedrängt. Von den einträglichen Ämtern waren sie seit jeher nach Möglichkeit ausgeschlossen worden. Schon zu Ende des 13. Jahrhunderts hatte Andreas III. geloben müssen, kein Amt und keine Burg einem Ausländer, Helden oder Unadeligen zu übertragen. Nun beraubte man auch die deutschen Bauern ihrer mit vieler Mühsal bebauten Güter und die deutschen Bürger der ihnen feierlich zuerkannten Rechte. Maut, Handels- und Bergrechte wurden zuungunsten der Adeligen abgeändert, schließlich sogar alle den „Fremden" ausgestellten Schuldverschreibungen für ungültig erklärt.

Dabei wurden die Lasten der „Fremden" stetig vermehrt. Während die weltlichen und geistlichen Großen abgabenfrei blieben, wurden unter Wladislav den Städten und den Siebenbürger Sachsen neue Steuern nach willkürlichen Ansätzen auferlegt, und unter Ludwig II. wurde kurzerhand beschlossen, die deutschen Hofleute und Unternehmer (besonders die Fugger) zu vertreiben und ihr Vermögen einzuziehen.

Auch als mit Ferdinand die deutschen Habsburger auf den ungarischen Thron kamen, besserte sich die Lage der Deutschen keineswegs. Die Vorliebe des Magyarentums für den Osten trat vielmehr nun noch viel deutlicher zutage. Die Beziehungen zwischen den Magyaren und den Türken, die damals zum Kampfe gegen die westliche Kultur rüsteten, wurden immer inniger. Gleich nach dem Tode Ludwigs II. unterwarf sich der Führer der nationalen Adelspartei, Johann Zapolya, dem Sultan und erhielt aus dessen Händen die Krone des heiligen Stephan. Ebenso genoß Zapolyas Sohn den Schutz des Sultans und durfte Siebenbürgen sowie Ungarn jenseits der Theiß als türkisches Sandschak beherrschen. Das übrige

Ungarn wurde von Ofen aus durch einen türkischen Pascha verwaltet. Nur ein kleiner Landstreifen blieb in der Gewalt der Habsburger.

Fast zwei Jahrhunderte hielten so die Türken einen großen Teil des Landes besetzt, stets bereit, weiter gegen den Westen vorzudringen. Als Ausfallstor der Türken, nicht als Schutzwall gegen sie, mußte Ungarn in jenen Tagen gelten, zumal der ungarische Adel selbst in jenen Landesteilen, die noch frei von der Türkenherrschaft geblieben waren, unaufhörlich Empörungen anzettelte und den Sultan auch dorthin gegen die „Herrschaft der Deutschen" zu Hilfe rief: So 1588 unter dem siebenbürgischen Fürsten Sigmund Báthory, so 1604 unter Stephan Bocskai, 1613 unter Bethlen Gabor, 1648 unter Georg Rákóczy, 1665 unter Wesselényi, Zrinyi und Nádasdy und 1682 unter Tököly. Mit Recht sprach darum damals ein zeitgenössischer Geschichtsforscher von dem „angeborenen Haß gegen den deutschen Namen", der in Ungarn allgemein verbreitet war.

Selbst als durch die glänzenden Siege Prinz Eugens den Türken fast ganz Ungarn entrissen worden war, wurden die Beziehungen zwischen dem ungarischen Adel und den Türken nicht gelöst. Noch 1737 befand sich der Sohn des ungarischen Nationalhelden Franz Rákóczy im türkischen Heere, das gegen Karl VI. zu Felde zog. Während die niederösterreichischen Stände in der Türkennot die Schätze der Kirchen und Klöster vermünzten, während Polen und Venedig sich dem Kaiser anschloß, während später selbst aus dem fernen Spanien Freiwillige unter die kaiserlichen Fahnen eilten, und sogar die Jugend des deutschfeindlichen französichen Hofadels — trotz des Verbotes Ludwigs XIV. — in das kaiserliche Heer eintrat, erschöpften sich die ungarischen Stände in Klagen gegen das deutsche Kriegsvolk und über die Besetzung ungarischer Plätze mit deutschen Truppen, während sie selbst dem Könige kaum ein paar tausend Mann gegen den Feind zur Verfügung stellten, der im Lande stand. Die überwiegende Mehrzahl des ungarischen Adels fand sich vielmehr stets im Lager der den Türken verbündeten Aufrührer. Bei diesen war jederzeit das Herz der Nation. Man darf daher nicht daran zweifeln: Im Kampfe zwischen Osten und Westen hatten sich die herrschenden Klassen Ungarns in den Jahrhunderten der Türkenkriege auf die Seite des Ostens gestellt.

Als aber unter Ludwig XIV. das Weltmachtstreben des absoluten Königtums in Frankreich die Grenzen Deutschlands bedrohte,

fanden sich die Ungarn auch sogleich bereit, einen Bund mit den westlichen Feinden des Deutschtums zu knüpfen. Durch den französichen Botschafter in Wien suchte 1665 die Adelsverschwörung der Wesselényi, Nádasdy und Zrinyi die Unterstützung Frankreichs zu erlangen und nicht lange darauf (1677) schloß der französische Gesandte in Polen im Namen seines Königs mit den Aufständischen unter Michael Teleky und dem Fürsten Apafi von Siebenbürgen ein förmliches Bündnis gegen den Kaiser. Auch Tököly erfreute sich noch der Unterstützung Ludwigs XIV., und ebenso erhielt Franz Rákóczy namhafte Hilfsgelder von dem Sonnenkönig. Allein so innig wie zu den Türken konnten die Beziehungen des ungarischen Adels zu Frankreich schon aus geographischen Gründen nie werden. Die festeste Stütze im Kampfe gegen das Deutschtum suchten und fanden die Ungarn damals bei ihren östlichen Nachbarn.

Denn die Türken kämpften nicht bloß gegen die deutschen Herrscher, die Ungarn für sich beanspruchten, sie vernichteten auch das Deutschtum fast völlig, das sich in Ungarn selbst so mühsam und doch so verheißungsvoll entwickelt hatte. Waren doch während der Türkenherrschaft alle Bande der Ordnung gelöst, und so den Deutschen ihre Erwerbstätigkeit, die nur in einem geordneten Staatswesen gedeihen konnte, unmöglich gemacht. So verließen sie denn in Scharen das der Verwahrlosung preisgegebene Land. Einst blühende deutsche Städte wurden zu schmutzigen Dörfern. „Es ist sehr zu bedauern," schrieb 1573 ein Reisender, der durch Ofen fuhr, „daß diese schöne Stadt zum Schweinestalle, zur Hundehütte geworden ist."

Und was der Krieg, was die Türkenherrschaft nicht vernichtet hatte, das war den Verfolgungen des ungarischen Adels ausgesetzt. Die Vorschrift, daß kein Fremder zu Staats- oder Kriegsämtern zugelassen werden dürfe, wurde erneuert und den Städten ihr Recht, sich auf dem Reichstage vertreten zu lassen, fast gänzlich genommen. Die Zahl der landtagsfähigen Städte wurde auf die königlichen Freistädte eingeschränkt und auch diesen insgesamt nur eine gemeinsame Stimme belassen. Bis 1848 bildeten so „alle königlichen Freistädte zusammen einen Edelmann".

Selbst bei den Herrschern, ihren alten natürlichen Bundesgenossen, fanden die deutschen Bürger in jenen Tagen keine Unterstützung. Denn tiefgreifende religiöse Gegensätze hatten sich nun zwischen das katholische Herrscherhaus und das protestantische

deutsche Bürgertum gestellt. Die ersten Habsburger auf dem ungarischen Throne waren — in richtiger Erkenntnis der Interessengemeinschaft zwischen Königtum und Bürgertum — noch bestrebt gewesen, diese Gegensätze zu mildern. So hatte Ferdinand I. auf dem Trienter Konzil der Sache seiner akatholischen Untertanen Gerechtigkeit widerfahren lassen und unermüdlich versucht, den Glaubensstreit beizulegen. Auch Rudolf hatte den ungarischen Protestanten volle Religionsfreiheit gewährt und von ihnen dafür Vorschüsse zum Baue neuer Befestigungen erhalten. Damals hatte gerade der — später so glaubensfreiheitliche — ungarische Adel die Ausbreitung der Reformation im Lande zu unterdrücken versucht, hatte der magyarische Fürst Stephan Báthory die Jesuiten nach Siebenbürgen gerufen, um dort das Luthertum zu bekämpfen.

Erst als später die deutschen Habsburger die Gegenreformation einleiteten, entrollte ein Teil des Adels das Banner der Glaubensfreiheit und verstand es, das deutsche Bürgertum um dieses Banner zu scharen. Waren dann aber die unter dem Vorwande eines Kampfes für den Glauben angezettelten Adelsverschwörungen von den kaiserlichen Waffen bezwungen, dann wurde durch höfische Einflüsse das kaiserliche Strafgericht von den schuldtragenden Adeligen auf das verführte deutsche Bürgertum abgelenkt. Magyarische katholische Adelige durften dann, als vom Kaiser eingesetzte Richter, ihrem Hasse gegen das deutsche Bürgertum freien Lauf lassen und im Namen des Kaisers Bluturteile über deutsche Bürger fällen.

Es ist ein Zeichen schier rührender Anhängigkeit der Deutschen an ihr Herrscherhaus, daß sie ihren Königen gleichwohl — wenn es nur irgend anging — die Treue hielten. Den Regierungsantritt der Habsburger hatten sie mit hellem Jubel begrüßt. Die Siebenbürger Sachsen unter dem Königsgrafen Markus Pempflinger, die Zipser und die Bewohner der deutschen Bergstädte waren der Kern der östereichischen Partei gewesen, die 1526 auf dem Preßburger Landtage Ferdinand zum König von Ungarn gewählt hatte. Dieser selbst sagte später, daß die Sachsen in seinem Dienste „weder Habe noch Gut, weder Gesundheit noch selbst das Leben geschont“ hätten. Auch als später (1595) Sigmund Báthory eine Tochter Erzherzog Karls von Niederösterreich zu seiner Gemahlin erwählte, wurde diese am begeistertsten von den Sachsen und ihrem Grafen Albert Huet empfangen. Noch Caraffa riet daher dem Kaiser, die getreuen Sachsen, die „Stärke“ des Landes, gegen die Magyaren zu schützen und ihnen die Ausübung der evangelischen Religion zu gestatten.

So konnten sich die Siebenbürger Sachsen allezeit ihr Deutschtum am festesten bewahren. Sie lebten auch stets in größeren Massen zusammen und hatten sich in Not und Tod besonders innig aneinander geschlossen. Ihre alten Gauversammlungen hatten sie zu Landesversammlungen vereinigt, auf denen die „ganze Universität der Sachsen" ihre Beschlüsse faßte und die Steuern und Abgaben auf die einzelnen Teile des Sachsenlandes verteilte. Städte und zahlreiche Bauernburgen hatten sie mit Kanonen und Pulverminen versehen, jede ihrer festgebauten Kirchen zu wahren Festungen ausgestattet. So überstanden sie — fast ohne jede Hilfe von außen — die Stürme der Türkenkriege, wie die steten Verfolgungen des magyarischen Adels und blieben politisch stark genug, um 1693, als die bösesten Tage vorüber waren, Leopold I. zu der Erklärung zu bewegen, daß ihnen ihre freie Religionsübung, ihre Rechte, Güter und Besitzungen auch künftig gewahrt bleiben würden. Namentlich wurde ihnen neuerlich für alle Zeiten das ausschließliche Eigentumsrecht an den ihnen von den ungarischen Königen eingeräumten Gebieten bestätigt. Fremden sollte auch künftig der Erwerb von Grund- und Hauseigentum und damit die Ausübung der politischen Bürgerrechte versagt bleiben.

Wesentlich ungünstiger lagen dagegen die Dinge für die Deutschen im eigentlichen Ungarn. Hier hatten sie nur im Westen ihren Bestand — wenigstens annähernd — erhalten können, da die blutigen Wirren jener Tage hierher nur selten gedrungen waren und ihnen auch die benachbarten Deutschen Österreichs einen festen Rückhalt boten. In den östlicher gelegenen Landesteilen aber, besonders in Oberungarn, hatten Türkenkriege, Hussiteneinfälle und Religionswirren die wirtschaftlichen Grundlagen des Deutschtums völlig untergraben, so daß hier leicht slawische Elemente aus Mähren und Galizien eindringen konnten, zumal die Herrscher — von Geldnot getrieben — häufig deutsche Orte an slawische Adelige verpfändeten. In anderen deutschen Städten wieder wurden in den Tagen der Gegenreformation magyarische Katholiken zu Gemeindebeamten ernannt, die dann dort emsig magyarisierten.

Im ganzen waren jedenfalls die Verluste, die das Deutschtum während der Türkenkriege in Ungarn erlitten hatte, sehr groß. Doch teilte es dies Schicksal mit vielen anderen Völkern. Denn überall, wo die Türken geherrscht hatten, war nur ein ganz geringer Teil der Bevölkerung zurückgeblieben, und auch dieser war völlig verwahrlost. Den größten Teil des Banats beispielsweise „nahmen

Sumpf, Wald und Heidegrund ein. Krieg, Abenteuer, Jagd, Hirtenleben, Raub und Diebstahl füllten hauptsächlich die Tätigkeit der Bewohner aus".

So mußte man denn an eine Neubesiedlung des Landes denken, und schon 1689 waren vor allem Deutsche als die geeignetsten Ansiedler genannt worden, „damit das Königreich oder wenigstens ein großer Teil davon nach und nach germanisiert, das hungarische, zu Revolutionen und Unruhen geneigte Geblüt mit dem deutschen temperiert und mithin zu beständiger Treue und Liebe ihrem natürlichen Erbkönig und Herrn aufgerichtet werden möchte". Nicht nur deutsche Beamte und Geistliche, auch deutsche Bürger und Bauern wurden nun wieder nach Ungarn gerufen und auf den Staatsdomänen wie auf den ausgedehnten Gütern geistlicher und weltlicher Magnaten angesiedelt. Die Erzbischöfe von Gran und Kalotscha, die Bischöfe von Waizen und Fünfkirchen, die Grafen Károlyi Erdödy, Zichy und Esterházy riefen nun Deutsche in ihre verödeten Dörfer und ließen ihre Äcker von Deutschen bebauen. Im Banate ließ eine eigene „Temeser Einrichtungskommission" durch deutsche Ansiedler die Moräste trocken legen und neue Straßen bauen. Landwirtschaft und Weinbau wurden so wieder zur Blüte gebracht und die Maulbeerzucht so trefflich gepflegt, daß bald eine Seide gewonnen wurde, die der lombardischen an Güte gleich kam. Zum drittenmal — wie unter Stephan dem Heiligen und Bela IV. — bauten so deutscher Geist und deutsche Arbeitskraft unter schweren Mühen ein neues Ungarn auf.

Fast hätte man glauben können, daß Ungarn nun endlich östlichen Einflüssen entzogen und der deutschen Kultur gewonnen sei. Denn seit die Türken aus dem Lande getrieben waren und die Entwicklung der Dinge in Ungarn nicht mehr beeinflussen konnten, mußten sich die Blicke der herrschenden Klassen in Ungarn notgedrungen dem Westen zuwenden. Von den Russen, die sich anschickten, die Herrschaft über den Osten an sich zu reißen, ließ sich ja keine Unterstützung in dem Kampfe gegen die deutschen Habsburger erwarten, weil Rußland schon 1746 ein inniges Bündnis mit Österreich geschlossen und ihm 1782 sogar Vorschläge gemacht hatte, wie man gemeinsam die Türken völlig aus Europa verjagen könne. Doch leitete die Ungarn auf ihren Weg nach dem Westen nur der Verstand, nicht das Empfinden, so daß sich die Beziehungen, die hier angeknüpft wurden, selten als haltbar erwiesen.

Auf vorübergehende ungarische Unterstützung freilich konnte auch jeder westliche Gegner Habsburgs allezeit rechnen. Selbst mit Friedrich dem Großen trat der ungarische Adel in Verbindung, obwohl Friedrichs allen Adelsprivilegien feindliche Gesinnung ein dauerndes Zusammenwirken von vornherein unmöglich erscheinen ließ. Trotzdem konnte er 1759 aus desertierten Ungarn ganze Husarenschwadronen errichten, und 1788 — als die Truppenaushebungen und Getreideabforderungen Josefs II. die Erbitterung des ungarischen Adels auf das Höchste gesteigert hatten — dachte man sogar daran, einen preußischen Prinzen auf den ungarischen Thron zu erheben. Doch wurden diese Pläne schließlich nicht ernst genommen. Schon das Schicksal Sigismunds von Brandenburg, gegen den die ungarischen Großen einst die Türken zu Hilfe gerufen hatten, mußte ja jeden deutschen Prinzen davor warnen, sich die Krone Ungarns aufs Haupt zu setzen.

Auch mit Frankreich, dem einstigen Verbündeten Rákoczys und Tökölys, kamen die Ungarn zu keinem dauernden Einvernehmen. Wohl rief sie Napoleon von dem kaiserlichen Schlosse in Schönbrunn aus zum Abfall von Österreich auf, doch konnte er, der Freund des jüngeren Robespierre, der alle ererbten Vorrechte haßte und den Adel verabscheute, bei den ungarischen Magnaten von vornherein auf keine Unterstützung rechnen. Von dem Staatsideal der magyarischen Oligarchen zu dem Militärabsolutismus Napoleons gab es keine Brücke.

Vier Jahrzehnte später, als Ludwig Kossuth im Auslande Hilfe für sein neues selbständiges Ungarn suchte, zeigte es sich dann, daß auch sonst die Wege nach dem Westen für Ungarn noch nicht gangbar waren. In London empfing Palmerston den Abgesandten Kossuths nur als Privatmann und nahm die Unabhängigkeitserklärung Ungarns einfach als interessantes Schriftstück in Empfang, ohne es einer Antwort zu würdigen. Das gleiche Schicksal erlitt ein anderer Abgesandter Kossuths in Paris, und auch in Deutschland ließen sich nur einige demokratische Wirrköpfe von Kossuths Freiheitsreden betören, während Otto von Bismarck im preußischen Landtage unter dem Beifall der konservativen Mehrheit sein Bedauern darüber aussprach, daß nicht auch Preußen an der Seite Österreichs und Rußlands an dem Kampfe gegen den Umsturz in Ungarn teilnehme.

So suchte man denn in Ungarn wieder die altgewohnte Verbindung mit dem Osten herzustellen. Bald tauchte der Vorschlag

auf, einen Balkanbund unter der Vorherrschaft der Türkei zu bilden, dem sich Ungarn anschließen sollte, und als dieser Plan an der Schwäche der Türkei gescheitert war und die ungarischen Revolutionsheere geschlagen waren, legte man dem russichen Zaren die Krone des heiligen Stephan mit der Bitte zu Füßen, sie einem beliebigen Mitgliede seines Hauses zu übertragen. Es hätte nur eines Federzuges des Zaren bedurft, um Ungarn zu einem russischen Vasallenstaate zu machen. Die Honveds, die zum Kampfe gegen die deutsche Fremdherrschaft ausgezogen waren, hätten sich mit Begeisterung an die Seite der Kosaken gestellt.

Erst als der Zar den Lockungen der Ungarn wiederstanden hatte, sahen sich diese abermals nach westlichen Bundesgenossen um. Der Aufruf der Lega Italiana, der die „robusten Magyaren" aufforderte, die morsche Habsburg zu zerstören und die Gärung in Italien zu benützen, um ein verhaßtes Joch abzuschütteln, hatte schon 1848 in Pest lebhaften Widerhall gefunden. Als es daher 1859 zum Kriege zwischen Österreich und Italien kam, war es fast selbstverständlich, daß eine ungarische Legion auf der Seite der Italiener gegen Österreich focht. Doch blieben gleichzeitig auch die Beziehungen Ungarns zum Osten aufrecht. Wenigstens schrieb Cavour Ende 1858 an den Grafen Barral: „Der Großherzog Konstantin sagte ohne Hehl zu mir, er sei überzeugt, ein Krieg in Italien würde eine furchtbare Revolution in Ungarn nach sich ziehen. Nach der Art, wie er sprach, wäre ich geneigt zu glauben, daß Rußland den Umtrieben in jenen Teilen Österreichs nicht ganz fremd sei."

1866 kämpfte auch in den Heeren Preußens eine ungarische Legion, und als die kriegerischen Ereignisse auf ungarischen Boden hinübergriffen, nahm die ungarische Landbevölkerung offen für die Preußen Partei. Selbst als der Friede bereits längst geschlossen war, suchte ein Agent Kossuths in Berlin noch die dortigen Kreise neuerdings für die Bestrebungen der ungarischen Umsturzpartei zu gewinnen. Allein es ist wohl klar, daß nicht etwa deutschfreundliche Gefühle die Ungaru zu dieser Stellungnahme bewogen. Im Kriege, den Deutschland vier Jahre später mit Frankreich führte, zeigte sich dies ganz deutlich. Denn damals beseelte — wie eine Schrift aus jenen Tagen erzählt — die Magyaren eine leidenschaftlich franzosenfreundliche Gesinnung. Sie gaben Konzerte und sammelten für die Franzosen, und als gar Frankreich Republik wurde, wirkte dies vollenos „wie ein Zauberstück". 1872 verlieh der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses der herrschenden Stimmung in einer

Ansprache Ausdruck, in der er den Sieg der deutschen Barbaren über die kulturverfeinerten Franzosen mit den Worten beklagte: „Wir sahen das Recht in den Hintergrund gedrängt, sahen den blutigen Kampf der rohen Gewalt erneut.“ Schon 1870 hatte darum Bismark erklärt: „Es ist eigentümlich, daß gerade die beiden Länder, welche Preußen am meisten zu verdanken haben, sich am undankbarsten gegen dieses erweisen: Ungarn und Italien. Die Nationen oder diese Nationen empfinden wohlwollender für ihre Gegner als für diejenigen, denen sie Dank zu schulden sich bewußt sind.“

Es ist denn auch nur einem Zufalle zuzuschreiben, daß später ein ungarischer Staatsmann das Bündnis schloß, das Österreich und Deutschland wieder für alle Zeiten fest vereinen sollte. Lange vorher hatte selbst Beust — der doch nach Österreich berufen worden war, um die Rache für Königgrätz vorzubereiten — eingesehen, daß es notwendig sei, zu einem Einvernehmen mit Deutschland zu kommen 1871 hatte er nach der Gasteiner Zusammenkunft mit Bismarck in einem Rundschreiben an die Gesandtschaften bei den auswärtigen Höfen erklärt, die Unterredungen hätten „eine vollkommene Übereinstimmung“ erkennen lassen „über die Natur unserer zukünftigen Beziehungen, über das Nichtvorhandensein jeder Kollision unserer Interessen, endlich über den Nutzen eines vorläufigen Einverständnisses in allen politischen Fragen und die leichte Möglichkeit, dasselbe herzustellen“.

Wenn dann 1879 durch Andrássy das vorläufige Einverständnis in ein endgültiges umgestaltet wurde, so geschah dies somit keineswegs, weil Andrássy als Magyare dem Deutschtum besonders freundlich gesinnt war, sondern weil man — wie er gelegentlich meinte — sonst nicht hätte „ausweichen können, Rußland auf dem Balkan jede ihm erwünschte Gefälligkeit zu erweisen“. Auch handelte Andrássy damals nicht im Auftrage der in Ungarn herrschenden Kreise, sondern als Vollstrecker der Wünsche seines kaiserlichen Herrn, dessen Einfluß auf die auswärtige Politik Österreichs nicht leicht überschätzt werden kann. Als Vertreter der öffentlichen Meinung Ungarns galt in jenen Tagen auch nicht Andrássy, sondern der Ministerpräsident Tisza, „die Inkarnation der magyarischen Nation“. Wie feindlich aber Tisza dem Deutschtum gegenüberstand, wird noch zu erörtern sein.

Dagegen trat die alte Vorliebe der Magyaren für das Osmanentum damals wieder stark hervor. Die türkenfreundliche Richtung der ungarischen Politik war so deutlich sichtbar, und die Beziehungen eines Teiles der magyarischen Parteien zur Wiener türkischen Bot-

schaft waren so rege, daß die türkische Regierung sogar hoffte, diese Parteien würden den Einmarsch österreichischer Truppen nach Bosnien und der Herzegowina zu hindern wissen. Erst als sich später in der Türkei deutschfreundliche Bestrebungen geltend machten, suchte man in Ungarn wieder mit den deutschfeindlichen Westmächten, mit Frankreich und England, in Verbindung zu treten.

Namentlich die „französischen Sympathien", von denen schon Bismark gesprochen hatte, wurden nun in Ungarn immer lebendiger, und 1897 erregten die französisch-magyarischen Verbrüderungsbestrebungen des klerikal-ultranational-magyarischen Abgeordneten Ugron auch in diplomatischen Kreisen einiges Aufsehen. Bei internationalen Zusammenkünften wie überhaupt im Verkehr mit dem Auslande — selbst mit dem Deutschen Reiche — bedienten sich die Ungarn mit Vorliebe der französischen Sprache, und es bedurfte eindringlicher Vorstellungen, um die ungarischen wissenschaftlichen Kreise zu bewegen, wenigstens mit den deutschen Hochschulen in deutscher Sprache zu verkehren. Daneben machte sich seit langem auch eine gewisse Vorliebe für englische Einrichtungen bemerkbar. Bereits zu Ende des 18. Jahrhunderts meinte ein Deutscher, der das Land bereiste: „Engländer sind in ganz Ungarn besonders willkommen. Die Ungarn haben vorzügliche Achtung gegen diese Nation." In neuerer Zeit aber erinnerte namentlich Graf Albert Apponyi die Engländer immer wieder daran, daß Ungarn die 1867 zur wechselseitigen Verteidigung geschaffenen, Österreich und Ungarn gemeinsamen Einrichtungen jederzeit selbständig ändern, daß es „den ganzen Mechanismus der gemeinsamen Angelegenheiten und Ministerien mit einem Parlamentsbeschlusse in die Luft sprengen" könne. Er nährte so jenseits des Kanals die Hoffnung, daß das Gefüge des Doppelreiches sich im Falle eines Krieges als arg gelockert erweisen, daß Deutschlands Bundesgenosse zu ernster Waffenhilfe völlig unfähig sein werde und Englands Einkreisungspolitik daher ein rascher Sieg winke.

Selbst bei den Südslawen suchte man in Ungarn Freunde zu werben. 1905 traten die hervorragendsten Führer der magyarischen Parteien (darunter Graf Albert Apponyi und Graf Julius Andrássy, Graf Zichy und Graf Theodor Batthyányi) mit kroatischen Führern zusammen, um über einen gemeinsamen Kampf gegen die Einheitlichkeit des Heeres und die deutsche Heeressprache zu beraten, und 1906 wurden in Semendria magyarische und serbische Säbel unter dem ungarischen Dreifarb gekreuzt, während der kossuthistische Ab-

geordnete Zoltan Lengyel die Serben dringend aufforderte, ihre Rüstungen zu vollenden und auf diese Weise ihren Wert als Bundesgenossen zu erhöhen.

Kurz vor Ausbruch des Krieges noch planten nationalistische magyarische Abgeordnete unter der Führung des Grafen Michael Károlyi sogar eine Pilgerfahrt nach Petersburg, so daß sich damals manch einer der Worte Bismarcks erinnert haben mag: „Wenn in Ungarn stets besonnene politische Erwägung den Ausschlag gäbe, so würde diese tapfere und unabhängige Nation sich darüber klar bleiben, daß sie, als Insel in dem weiten Meere slawischer Bevölkerung, sich bei ihrer verhältnismäßig geringen Ziffer nur durch Anlehnung an das deutsche Element in Österreich und in Deutschland sicherstellen kann. Aber die Kossuthsche Episode und die Unterdrückung der reichstreuen Elemente in Ungarn selbst und andere Symptome zeigten, daß in kritischen Momenten das Selbstbewußtsein des ungarischen Husaren und Advokaten stärker ist als politische Berechnung und Selbstbeherrschung."

Die Beziehungen Ungarns zum Auslande standen indessen seit 1526 völlig unter Wiener Einflüssen. Dafür konnte man in der inneren Politik seinen Empfindungen immer ungezwungener freien Lauf lassen, und tatsächlich wurden die deutschfeindlichen Maßnahmen in Ungarn um so zahlreicher, je selbständiger die ungarischen Machthaber die Herrschaft im Lande ausüben konnten.

Noch unter Maria Theresia, die seit 1764 keinen Reichstag mehr hielt, und — gleich wie in ihren übrigen Ländern — nun auch in Ungarn völlig unumschränkt herrschte, gewann das Deutschtum in Ungarn sehr an Boden. Schon bei der Neubesiedlung des Landes, die sie in noch größerem Umfange als ihr Vater durchführte, ließ sie „deutsche Kolonien präferieren" und mittellosen ausgedienten Soldaten, preußischen Kriegsgefangenen und Fahnenflüchtigen, namentlich aber südwestdeutschen Bauern Grund und Boden zur Bewirtschaftung überweisen. Auch dem deutschen Städtewesen erwies sie sich als eine mächtige Förderin. Sie errichtete mehrere neue Freistädte und förderte eifrig Handel und Gewerbe, die sich meist in deutschen Händen befanden.

In der „ratio educationis" des Jahres 1777 aber erklärte sie es sogar als „unumgänglich notwendig", daß „jeder Hungar, der sich dem Soldaten- oder Handelsstande widmen oder einem Handwerke zuwenden will, der deutschen Sprache kundig sei". Viele

deutsche Schulen wurden daher errichtet und die deutsche Sprache an allen höheren und niederen Schulen gelehrt. Die königlichen Finanz-, Berg-, Post- und Zollämter erledigten ihre Geschäfte vorwiegend in deutscher Sprache. So gewann das Deutsche — ohne daß irgendein Zwang angewendet wurde — als Umgangs- und Amtssprache immer mehr an Boden, und selbst der Adel, den die Kaiserin gern an ihren Hof zog, und durch Errichtung einer ungarischen Leibgarde, durch Stiftung des St. Stephansordens und ähnliche Maßnahmen für sich gewann, sprach kaum mehr magyarisch.

Gleichwohl fanden auch Maria Theresias Anordnungen manchen Widerstand. Schon 1768 bat die ungarische Hofkammer, es möge die Absendung weiterer Ansiedler eingestellt werden, und 1780 fand man bereits, daß es „in den ungarischen Kameralorten nicht an Leuten mangele, die Grundstücke ohne allen Vorschuß zu übernehmen bereit wären und eigene Gerätschaften und Vieh besäßen". Schließlich kam eben doch immer wieder die Abneigung gegen das Deutschtum zum Vorschein, der 1741 der Bischof von Wesprin Ausdruck verliehen hatte, als er seinen Erlauer Amtsbruder, der auf dem Krönungslandtage Deutsch sprechen wollte, mit den Worten unterbrach: „Was für ein Dämon spricht hier Deutsch. Am Ende fängt man im ungarischen Landtage gar an Französisch zu sprechen, und in 25 Jahren wird man hier keine Silbe mehr Ungarisch hören."

Josef II., der, gleich seiner großen Mutter, auch in Ungarn unumschränkt herrschte, suchte diese Befürchtung zur Wirklichkeit werden zu lassen. In seinem Dekrete vom 6. März 1784 verfügte er, daß die deutsche Sprache künftig als Gesetzes- und Amtssprache zu gelten habe, und daß sie auch „als die allgemeine Geschäftssprache in Landtägen gebraucht und also nach . . 3 Jahren kein Deputierter dahin abgeschickt werden solle, der dieser Sprache nicht mächtig wäre". Natürlich waren es nicht völkische, sondern nur Zweckmäßigkeitsgründe, die den Kaiser zu diesen Maßnahmen bewogen. „Wenn die hungarische (Sprache) allgemein in ganz Ungarn und dessen Provinzen wäre, so könnte — meinte er — sich selber auch allein bedienet werden; aber vielleicht der mindeste Teil dessen Inwohner redet Hungarisch, die deutsche, illyrische (Sprache) mit allen ihren unterschiedlichen Dialekten, die walachische machen den größten Teil aus. Es kann also wohl keine andere Sprache als die deutsche, so zugleich jene der Monarchie, sowohl bei Kriegs- oder politischem Fache ist, ausgewählt werden."

Desgleichen waren es ursprünglich gewiß nicht nur völkische

Gründe, die den ungarischen Adel veranlaßten, der Verordnung erbitterten Widerstand zu leisten. Allein in jenen Tagen waren alle Gerichtsbeamte, alle Verwaltungsbeamte, alle Rechtsanwälte adeligen Standes und keineswegs geneigt, sich das Erlernen einer fremden Sprache aufzwingen zu lassen. Zudem ließ es Josef nicht bei der Sprachenverfügung bewenden, sondern gewährte gleichzeitig den Bürgerlichen den Zutritt zu all diesen Stellen. Rechtlichkeit und Kentnisse sollten nun allein entscheidend sein, fahrlässige Rechtsanwälte und Wortverdreher künftig zur Warnung der Bevölkerung namentlich in den Zeitungen angeführt werden.

Da war es denn begreiflich, daß man mit den übrigen, dem Adel nachteiligen Verordnungen Josefs auch seine Sprachenverordnung beseitigt wissen wollte, ja daß man gegen diese besonders heftig ankämpfte, weil man hierbei vorgeben konnte, für ein ideales Gut zu streiten. So galt nun die deutsche Sprache wieder „als Eindringling, als verhaßter Träger der Neuerung, des Verfassungsbruches, als unerträgliche Tyrannei, gegen welche trutzig auszuharren nationale Pflicht sei". Gleich auf dem ersten Landtage, der nach Josefs Tod wieder abgehalten wurde, erklärten die Stände dem neuen Kaiser, daß sie — wie über ihre sonstigen alten Rechte und Freiheiten — auch über ihre Sprache eifersüchtig wachen wollten, und beschlossen, daß der Herrscher „in keine Ämter eine fremde Sprache einführen" dürfe.

Ein Zeitalter begeistertsten völkischen Aufschwunges, der alle mit sich fortriß, folgte nun. Man schuf allenthalben im Lande Gesellschaften zur Pflege der magyarischen Sprache und Literatur, gründete magyarische Tagesblätter und Zeitschriften, stiftete Preise für litterarische Werke in magyarischer Sprache, beriet die Errichtung einer magyarischen Gelehrtengesellschaft, eröffnete die erste magyarische Bühne und wob „selbst in die Liebeslieder die Gefühle des Patriotismus und der Nationalität".

Dabei war man nicht unduldsam. Für deutsche Sprache und Dichtkunst zeigte man rege Anteilnahme, und an den großen, künstlerischen Festtagen, die Graf Festetics 1817 am Plattensee veranstaltete, wurden auch Vorträge in deutscher Sprache gehalten. So glaubten die Deutschen sich des Erwachens des völkischen Geistes unter den Magyaren ehrlich freuen zu können, und manchen ward „das deutsche Wams zu enge", wenn er „den Namen Ungar" hörte. Mitbegeistert lauschten auch Deutsche, als Petöfis Dichtermund die innigen Worte sprach:

„Und gibt als Gottes Hut die Welt man aus,
So ist mein Ungarn dran der Blumenstrauß!"

Allein neben der holden Poesie stand die rauhe Prosa. Schon 1790 hatte man das Magyarische als die „einheimische ungarische Sprache" erklärt und sie 1792 als ordentlichen Lehrgegenstand für alle Inländer bestimmt, die künftig eine Anstellung in Ungarn erlangen wollten. Und als dann — nach langen landtagslosen Jahren — 1825 die Stände wieder zusammentraten, wurden die Sprachverfügungen immer strenger. 1830 bestimmte man, daß bei allen öffentlichen Jurisdiktionen und Gerichten die magyarische Sprache eingeführt werden solle, und daß alle, die in ein öffentliches Amt treten oder Rechtsanwälte werden wollen, der magyarischen Sprache mächtig sein müssen. 1836 wurde der magyarische Wortlaut der Gesetze als der maßgebende erklärt und verfügt, daß dort, wo magyarisch gepredigt wird, auch die Matriken in magyarischer Sprache zu führen seien. Seit 1840 waren dann alle Eingaben an den König, alle Gesuche an öffentliche Behörden in magyarischer Sprache zu verfassen und bei allen Glaubensgemeinschaften nur solche Pfarrer, Prediger, Kapläne und Vikare anzustellen, die der magyarischen Sprache mächtig waren. Selbst die Verkehrssprache der ungarischen Regimenter wurde nun magyarisch. Nach 1844 sollten auch alle königlichen Kundgebungen bloß in magyarischer Sprache veröffentlicht werden und in allen Schulen des Landes als allgemeine Unterrichtssprache nur das Magyarische gelten.

Vergebens hatte Deak, „der Weise der „Nation", sich gegen den gesetzlichen Zwang zur Erlernung der magyarischen Sprache erklärt und betont, daß die Verbreitung dieser Sprache nur auf privatem Wege, durch Kapazitierung, Unterricht und Institute bewerkstelligt werden möge. Vergebens hatte auch „der größte Ungar" Stephan Széchenyi an die alte Wahrheit erinnert, daß man keinem anderen tun solle, was man sich selber nicht wünsche. Man tat nun das gleiche, was man an Josef II. herb getadelt hatte, als er die Beamten zwingen wollte, binnen sechs Jahren Deutsch zu lernen, und gab den im Lande wohnenden Deutschen, Slawen und Rumänen ganz die nämliche Frist zur Erlernung der magyarischen Sprache. Mit allen Mitteln der Kunst und Gewalt sollten die anderen Landessprachen zunächst aus Amt, Schule und Kirche, dann aber auch aus den Familien entfernt werden. Selbst vom Ausland verlangte das den Wiener Einflüssen nun völlig entwachsene Ungarn, daß es

Magyarisch lerne und faßte Zuschriften ins Ausland, Pässe und Begleitpapiere in dieser Sprache ab.

Gleichwohl fand das Revolutionsjahr die Deutschen Ungarns auf der Seite des Magyarentums. Wie vordem der Kampfruf „Glaubensfreiheit“, hatte sie jetzt das Losungswort „Völkerfreiheit“ unter die Fahnen des magyarischen Adels geführt, obwohl dieser in Wirklichkeit auch diesmal nur für die Freiheit, die er meinte, für seine eigene unumschränkte Herrschaft im Lande focht. Die tüchtigsten Führer stellten nun die Deutschen dem ungarischen Revolutionsheere, vor allem den „größten Helden des Freiheitskampfes“ Artur Görgey, der einer alten protestantischen Zipser Adelsfamilie deutschen Ursprungs entstammte, dessen Mutter die Leutschauer Bürgerstochter Wilhelmine Pertzian war, und dessen Weltanschauung sich an den deutschen Klassikern, an Goethe, Herder und Seume gebildet hatte. Ebenso waren der Chef seines Generalstabs Josef Payer und die Heerführer Klapka, Vetter, Stein Deutsche, und unter den 14 Arader Märtyrern der ungarischen Nation, die am 6. Oktober 1849 dem kaiserlichen Strafgerichte zum Opfer fielen, starben fünf Honvedgeneräle deutschen Namens (Schweidel, Lahner, Poltenberg, Aulich und Graf Leiningen) für Ungarns Unabhängigkeit.

Als die Revolution niedergeworfen war, erklärte die Wiener Regierung, die nun wieder unumschränkt im Lande gebot, die deutsche Sprache neuerlich als die staatliche Amts- und Gerichtssprache, und ließ nur bei den untersten Behörden den Gebrauch der übrigen Volkssprachen zu. In den öffentlichen Lehranstalten, namentlich in den Mittel- und Hochschulen, sollte die deutsche Sprache wieder ausschließlich, oder doch vorwiegend, als Lehr und Vortragssprache gelten, und alle Prüfungen für die Staats- und öffentlichen Ämter sollten in dieser Sprache abgelegt werden. Viele neue deutsche Schulen wurden errichtet, und so konnte diese Zeit — die „Bachsche Periode des Absolutismus“ — in kultureller Hinsicht gewiß „als die glücklichste Periode der ungarischen Geschichte“ gelten.

Die „Bachhusaren“ — wie man die österreichischen Beamten damals in Ungarn nannte — setzten an die Stelle ungeregelter Adelswirtschaft in den Komitaten eine geordnete Rechtspflege und Verwaltung. Das Räuberunwesen nahm ab, und so wurde die arg zerrüttete staatliche Ordnung mühsam wieder hergestellt.

Allein die deutsche Sprache war dadurch, daß man sie zur Verwaltungssprache gemacht hatte, den herrschenden Klassen nur noch ver-

haßter geworden, und so setzte — als die magyarischen Staatsmänner durch den Ausgleich des Jahres 1867 freie Hand für die Leitung der inneren Politik Ungarns erhalten hatten — wieder ein erbitterter Kampf gegen alles Deutsche im Land ein. Noch 1861 hatte man erklärt, daß „alle im Lande wohnenden Völker, Magyaren, Deutsche, Rumänen, Slawen, Serben, Ruthenen usw. als gleichberechtigte Nationalitäten zu betrachten seien, die ihre besonderen nationalen Ansprüche innerhalb der Schranken der politischen Einheit des Landes auf der Grundlage der persönlichen und Assoziationsfreiheit ohne jede weitere Beschränkung frei zur Geltung bringen können", daß die Rechte sämtlicher Nationalitäten „als Grundgesetze proklamiert und unter den Schutz der Nationalehre gestellt" werden sollen. Nun aber, da man alle Zügel der Gewalt an sich gerissen hatte, waren alle diese Versprechungen vergessen.

Das Nationalitätengesetz des Jahres 1868 stellte schon fest, daß „sämtliche Staatsbürger Ungarns nach den Grundsätzen der Verfassung auch in politischer Beziehung eine Nation bilden, die unteilbare, einheitliche, ungarische Nation, deren Mitglied jeder Bürger des Vaterlandes, gleichviel welcher Nationalität er angehört, ist", und gleichzeitig wurde „kraft der politischen Einheit der Nation" das Magyarische als die Staatssprache Ungarns erklärt. Es ist nun die Beratungs- und Geschäftssprache des ungarischen Reichstages, die Sprache der Gesetze. die Amtssprache der Regierung des Landes in allen Zweigen der Verwaltung und die Amtssprache aller von der Staatsregierung ernannten Gerichte. Auch die Selbstverwaltungskörper haben ihre Verhandlungsschriften und den Schriftwechsel mit den Staatsbehörden in der Amtssprache des Staates zu führen.

Immerhin bleiben — nach dem Gesetze — den Nichtmagyaren einige Rechte gewahrt. So dürfen sie sich in gewissen Fällen vor den Behörden ihrer Muttersprache bedienen, weshalb die Regierung „in den richterlichen und Verwaltungsämtern des Landes nach Möglichkeit Personen aus den verschiedenen Nationalitäten" verwenden sollte. Auch können sich die Gemeindeversammlungen ihre Geschäftssprache selbst wählen und die Kirchengemeinden die Sprache der Matrikenführung, der Erledigung ihrer kirchlichen Angelegenheiten und die Unterrichtssprache ihrer Schulen selbst bestimmen. Ja die Regierung ist sogar „verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die in größeren Massen zusammenlebenden Staatsbürger, welcher Nationalität immer, sich in der Nähe der von ihnen bewohnten Gegend in ihrer Mutter-

sprache bis zu dem Punkte ausbilden können, wo die höhere akademische Bildung beginnt."

Allein man darf die Wirkung dieser, den Nichtmagyaren entgegenkommenden Bestimmungen des Gesetzes nicht überschätzen. Schon 1877 hieß es in einer Schrift des — gewiß unbefangenen — Soziologen Gustav Ratzenhofer: „Bei der Beweglichkeit, mit der es in Ungarn die herrschenden Stände einst verstanden und es jetzt die herrschende Nation versteht, Gesetze zu ihrem Vorteil sophistisch zu verdrehen, konnten Magyaren leichter als gewissenhafte Deutsche ein solches Gesetz im versöhnenden Stil geben; sie wußten, daß es bei Gesetzen auf die Praxis ankommt."

Diese Praxis aber weiß wenig von den Rechten der Nichtmagyaren, und der ungarische Ministerpräsident Graf Stephan Tisza hat den „Nationalitäten" geradezu das Recht abgesprochen, sich auf völkischer Grundlage zu einer Partei zusammenzuschließen. Als daher 1908 Deutschbewußte die „ungarländische deutsche Volkspartei" bildeten, wurden deren Versammlungen unter den nichtigsten Vorwänden verboten, und als sie sich trotzdem 1910 in sechs Bezirken an den Wahlen zum Reichstage beteiligte, wurde die Wahl der deutschen Wahlwerber mit allen Mitteln der Bestechung und Gewalt vereitelt. „Ich kann behaupten" — berichtete einer der Wahlwerber —, „daß es nicht einen einzigen meiner Wähler gibt, der nicht ins Gemeindehaus gerufen wurde, wo der Notär unter vier Augen Drohungen aussprach."

Auch die wenigen deutschgesinnten Zeitungen, die man herauszugeben versuchte, hatten mit den schärfsten Verfolgungen durch die Behörden zu kämpfen. Das „Deutsche Tagblatt für Ungarn", das seit 1899 in Temeschwar erschien, wurde von der Post verfemt und in immer neuen Preßprozessen derart mit Strafen belegt, daß nach vierjährigem Bestande die Mittel zu seiner Weiterführung nicht mehr aufgebracht werden konnten. Mit ähnlichen Verfolgungen wurden die Leiter der Zeitungen bedacht. Noch zu Beginn des Jahres 1914 wurde der Leiter des „Südungarischen Generalanzeigers", weil er eine Erklärung des Werschetzer Obergespans wahrheitsgetreu veröffentlicht hatte, vom Ungarisch-Weißkirchner Gerichtshofe zu einem Monat Gefängnis und 150 K Geldstrafe verurteilt.

Ein wenig günstiger entwickelten sich die Dinge in Siebenbürgen, obwohl auch die Siebenbürger Sachsen ihre alte Sonderstellung nicht aufrechtzuerhalten vermochten. Schon 1781 hatte Josef II. Magyaren

und Szeklern das Recht zuerkannt, auf Sachsenboden Besitz zu erwerben und ihnen damit den Vollgenuß der politischen Rechte verliehen, der ihnen bis dahin versagt geblieben war. 1784 hatte er dann die alte Landesverfassung überhaupt aufgehoben, die drei ständischen Nationen aufgelöst und das ganze Land in Komitate eingeteilt, die — wie im übrigen Ungarn — der magyarische Adel fast unumschränkt beherrschte. Wohl wurde wenige Jahre später der alte Zustand größtenteils wiederhergestellt, doch blieb dem magyarischen Adel das Bürgerrecht auf Sachsenboden auch weiterhin gewahrt, und ihm so der Weg geebnet, auf dem er zur Herrschaft über die blühenden sächsischen Gaue gelangen konnte.

Bei der ersten Gelegenheit, die sich bot, betrat er ihn. Als 1848 die Verfassung Ungarns auf neue Grundlagen gestellt wurde, setzte die magyarische Partei durch Drohungen die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn durch, ordnete „die bis dahin unter dem Namen Siebenbürgen begriffenen Landesteile“ einem königlichen Kommissär unter und räumte diesem die Verhängung des Standrechtes ein, damit jeder Widerstand der Deutschen im Keime erstickt werden könne. So wurde — wie die Hermannstädter Frauen der Kaiserin klagten — „durch die mit List und Trug auf scheinbar gesetzlichem Wege durchgeführte Union Siebenbürgens mit Ungarn“ den Sachsen „das ererbte Gut der teueren deutschen Muttersprache und Gesittung, seit Jahrhunderten in den größten Stürmen treu bewahrt, ... plötzlich gewaltsam entrissen.“

Dafür fand dann der Revolutionskampf die Siebenbürger Sachsen an der Seite der kaiserlichen Heere. Die sächsischen Bürgerwehren rüsteten auf eigene Kosten die sächsischen Jägerbataillone aus, in die sich die Blüte der sächsischen Jugend freiwillig einreihte. Schwere Tage kamen über das Land: Sächsisch-Reen wurde volländig niedergebrannt, Pfarrer Roth, der mutige Vorkämpfer des Sachsentums, standrechtlich erschossen. Doch wurde durch die Niederwerfung des ungarischen Aufstandes wenigstens die Ausführung der Union verhindert, und die treuen Sachsen konnten neue Hoffnung aus den Worten Kaiser Franz Josefs schöpfen: „Thron und Staat, für die ihr gekämpft, werden euch die verdiente Anerkennung zollen und die Bürgschaften zu schätzen wissen, welche eure von unseren Ahnen so oft belobte Tapferkeit, Ausdauer und Treue, vornehmlich aber euer Sinn für Ordnung und Gesetzlichkeitund der vernünftige Gebrauch der hierdurch unter euch heimisch gewordenen Freiheit für den Glanz und den Bestand des Staates gewähren.“

Allein schon 1865 wurde die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn neuerlich beschlossen, und als die Magyaren 1867 in Ungarn völlig freie Hand erhalten hatten, wurde mit den Jahrhunderte alten Rechten der Deutschen Siebenbürgens schnell aufgeräumt. 1868 wurde der verfassungsmäßig auf Lebensdauer freigewählte und vom Kaiser bestätigte Graf der sächsischen Nation Konrad Schmidt, ohne Angabe eines Grundes, seines Postens enthoben, wurden die gesetzlichen Vertretungskörper der sächsischen Nation aufgelöst. Dem Sachsenlande wurde eine größere Anzahl rumänischer Gemeinden zugeschlagen, Verwaltungs- und Gerichtsbehörden der Gebrauch der magyarischen Sprache aufgezwungen. Acht Jahre später verfügte dann der XII. Gesetzartikel d. J. 1876 die völlige Zerreißung des Sachsenlandes und die beliebige Zuweisung seiner Bestandteile an die bestehenden oder neu zu bildenden Komitate. Gleichzeitig wurde der Wirkungskreis der sächsischen Nations-Universität aufgehoben und diese zu einem bloßen Verwaltungsorgane des sächsischen Nationalvermögens herabgedrückt.

Auch dieses aber blieb nicht unangetastet. Der von der Regierung ernannte und ihr allein verantwortliche Obergespan der Hermannstädter Gespanschaft erhielt das Recht, außerhalb des von der Nations-Universität festgestellten Budgets Anweisungen an die sächsische Nationalkasse zu machen, und als die Universität ihm dieses Recht — das auch der freigewählte Sachsengraf nicht besessen hatte — nicht zuerkennen wollte, erteilte es ihm die Regierung. Weitere Maßnahmen folgten: Die Landesbehörden werden aus den sächsischen Städten in das magyarisierte Klausenburg, die Gerichtshöfe in kleine magyarische Landstädte verlegt. Die Hermannstädter Rechtsakademie wird aufgelöst und dafür eine magyarische Universität in Klausenburg errichtet. Die tatkräftigsten und leistungsfähigsten Industriellen müssen das Land verlassen, weil die eigensüchtige Wirtschaftspolitik der von großagrarischen Interessen beherrschten Regierung das weitere Gedeihen des sächsischen Gewerbes unmöglich macht. Sie müssen sich jenseits der Grenze in Rumänien ansiedeln. So gründen Kronstädter Sachsen den Industrieort Busteni und das nahe der Grenze gelegene Azuga. Bald findet man auf der ganzen Eisenbahnstrecke von Predeal bis Plojesti ausgewanderte Siebenbürger Sachsen.

Die Zurückgebliebenen aber halten — gleich ihren Ahnen — allen Anfeindungen stand. In Jahrhunderte alten Überlieferungen, in dem festen Gefüge ihrer evangelischen Landeskirche finden sie

festen Halt. Bald sind die sächsischen Bezirke die einzigen im Lande, in denen alle Drohungen, Gewalt und Bestechung bei den Wahlen wirkungslos bleiben. Damit wahren sich die Siebenbürger Sachsen ihre politische Macht und ihre Unterstützung bleibt selbst für die allgewaltige magyarische Regierungspartei erstrebenswert.

Daß sie sich dieser dann anschlossen, hat ihnen manchen Tadel „Unentwegter" eingetragen. Allein sie konnten und können mit Recht darauf verweisen, daß es ihnen vermöge ihrer guten Beziehungen zu den leitenden Kreisen oft gelungen ist, schon durch Vorstellungen in den vorbereitenden Ausschüssen die dem sächsischen Volkstume drohenden Gefahren abzuwenden, und daß das Sachsentum die Belastungsprobe nicht aushalten, daß es der Rache des Magyarentums zum Opfer fallen würde, sobald sie sich verleiten ließen, nur deutsche Politik zu treiben.

Wenn Vorlagen verhandelt werden, die vom völkischen Standpunkte zu bekämpfen waren, stand auch die überwiegende Mehrheit der sächsischen Abgeordneten stets außerhalb der Regierungspartei; so bei der Beratung des Mittelschulgesetzes und bei der Erörterung des Ortsnamengesetzes. Bei der Beschlußfassung über das Volksschulgesetz (1907) begnügten sie sich dann freilich mit einem Proteste. Als indessen — nicht lange vor Ausbruch des Krieges — der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza erklärte, die Durchführung des Nationalitätengesetzes vom Jahre 1868 käme einem Selbstmorde des Magyarentums gleich und zu befürchten stand, daß durch die geplante Verstaatlichung der Verwaltung auch noch die letzten Bollwerke fallen könnten, die das Deutschtum Ungarns in der Selbstverwaltung der deutschen Gemeinden besitzt — traten abermals zwei sächsische Abgeordnete aus der Regierungspartei aus. So wahrten die Sachsen stets ihre völkische Ehre und erhielten sich doch, was sie brauchen, um sich ihr kulturelles Eigenleben und die Möglichkeit politischer Betätigung zu bewahren: ein reichgegliedertes Schulwesen, deutsche Predigt, deutsche Verhandlungs- und Geschäftssprache in ihren Gemeindevertretungen und die Wahl von 12 bis 14 Abgeordneten in den Reichstag. Voll stolzer Zuversicht konnte darum einer ihrer Volksdichter noch jüngst die Worte sprechen: „Hier stirbt der Deutsche nicht, darauf vertraut."

II.

Dauernden politischen Einfluß konnte indessen — wie ersichtlich — das Deutschtum in Ungarn niemals gewinnen. Allein um so

tiefer saßen dort die Wurzeln der deutschen Kultur, um so stärker wirkte der deutsche Geist auf die Entwicklung des wirtschaftlichen und geistigen Lebens. Vor allem verdankt Ungarn die Fortschritte seiner Landwirtschaft den deutschen Siedlern. Schon in vormagyarischer Zeit hatten diese das Wald- und Sumpfland Westungarns in fruchtbares Acker- und Weideland verwandelt, im 13. Jahrhundert Siebenbürgen urbar und fruchtbar gemacht. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatten sie dann den Süden des Landes so wohl bestellt, daß ein späterer Schriftsteller mit Recht feststellen konnte, daß „die für die Ansiedlung ausgelegten Geldmittel wohl angewendet worden seien." Denn man hatte fleißige Hände gewonnen, die „anfingen, die Steppen, Sumpf- und Sandstellen des Landes in dessen Kornkammern zu verwandeln." Den Garten- wie den Kartoffelbau haben damals die Deutschen nach Südungarn gebracht, ihnen verdanken die Banater Viehzucht, wie der Banater Weizen seinen Weltruf. Auch heute noch gehören die deutschen Gegenden des Landes zu den bestbewirtschafteten. Während 1912/13 in Siebenbürgen der durchschnittliche Weizenertrag auf dem Hektar nur 9.6 q betrug, stieg dieser Durchschnitt in den sächsischen Gespanschaften auf 10,8 q, und während er in den Gespanschaften am rechten Donauufer nur durchschnittlich 15,2 q erreichte, wurden in den Gespanschaften Baranya, Wieselburg und Ödenburg — in denen mehr als ein Drittel der Bevölkerung Deutsche sind — durchschnittlich 16,5 q auf dem Hektar geerntet.

Die Entwicklung des Gewerbes aber — des Kleingewerbes wie des Großgewerbes — stand in Ungarn bis vor wenigen Jahrzehnten völlig unter deutschem Einflusse. Zu Beginn der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mußte selbst Ludwig Kossuth bekennen: „Die Industrie in unserem Vaterlande ist deutsch", und noch auf der Wiener Weltausstellung des Jahres 1873 entfielen von den 1956 Auszeichnungen, die das Internationale Preisgericht an Ungarn verteilte, 1044 auf deutsche und nur 611 auf magyarische und magyarisierte Aussteller. Namentlich der Bergbau und die damit verbundene Metallindustrie, die Holzindustrie, die Mühlenindustrie und die Bierbrauereien waren fast durchwegs deutsche Schöpfungen, so daß auch magyarische Schriftsteller zugestehen müssen, daß erst die Deutschen „mit ihrer gewerblichen Bescheidenheit, mit dem Bau der Städte aus Ungarn einen europäischen Staat gemacht haben".

Ebenso stand der Handelsverkehr von allem Anfange an unter deutschem Einflusse. Deutsche hielten schon im Mittelalter die

Handelsbeziehungen mit dem Westen, vor allem mit Österreich aufrecht, deutsche Kaufleute pflogen damals mit der Walachei der Moldau und dem Morgenlande lebhaften Handel. Auch als die kriegerischen Ereignisse im Lande und die Entdeckung des Seeweges nach Ostindien den Handelsverkehr über Ungarn stark eingeschränkt hatten, blieb namentlich der Wein- und Getreidehandel, der sich erhielt, weiter in deutschen Händen. Auch die ersten Versuche, die untere Donau und den Altfluß zu Handelszwecken zu befahren, wurden von Deutschen unternommen, und noch im Jahre 1874 zählte man in Pest neben 308 magyarischen 1839 deutsch eingetragene Handelsfirmen.

So bewahrten die Städte, in denen Handel und Gewerbe ihren Sitz hatten, bis vor wenigen Jahrzehnten ihren deutschen Charakter. Deutschen Ursprunges sind fast alle. „Heute gibt es nicht eine Stadt in Ungarn" — bestätigt 1892 der Engländer Sidney Whitman — „die nicht einst ganz oder teilweise von Deutschen bewohnt war." Die Landeshauptstadt Pest — beispielsweise — war zur Zeit des Mongoleneinfalles „ein großes und reiches deutsches Dorf", und in der Schwesterstadt Ofen durfte noch zu Anfang des 15. Jahrhunderts nur „ein deutscher Mann von allen seinen vier Ahnen" Richter werden. Unter der Türkenherrschaft wurde dann zwar das Deutschtum Ofens und Pests vernichtet, allein nach der Vertreibung der Türken bauten wieder Deutsche die beiden Städte neu auf, so daß sie abermals rein deutsches Gepräge erhielten. Noch in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts sang Kisfaludys „Landmann auf dem Rakos":

> Pester, Ofner, viel wir sehen,
> Unsre Sprach' sie schwer verstehen.
> Bald sind, die an ihr sich laben,
> Selten, gleich den weißen Raben."

1851 gab es in Pest dann nur noch 48, in Ofen 74% Deutsche doch sprechen selbst heute in Ofen-Pest mehr als 400.000 Menschen (fast die Hälfte der Einwohner) Deutsch. Und ganz ähnlich verlief die Entwicklung in den anderen Städten des Landes. 1842 erklärte Ludwig Kossuth ganz offen: „Unsere Städte sind dem größten Teile nach noch deutsch, und zwar so deutsch, daß sie kaum noch ein Merkmal der Magyarisierung zeigen."

Nicht vergebens hatte man demnach die Deutschen in das Land gerufen, „allwo das Volk", wie man 1784 in Wien meinte, „den echten Begriff von ordentlicher Wirtschaftsfassung nicht hat, und

nebstdem in manchen Wirtschaftszweigen der wahre Fleiß nicht angewendet wird." Auch magyarische Geschichtsforscher finden ja, daß „einzig und allein die Deutschen" in Ungarn „die Beförderer der nationalen Industrie und Zivilisation" waren.

Allein in fast noch höherem Maße als auf wirtschaftlichem Gebiete wirkte der deutsche Einfluß auf die Entwicklung der geistigen Kultur in Ungarn. Das römische wie das protestantische Christentum haben Deutsche in das Land gebracht und damit die Grundlagen der Bildung gelegt. Deutsche Mönche und Weltgeistliche haben hier die ersten Schulen gegründet, deutsche Protestanten später das Schulwesen zu höchster Entwicklung gebracht. Selbst in den kleinsten Städten fand man vortreffliche deutsche Schulen, und deutsche Lehrer wirkten in allen Teilen des Landes. Auch die Buchdruckerkunst haben zuerst Deutsche in Ungarn ausgeübt. In der Buchdruckerei des Siebenbürger Sachsen Kaspar Heltai erschienen um die Mitte des 16. Jahrhunderts, neben einer vortrefflichen Bibelübersetzung, die historischen Gesänge Tinodis, des bekanntesten magyarischen Sängers seiner Zeit.

Im Laufe der Jahrhunderte kamen dann immer mehr deutsche Gelehrte nach Ungarn, wurde die Zahl der Ungarn, die sich auf deutschen Hochschulen heranbildeten, immer größer. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts wirkte Martin Opitz an der Akademie Bethlen Gabors im siebenbürgischen Straßburg, und etwa um dieselbe Zeit lernte und lehrte der Begründer der ungarischen Prosa Peter Pazmany an den Hochschulen in Wien und Graz. So schufen denn auch Deutsche die Organisation der ungarischen Wissenschaft. 1730 regte der Arzt Daniel Fischer in Käsmarkt die Gründung einer gelehrten Gesellschaft an, 1771 gaben ungarische Gelehrte in Wien die „k. k. priv. Anzeiger" heraus, 1780 ließ K. Gottlieb von Windisch in Preßburg das „Ungarische Magazin" erscheinen, und 1784 kamen in Ofen die „Monatlichen Früchte einer Gelehrten Gesellschaft in Ungarn" heraus. Unter den Gelehrten, die in der neuesten Zeit in Ungarn wirkten, gibt es gleichfalls weit mehr Deutsche, als man nach den — oft magyarisierten — Namen dieser Gelehrten annehmen sollte. Die Geschichtsforscher Feßler, Fraknoi (Frankl) und Marczali (Morgenstern), der Ethnograph Paul Hunfaly (Hundsdorfer), der Orientalist Vambery (Bamberger), die Sprachforscher Budenz und Ballagi (Bloch), der Kulturhistoriker Ipoly (Stummer), der Literarhistoriker Toldy (Schedel), der Geograph Johann Hunfaly (Hundsdorfer), der Volkswirtschaftler Földes (Weiß), wie die Statistiker Keleti (Klette)

und Koröſy (Haidruſchka) — um nur einige der bekannten ungariſchen Forſcher zu nennen — bildeten ſich alle völlig in deutſchen Kulturkreiſen, und unter den namhaften ungariſchen Gelehrten wird es kaum einen einzigen geben, der nicht deutſchem Geiſte die Grundlagen ſeines wiſſenſchaftlichen Schaffens verdankt. In ehrlicher Überzeugung hat man darum gelegentlich die magyariſche Wiſſenſchaft eine deutſche Wiſſenſchaft in magyariſcher Sprache genannt.

Auch auf den verſchiedenen Gebieten der Kunſt hat deutſche Schaffenskraft in Ungarn Großes gewirkt. Zahlreiche alte Kirchenbauten, Rathäuſer und andere Werke der Baukunſt zeugen dort von deutſchem Kunſtempfinden, und mancher Baum des deutſchen Dichterwaldes erwuchs auf Ungarns Boden. Der „deutſche Byron“ Karl Beck iſt ein gebürtiger Ungar, und Nikolaus Lenaus Herz erſchloß ſich zum erſten Male im Orzigarten zu Peſt ſchwärmeriſcher Liebe. Auch der Muſiker Franz von Liſzt, die Maler Munkázy (Lieb) und Wilma Parlagy (Brachfeld) erwieſen vor aller Welt die hohe Bedeutung deutſch-ungariſcher Kunſt.

Beſonders deutlich aber zeigte die ungariſche Theatergeſchichte, wie ſehr künſtleriſche Betätigung in Ungarn deutſcher Anregung bedurfte. In Preßburg entſtand ſchon um 1730 ein deutſches Theater, Ofen und Peſt hatten von 1770—1837 nur deutſche Bühnen. Um 1830 gab es — außer in Preßburg, Ofen und Peſt — auch in Temeſchwar und Kaſchau ſtändige deutſche Bühnen, und überdies zogen beſtändig deutſche Schauſpieltruppen durch das Land. In Ödenburg und Raab, in Fünfkirchen, Werſchetz, Arad und Szegedin, in Hermannſtadt und Kronſtadt, in Eperies, Leutſchau und Tyrnau vermittelten ſie der Menge das deutſche Dichterwort. Selbſt als ſpäter magyariſche Bühnen erſtanden, ſpielten ſie vornehmlich deutſche Stücke in magyariſchen Überſetzungen. Das erſte magyariſche Theater wurde 1821 in Klauſenburg mit einer Überſetzung von Körners „Zriny“ eingeweiht, und als man 1837 in Peſt das erſte Nationaltheater eröffnete, gab man eine Überſetzung von Eduard von Schenks „Belizar“. Iſt alſo das Theater wirklich „ein Spiegel, wo der wahre natürliche Apoll, wie einſt zu Dodona und Delphos goldene Orakel mündlich zum Herzen redet,“ ſo klangen in Ungarn aus dieſen Orakeln faſt bis in unſere Tage vornehmlich die Offenbarungen deutſchen Geiſtes.

Wie die Deutſchen unter Stephan I. auch die ſtaatliche Rechtsordnung in Ungarn begründeten, wie ſie jahrhundertelang als allzeit getreue Anhänger des Königstums für ſie kämpften

und litten, wurde bereits dargestellt. Bis in die neueste Zeit waren in allen Zweigen der staatlichen Verwaltung deutsche Beamte in Ungarn tätig, so daß es — als nach 1867 die deutschen Beamten das Land verlassen mußten, und das Magyarentum die unumschränkte Herrschaft im Lande übernahm — überall an Leuten fehlte, die in der Verwaltung wirklich arbeiten konnten. Selbst für die Leitung der Selbstverwaltungskörper fanden sich kaum genügend in Verwaltungssachen erfahrene Männer. Zunächst vermochte zwar die Magyarisierung von Deutschen und Juden dem Mangel einigermaßen zu steuern, und später wurden auch — nicht eben gründlich — neue magyarische Verwaltungsbeamte herangebildet. Allein noch Bismarck vermochte seine Bedenken gegen diese „undeutschen Beamten in Osten" nicht zu unterdrücken.

Noch größer aber als in der Verwaltung war und ist der Anteil der Deutschen im Heerwesen Ungarns. Bereits unter Stephan I. waren die deutschen Ritter die Kerntruppen des königlichen Heeres gewesen, so daß die Heidenempörung, die sich damals gegen den Begründer des einheitlichen ungarischen Staates erhob, als ein Krieg zwischen Deutschen und Magyaren (seditio maxima inter Theotonicos et Ungaros) galt. Auch in der Mitte des 12. Jahrhunderts konnte ein Geschichtsschreiber berichten, daß die Deutschen im königlichen Heere eine ansehnliche Zahl ausmachen, daß sie des Königs Leibwache bilden und der König ihnen seine kriegerischen Erfolge verdanke. Ebenso bildeten Deutsche den Kern jenes Heeres, das Mathias Corvinus zum Siege führte. Als dann Ungarn an das Haus Österreich fiel, und Ferdinand I. 1556 einen Hofkriegsrat schuf, dessen Wirksamkeit sich auf alle habsburgischen Länder erstreckte gab es — rechtlich — kein selbständiges ungarisches Heer mehr. Doch auch heute noch ist in den sich aus Ungarn ergänzenden Teilen des gemeinsamen Heeres der Anteil der Deutschen weit größer als in der Bevölkerung Ungarns. Nach der Militärstatistik gingen die Sachsen und Schwaben Ungarns 1894—1905 allen anderen Nationalitäten des Landes in der Tauglichkeitsziffer weit voran, und von den ungarischen Zöglingen der österreichisch-ungarischen Kadettenschulen und Militärakademien waren 1912/13 mehr als ein Viertel 25,5%) Deutsche, obwohl die Deutschen nach der letzten Volkszählung kaum ein Zehntel (9,8%) der Bevölkerung Ungarns ausmachten

So scheint es denn kaum ein Gebiet der kulturellen Entwicklung Ungarns zu geben, auf dem sich deutsche Einflüsse nicht entscheidend geltend gemacht hätten. Das hier mit flüchtigen Strichen

gezeichnete, höchst skizzenhafte Bild mag ja dabei immerhin manchem recht wenig anschaulich erscheinen. Wenn aber das Wort eines magyarischen Forschers richtig ist, daß die Sprache mehr beweist, als die Chroniken, so dürfte ein kurzer Blick auf die Geschichte der magyarischen Sprache alle wünschenswerte Klarheit schaffen. Denn diese Sprache weist an tausend deutsche Lehnwörter auf, die alle Gebiete höheren Kulturlebens umfassen. In der Landwirtschaft (Feld, Ried, Wiese, Scheune, Presse, Kelter, Treber), im Handwerk (Zunft, Wagner, Schuster, Bäcker), im Bergbau (Erz, Schmelz), im Handel (Dutzend, wertlos), in der staatlichen Ordnung (Herzog, Bürger, Graf, Gespan), in der Rechtsordnung (Meile, Pfund, herrenloses Gut), in der Kirchenordnung (Bischof, Papst, Fasching), im Heerwesen (Waffe, Abschied, Oberst, Glied, Rekrut), unter den Gegenständen des täglichen Lebens (Semmel, Kipfel, Würstel, Mantel, Hut, Muff, Spange, Kelch), kurz überall findet man Bezeichnungen, die der deutschen Sprache entnommen sind.

Daher hat auch die magyarische Wissenschaft diese Kultureinflüsse gar nicht zu leugnen versucht. Erklärt der eine Forscher, daß viele der bedeutendsten ungarischen Adelsgeschlechter, daß die Pálffy, Nicky, Sztáray, Batthyányi, Forgács, Kubinyi, Ujhelyi, von eingewanderten Deutschen abstammen, so bekennt ein anderer: „Den Deutschen in Ungarn verdanken die meisten adeligen Familien ihre Abkunft, die königlichen Städte ihre Begründung, die freien Künste und Gewerbe ihren Fortschritt." Und noch klarer haben sich — naturgemäß — fremde Forscher, hat sich beispielsweise ein Engländer, der Siebenbürgen bereiste, geäußert. „Den Deutschen" schrieb er, „verdankt das Volk, in dessen Mitte sie verschlagen wurden, mehr als es ihnen je zu vergelten imstande ist; denn diese Männer waren es, welche die Grundsätze wahrer Freiheit, an deren Segnungen heute alle teilhaben, eingeführt, bekanntgemacht und ohne Unterbrechung bis heute aufrechterhalten haben. Die Niederlassungen der Einwanderer waren ebensoviele Mittelpunkte der Zivilisation in einem Lande, das derselben bis dahin entbehrt hatte."

So darf man denn hoffen, daß eine nahe Zukunft die — lange Zeit leider unbeachteten — Worte eines magyarischen Geschichtsforschers wieder beherzigen wird: „Vergessen wir nie, wie hoch verpflichtet wir seit jeher der deutschen Bildung waren, und da uns die Sprache als etwas so Großes gilt, so seien wir auch gegen die deutsche nicht unduldsam. Vom Slaventum haben wir nichts zu lernen, aber Deutschland können wir nicht entbehren."

So stark indessen auch die deutschen Kultureinflüsse in Ungarn waren, fast noch stärker erwies sich das Streben, ihre Spuren zu verwischen. Schon in der Zeit der Umwälzung des Jahres 1848 hatte Graf Zay seinen Landsleuten dies Ziel mit den Worten gewiesen, als er sagte: Ungarn wird erst dann groß und glücklich sein, wenn es ganz magyarisch sein wird." Man hoffte damals, dies in einem Menschenalter erreichen zu können. Allein die Umwälzung mißlang, und während des Rückschlages, der ihr folgte, gab es für die Magyaren keine Möglichkeit, dem Ziele näher zu kommen. Um so hastiger strebten sie dann nach ihm, als der Ausgleich des Jahres 1867 die Hemmnisse wieder beseitigt hatte.

Die einzelnen Entdeutschungsmaßnahmen, die man nun in Angriff nahm, können hier und können jetzt nicht wohl besprochen werden. Sie sind in zahlreichen deutschvölkischen Schriften längst eingehend geschildert und gründlich erörtert worden. Hier soll daher nur in aller Kürze und mit aller Nüchternheit dargestellt werden, wie zielsicher man vorgeht. Bereits im vorschulpflichtigen Alter werden zahlreiche deutsche Kinder in Kinderbewahranstalten und Kinderasylen mit magyarischer Beschäftigungssprache untergebracht. Diese Anstalten — die oft mit großen Geldopfern in deutschen Dörfer erhalten werden — haben nach § 8 des Bewahrgesetzes die Kleinen nicht nur zu pflegen und zu betreuen, sondern sie auch in die Kenntnis der magyarischen Sprache einzuführen. 1912/13 gab es bereits 2281 magyarische und nur 26 deutsche Anstalten. Von diesen 26 wurden 21 von der evangelischen Kirche A. K., je 2 von Gemeinden und von Privaten und 1 von der katholischen Kirche erhalten. Staatliche deutsche Anstalten gab es nicht. Von den 43.220 deutschen Kindern, die solche Anstalten besuchten, mußten daher 41086 — also rund 95% — in Anstalten mit magyarischer Beschäftigungssprache untergebracht werden. Sie werden hier ihrem Volkstume schon in zartester Jugend entfremdet.

Ganz ähnlich liegen die Dinge im Volksschulwesen. Noch 1868/69 hatte es 1879 deutsche Volksschulen gegeben. Mehr als ein Achtel (13,5%) der Volksschulen hatte damals deutsche Unterrichtssprache. 1912/13 bestand kaum mehr ein Viertel dieser Schulen. Unter den 16.861 Volksschulen im Lande hatten jetzt nur noch 447 (etwa 2,6%) deutsche Unterrichtssprache, und selbst von diesen befand sich weit mehr als die Hälfte (256) in Siebenbürgen. In Ungarn im engeren Sinne (ohne Siebenbürgen) hatten die mehr als 1½ Millionen (1,669.276) Deutschen nur 191 Volksschulen. Es entfielen

somit auf eine Million Deutsche etwa 112 Volksschulen, während für 1 Million Magyaren etwa 1356 Volksschulen — also mehr als das Zehnfache — zur Verfügung standen. Von den 232.057 deutschen Schülern, die damals die Volksschulen besuchten, konnten daher nur 44.884 — nicht einmal ein Fünftel — in eine deutsche Schule gehen. 186.329 deutsche Schüler mußten magyarische Schulen besuchen.

Auch die wenigen deutschen Schulen, die es noch gibt, haben die Deutschen fast ganz allein zu erhalten. Unter den 3296 staatlichen Volksschulen im Lande findet sich keine einzige deutsche. Gleichwohl ist seit dem Volksschulgesetze des Jahres 1879 das Magyarische auch in den deutschen, von Deutschen erhaltenen Schulen Zwangsgegenstand und muß besonders eifrig betrieben werden. Seit 1882 kann auch nur der zum Lehrer ernannt werden, der des Magyarischen in Wort und Schrift soweit mächtig ist, daß er es in der Volksschule lehren kann. Erzielt der Lehrer beim Unterrichten des Magyarischen nicht genügende Erfolge, so kann er entlassen und die Schule geschlossen werden. Als Lehrziel gilt dabei die vollständige Beherrschung des Magyarischen. Wenige Monate vor Beginn des Krieges noch leitete daher der Verwaltungsausschuß der Temescher Gespanschaft gegen drei Lehrer, die in der deutsch-evangelischen Gemeinde Liebling im Banate wirkten, ein Strafverfahren ein, weil sie „nicht die ungarische Sprache unterrichteten und Liebling noch vollkommen deutsch sei."

Deutsche Mittelschulen gibt es nur noch in Siebenbürgen, wo die evangelische Landeskirche 1912/13 fünf Obergymnasien und zwei nicht vollständige Gymnasien, sowie je eine Oberrealschule und eine nicht vollständige Realschule erhielt. Außerhalb Siebenbürgens besteht keine einzige deutsche Mittelschule in Ungarn mehr, obwohl hier mehr als siebenmal soviel Deutsche wohnen, als in Siebenbürgen. Die deutschen Mittelschulen, die noch in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Preßburg, Kaschau, Ofen und an anderen Orten bestanden, sind längst aufgelassen. Während 1870/71 noch etwa ein Achtel (11,6%) der Mittelschüler Ungarns Deutsche waren, bekannten sich daher 1912/13 in ganz Ungarn nur mehr ein Zwölftel (7,8%) der ungarischen Mittelschüler zu ihrer deutschen Muttersprache.

Dieser Entwicklung hatte schon das Mittelschulgesetz des Jahres 1883 die Wege geebnet, indem es — entgegen der Bestimmung des Nationalitätengesetzes vom Jahre 1868, nach der der Staat verpflichtet ist, die Deutschen bis zur Hochschule heranzubilden — ver-

fügte, daß in den vom Staate erhaltenen Lehranstalten nur das Magyarische Unterrichtssprache sein dürfe. Auch die wenigen, von der evangelischen Landeskirche erhaltenen deutschen Mittelschulen Siebenbürgens, die man noch bestehen ließ, müssen seither die magyarische Sprache in einem Umfange pflegen, der den Unterricht in anderen Gegenständen ernstlich schädigt. So machte man die Mittelschulen zu Hauptstützpunkten im Kampfe für die Entdeutschung der Gebildeten. Sie haben ihre Aufgabe — wirksam unterstützt durch ihre völkisch begeisterten Lehrer — voll erfüllt. Während sich (wie erwähnt) 1912/13 immerhin noch 7,8% aller Mitschüler zur deutschen Muttersprache bekannten, taten dies unter jenen, die die Reifeprüfung mit Erfolg ablegten, nur noch 4,3% — wenig mehr als die Hälfte.

Ebenso wie die Schulen wurden aber auch die Kirchen in den Dienst der Entdeutschung gestellt. Bereits in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte man magyarische Geistliche in deutsche Gemeinden gesetzt, von deutschen Pfarrern die Ausstellung magyarischer Taufscheine verlangt. Später ließen es sich namentlich die magyarischen Kulturvereine angelegen sein, auf die Prediger einzuwirken, damit sie den Gottesdienst magyarisieren und so das deutsche Wort auch aus der Kirche verbannen.

Noch durchgreifender konnten jedoch die Entdeutschungsmaßnahmen begreiflicherweise im Erwerbsleben wirken. Namentlich in den Städten machte sich dies bald deutlich bemerkbar. Handel und Gewerbe verloren hier sehr schnell ihr deutsches Wesen, zumal auch die Veränderungen in der Wirtschaftslage und in der Gewerbeverfassung ihren Einfluß in gleicher Richtung übten. „Denn die Schranken, die der Erlangung und Selbständigkeit gezogen waren, namentlich die strengen Formen des Befähigungsnachweises, waren nun gefallen und hiermit selbst minderwertigen Elementen der Eintritt in das Gewerbsleben eröffnet". Besonders in jenen Gewerbszweigen, die eine bessere Schulbildung nicht unbedingt voraussetzten, konnten sich jetzt auch Nichtdeutsche leichter betätigen. Andererseits wandten sich die Söhne deutscher Gewerbsleute immer häufiger freien Berufen (hauptsächlich dem Beamtenstande oder den Berufen des Arztes oder Anwaltes) zu und verfielen so immer öfter der Entdeutschung. Die wenigen deutschen Kaufleute und Kleingewerbetreibenden aber, die dann noch übrig blieben, mußten schließlich den Forderungen ihrer magyarischen Kundschaft nachgeben und konnten sich ihr Deutschtum kaum mehr bewahren.

Auch im Großhandel und im Großgewerbe vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung. Denn selbst die Deutschen aus Österreich und fast mehr noch die aus dem deutschen Reiche, die in Ungarn Großhandel treiben oder großgewerbliche Unternehmen gründen, denken meist nur an ihren Gewinn und wagen es kaum, sich zu ihrem Volke zu bekennen. So wurde die Industrialisierung des Landes geradezu ein Mittel der Magyarisierung. In den Gespanschaften des Banats, der Batschka und Siebenbürgens, in denen die Deutschen einen großen Anteil der Bevölkerung bilden, ist der Prozentsatz der industriellen Hilfspersonen magyarischer Muttersprache schon größer, als der Prozentsatz der magyarischen Bevölkerung überhaupt. Auch im Marmaroscher Komitate — beispielsweise — gaben 1910 nur 14,8% der Bevölkerung, aber 97,4% der Bergleute das Magyarische als ihre Muttersprache an. Nur in den westungarischen Gespanschaften mit starker deutscher Bevölkerung ist der Prozentsatz des industriellen Hilfspersonals magyarischer Muttersprache geringer, als der der magyarischen Bevölkerung. So haben sich unter der Bevölkerung der Stadt Ödenburg 44,2% und unter den Bergleuten bloß 2,8% als Magyaren bekannt, was (unter anderem) auch darauf zurückgeführt wird, daß hier die Bergwerke in den Händen einer „fremden" Gesellschaft sind. In ganz Ungarn aber hat nur etwa ein Siebentel (14,2%) des industriellen Hilfspersonals das Deutsche als seine Muttersprache angegeben, was sicher nicht viel ist, wenn man bedenkt, daß noch vor etwa drei Menschenaltern Gewerbe und Industrie fast ganz in deutschen Händen waren.

Die großen Erfolge, die man hier erzielt hatte, lockten natürlich zu weiteren Versuchen. Schließlich suchte man sogar, daß Heer als Mittel zur Entdeutschung zu nutzen. So kam es zu dem heftigen sich stets steigernden Kampfe gegen die deutsche Heeressprache, der gerade in den letzten Jahren vor dem Kriege der Einheitlichkeit und Schlagfertigkeit des gemeinsamen Heeres verhängnisvoll zu werden drohte. Auch hierbei ging man ganz zielbewußt vor. Zunächst wurde die ungarische Landwehr (Honved), deren Befehlssprache und Offizierskorps magyarisch ist, stetig vermehrt. Dann setzte man durch, daß auch die aus Ungarn stammenden Offiziere der gemeinsamen Armee in ungarischen Militärbildungsanstalten mit — zunächst wenigstens teilweiser — magyarischer Unterrichtssprache herangebildet und zu den in Ungarn garnisonierenden Regimentern eingeteilt werden. Sie sollen auf diese Weise — den magyarisierenden Einflüssen dieser Schule und ihrer magyarischen Umgebung ausgesetzt — schnell ma-

gyarisiert werden, um dann den Mannschaften gegenüber als Magyarisatoren wirken zu können. So würde das Magyarische bald von selbst bei allen ungarischen Regimentern die alleinige Regiments- und Befehlssprache werden und damit endlich auch den deutsch-ungarischen Offizieren und den deutsch-ungarischen Bauern, die allein bisher allen Entdeutschungsversuchen widerstanden, der Weg gewiesen werden, den sie zu wandeln haben.

Diese letzten Ziele ließen sich indessen einstweilen nicht erreichen. Denn die Heeresleitung hielt, um die für die Großmachtstellung des Doppelreiches unentbehrliche Einheitlichkeit des Heeres zu erhalten, bisher an der deutschen Befehlssprache unverrückbar fest. Dagegen gelang es den magyarischen Machthabern, die sichtbaren Zeichen deutschen Kultureinflusses in Ungarn fast völlig zu verwischen. Das Ortsnamengesetz des Jahres 1898 ließ die Jahrhunderte alten deutschen Städtenamen von den Landkarten verschwinden, die amtlichen Kundmachungen und Anschläge vermieden die deutsche Sprache auch dort, wo sie sich an die fremden Besucher des Landes wenden, und in Pest wollte man selbst auf den Grabsteinen die deutschen Inschriften nicht länger dulden. Von den Bühnen und Singspielhallen wurde das deutsche Wort verdrängt, auch im gesellschaftlichen Leben hörte man es nicht gerne, und eine rege Werbearbeit — zuweilen selbst von amtlicher Seite — suchte alle, die deutsche Namen führen, zu bewegen, sie mit magyarischen zu vertauschen. Widerstand gegen solche Maßnahmen gilt — zum mindesten — als „unpatriotisch," häufig als „Pangermanismus" und „Landesverrat." Er wurde bisher — außer von Siebenbürger Sachsen — auch selten geübt. Erst in den letzten Jahren begann es sich (namentlich unter den Banater Schwaben zu regen. Noch glimmt wohl nur ein kleines Fünkchen des neuerwachten Volksbewußtseins, und erst die Zukunft wird es erweisen, ob die Stürme des Krieges es zu leuchtender Flamme entfachen konnten. Allein die Zeichen stehen gut. Man muß sie nur zu deuten wissen Schon Bismarck meinte, als man ihm einmal von den Schwaben im Banate sprach, daß das Deutschtum hier „kein verlorner Posten" sei.

In den letzten Jahrzehnten ging indessen — wenigstens nach den amtlichen Ziffern — das Deutschtum in Ungarn stetig zurück. Die Volkszählungen stellten in den Jahren 1880, 1890, 1900 und 1910 in Ungarn im engeren Sinne (ausschließlich Kroatien-Slawonien, aber einschließlich Siebenbürgen) 13,62, 13,14, 11,8 und 10,4% Deutsche fest. Im letzten Jahrzehnte (1900—1910) allein sank die

Zahl der Deutschen von 1,980.423 auf 1,903.357, also um rund 77.000. Berücksichtigt man dazu noch, daß die deutsche Bevölkerung bei natürlicher Zunahme 1910 hätte auf 2,176.128 gestiegen sein müssen, so betrug der Verlust der Deutschen in diesen 10 Jahren rund 273.000 Köpfe, fast ein Siebentel der deutschen Bevölkerung des Jahres 1900.

Dieser Verlust verteilt sich auf die einzelnen Landesteile nicht in gleicher Weise. In Siebenbürgen — beispielsweise — war die Lage verhältnismäßig günstig. Von etwa 1840—1890 war hier die Zahl der Deutschen zwar anscheinend um ungefähr 5000 Seelen zurückgegangen, in den Jahren 1890—1910 ist sie aber wieder etwas gestiegen: in den sächsischen Bezirken (Hermannstadt, Kronstadt, Groß- und Klein-Kokeln und Bistritz) allein von 173.415 auf 187.404. Indessen muß diese Zunahme sehr gering genannt werden, namentlich wenn man erwägt, daß die Zahl der Siebenbürger Sachsen bereits 1765 auf 95.000 Seelen geschätzt wurde, sich also in fast fünf Menschenaltern nicht einmal verdoppelt hat. In den Jahren 1847 bis 1897 sind dem Deutschtum in Siebenbürgen denn auch 30 bis 40 Gemeinden verloren gegangen, und 1895 soll es allein in den 17 sächsischen Gemeinden der Schäsburger Gegend 105 unbewohnte sächsische Bauernhöfe gegeben haben. In den letzten zwei Jahrzehnten aber (1890—1910) sank der Anteil der deutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der sächsischen Bezirke trotzdem noch weiter: von 30,1 auf 27,9%.

Ähnlich liegen die Dinge in Südungarn. Hier hatten die Deutschen um 1840 in den Gespanschaften Tolnau, Baranya, Torontal und Temesch beinahe ein Viertel, in der Batschka ein Fünftel der Bevölkerung gebildet. 1890 war ihr Anteil an der Bevölkerung in Tolnau Torontal und in der Batschka auf fast ein Drittel, in Baranya und Temesch auf mehr als ein Drittel gestiegen. Allein in den letzten 20 Jahren (1890—1910) sank ihre Zahl wieder von 727.344 auf 709.032, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung gar von 31,4 auf 28,3%. Trotzdem scheint hier das Deutschtum — wenigstens auf dem flachen Lande — auch jetzt noch Fortschritte zu machen. Denn 1900 gab es hier bereits 190 fast ganz deutsche Gemeinden, in denen mehr als 300.000 Deutsche wohnten; eine deutsche Mehrheit aber hatten 335 Gemeinden mit weit mehr als einer halben Million (564.573) Deutschen.

In den westlichen Gespanschaften mit starken deutschen Minderheiten (Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg) ist dagegen die Stel-

lung des Deutschtums, trotz der Nachbarschaft deutsch-österreichischer Gebiete, stetig schwächer geworden. Um 1840 hatten die Deutschen in der Wieselburger Gespanschaft noch mehr als zwei Drittel, in der Ödenburger ungefähr die Hälfte, in der Eisenburger mehr als ein Drittel der Bevölkerung gebildet. 1910 war ihr Anteil in der Wieselburger Gespanschaft bereits auf mehr als die Hälfte, in der Ödenburger auf wenig mehr als ein Drittel und in der Eisenburger auf wenig mehr als ein Viertel gesunken. In den letzten 20 Jahren allein sank die Zahl der Deutschen von 285.298 auf 278.326, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 38,8 auf 34,2%. Eine deutsche Mehrheit hatten im Jahre 1900 nur noch rund 300 Gemeinden mit zusammen etwa 300.000 Deutschen.

Oberungarn aber ist „ein einziger großer deutscher Friedhof.“ Vor drei Jahrhunderten konnte sich das Deutschtum hier einer herrlichen Blütezeit freuen. Es schien in den 24 deutschen Freistädten eine sichere, feste Stütze zu haben. Noch 1869 zählte man in der Zipser Gespanschaft unter 175.061 Einwohnern 61.391 Deutsche. 1910 war ihre Zahl nahezu auf die Hälfte (38.434) gesunken Bloß etwa 40 meist sehr kleine Gemeinden um Käsmark und Göllnitz haben sich hier noch eine deutsche Mehrheit erhalten, und auch in diesen Gemeinden nimmt die Seelenzahl stetig ab.

Ebenso verschwinden nach und nach die zahlreichen deutschen Sprachinseln, die es noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in ganz Ungarn gab. Selbst das Deutschtum in und um Pest verliert immer mehr an Boden. In Pest zählte man 1870 noch 122.155, 1910 nur noch 78.882 Deutsche; ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sank von 34,3 auf 9%, also von mehr als ein Drittel auf nicht ganz ein Elftel. Fast könnte es scheinen, als sei hier nun der Tiefpunkt erreicht. Denn 1910 war die Zahl der Deutschen gegen 1906 sogar wieder ein wenig (etwa um 5000) gestiegen. Allein wenn man die Verteilung der Deutschen auf die einzelnen Altersklassen betrachtet, schwindet dieser Glaube. Denn unter den mehr als Sechzigjährigen gab es 26,3%, unter den Volksschulpflichtigen (zwischen 6 und 12 Jahren) nur 3,5% Deutsche. Auch das Deutschtum in der Umgebung der Landeshauptstadt ging in ähnlicher Weise zurück. 1890 zählte man in der Pester Gespanschaft noch 88.181, 1910 nur noch 83.496 Deutsche; ihr Anteil an der Bevölkerung betrug 1890 noch 12,9, 1910 nur noch 8,1%.

Man hat diesen starken Rückgang des Deutschtums in Ungarn auf verschiedene Weise zu erklären versucht. Vor allem hat man

darauf hingewiesen, daß die Ergebnisse der Volkszählung — soweit sie sich auf die sprachlichen Verhältnisse beziehen — in Ungarn noch weit unverläßlicher sind, als sonst in gemischt-sprachigen Gebieten. Man hat sogar (um die Stärke der Beeinflussung zu kennzeichnen, die hier geübt wurde) geradezu von „ungarischen Volkszählungswahlen" gesprochen. Tatsächlich leidet auch das Verfahren, durch das in Ungarn die sprachliche Zugehörigkeit des Einzelnen festgestellt wird, an argen Mängeln. Schon die amtliche Erläuterung des Begriffes „Muttersprache" gibt zu mancherlei Bedenken Anlaß. Während nach reichsdeutschen Begriffen die Muttersprache gerade deshalb „das bei weitem sicherste statistische Merkmal für die Stammeszugehörigkeit bildet, weil sie dem Einzelnen gestattet, seine Abstammung unabhängig von seiner Umgebung zur Geltung zu bringen", betrachtet die Zählkarte der ungarischen Volkszählung jene Sprache als Muttersprache, die der Einzelne „am besten und am liebsten" spricht. 1900 ist sogar in den Weisungen an die deutschen Volkszähler auch das Wort „besten" noch weggeblieben, so daß nur festzustellen war, welche Sprache der Einzelne am „liebsten" sprach. Bezüglich der Kinder wurde dann noch ausdrücklich erklärt, daß die Muttersprache nicht nur jene sei, die das Kind im Elternhause spreche, sondern daß auch jene als solche bezeichnet werden könne, die sich das Kind in der Schule angeeignet habe. Nun zwingt aber bekanntlich der Geist, der das ganze öffentliche und gesellschaftliche Leben Ungarns beherrscht, den Einzelnen fast unabwendbar in die Überzeugung, daß nur das Magyarische die Lieblingssprache eines jeden guten Ungars sein dürfe, und bei den Kindern übt jedenfalls die Tatsache, daß alljährlich mehr als eine Viertelmillion deutscher Kinder magyarische Schulen besuchen, beträchtliche Wirkung, so daß die eigenartige Umschreibung des Begriffes „Muttersprache" sicherlich viele Tausende bewogen hat, sich, statt als Deutsche, als Magyaren zu bekennen.

Dazu kommt noch ein Zweites. Zu Volkszählern werden in Ungarn meist Schullehrer mit starkem magyarischem Empfinden ernannt, die — naturgemäß — ihre völkischen Gefühle auch bei diesem Anlasse zur Geltung zu bringen suchen. An Gelegenheit hierzu fehlt es ihnen nicht, da sie nicht etwa nur die Richtigkeit der Eintragungen auf den Zählkarten zu überprüfen, sondern diese selbst auszufüllen haben. Sie müssen sich dabei — vorschriftsgemäß — der magyarischen Sprache bedienen, was gleichfalls nicht ohne Einfluß auf das Ergebnis der Erhebungen ist. Denn die magyarische

Sprache kennt keinen Unterschied zwischen „Ungar" und „Magyar". Bekennt sich somit jemand bei der Erhebung als „Ungar", als Angehöriger der einheitlichen ungarischen Nation, zu der nach dem ungarischen Nationalitätengesetze des Jahres 1868 jeder ungarische Staatsbürger gehört, so erscheint er in den Volkszählungslisten als Magyare. Zudem ist es den Volkszählern noch gestattet, „im Interesse der Beschleunigung der Arbeit" Abkürzungen zu gebrauchen. Statt magyarisch (magyar.) können sie m, statt deutsch (német) n eintragen. Der Unterschied besteht lediglich in einem Strichelchen. Auch unbewußten Irrtümern ist daher Tür und Tor geöffnet.

So kann man denn sicherlich behaupten, daß die Zahl der Deutschen, die die Volkszählung ausweist, die Mindestzahl der deutschen Bevölkerung Ungarns darstellt. Den Rückgang des Deutschtums in Ungarn aber vermögen solche Erhebungsmängel gleichwohl nicht zu erklären. Denn nichts berechtigt zu der Annahme, daß sich diese Mängel 1910 wesentlich stärker fühlbar gemacht hätten, als bei früheren Volkszählungen, und daß daher die Ergebnisse der letzten Erhebungssumme viel unverläßlicher erscheinen, als die früheren. Weit eher könnte hier die Tatsache als Erklärung dienen, daß die natürliche Zunahme der Deutschen verhältnismäßig gering, ihre Auswanderung dagegen unverhältnismäßig groß ist. In den Jahrfünften 1896—1900, 1901—1905 und 1906—1910 betrug nämlich die natürliche Zunahme der Deutschen nur 11,8 10,3 und 9,6, die der Magyaren 13, 11,5 und 12,3 vom Tausend. Namentlich im letzten Jahrfünft ist der Unterschied somit beträchtlich. Die Auswanderungszahlen aber sind für die Deutschen noch viel ungünstiger 1901—1910. wanderten 8,64% der Deutschen, aber nur 3,47% der magyarischen Bevölkerung des Jahres 1900 aus. Gleichwohl kann man den Rückgang der deutschen Bevölkerung auch auf diese Tatsachen allein nicht zurückführen. Denn die natürliche Zunahme betrug 1900—1910 immerhin noch rund 196.000 Seelen, die Zahl der deutschen Auswanderer aber nur 171.000, so daß sich danach eine Zunahme von rund 25,000 Seelen hätte ergeben müssen, während sich in Wirklichkeit — wie erwähnt — ein Abgang von rund 77.000 ergab.

Auch die Behauptung, daß im wesentlichen nur die deutsche — vor allem die deutsch-jüdische — Bevölkerung in den Städten zurückgegangen sei, hält ziffernmäßiger Nachprüfung nicht völlig stand. Wohl nahm die Zahl der Deutschen in den Städten besonders stark ab. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sank 1890—1910 in Preßburg von 60 auf 42, in Ödenburg von 64 auf 51, in Temesch-

war von 55,9 auf 43,6, in Pantschowa von 40,6 auf 35,9, in Hermanstadt von 61 auf 50,3, in Kremnitz von 77 auf 33,5 und in Pest von 24 auf 9%. Allein auch auf dem flachen Lande war der Rückgang stellenweise sehr erheblich. In der Gespannschaft Baranya sank in demselben Zeitraume der Anteil der Deutschen an der Bevölkerung von 37 auf 35, in der Gespanschaft Ödenburg von 37,7 auf 36,8, in der Temescher Gespanschaft von 33,6 auf 30,1 in der Torontaler Gespanschaft von 31,1 auf 26,6, in der Gespanschaft Groß-Kokeln von 44 auf 41,8, in der Zips von 27,5 auf 22,2 und in der Pester Gespanschaft von 12,9 auf 8,1%. Auch die ländliche deutsche Bevölkerung hat somit beträchtliche Verluste zu beklagen. Richtig ist indessen, daß die deutsche Bevölkerung Ungarns 1900 bis 1910 außerhalb der Städte nur um etwa 2,3%, die deutsche Bevölkerung in den Städten „mit Munizipalrecht oder geordnetem Magistrat" aber um 10,6% abnahm.

Ähnlich steht es mit den Juden. 1890—1910 sank die Zahl der deutschen Juden von 233.488 auf 196.967. 1890 hatte sich daher noch etwa ein Drittel (33%) der Juden zur deutschen Muttersprache bekannt, 1910 nicht viel mehr als ein Fünftel (21,6%). Indessen war gleichzeitig auch die Zahl der christlichen Deutschen nicht unwesentlich (von 1,865.039 auf 1,814.927) zurückgegangen und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 10,7 auf 8,6% gesunken. Allein die Zahl der christlichen Deutschen hatte sich so doch nur um 2,69, die der deutschen Juden um 15,64% verringert

Wie dem aber auch sei, jedenfalls hat das Deutschtum in Ungarn in den letzten Jahrzehnten in der argen Bedrängnis, in der es lebte, schwere Verluste erlitten. Die — geflissentlich — ganz trockene und rein ziffernmäßige Darstellung, die hier gegeben wurde, gibt hiervon vielleicht kein ganz klares Bild. Allein man dürfte eine im wesentlichen richtige Vorstellung von der Sachlage gewinnen, wenn man sich die Tatsache vor Augen hält, daß im letzten Jahrzehnte allein mindestens eine Viertelmillion Deutscher durch völkische Bedrängnis ihrem Volkstume verloren ging, und daß sich seit etwa dreiviertel Jahrhunderten die Zahl der Deutschen kaum mehr vermehrt.

Gleichwohl ist die Lage des Deutschtums in Ungarn nicht verzweifelt. Noch gab es 1900 an tausend deutsche Orte mit mehr als 1⅓ Mill. deutscher Einwohner, noch bildeten damals die Deutschen in 28 Stuhlrichterbezirken die tatsächliche, in 11 die verhältnismäßige Mehrheit. Trotzdem mag sich schon mancher Wankelmütige die

bange Frage gestellt haben, ob das ungarische Deutschtum in sich selbst die Kraft finden würde, dem völkischen Ansturme standzuhalten, der es bedrohte. Allein in unseren Tagen ist für Erwägungen Zaghafter kein Raum. Zuversichtlicher als je sollten vielmehr gerade jetzt in allen deutsch-ungarischen Gemeinden die Klänge des Banater Schwabenliedes ertönen:

> Von deutscher Erde sind wir abgeglitten
> Auf diese Insel weit im Völkermeer,
> Doch wo des Schwaben Pflug das Land durchschnitten,
> Wird deutsch die Erde und er weicht nicht mehr.

Welchen Quellen der Widerstand gegen deutsche Einflüsse in Ungarn entsprang, konnte keinem Wachen je zweifelhaft sein. Jede Seite der ungarischen Geschichte gibt hierüber klare, unzweideutige Auskunft. Denn seit Ungarn ein einheitlicher Staat ist, stand der ungarische Adel im heftigen, sich stetig steigernden Kampfe gegen das Königtum, und fand dabei die Deutschen als die festesten, treuesten Stützen der Herrscher zuvorderst in den Reihen seiner Gegner. Deutsche Ritter bildeten die Leibschar der ersten „nationalen" Könige Ungarns, deutsche Priester waren ihre Berater, deutsche Beamte ihre Helfer, deutsche Bürger füllten ihren Schatz. So mußte in dem Adel die Abneigung gegen die Deutschen schnell geweckt werden, mußte ihm der Kampf gegen sie als Gebot der Selbsterhaltung erscheinen.

Nach und nach wurde die Abneigung zur Feindschaft. Denn immer reicheren Segen rangen die deutschen Siedler dem Boden ab, immer lohnenderen Erwerb fanden die deutschen Bürger in den rasch aufblühenden deutschen Städten, immer drohender mußte daher dem Adel die Gefahr erscheinen, daß die Deutschen auch politischen Einfluß gewinnen und durch ihre Hilfe die Macht des Königstums schier unbezwingbar machen könnten. Und als dann die Krone Ungarns an die deutschen Habsburger gefallen war, schien diese Gefahr noch gesteigert. Nun war ja das Königtum mit seinen Anhängern auch durch die Bande des Blutes verknüpft, nun schien es in jedem Sinne ein deutsches Königtum; der Kampf zwischen Adel und Königtum (der keinem Volke je erspart blieb) schien ein völkischer Kampf geworden zu sein.

Gleichwohl hieße es den Schein für die Wirklichkeit nehmen, wollte man diesen Kampf nun einfach auf völkische Gründe zurückführen. Denn weder das Königtum und dessen deutsche Verbündete,

noch der Adel zeigten sich anfangs von Stammesbewußtsein erfüllt. Das Königtum war überhaupt nie „national." Auch wenn es — wie etwa unter Josef II. — die deutsche Sprache zu bevorzugen schien, tat es dies nie aus völkischen, sondern stets nur aus verwaltungstechnischen Rücksichten. Seine Maßnahmen wandten sich daher zunächst auch gar nicht gegen die magyarische Volkssprache, sondern lediglich gegen die lateinische Verwaltungssprache. Später aber (unter Metternich) begünstigte der Absolutismus sogar das Magyarentum, weil ihm dessen hochadelige Führer als geeignete Helfer in seinem Kampfe gegen das fortschrittsfreundliche deutsche Bürgertum erschienen. Als dann die Jahre 1848 und 1849 die wahren Ziele des Magyarentums entschleiert hatten, mußte die Wiener Regierung (unter Bach) naturgemäß versuchen, es zu bekämpfen. Allein niemand wird im Ernste behaupten wollen, daß die Maßnahmen, die damals ergriffen und — im wesentlichen — mit tschechischen Beamten ausgeführt wurden, auf deutsch-völkische Erwägungen zurückzuführen waren.

Selbst bei den deutsch-ungarischen Bürgern und Bauern machten sich — außerhalb Siebenbürgens — fast niemals völkische Regungen bemerkbar. Denn man fand zunächst zu völkischer Betätigung gar keinen Grund. In den — fast ausnahmslos — deutschen Städten konnte sich die deutsche Selbstverwaltung (wenngleich mit mancherlei Schwierigkeiten) fast bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts erhalten, und auch in den Dörfern hatten die Deutschen doch wenigstens ihre deutschen Schulen. So konnte ihr Sehnen nach Glaubensfreiheit sie lange Zeit sogar in ein Bündnis mit dem Magyarentume locken, das seine blutigen Schlachten gegen die Herrschergewalt damals ja gleichfalls unter den Fahnen der Glaubensfreiheit schlug. Noch im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts waren die Deutschen die begeistertsten Förderer des völkischen Aufschwunges der Magyaren und ein magyarischer Forscher konnte ihnen in jenen Tagen mit gutem Rechte bestätigen, daß sie „treue Patrioten" und „unter allen fremden Bewohnern Ungarns die geneigtesten" seien, sich die vaterländische Sprache zu eigen zu machen.

Auch als 1848 das Magyarentum seine Unabhängigkeit von der Wiener Regierung mit den Waffen zu erkämpfen suchte, focht abermals die große Mehrheit der Deutschen Ungarns in seinen Reihen. Sie hofften hier ihrem Streben nach bürgerlicher Freiheit Erfüllung zu sichern und die Gefahr des ringsum drohenden Slawentums bannen zu helfen. In ihrem Hauptorte Weißkirchen hielten

sie dem Vordringen der Serben erfolgreich stand und retteten so das ungarische Heer vor der Umklammerung. Selbst aus Wien eilten deutsche Studenten herbei und bildeten den Kern einer Wiener Legion, die unter Bem in Siebenbürgen tapfer für die Magyaren focht.

Selbst heute noch schließen sich unter allen „fremden" Völkern Ungarns die Deutschen am willigsten dem Magyarentume an. Jedenfalls wächst die Zahl der deutschen Überläufer schneller, als dem Ansehen des Deutschtums bei den Magyaren förderlich sein kann. Denn was muß ein aufrechter, volksbewußter Magyare empfinden, wenn er — beispielsweise — liest, wie sich der Temeschwarer Bürgermeister in einer jüngst erschienenen Flugschrift rühmt, daß seine Vorfahren aus Trier eingewandert seien, nur um bald darauf zu versichern, daß jene deutschen Ansiedler damals „meistens Bettler" waren, die sich — nach seiner Ansicht — offenbar glücklich schätzen mußten, hier den eben durch deutsche Waffen den Türken abgerungenen Boden bebauen, aus dem Sumpflande, das sie hier fanden, die Kornkammer des Landes machen zu dürfen.

Indessen zeigte bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts auch der ungarische Adel wenig Volksbewußtsein. „Wie dies beim Adel eben immer der Fall ist, trieb er auch in Ungarn nicht hauptsächlich nationale, sondern eigensüchtige Politik und gebrauchte die nationalen Momente nur um das Volk zu gelegener Zeit zu entfesseln und seine eigentlichen Zwecke zu verhüllen." In Wirklichkeit stand er seinem Volke zunächst völlig fremd, wenn nicht feindlich gegenüber. Vor allem litten die Bauern schwer unter seiner Willkür. In ihrer bitteren Not konnten die Armen nur von ihren Herrschern Hilfe erhoffen. Voll Verzweiflung schrieb darum einmal ein ungarischer Bauer an Josef II.: „Barmherziger Kaiser! Vier Tage Robott, den fünften Tag auf Fischerei, den sechsten mit der Herrschaft auf die Jagd, der siebente gehört Gott. Erwäge, barmherzigster Kaiser, wie ich Steuern und Gaben zahlen kann."

Namentlich der höhere Adel war durch Erziehung, Aufenthalt und Lebensgewohnheiten dem Volke vielfach entfremdet. Seine Umgangssprache war die lateinische, und es dauerte lange, ehe er sich der Volksprache bediente. Noch 1830 — als die Magnaten die unumschränkte Geltung der magyarischen Sprache im öffentlichen Leben nicht anerkennen wollten — hörte man im ungarischen Reichstage die bewegliche Klage: „Stets beschuldigen wir nur die Regierung, der Fehler aber liegt in uns selbst. Betrachten wir die königliche Familie: fünf oder sechs ihrer Mitglieder sprechen die

magyarische Sprache. Dagegen gibt es sehr viele hochadelige Familien, in denen kein einziges Mitglied sie versteht. Auch das beste magyarische Werk darf auf höchstens 200 Käufer rechnen. Niemand liest magyarisch. In den öffentlichen Bibliotheken bedeckt die magyarischen Bücher der Staub."

Wenn sich dann der ungarische Adel in seinem Kampfe gegen die Herrschergewalt gleichwohl des völkischen Gedankens bediente, wenn selbst Mitglieder des österreichischen Hochadels auf ihren ungarischen Gütern dem Volke Rakoczy-Lieder aufspielen ließen, geschah dies daher sicherlich nicht immer aus völkischer Begeisterung. Man tat dies vielmehr meist nur in der richtigen Erwägung, daß in den entscheidenden Kämpfen der Weltgeschichte doch schließlich stets jene siegen, die für einen großen, zukunftsstarken, zutiefst im Empfinden der Menschheit verankerten Gedanken streiten.

Auch durfte man hoffen, daß sich in Ungarn gerade der völkische Gedanke als besonders werbekräftig erweisen werde. Denn hier kämpfte man in den kritischen Jahrzehnten (1820—1860) gegen eine Regierung, die jede leiseste völkische Regung (auch in den Erbländern) ängstlich zu unterdrücken strebte, und so bei den Völkern, die sie beherrschte, mit Naturnotwendigkeit den stärksten Gegendruck auslösen mußte. Als dann der ungarische Adel zur Macht gekommen war, hat freilich auch er den Völkern Ungarns kein einziges jener Rechte gegeben, für das er damals stritt. Selbst den breiten Schichten des magyarischen Volkes blieben die politischen Rechte, die der Adel damals für sich in Anspruch nahm, auch weiterhin versagt. Allein in den Tagen des Kampfes warben dem Adel die Hochziele, für die er zu fechten schien, unter allen Völkern — im Lande selbst, wie jenseits der Landesgrenzen — begeisterte Anhänger und verhalfen ihm so zu ungeahnten Erfolgen.

Namentlich beim magyarischen Volke war der völkische Gedanke auf fruchtbarsten Boden gefallen. Denn dieses „phantasiereiche, orientalische Volk", das erst „gewaltsam in den Rahmen der christlich-abendländischen Bildungswelt hineingepreßt" werden mußte, hatte sich ohnehin im westlichen Kulturkreise innerlich stets fremd, stets einsam gefühlt. In Vorösmartys „Aufruf" (der magyarischen Volkshymne) hat dies Empfinden des Alleinstehens, des Verlassenseins tief ergreifenden Ausdruck in den wehmutsbitteren Worten gefunden.

„Am Vaterland, o Ungar, hang
Mit fester Treue du,
Das hält und deckt dich — fällst du einst —
Mit seinem Rasen zu.
Es ist für dich in dieser Welt
Sonst keine Stätte frei,
Hier mußt du leben, sterben hier,
Was auch dein Schicksal sei!"

Schon deshalb ist es denn erklärlich, daß bis zum heutigen Tage stets jene die Seele des Magyarentums am leichtesten gewinnen konnten, die am heftigsten gegen die fremden, westlichen Einflüsse ankämpften, und daß sich das Volksempfinden am leichtesten gegen jene lenken ließ, die diesen Einflüssen in Ungarn den Boden zu bereiten strebten. Dies waren aber seit den Tagen Stephans des Heiligen fast stets die Deutschen. Gegen sie — die der führende ungarische Adel in Wirklichkeit aus ganz anderen (bereits dargestellten) Gründen bekämpfte — vermochte er daher die Leidenschaften des Volkes am sichersten zu entflammen.

Dem Volke selbst — das den westlichen Kultureinflüssen von seinen Führern stets ferne gehalten worden war — fehlte bisher auch jede Gelegenheit, deutsche Art und deutsches Wesen auf sich wirken zu lassen. Der magyarische Adelige aber steht dem Fleiße der deutschen Bürger und Bauern, der Gründlichkeit der deutschen Gelehrten, dem Diensteifer und der Unvoreingenommenheit der deutschen Beamten — im besten Falle — verständnislos gegenüber. Meist galten ihm die bürgerlichen Freiheiten der Deutschen und ihr ausgesprochener Sinn für Gesetzlichkeit sogar als höchst unbequeme Schranken, ihre geordneten Verhältnisse, ihr Fleiß und ihre Sparsamkeit als beständiger Vorwurf.

So konnte selbst jahrhundertelanges Zusammenleben deutsche Bürger und magyarische Adelige einander nicht näher bringen. Überdies hinderte aber die große Mehrzahl der Adeligen ihr stolzes Selbstbewußtsein darin, die Vorzüge des deutschen Volkes anzuerkennen oder gar anzunehmen. Man scheint dies auch bereits zu Ende des 18. Jahrhunderts wohl erkannt zu haben, denn eine Kampfschrift aus jener Zeit schildert die Denkungsweise des ungarischen Kleinadels (der in völkischen Fragen den Ton anzugeben pflegte) in folgender launiger Weise: „Unser Land hat alles, sagen sie, was wir brauchen und nicht brauchen. Fremde Wissenschaft ist uns so überflüssig, wie der Eintrieb fremder Schweine. Es macht in den Augen und Nasen seiner meisten Nationalen jedem Edelmann und

Bürgerlichen einen bösen Geruch, wenn er überwiesen wird, daß er im Auslande gereiset ist und dort etwas Nützliches gelernt hat. Im Lande soll er bleiben, sagen sie; wir haben und wissen doch alles, was wir bedürfen, und die Fremden sollen ihre Wissenschaft und ihr mageres Rindfleisch nur für sich behalten; denn unsere Hammel und Kälber sind doch fetter als die ihrigen." Tatsächlich läßt sich das — durch diese Dorfpolitiker ins Maßlose gesteigerte — Selbstgefühl des Magyaren kaum noch übertreffen. Er hat nun seinen eigenen Herrgott (magyar Isten), einer seiner Philologen hat bewiesen, daß Adam ein magyarischer Name ist, der erste Mensch demnach ein Magyare gewesen sei, und einer seiner Geographen hat erklärt, Ungarn sei das „eigentliche Mitteleuropa", das Herz des Kontinents.

Die einsichtigen unter den Magyaren haben dieses übertriebene Selbstbewußtsein auch stets ehrlich beklagt. Ein magyarischer Gelehrter meinte schon 1843, daß „Großsprecherei, blinde Selbstgenügsamkeit und Eigensinn" die Fehler seien, die der Nationalkultur bisher am meisten im Wege standen, und Graf Kasimir Batthyány — einer der Führer der ungarischen Schutzvereinsbewegung — warnte in jenen Tagen gleichfalls mit beweglichen Worten vor dem leicht entflammten „nationalen Hochmut". Auch Graf Stephan Széchenyi, der „größte Ungar", mahnte besorgt: „Mein Volk wird an seinem Hochmut zugrunde gehen." Denn trotz allem Selbstbewußtsein konnte sich doch kein Nüchterner der Tatsache verschließen, daß das magyarische Volk im Verhältnis zu den Aufgaben, die es sich gestellt hatte, schon rein ziffermäßig viel zu schwach geblieben sei, und — aller Voraussicht nach — auch viel zu schwach bleiben werde. Denn seine Eigenvermehrung nimmt stetig ab. Gegenüber dem Jahre 1891 war die Zahl der Lebendgeborenen im Jahre 1913 in den kernmagyarischen Gespanschaften beträchtlich gesunken: in der Somogyer von 37,9 auf 28,4, in der Csongrader von 47,8 auf 37,3, in der Hewescher von 48,6 auf 40,3, in der Jasz-N-Szolnoker von 44 auf 37,9, in der Borschoder von 42,4 auf 37,5, in der Hayduer von 47 auf 38,8 und in der Szaboltscher von 56,6 auf 41,2. Es wäre daher ganz wohl möglich, daß das Magyarentum trotz aller Gegenmaßregeln tatsächlich — wie ein magyarischer Statistiker und Etnograph behauptet — in den Jahren 1850 — 1900 um 195 Gemeinden mehr an nichtmagyarische Völker verlor, als es von ihnen gewann, und daß sich so bei manchem um sein Volkstum besorgten Magyaren arge Befürchtungen regen müssen.

So wie aber das Selbstbewußtsein die Magyaren davon ab-

gehalten hatte, deutsche Kultureinflüsse allzu stark auf sich wirken zu lassen, so mußte die Erkenntnis der eigenen Schwäche in ihnen das Bestreben erwecken, die Träger dieser Kultureinflüsse selbst in ihre Reihen zu ziehen. Sie hofften, sich damit auch aus mannigfachen Gefahren zu retten, von denen sie sich — durch heftige Reden ihrer Wortführer betört — immer noch bedroht wähnten. So befürchteten sie von den Deutschen im Lande selbst, die ja wirtschaftlich meist sehr kräftig waren, einen Widerstand gegen den weiteren Ausbau des einheitlichen magyarischen Nationalstaates, so hielten sie die Deutschen in Österreich — auch jetzt noch — für eifrige Helfer der Wiener Regierung, bei deren angeblichen Bestrebungen auf Errichtung eines Gesamtstaates, so trauten sie dem Deutschtum überhaupt die Absicht zu, das ganze magyarische Volk in die völkische Knechtschaft der Germanen zu zwingen.

Man braucht wohl nicht zu betonen, daß dies alles eingebildete Gefahren sind, daß die Deutschen im Lande keineswegs stark genug, in völkischer Hinsicht auch viel zu gleichgültig sind, um dem Magyarentum irgendwie gefährlich werden zu können; daß die Deutschen in Österreich viel zu schwere eigene Sorgen haben, um sich für die Errichtung eines Gesamtstaates erhitzen zu können, und daß dem Deutschtum überhaupt jede Absicht, ja jede Fähigkeit mangelt, fremde Völker ihres Volkstums zu berauben.

Es hieße auch jene, die solche Gefahren predigten, arg unterschätzen, wollte man annehmen, daß sie selbst dergleichen für möglich hielten. Das Volk aber glaubte den Betörern, weil es — von den „Führern der Nation" jahrhundertelang in Unwissenheit erhalten — politisch unreif und unselbständig geblieben war, und weil es (wie ein magyarischer Politiker einmal meinte), noch leichter als andere „zum Spielball einiger kühner Parteigänger und ehrsüchtiger Zeloten" geworden war.

Nun aber ist — voll froher Zuversicht darf man darauf vertrauen — gewiß auch den Völkern Ungarns die Binde von den Augen gefallen, nun hat sicherlich auch das magyarische Volk erkannt, wo in Wahrheit seine Freunde, wo seine Feinde sind. Nun muß es auch ihm klar geworden sein, daß nur seine eigenen Führer die völkische Vereinsamung verursacht hatten, in die es geraten war, daß die völkischen Gefahren, die man ihm vorgegaukelt hatte, in Wirklichkeit längst nicht mehr bestehen; daß der völkische Kampf, in den es geführt worden war, im Grunde nur die Herrschaft weniger Familien und ihres Anhangs im Lande sichern sollte. Ist aber ein-

mal diese Erkenntnis im Volke gereift und hat es in seiner Mitte Führer gefunden, die auch seinem kulturellen und sozialen Fortschritt die Wege zu bereiten streben, dann wird ein enger, ehrlicher Anschluß an die westliche Kultur, ein inniges, aufrichtiges Zusammenwirken mit dem Deutschtum die erste kostbare Frucht am Baume dieser Erkenntnis, die erste Tat des neuerstandenen freien Ungarn sein.

III.

Als im Sommer 1914 der Krieg ausbrach, war Ungarns Lage noch weit gefährdeter als zu Beginn der Türkenkriege. Damals waren nur seine südlichen Grenzen bedroht, jetzt stand der Feind im Norden und Süden und auch des östlichen Nachbars war man von allem Anfange an nicht sicher. Nur der Westen bot Hilfe und Schutz. Hatte sich daher Ungarn schon im 15. Jahrhundert — wie der ungarische Reichstag es später nannte — „unter den Schatten des Doppeladlers geflüchtet", so konnte es jetzt umsomehr sein Heil nur in der Gemeinschaft mit Österreich und dem Deutschen Reiche suchen. Diesmal gab es denn auch kein Schwanken. Begeistert trat ganz Ungarn unter die Fahnen des Hauses Österreich, bereit, in engstem Verbande mit den Heeren des Deutschen Reiches den Feinden, die es bedrohten, erbitterten Widerstand zu leisten.

In allen Kreisen wurde nun das Streben rege, der Bewunderung für deutsche Art und deutsches Wesen beredten Ausdruck zu verleihen. Ungarische Staatsmänner, Gelehrte und Schriftsteller wetteiferten in begeisterter Anerkennung für die Großtaten deutschen Geistes und deutscher Kraft. Einige wenige (aus Flugschriften und Zeitschriften leicht gesammelte) Beispiele können hier genügen. So versicherte allen voran der ungarische Ministerpräsident Graf Tißa im Vorworte zu einer Schrift des Abgeordneten Karl von Czerny („Deutsch-ungarische Beziehungen", Leipzig 1915, S. 4) daß Ungarn „im großen Ringen der Völker seine Zukunft zielbewußt auf der Seite Deutschlands zu sichern bestrebt sei" und in einer anderen Schrift („Interessen-Solidarität des Deutschtums und Ungartums" München 1916, S. 1) erklärte auch sein politischer Gegner Graf Julius Andraßy: „Ich kenne in Europa keine zwei von einander, was Blut und Traditionen anlangt, vollkommen unabhängige Faktoren, deren Interessengemeinschaft so klar dastünde und schon in so vielen geschichtlichen Geschehnissen eine Verkörperung erfahren hätte, als der Deutsche und der Ungar, und es gibt keine zweite Nation, die ein so verläßlicher Freund der Deutschen sein könnte, wie die

ungarische, wenn man ihr Vertrauen entgegenbringt." Die magyarische Zeitschrift Kelet Népe (Das Volk des Orients) aber änderte dem neuen Geiste entsprechend sogar ihren Namen, nennt sich nun „Das junge Europa" und sucht in deutscher Sprache der Überzeugung Anhänger zu werben, daß „in der Anlehnung an Deutschland ein Lebensinteresse sowohl der österreichisch-ungarischen Monarchie, als auch insbesondere Ungarns" zu erblicken sei.

Es ist daher nicht unbegreiflich, daß bald auch die Neigung entstand, die Wünsche, die man für die Zukunft hegte, als Erfüllung der Vergangenheit darzustellen und daß man gerne in der Geschichte nach Tatsachen forschte, aus denen man erweisen zu können hoffte, daß Ungarn — wie Tißa (a. a. O. S. 3) meint, — „vor nahezu einem Jahrtausend zwischen West und Ost gewählt und den beinahe ununterbrochenen Kampf für die Sicherheit und Freiheit des Westens begonnen" daß es „jeden Zeitpunkt gesicherter Selbstbestimmung und friedlicher Entwicklung zur freien Annäherung an die deutsche Kultur benützt" habe.

Ein solcher Nachweis ist nun gewiß nicht leicht zu erbringen, ja es würde vielleicht sogar genügen, all diesen Versuchen gegenüber lediglich auf den kurzen geschichtlichen Überblick zu verweisen, der hier bereits gegeben wurde. Allein es muß doch (wenigstens mit einigen Worten) auch in diesem Zusammenhange der Bemühungen mancher magyarischer Schriftsteller gedacht werden, die (wie Czerny a. a. O. S. 23) dem älteren Andrassy „das ausschließliche Verdienst" an dem Abschlusse des Bündnisses zwischen Österreich-Ungarn und dem deutschen Reiche zuschreiben und behaupten, daß es „nur das politische Übergewicht des zu neuem Leben erwachten ungarischen Staates war, welches diese für die Monarchie neue Politik angebahnt hat.

Die solches verkünden, übersehen zunächst, daß der Abschluß des Bündnisses gar keine „neue Politik" für die Monarchie bedeutete. Denn schon Karl VI. trefflicher Berater Frh. v. Bartenstein hatte des Kaisers Erbin Maria Theresia dem Kronprinzen Fritz von Preußen vermählen wollen und 1780 hatte deren von großen Zukunftsgedanken erfüllter Sohn Josef II. an seinen Staatskanzler Kaunitz geschrieben: „Wenn der König von Preußen ebenso überzeugt wäre von den unberechenbaren Vorteilen, welche unsere Alliance bringen würde, könnte man auf jede andere verzichten. Österreich und Preußen würden Schiedsrichter in Deutschland und Europa sein, sie könnten die Wohlfahrt ihrer Völker wie den allgemeinen Frieden

versichern.“ Wenige Jahrzehnte später endlich vermerkte auch der volkstümliche Erzherzog Johann in sein Tagebuch: „Es ist nur eine Sache gut und heilbringend: innige treue Vereinigung zwischen Österreich und Preußen.“

Seither ist dieser Gedanke in Österreich wie in Preußen — selbst während des Ringens um die Vorherrschaft in Deutschland — stets lebendig geblieben. Wie Bismarck schon 1863 erkannt hatte, daß Österreich und Preußen, wenn sie geeint sind, nicht so leicht von Europa angegriffen werden könnten, so hatte auch Rechberg, der zu Beginn der 60er Jahre Österreichs auswärtige Politik leitete, „mit störrischer Entschiedenheit“ für die Verständigung mit Preußen gewirkt. Das Bündnis mit „dem kräftigen norddeutschen Staate“ war ihm als das „weitaus wünschenswerteste Ziel der österreichischen Politik“ erschienen, so daß seine Gegner geradezu von einer „Idiosynkrasie“ für Bismarck gesprochen hatten. Er war indessen nur der Vollstrecker der Absichten seiner kaiserlichen Herrn gewesen, der noch Ende 1865 als Preußenfreund galt und eine „beängstigende Sympathie“ für das feste und sichere Wesen des preußischen Staatsmannes gezeigt hatte.

Als dann 1866 der Kampf um die deutsche Vormachtstellung entschieden war und 1870 die schnellen deutschen Siege in Frankreich auch die letzten Möglichkeiten eines österreichischen Rachefeldzuges zunichte gemacht hatten, war der Abschluß eines engen Bündnisses zwischen Österreich und dem deutschen Reiche zu einer Notwendigkeit geworden, der sich kein Besonnener in den beiden Staaten entziehen konnte. Bereits 1871 hatte daher auch Kaiser Wilhelm auf einer gemeinsamen Fahrt nach Ischl dem Kaiser Franz Josef für dessen versöhnte Stimmung danken und (nach den weiteren Zusammenkünften in Gastein und Salzburg) Österreichs Reichskanzler Beust befriedigt feststellen können, daß die Gruppierung Deutschland-Österreich-Italien dem Doppelreiche Ruhe und Sicherheit gewährleiste.

Der Dreibund war daher wohl vorbereitet, lange ehe noch Andrassy die Räume des Ministeriums des Auswärtigen am Wiener Ballplatze bezog und dort das „politische Übergewicht“ Ungarns zur Geltung bringen konnte. Es hätte des ungarischen Einflusses zu seinem Abschlusse auch kaum bedurft. Denn die festesten Stützen des neuen Bundes waren und blieben doch stets „die persönliche Ehrlichkeit und Treue des Kaisers Franz Josef“ und das Stammesgefühl der Deutschen Österreichs. Bismarck hat dies von allem Anfange an klar erkannt. Ihm galt die Dynastie gerade in Österreich als

„der einflußreichste Faktor in der Wahl der auswärtigen Beziehungen" und so sah er denn auch in der Tatsache, daß er bei Kaiser Franz Josef „immer doch ein deutsches Herz und die Spuren der deutschen Abstammung gefunden hatte" die sicherste Gewähr für die Dauer und Haltbarkeit des neugeschaffenen Bundes.

Wie fest er aber überdies auf die begeisterte Zustimmung der Deutschen Österreichs rechnen konnte, das war ihm so recht deutlich zum Bewußtsein gekommen, als er 1879 von Gastein über Linz nach Wien gefahren war, „nur durch deutsches Land und deutsche Bevölkerung". Damals schon war ihm, aus dem Jubel, der ihn umbrauste, der „unzweideutige Ausdruck des Wunsches der Bevölkerung der Hauptstadt und der durchreisten deutschen Provinzen" entgegengeklungen, „eine enge Freundschaft mit dem neuen Deutschen Reiche als Signatur der Zukunft beider Großmächte sich bilden zu sehen."

Es geht somit gewiß nicht an, die Magyaren als die eigentlichen Schöpfer des deutsch-österreichischen Bündnisses hinzustellen, und dabei die Jahrhunderte alte Abneigung, die man in Ungarn gegen das Deutschtum hegte, in das Gegenteil umzuschildern. Ernste ungarische Schriftsteller versuchen dergleichen auch nicht. Allein sie betonen dafür (besonders seit Kriegsausbruch) umso hartnäckiger immer wieder, daß diese Abneigung „nicht in dem Hasse gegen die deutsche Rasse, sondern ausschließlich in dem Hasse gegen die dem Absolutismus im deutschen Gewande, in deutscher Sprache dienenden Organe", ihren Ursprung hatte, daß sie sich — kurz gesagt — gegen die Österreicher, vor allem gegen den österreichischen Absolutismus richtete, nicht aber gegen das deutsche Volk. Auch diese Behauptung trifft indessen nicht zu. Denn der Kampf gegen das Deutschtum hat schon unter den „nationalen" Königen Ungarns begonnen, lange ehe von österreichischen Einflüssen auf Ungarn die Rede sein konnte, und hat seine Fortsetzung gefunden, lange nachdem alle österreichischen Einflüsse auf die innere Entwicklung Ungarns beseitigt waren, und lange nachdem das deutsche Volk aufgehört hatte, das führende Volk Österreichs zu sein.

Zudem waren gerade jene Österreicher, gegen die sich das Volksempfinden am stärksten wandte, meist gar keine Deutschen. Weder Casteldo, dessen Söldner um 1500 in Siebenbürgen die größten Grausamkeiten verübten, noch Basta, der dort um 1600 „wie ein reißendes Tier" wütete, noch Antonio Caraffa, dessen Blutgericht zu Eperjesch noch heute in Ungarn unvergessen ist, waren deutschen Stammes und unter den freien Haiduckenscharen, die in jenen Tagen

plündernd das Land durchzogen, dürfte es weit mehr kernmagyarische Bauern als deutsche Söldner gegeben haben. Auch die vielverlästerten „Bach-Husaren", die in den 50er Jahren das Land verwalteten, waren in ihrer Mehrzahl nicht Deutsche, sondern Tschechen, die gegen die „deutschen Hunde" im Lande ebenso rücksichtslos auftraten, wie gegen die Magyaren.

Endlich aber kämpfte man in Ungarn auch durchaus nicht bloß gegen österreichische Einflüsse. Fast noch heftigere Angriffe richtete man gegen das Deutschtum im Lande selbst, und auch gegen die Deutschen außerhalb der Grenzen des Doppelreiches wandte sich häufig der magyarische Zorn. Von der Haltung der führenden Kreise Ungarns im Kriege 1870/71 war schon die Rede. Doch auch später drang noch manches böse Wort über die Grenzen des deutschen Reiches, namentlich wenn man sich dort einmal der Not der Stammesbrüder in Ungarn erinnerte. Entsagungsvoll mußte daher selbst Bismarck gelegentlich gestehen: Die Sachsen in Siebenbürgen dauerten ihn, aber das Reich könne ihnen nicht helfen.

So war es denn — so gerne man dies jetzt auch behaupten möchte — sicherlich nicht bloß „Österreicherhaß" was die Magyaren seit Jahrhunderten beseelte. Immer wieder und immer stärker trat vielmehr bei ihnen eine ehrlich empfundene Abneigung gegen das Deutschtum zutage, die sich schließlich (wie schon Bismarck beobachtete) zu einem „Gefühl der Geringschätzung" steigerte, mit dem der „vollblütige Ungar" wohl auch jetzt noch auf den „Schwaben" herabsieht. Gewiß wurzelte diese Abneigung zunächst nicht in völkischen Gegensätzen. Zumindesten das ganze Mittelalter hindurch war es vielmehr lediglich der (bei allen Völkern in der Frühzeit ihrer Entwicklung üppig wuchernde) Fremdenhaß, der sich in Ungarn hauptsächlich deswegen besonders gegen die Deutschen wandte, weil der herrschende Adel in diesen die erfolgreichsten Wettbewerber, die tatkräftigsten Helfer der ihm feindlichen Herrschergewalt, die sichersten Stützen der ihm lästigen staatlichen Ordnung sah.

Seit dann aber auch die Könige Ungarns, die den Vorrechten dieses Adels ernstlich gefährlich zu werden drohten, einem deutschen Fürstenhause entstammten und (obwohl selbst keineswegs von völkischem Geiste erfüllt) doch aus Verwaltungsrücksichten die deutsche Sprache im Lande bevorzugten, wuchs die Abneigung gegen das Deutschtum bei dem führenden Adel naturgemäß noch mehr und weckte bei ihm sehr bald das Streben, auch die Gefühle der breiten Schichten gegen die „Herrschaft der Deutschen" zu lenken. Den

meist protestantischen Bürgern der Städte wurden nun die deutschen Herrscher als Bekämpfer des Protestantismus verhaßt gemacht, den magyarischen Bauern die (mit dem Spottnamen Labanczen bedachten) kaiserlichen Truppen, als die wildesten Räuber und Plünderer dargestellt.

Überflüssig zu sagen, daß der Adel selbst, wenn es nottat, rasch den Weg zum Katholizismus zurückfand und sich dann sogar eifrig am Werke der Gegenreformation beteiligte, und daß auch die Truppen des nationalen Adels, (die Kuruzzen), sich in ihrem Gebahren in Nichts von den verfehmten kaiserlichen Labanczen unterschieden. „Ob die Kuruzzen Forts, Städte oder offenes Land in ihre Gewalt brachten, oder ob die kaiserlichen Soldaten sie zurückeroberten, das Ergebnis war für die Einwohner immer das Gleiche: Hinrichtungen wechselten mit Martern, Plünderungen und Geldbußen. Und als für eine kurze Zeit die Gegner die Waffen niederlegten und Kuruzzen und Labanczen zusammenzechten, ging es wieder auf die Kosten des gemeinen Volkes."

Trotzdem glückte der Plan des Adels. Die Abneigung gegen das Deutschtum ging rasch in immer breitere Schichten des Volkes über, und machte schließlich häufig selbst Jene zu politischen Gegnern des Deutschtums, die sich seinen kulturellen Einflüssen immer gerne zugänglich gezeigt hatten. Besorgt fragte sich darum bei Kriegsausbruch Mancher, wie sich die Dinge wohl weiterhin gestalten würden, ob es überhaupt noch möglich sein würde, diese festgewurzelten Gefühle in ehrliche, aufrichtige Bundesfreundschaft zu wandeln

Es fällt nicht leicht, für solche Fragen eine wohlbegründete Antwort zu finden. Denn der bloße Hinweis auf die zahllosen Stimmen der Bewunderung, die jetzt aus Ungarn ins deutsche Reich herübertönen, wird Vorsichtigen schwerlich genügen. An schönen Worten hat es ja auch früher nicht gefehlt. Bei dem Festessen beispielsweise, das 1908 die Teilnehmer der „Interparlamentarischen Friedenskonferenz" in Berlin einte, hatte Graf Albert Apponyi begeistert ausgerufen: „Der deutsche Geist ist der universalste Geist, der den Völkern gegeben wurde. Fiele einmal ein Mann aus dem Monde auf die Erde und würde er mich fragen, welche Sprache er erlernen solle, um das Kulturleben der Menschheit auf unserem Planeten zu begreifen, so würde ich ihm unbedingt das Studium der deutschen Sprache empfehlen. Denn die Kenntnis dieser Sprache allein würde ihm die Kenntnis der ganzen Kultur, der Kultur beinahe aller jetzt noch

lebenden Nationen vermitteln.“ Als dann aber derselbe Apponyi ungarischer Unterrichtsminister geworden war, schien all dies vergessen. Nun erließ er ein Gesetz, das den wenigen Mittelschulen Ungarns, die die deutsche Sprache noch sorgfältig pflegten, den Garaus zu machen drohte; nun bereitete er selbst der Eröffnung einer deutschen Schule für die Kinder der Reichsdeutschen in Pest die größten Schwierigkeiten.

Da darf man sich denn nicht wundern, wenn Besonnene jetzt nicht nur Worte zu hören, sondern Taten zu sehen wünschen, in denen allein (nach ihrer Ansicht) die junge, stürmisch geäußerte Zuneigung zu deutscher Art überzeugenden Ausdruck finden kann. Man könnte solche Taten besonders leicht auf kulturellem Gebiete erwarten. Denn hier würde eine gesteigerte Hingabe an deutsche Einflüsse den Magyaren selbst den größten Nutzen stiften, ihr Wissen bereichern, ihr Können vermehren. Dazu wäre sie auch vom völkischen Gesichtspunkte für die Magyaren ganz ungefährlich, weil das Deutschtum im Lande längst zu schwach geworden ist, um das Magyarentum ernstlich bedrohen zu können.

Gleichwohl hat man in jüngster Zeit wenig von Maßnahmen gehört, die deutschen Kultureinflüssen im Lande neue Wege eröffnet hätten. Wohl war eine Zeit lang davon die Rede, daß der deutsche Sprachunterricht in Ungarn nun mehr gepflegt werden solle. Allein während an der Berliner Universität ein Lehrstuhl für die magyarische Sprache und Literatur errichtet wurde, während sich in Wien 1800 Mittelschüler zu magyarischen Sprechkursen meldeten, haben (nach Palyi: „Das mitteleuropäische Weltreichbündnis“, München, 1916, S. 12) ungarische Regierungsblätter, „die einen feinen Sinn für die herrschenden und kommenden öffentlichen Stimmungen zu bekunden pflegen,“ schon jetzt einen Feldzug gegen den geplanten gründlichen Unterricht in der deutschen Sprache eröffnet, weil — das neue gemeinsame Wappen der Monarchie den Wünschen der Magyaren nicht voll entspricht. Selbst im Magnatenhause fand noch während der Kriegstagung der Unterrichtsminister heftigen Widerspruch, weil er gelegentlich erklärt hatte, daß auf den Unterricht der deutschen Sprache, namentlich in den Mittelschulen, größeres Gewicht gelegt werden müsse, wie bisher. Zwar hatte auch er diese Meinung nur vertreten, weil er der Ansicht war, daß „eine gründlichere Kenntnis dieser Sprache zum Wohle der ungarischen nationalen Idee gereichen würde, zumal hiedurch die künftigen Geschlechter in die Lage versetzt würden, die Verbindung Ungarns mit dem Auslande

aufrecht zu erhalten.“ Gleichwohl sah Graf Aladár Széchenyi darin eine „Germanisierung“ der Mittelschule und meinte, es sei im Gegenteil wünschenswert, daß an Stelle des Griechischen eine slawische Sprache in den Gymnasien unterrichtet werde.

Auch auf dem Gebiete der inneren Politik hat das Deutschtum in Ungarn kaum eine Förderung erfahren, so daß sich schon manche deutsche Stimme vernehmen läßt, aus der — wie aus Korodis lesenswerter Schrift („Die deutsch-magyarische Freundschaft“ Berlin, 1916) — ein leiser Vorwurf argen Undanks klingt. Denn in dem Kampfe, der jetzt die Welt durchtobt, hat das Deutschtum Ungarns redlich seinen Mann gestellt. Wohl wird sich trotz aller Feldpostbriefe, Aufzeichnungen, Soldatenzeitungen und Regimentsgeschichten kaum je mit Sicherheit feststellen lassen, wie groß der Anteil der einzelnen Völker des Doppelreiches an den großen Waffentaten dieses Krieges ist. Denn im Laufe des langen Ringens sind die Angehörigen der verschiedenen Volksstämme in den einzelnen Heereseinheiten so durcheinandergewirbelt worden, daß eine unparteiische Sonderung kaum möglich wäre, selbst wenn man sie ernstlich versuchen wollte und bei den ungarischen Regimentern des gemeinsamen Heeres, wie bei den Honved wird solche Sichtung noch dadurch sehr erschwert, daß hier ein jeder — mag er welchem Volksstamme immer angehören — als Bürger der einheitlichen „ungarischen“ Nation gilt und gewertet wird.

Den Ruhm der Deutschen Ungarns wird indessen alles dies nicht mindern können. Weithin klingt und singt es, von den Heldentaten der Banater Regimenter, von dem Sturme der westungarischen Deutschen bei Krasnik, von der zähen Tapferkeit der Siebenbürger-Sachsen. Dies „Handvoll Volk“ allein hat (nach der ergreifenden und doch begeisternden Schrift: Siebenbürger Sachsen im Weltkrieg Wien 1916, S. 6 f.) rund 32.000 Streiter ins Feld geschickt und jeder Zehnte von ihnen trug schon im zweiten Kriegsjahre ein wohlverdientes Zeichen der Tapferkeit an seiner Brust. Der erste österreichische Heerführer, der den Orden Pour le mérite erhielt, (Arz von Straussenberg) ist ein Siebenbürger Sachse; einer der volkstümlichsten Generäle (von Köveß) der Sohn einer sächsischen Mutter.

Und wie im Felde, so haben auch im Hinterlande die Deutschen Ungarns ihres Volkes Ruhm gemehrt. Zur ersten Kriegsanleihe haben — neben der Landeshauptstadt — die Städte mit vorwiegend deutscher Bevölkerung, wie Preßburg, Temeschwar, Kronstadt, Hermannstadt am meisten gezeichnet. Kleine deutsche Landgemeinden

mit nicht mehr als 1000 Einwohner haben Hunderttausende aufgebracht. Die Sachsen allein zeichneten rund 23 Millionen. Auch an der wichtigen Kriegsarbeit knapp hinter der Front haben sich die deutschen Siedelungen vor den Grenzen Ungarns mit vollster Hingebung beteiligt. Von der serbischen Grenze konnte Pfarrer Öhler („Deutsche Kolonien und evangelische Gemeinden in Bosnien", Arbeitsbericht über das Jahr 1914, S. 35) gerechten Stolzes voll berichten: „Unsere Kolonien haben sich in diesem Kriege hervorragend bewährt und der Militärverwaltung, ja dem ganzen Lande unbezahlbare Dienste geleistet. Wie froh wäre die Armee und die Regierung, ja die gesamte Einwohnerschaft der größeren Städte und zumal der Hauptstadt Sarajevo, gäbe es heute die zehnfache Zahl von deutschen Kolonisten im Lande, durch deren Fleiß und Wirtschaftlichkeit die Approvisionierung von Heer und Bürgerschaft gewährleistet wäre."

Als aber in jüngster Zeit die Führer der Siebenbürger Sachsen, mit Hilfe der sächsischen Sparkassen, zur wirtschaftlichen Stärkung ihres Volkes neue deutsche Siedelungen auf sächsischem Boden gründen wollten, hat (nach der Zeitschrift „Deutsch-Ungarn", Juniheft 1916) die ungarische Regierung gleichwohl die weitere Durchführung dieses Gedankens verhindert, „offenbar in der Annahme, daß auch völkisch-nationaler Zuwachs für das ungarländische Deutschtum damit verbunden sein könnte." Ebenso hat Ungarns Ministerpräsident Graf Tisza, — obwohl er gelegentlich die Deutschen Ungarns „als eine der bewährtesten Stützen des Staates" pries, — wohl den Rumänen, nicht aber den Deutschen versprochen, daß es ihnen ermöglicht werden solle, ihre Sprache und Nationalität in Schule und Kirche, in Verwaltung und bei den parlamentarischen Wahlen voll zur Geltung zu bringen. Und bald darauf mußte der Temeschwarer „deutsch-ungarische Volksfreund" seinen Lesern berichten, daß die deutschen Zeitungen Ungarns aufgefordert wurden, fortan nicht mehr die alten deutschen Städtenamen wie Hermannstadt, Kronstadt, Preßburg, sondern nur noch die neuen magyarischen zu gebrauchen.

Gleich zurückhaltend zeigt man sich in Ungarn in der Frage der wirtschaftlichen Annäherung an das Deutsche Reich. Schon zu Beginn der Vierzigerjahre des vorigen Jahrhunderts — als die Erörterung über den Anschluß an den deutschen Zollverein begann — wandte man sich hier sehr lebhaft gegen diesen Plan. Zwar wurden

die wirtschaftlichen Vorteile einer Zolleinigung mit Deutschland auch damals voll anerkannt. Allein man fürchtete (vielleicht mit Recht) daß die deutschen Städte, das deutsche Großgewerbe, der deutsche Handel Ungarns, falls es zur Zollunion käme, nie und nimmer magyarisiert werden könnten und daß damit auch die Gründung eines magyarischen Mittelstandes für alle Zeiten unmöglich gemacht wäre, ja daß schließlich das Deutschtum das Übergewicht erlangen und das Magyarentum seinen sicheren Untergang finden würde.

Ähnlich liegen die Dinge heute. Zwar kommt einer der regsamsten ungarischen Wirtschaftspolitiker (Exzellenz Szterényi in der lehrreichen Flugschrift: „Wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland“, Warnsdorf 1915, S. 34) zu dem Ergebnisse, daß „die gegenseitige wirtschaftliche Ergänzung durch eine Zollunion erreicht werden könnte und einer solchen Zollunion vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte keine prinzipiellen Hindernisse im Wege stünden.“ Allein selbst ehrlichen Anhängern einer wirtschaftlichen Annäherung an das deutsche Reich, selbst den extremsten Agrariern (die sich noch vor kurzem lebhaft für eine Zollunion zwischen den Mittelstaaten eingesetzt hatten) scheint die Gründung einer Zollvereinigung „vornehmlich aus staatsrechtlichen Bedenken“ schlechterdings unmöglich.

Auch Szterényi wünscht daher (a. a. O. S. 35) statt der Zollunion nur noch ein System präferenzieller Behandlung auf möglichst weiten Gebieten des wirtschaftlichen Lebens mit dem Bestreben, allmählich die Schranken der wirtschaftlichen Trennung überall aufzuheben, wo diese nicht unumgänglich notwendig sind. Doch selbst dieser Gedanke stößt noch auf heftigen Widerspruch. Ein anderer ungarischer Wirtschaftspolitiker (Exzellenz von Matlekovits in einem Vortrage über „Vorzugszölle oder wirtschaftliche Annäherung“) — beispielsweise — erklärt rund heraus, „die Anwendung von Präferenzzöllen“ sei nichts anderes als ein „tönendes Schlagwort,“ dem man unter keinen Umständen nachlaufen dürfe. Noch 1901 hatte er zwar versichert: „Soviel ist gewiß, daß ungarischerseits ein enger Anschluß an das Deutsche Reich, sei es nun in Form einer gänzlichen Zollunion oder aber in der Gewährung von differenziell günstigeren Zöllen zu Gunsten der sie einigenden Länder immer mit Freuden begrüßt werden wird.“ Jetzt aber meint er, man müsse sich „vor allen Dingen über die Stimmungselemente der gegenwärtigen Kriegszeit erheben“, dürfe „die zukünftige Entwicklung nicht mit den erbitterten Gedanken betrachten, die die Welt in zwei feindliche Lager gespalten haben,“ sondern müsse in erster Linie bestrebt sein, auch

in Hinkunft „eine friedliche Handelspolitik auf Basis der Meistbegünstigung und möglichster Beibehaltung der heutigen Zölle des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns“ zu treiben.

Ein dritter Wirtschaftspolitiker (der frühere Ministerpräsident von Lukács in einem Aufsatze über „die wirtschaftliche Zukunft Mitteleuropas“) gibt daher bereits zu, daß sich „schwerlich ein anderer Lösungsmodus finden werde, als bei einem Tarifvertrage zu bleiben, der die Anwendung der Meistbegünstigungsklausel ermöglicht,“ und auch Ministerpräsident Graf Tisza hat für mitteleuropäische Pläne „wenig übrig“, angeblich weil er „durch wirtschaftliches Säbelklirren für die Zukunft nicht eine verrannte Situation“ schaffen will.

Selbst die überwiegende Mehrheit der sonst noch am ehesten westlich eingestellten Demokraten Ungarns steht schon in den Reihen der Gegner Mitteleuropas. Sie sind eben meist gleichfalls im Banne nationalistischer Schlagworte, sind vielfach sogar wirtschaftlich von großkapitalistischen Organisationen abhängig und können sich daher nicht leicht zu der zukunftsfrohen Erkenntnis Gustav Schmoller's („Die Handels- und Zollannäherung Mitteleuropas“ in „Schmollers Jahrbuch“ 40) durchringen, nach der auch die ungarische Volkswirtschaft durch die enge Berührung mit Deutschland große innere Fortschritte erzielen würde. Nach einer eingehenden Erörterung dieser Fragen im Pester sozialwissenschaftlichen Vereine konnte vielmehr Vargha („Ungarische Sozialdemokraten und Radikale über Mitteleuropa“ in der „Neuen Zeit“ 34. 2.) mit Recht berichten, „daß die Mehrzahl der führenden Genossen, die sich über die Frage äußerten, sich gegen einen engeren Anschluß an Deutschland“ ausgesprochen hätten.

Nur die feinsten Köpfe Jungungarns zählen noch zu den „Mitteleuropäern“. Namentlich Erwin Szabo, der „Marxistische Theoretiker“ (wie ihn Vargha nennt) hat gerade aus den entwicklungsgeschichtlichen Tatsachen in geistvoller Weise schlagend bewiesen, daß die Zusammenfassung der Wirtschaftsgebiete der einzelnen mitteleuropäischen Staaten notwendig, ja unvermeidlich sei. Nach seinem (im „Archiv f. Soz. w. und Soz. pol. 39) erschienenen Aufsatze über „Krieg und Wirtschaftsverfassung“ sammelt sich seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts unter dem Einflusse der hohen Schutzzölle das Kapital auf dem europäischen Festlande in immer steigendem Maße in wenigen Händen. Stets riesenhafter werden so die Unternehmungen und immer stärker ihr Sehnen nach

möglichst großen, inneren, durch Zollschranken geschützten Märkten, auf denen allein sie entsprechende, stetig steigende Gewinne erhoffen dürfen. Daher liegt auch der Weg zur Zolleinigung der einzelnen Staaten Mitteleuropas (die ein Verbrauchsgebiet von 120 Millionen Menschen schaffen würde) völlig in der Linie der wirtschaftlichen Entwicklung und je früher und zielbewußter die Staaten ihn betreten, umso sicherer werden sie ihre Wirtschaftspolitik in die richtigen, aufwärts führenden Bahnen lenken.

Besonders günstig wäre aber der Zusammenschluß der mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiete nach diesen Gedankengängen gerade für Ungarn. Denn die ungarische Volkswirtschaft mit ihren vorwiegend agrarischen Interessen leidet mehr als manche andere unter der Enge des inneren Marktes. Schon vor dem Kriege hat Arnold Daniel dies in einer (leider nur in magyarischer Sprache erschienenen) Schrift „Többtermeles“ (Mehrproduktion) mit überzeugenden Worten erwiesen.

Tatsächlich kann ja auch (so lange der Großgrundbesitz entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik des Landes übt) eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Ungarn so lange nicht erzielt werden, als der innere zollgeschützte Markt nicht groß genug ist, um der erhöhten Erzeugung leichten Absatz zu hohen Preisen zu sichern. Die Erfahrung der jüngsten Vergangenheit hat dies deutlich genug erwiesen. Denn in den letzten Jahrzehnten hatte man die Erträge (um sie nicht über den Verbrauch des Zollinlandes zu steigern) vielfach sogar zurückgehen lassen. So waren — beispielsweise — im Durchschnitte der Jahre 1887/1896 noch 12·9, im Durchschnitte der Jahre 1907/1911 nur noch 11·7 q Weizen auf dem ha geerntet worden, bis schließlich die Erzeugnisse der ungarischen Landwirtschaft kaum mehr hinreichten, um den Bedarf des gemeinsamen (österreichisch-ungarischen) Zollgebietes zu decken. In den Jahren 1911—1913 mußten bereits jährlich durchschnittlich etwa 4½ Millionen q Getreide, Hülsenfrüchte und Mehl mehr eingeführt werden, als ausgeführt werden konnten.

Gleichzeitig war aber auch die Rückständigkeit der ungarischen Landwirtschaft immer sinnfälliger geworden. 1913 wurden in Ungarn auf einem ha durchschnittlich nur 13·19, im Deutschen Reiche 23·6 q Weizen geerntet; die Roggenernte betrug auf einem ha in Ungarn durchschnittlich 12·16, im Deutschen Reiche 19·1 q, die Gerstenernte in Ungarn 14·66, im Deutschen Reiche 22·2 q, die Haferernte in Ungarn 12·10, im Deutschen Reiche 21·9 q, die Kartoffelernte in

Ungarn 78·90, im Deutschen Reiche 138·6 q. Auch entfielen — schätzungsweise — in ungarischen Betrieben auf einen ha Land (ohne Wald) nur 166, in deutschen Betrieben aber 423 K Viehkapital; der Wert der in der Landwirtschaft benützten Gebäude betrug (auf die gleiche Fläche berechnet) in Ungarn durchschnittlich 333, im Deutschen Reiche 1058 K, der Wert der Geräte und Maschinen in Ungarn 42, im Deutschen Reiche 212, das umlaufende Betriebskapital in Ungarn 83, im Deutschen Reiche 296 K.

Es ist einleuchtend, daß man dem gegenüber schließlich doch auf Abhilfe sinnen, daß man versuchen muß, die Ursachen der schon so deutlich zutage tretenden Rückständigkeit zu beseitigen. Und da diese eben nicht nur in der Kapitalsarmut des Landes, in dem Mangel an Geschäftstüchtigkeit unter der grundbesitzenden Bevölkerung, sowie in der völlig unzulänglichen Verbreitung landwirtschaftlicher Fachkenntnisse begründet ist, sondern vor allem durch die hemmenden Wirkungen der Enge des zollgeschützten inneren Marktes hervorgerufen wird, muß die Zollverbindung mit dem verbrauchskräftigen Deutschen Reiche als eines der wichtigsten, ja vielleicht als das allein wirksame Mittel zur nachhaltigen Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung betrachtet werden. Denn würden die Zollgrenzen auch das Deutsche Reich (das in den Jahren 1907 bis 1913 durchschnittlich jährlich etwa 61 Millionen q Getreide einführen mußte) mit umschließen, dann könnte die ungarische Landwirtschaft naturgemäß weit größere Mengen ihrer Erzeugnisse zu dem durch den Zollschutz gewährleisteten hohen Preisen verkaufen wie bisher. Nach Daniel's Berechnung (im November-Heft 1915 der Zeitschrift „Hußadik Szazad") könnte sie dann auch das Doppelte dessen, was sie gegenwärtig erzeugt, günstig im Zollinlande absetzen.

Was dies aber für die ungarische Volkswirtschaft bedeuten würde, lehrt ein bloßer Hinweis auf die Tatsache, daß nach einer (allerdings kaum ganz zutreffenden) Schätzung Fellners (in seinem Antrittsvortrage in der ungarischen Akademie der Wissenschaften) über „das Volkseinkommen Österreichs und Ungarns" das Reineinkommen aus der Landwirtschaft in Ungarn fast zwei Drittel (64·4 v. H.) des gesamten reinen Volkseinkommens ausmachte. Zudem würden aber die Fortschritte in der landwirtschaftlichen Betriebsweise auch auf die Entwicklung der Industrie entscheidend einwirken. Denn in Ungarn läßt sich ein Aufschwung des Großgewerbes zwar sicherlich nicht durch Zölle und (mehr minder erfolgreiche) Regierungsmaßnahmen erzielen, wohl aber würde eine

erträgnisreiche Landwirtschaft, die den Industrien wichtige Rohstoffe beistellt, die Volkskraft erhält und die Verbrauchsfähigkeit der Bevölkerung mehrt, eine feste, gesicherte Grundlage für das Gedeihen bodenständiger und aussichtsreicher großgewerblicher Unternehmungen bilden.

Wenn jedoch die landwirtschaftliche und großgewerbliche Erzeugung steigt, bessert sich auch — das Beispiel des Deutschen Reiches zeigt es deutlich — die Lage des Mittelstandes. Eine große Anzahl von Hilfsgewerben findet lohnende Beschäftigung, Kleinverkäufer können ihren Absatz erhöhen, Wirtsgeschäfte sehen die Zahl ihrer Gäste wachsen, Monteure und Agenten erhalten gut bezahlte Stellungen, die Zahl der Staats-, Kommunal-, Bank-, Handels- und Industriebeamten muß vermehrt werden. Vor allem aber wird die Arbeiterschaft (wie Naumann „Mitteleuropa" S. 199 zutreffend hervorhebt) nicht nur sehr viel zahlreicher, sie wird auch besser ernährt, versorgt und bezahlt.

So würde die Zollverbindung mit dem Deutschen Reiche sicherlich den Beginn einer neuen Blütezeit des ungarischen Wirtschaftslebens bedeuten und damit wäre — endlich — auch der Grund zu der (von Vielen heißersehnten) sozialen Neugestaltung des Landes gelegt. Die leitenden Staatsmänner Ungarns haben dies mit ihren feinen politischen Instinkten längst klar erfaßt. Gerade darum stemmen sie sich ja — trotz der großen Vorteile, die ein enger Anschluß an das deutsche Reich dem Lande und in erster Linie auch ihnen brächte — mit ganzer Kraft gegen alle „mitteleuropäische" Bestrebungen, darum verdächtigen sie die Vorkämpfer dieser Bestrebungen als Feinde der ungarischen Selbständigkeit, als Leute, die „eine deutsche nationale Expositur in Siebenbürgen errichten und zugleich Ungarn zum reinen Agrarstaat machen wollen".

Die „Führer der Nation" handeln damit ganz folgerichtig. Denn ihnen stand die Erhaltung ihrer Herrschaft im Lande stets höher als materieller Gewinn und so bringen sie willig auch die größten Opfer, wenn sie dadurch die soziale Entwicklung hemmen können, die ihrer Macht im Lande den Todesstoß versetzen würde. Haben sie erst ihre alte Stellung für Jahrzehnte hinaus aufs neue gefestigt, sind sie sicher, daß die Geschicke des Landes auch weiterhin „von der Grafenbank" aus werden geleitet werden, dann fallen ihnen ja auch (die Erfahrung von Jahrhunderten hat es sie gelehrt) die wirtschaftlichen Vorteile der Macht von selbst wieder als reife Früchte in den Schoß. Der „verbesserte Handelsvertrag", den die

Monarchie dann nach den Wünschen Ungarns mit dem Deutschen Reiche wird schließen müssen, wird dann zwar dem Lande nicht den langersehnten Aufschwung, dem Großgrundbesitz und seinem Anhange aber die Erfüllung all' seiner Wünsche bringen.

Was erstrebt wird, ist schon heute kein Geheimnis mehr. Die landwirtschaftlichen Kreise fordern „einen deutschen Vorzugszoll für Getreide im allgemeinen oder zumindest für Weizen und Weizenmehl, bei gleichzeitiger Eliminierung des für Braugerste und Malz bestehenden Mehrzolles". Die industriellen Kreise aber wünschen hohe Schutzzölle für großgewerbliche Erzeugnisse. Alle aber erwarten, daß nun deutsches Geld in großen Mengen über die Grenze nach Ungarn fließen werde.

Tatsächlich hört man schon jetzt, daß deutscher Unternehmungsgeist Güter in Ungarn pachtet und Musterwirtschaften auf ihnen errichtet, daß Zucker-, Reisschäl-, Kalk-Stickstoff- und Schwefelfabriken durch Deutsche ins Leben gerufen werden, daß deutsche Banken Kupferlager erschließen und die reichen Erdgasquellen Siebenbürgens zu verwerten suchen.

Sofort macht sich aber auch der Widerstand gegen diese Betätigungen des deutschen Kapitals im Lande geltend. Im ungarischen Reichstage erhob Markgraf Pallavicini kräftigen Einspruch dagegen, „daß man den ungarischen Grundbesitz in fremde Hände gelangen lasse" und auch im Volke wendet man sich heftig gegen die fremden Gutsbesitzer, „die für den ungarischen Boden kein Herz haben". Selbst wenn man — bei Zusammenkünften auf deutschem Boden — gelegentlich den Wunsch äußert, daß „deutsche fortgeschrittene Landwirte sich an der ungarischen Agrararbeit beteiligen" mögen, fügt man sogleich vorsichtig hinzu, daß dies „natürlich nicht durch Ansiedlungen breiter Volksmassen" geschehen dürfe.

Wie ängstlich man stets zu vermeiden sucht, daß mit dem deutschen Gelde auch deutsche Menschen ins Land kommen und hier den deutschen Einfluß stärken, hat man besonders deutlich bei den Verhandlungen über die Verwertung der Siebenbürger Erdgase durch die Deutsche Bank gesehen. Vergebens hatte Graf Andrassy gewarnt; „Wir werden zweifellos auf fremdes Kapital angewiesen sein und wir werden (bei Erwägung der politischen Lage) wohl am leichtesten von Deutschland das notwendige Kapital erhalten können. Es wäre demnach ein großer Fehler, wenn bei diesem Anlasse die Opposition dem deutschen Kapital gegenüber Antipathie oder Eifersucht bekunden würde". In weiten Kreisen trat man trotzdem heftig

dagegen auf, daß die Ausbeute so ungeheurer Werte einem „ausländischen Unternehmen“ überlassen, daß der Deutschen Bank „ein solches Nationalgeschenk“ gewährt werde. Auch die Regierung verlangte nicht nur, daß „der überwiegende Teil der Beamten und Arbeiter der Gesellschaft aus ungarischen Staatsbürgern bestehen“ müsse, sondern sie verpflichtete die Bank auch, die Leitung zunächst in rein magyarische Städte (wie Klausenburg, Neumarkt, Großwardein) zu legen. Die Versorgung der deutschen Städte (wie Hermannstadt und Kronstadt) aber behielt sie sich selber vor.

Am liebsten sähe man es in Ungarn jedenfalls, wenn eine Festlegung des Kurses der Krone und der Mark oder — besser noch — eine Währungsgemeinschaft mit dem Deutschen Reiche den Kredit Ungarns derart steigern würde, daß das Land auch außerhalb des Deutschen Reiches willige Abnehmer für seine Wertpapiere fände. Man wirbt daher im Deutschen Reiche mit großem Eifer Anhänger für diese Pläne und versichert sogar, daß solche Maßnahmen die Wirtschaftsgemeinschaft zwischen den beiden Staaten weit inniger gestalten würden, als alle handelspolitischen Vereinbarungen.

Gleichwohl wird diesen Wünschen keine Erfüllung blühen. Von berufener Seite wurde vielmehr sogleich erklärt, daß die Währungsfrage auszuschalten sei, weil das deutsche Reich vorerst den Stand seiner eigenen Währung werde sichern und selbst der Beteiligung deutschen Kapitals an ungarischen Unternehmungen verhältnismäßig enge Grenzen werde ziehen müssen. Auch Staatssekretär Helfferich meinte — als er über den Umfang dieser Beteiligungen befragt wurde — daß in der ersten Zeit nach dem Kriege kein einziges Land in der Lage sein werde, über einen Kapitalsüberschuß zu verfügen.

Allein nicht einmal den zollpolitischen Forderungen Ungarns wird das deutsche Reich voll entsprechen können. Denn auch Ungarn darf sich — um mit den Worten von Matlekovits zu sprechen — nicht in der eitlen Hoffnung wiegen, daß die junge Waffengemeinschaft in künftigen Friedenstagen die natürlichen Grundlagen des Wirtschaftslebens verändern und die Nächstenliebe, das Dankgefühl für den einstmaligen Waffengefährten oder ähnliche Empfindungen an die Stelle des Gesetzes von Angebot und Nachfrage setzen werde. Betrachtet man die Dinge aber losgelöst von allen Nebengedanken so findet man, daß in den letzten Jahren vor dem Kriege nur etwa 9 v. H. der Gesamtausfuhr des deutschen Reiches nach Österreich-Ungarn gingen und daß auch hievon bloß rund ein siebentel

auf Ungarn entfiel, daß dieses Land somit an der Ausfuhr des deutschen Reiches nur mit etwa 13 v. H. beteiligt war.

Nun lassen diese Zahlen zwar gewiß keine sicheren Schlüsse auf die künftige Entwicklung der deutsch-ungarischen Handelsbeziehungen zu. Sie geben sogar nicht einmal von den bisherigen Verhältnissen ein zutreffendes Bild, da sie den Zwischenhandel Österreichs (der gerade im Verkehr zwischen Ungarn und dem deutschen Reiche recht bedeutend ist) nicht berücksichtigen. Allein trotz alledem steht fest, daß das deutsche Reich den Wünschen Ungarns nicht Interessen wird opfern können, die für das Reich von weit größerer Bedeutung sind.

Zu diesen gehören aber (von allen anderen zunächst abgesehen) unbestreitbar jene, die es im nahen Osten, namentlich in der Türkei zu vertreten hat. Schon zu Ende des 18. Jahrhunderts hatte man dies erkannt, schon damals aber auch darüber klagen müssen, daß die ungarischen Wirtschaftspolitiker jener Zeit „alles deutsche Geld für ihre jüdisch überteuerten Lebensmittel zu sich hinabgezogen" daß sie „die glücklichsten Aussichten zu einem blühenden und vorteilhaften Handel deutscher Fabrikate nach dem Orient vereitelt" hätten. Und diese Klagen steigerten sich umsomehr, je zahlreicher und wichtiger die wirtschaftlichen Interessen wurden, die das Deutschtum donauabwärts zu verteidigen und auszubreiten hatte.

Bei einer Zusammenkunft reichsdeutscher und österreichischer Sozialdemokraten in Berlin wurde daher jüngst gerade von reichsdeutscher Seite hervorgehoben, daß der Warenverkehr aus dem Balkan und Kleinasien nach dem deutschen Reiche in den Jahren vor dem Kriege durch Zölle, Zollschikanen, hemmende Eisenbahntarife u. dgl. in Ungarn derart behindert wurde, daß der größte Teil der Waren zu Wasser über Antwerpen und Rotterdam versendet werden mußte. Auch nach dem Kriege wird sich darin schwerlich etwas ändern. Denn noch anläßlich der letzten Donau-Konferenz in Pest hat der Direktionsausschuß des — sehr einflußreichen — ungarischen Landwirtebundes die Forderung aufgestellt, es müsse unbedingt ein Junktim zwischen der Ausgestaltung des Donauwasserweges und dem Schutze der ungarischen landwirtschaftlichen Interessen gegen die Einfuhr aus dem Balkan und aus Mesopotamien hergestellt werden.

Doch auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem deutschen Reiche und Österreich müßten naturgemäß leiden, wenn allen Wünschen Ungarns Erfüllung würde. Denn man will ja in Ungarn nicht

nur die Vermittlungstätigkeit Österreichs zwischen Ungarn und dem deutschen Reiche beseitigt sehen, sondern hofft auch, durch die Unterstützung des deutschen Reiches in kurzer Zeit soweit gekräftigt zu sein, um die — langersehnte — wirtschaftliche Trennung von Österreich endlich durchführen zu können. Damit würde aber — wie schon Michelis (in Schmollers Jahrbuch 32) zutreffend hervorhob — die Aufnahmefähigkeit des österreichischen Marktes für deutsche großgewerbliche Erzeugnisse ganz erheblich gemindert werden, da diese vielfach von der Möglichkeit abhängig ist, die eigenen industriellen Erzeugnisse zollfrei in Ungarn abzusetzen.

Alle reichsdeutschen Wirtschaftspolitiker sind denn auch übereinstimmend der Meinung, daß eine Zolltrennung zwischen Österreich und Ungarn den deutschen Interessen schnurstracks widerspreche. Offergeld (Grundlagen und Ursachen der industriellen Entwicklung Ungarns, Jena 1914) findet den Trennungsgedanken „absurd", Gustav Schmoller (a. a. O.) hält die Errichtung einer Zollgrenze zwischen Österreich und Ungarn für einen „Schildbürgerstreich", für „die größte Torheit, die Ungarn sich und Österreich antun könnte". Lujo Brentano gibt (im „März" 1915) den Ungarn zu bedenken, daß ein Absatzgebiet, wie Ungarn, für die Entwicklung moderner Großindustrie völlig ungenügend sei, und Michelis („die Zolltrennung Österreich-Ungarns" Wien 1908) weist darauf hin, daß das Schwergewicht der Handelsbeziehungen des deutschen Reiches mit Österreich-Ungarn bei weitem in Österreich liege, daß daher „der von gewisser ungarischer Seite ausgesprochenen Auffassung, daß ein selbstständiges Ungarn einen viel günstigeren Handelsvertrag mit dem deutschen Reiche erzielen könnte, entschieden zu widersprechen" sei.

Indessen scheinen im deutschen Reiche doch auch manche geneigt, den Wünschen Ungarns selbst auf Kosten Österreichs entgegen zu kommen. Man kann dies wohl begreifen. Nicht wenige blendet eben der mächtige Einfluß, den Ungarn gegenwärtig auf die Politik des Doppelreiches auszuüben scheint, und auf andere mag wieder die Tatsache wirken, daß Ungarn während des Krieges wesentlich reicher geworden ist, als es je war, so daß ein reger Wirtschaftsverkehr mit ihm hohen Ertrag verspricht.

Tatsächlich hat Ungarn in jüngster Zeit nicht nur die Erzeugnisse seiner Landwirtschaft zu Höchstpreisen absetzen, sondern auch seinen Industrieunternehmungen durch Lieferungen für den Heeresbedarf Riesengewinne sichern können. Vor dem Kriege war das Volksvermögen Ungarns noch nicht allzugroß gewesen. Fellner („Das Volks-

vermögen Österreichs-Ungarns“ im Bulletin de l'Institut Intern. de Statistique 20, 2) schätzte es nur auf rund 41.520·6 Millionen Kronen. Allein schon Pribram hat in einer dankenswerten Arbeit (Der Wert des landwirtschaftlichen Grundbesitzes in Ungarn und Österreich“ in der stat. Monatsschrift 20. Jahrgang) überzeugend nachgewiesen, daß diese Schätzung offenbar zu niedrig ist, und neuerlich wurde das Volksvermögens Ungarns (von Gal im „Jungen Europa“ 8. Jahrgang) bereits auf 82.875·8 Millionen Kronen (demnach fast auf den doppelten Betrag) geschätzt.

Dazu ist der ungarische Staatshaushalt, da Österreich fast zwei Drittel der Ausgaben für die gemeinsamen Angelegenheiten (insbesondere für Heer und Flotte) zu tragen hat, mit erträgnislosen Ausgaben verhältnismäßig weit weniger belastet, als der Haushalt fast aller westeuropäischen Staaten. Während die Staatsschulden (auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet) in England 1908, in Frankreich 1750, in Österreich 870, im deutschen Reiche 840, und selbst in Italien 753 Kronen betrugen, beliefen sie sich in Ungarn nur auf 680 Kronen. Es betrug daher auch die Gesamtsteuerlast (wieder auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet) in England 127, in Frankreich 115, im deutschen Reiche 75, in Ungarn aber bloß 40 Kronen.

So wird denn Ungarn die Lasten des Krieges verhältnismäßig leichter tragen können, als die anderen Staaten, zumal auch hiebei der Löwenanteil der Ausgaben des Doppelreiches Österreich zufallen wird. Von den 19.83 Milliarden Kronen, die die ersten 4 Kriegsanleihen in Österreich und Ungarn ergaben, entfielen beispielweise auf die ungarischen Kriegsanleihen (obwohl diese auch in Österreich wie im deutschen Reiche mit erheblichen Beträgen gezeichnet wurden) nur 6.22 Milliarden Kronen, demnach nicht einmal ein Drittel (31.37 v. H.), beträchtlich weniger als selbst nach Fellner's (vermutlich zu niedrigen) Angaben dem Volkseinkommen Ungarns entspräche.

Man könnte somit annehmen, daß das Wirtschaftsleben Ungarns nach dem Kriege einen raschen Aufschwung nehmen wird, daß daher auch fremde Kapitalsanlagen dort leicht reichen Ertrag erzielen werden. Und doch ist — solange die Wirtschaftspolitik Ungarns völlig unter dem Einflusse des Großgrundbesitzes und seines Anhanges steht, so lange Lebensinteressen des Bürgertums und der Arbeiterschaft unberücksichtigt bleiben — an ernsthafte Fortschritte im Lande nicht zu denken. Wohl mag der enge Kreis der „Panamisten“, (den Palyi „Deutschland und Ungarn“, Leipzig 1915 sicherlich auf

Grund genauer Kenntnis der Tatsachen so lebendig und offenherzig schildert,) zu den frischerrafften Kriegsgewinnen noch neuen Reichtum erwerben. Die Volkswirtschaft des Landes wird dabei schwerlich gedeihen können.

Was man in Ungarn bisher erzielte, ist ja bekannt. Die Anzahl der Geburten sank, die Zahl der Auswanderer stieg. Im Durchschnitt der Jahre 1896—1900 entfielen noch 39·4 Lebendgeborene auf 1000 Seelen, im Durchschnitte der Jahre 1906—1910 nur noch 36·7. Dazu wanderten in den Jahren 1904—1913 über 1¼ Millionen Menschen in überseeische Länder.

Es sollten daher schließlich auch die Herrschenden einsehen lernen, daß sie bis jetzt nicht auf dem Wege waren, der zum schnellen wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes nach dem Kriege führt, und Einsichtige müßten sogar erkennen, daß sich auf diesem Wege auch die Macht, die Größe und die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes nicht sichern läßt. Denn diese beruhen nicht auf den Rechten, sondern auf den Kräften des Landes.

Schon einmal haben in ähnlicher Lage die „Führer der Nation" aus dieser Erkenntnis heraus dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte freie Bahn gewährt. Im Sturmjahre 1848 haben sie — wenngleich unter dem Eindrucke der Nachricht vom Heranrücken Freiheit fordernder Bauernhaufen — so doch der Form nach freiwillig ihre Hörigen befreit. Was sie sechs Jahrzehnte früher Josef II. nicht hatten vollbringen lassen, das taten sie damals selbst, nachdem sich auch dem Kurzsichtigsten gezeigt hatte, daß sich die viel erträgnisreicheren, intensiveren landwirtschaftlichen Betriebsmethoden leichter bei dem Eigenbetrieb, als bei der Anteilswirtschaft der Gutsuntertanen einführen lassen.

Die Führer haben die Tat nicht zu bereuen gehabt. Denn sie haben dadurch nicht nur die Erträgnisse ihrer Güter gemehrt, sondern auch ihren Einfluß im Lande auf neue, sichere Grundlagen gestellt. Solange Metternich (in einem Briefe an den „größten Ungarn" Stephan Szechenyi) an die drohenden Bauernaufstände erinnern und darauf hinweisen konnte, daß er „nur gewisse Schleußen aufzuziehen" brauche, um die Herrschaft der Führer ins Wanken zu bringen, so lange hatten diese sich ihrer Macht nicht ruhig freuen können. Erst als sie die Massen der jungbefreiten Bauern hinter sich fühlten, vermochten sie dem Ansturme des Absolutismus siegreich standzuhalten und dem Lande die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit

zu erringen, die in Wirklichkeit freilich nur ihre Vorrechte sicherte, nur ihre Macht ungeschmälert erhielt.

Auch heute liegen die Dinge nicht anders. Wieder braucht man „nur gewisse Schleußen aufzuziehen", um die Macht der Allmächtigen zu brechen, wieder müßten die Herrschenden der Demokratie den Wind aus den Segeln nehmen, wenn sie ihre Stellung dauernd gefestigt sehen wollen. 1905 ist dies wohl jedem klar geworden. Denn als in jenen Tagen dem Volke das allgemeine Wahlrecht versprochen worden war, hatte ein Honved-Bataillon genügt, um den ungarischen Reichsrat auseinander zu jagen und in wenigen Monaten mußten sich die Machthaber dem Willen der Krone beugen. So müssen denn die leitenden Staatsmänner Ungarns jetzt schnell erwägen, ob sie — gleich ihren Vorgängern im Jahre 1848 — im eigenen Interesse, wie zum Wohle ihres Landes den Forderungen der Zeit Genüge leisten, ob sie selbst den Grund zur wirtschaftlichen und sozialen Neugestaltung des Landes legen wollen.

Sind sie dazu bereit, dann müssen sie aber den engsten Anschluß an das deutsche Wirtschaftsleben zu finden trachten. Denn er allein führt zu dem lockenden Ziele. Sorglos kann man darum ihrer Entschlüsse harren. Verzögern können sie das Werk, verhindern nicht. Ihnen bleibt nur die Wahl, ob sie es selbst vollbringen und sich damit neuerlich die Vorherrschaft im Lande sichern wollen, oder ob es gegen ihren Willen von anderen vollendet werden soll. Findet sich unter ihnen aber ein zweiter Szechenyi, dann wird er sicherlich den rechten Weg zu finden wissen.

IV.

Kein Verständiger wird sich der Tatsache verschließen, daß die Festigung der ungarisch-deutschen Beziehungen für beide Völker von größtem Nutzen wäre. Den Magyaren zeigt dies schon ihre geographische Lage. Auf einer Insel inmitten des großen slavischen Ozeans, dessen Wellen sie von Norden wie von Süden umbrausen, hätte dies Zehn-Millionen-Volk längst seinen sicheren Untergang gefunden, wäre ihm nicht im deutschen Westen sichere Hilfe geworden. „Wie wollen die wenigen Ungarn sich inmitten der slavischen Völkerschaften erhalten, ohne die Stütze, die sie an Österreich haben?" hatte darum — bald nach dem Abschlusse des österreichisch-ungarischen Ausgleiches vom Jahre 1867 — Moltke gefragt und wenige Jahre später hat Bismarck es bestätigt, daß Ungarn der vereinten Macht

Rußlands, Serbiens und Rumäniens gegenüber „stets auf das deutsche Bündnis angewiesen bleiben“ werde.

Auch den führenden ungarischen Staatsmännern war dies schon vor Jahrzehnten klar geworden und so konnte Zenker (in seiner einsichtsvollen Schrift: „Die nationale Organisation Österreichs“ Berlin 1916 S. 47) jüngst mit Recht versichern: „Wenn es bei Ausbruch dieses Krieges eine Nation im Bereiche dieser Monarchie gab, die in ihrem Bestande auf das äußerste gefährdet war, so waren es die Magyaren. Sie vor allen hatten die slavische Umklammerung nicht als eine ferne mittelbare Gefahr, sondern als die unmittelbare Lebensgefahr seit jeher empfunden.“

Längst Befürchtetes erfüllte sich daher, als nun wirklich die Serben nach Südungarn eindrangen, die Russen tief in den Karpathen standen und endlich auch die Rumänen einen großen Teil von Siebenbürgen besetzten. Gerade in den letzten Jahren war es ja immer offenkundiger geworden, daß sich die Serben aller südslavischen Gebiete bis weit hinein in die ungarische Tiefebene zu bemächtigen gedachten, daß es Rußland nach ganz Nordungarn gelüstete, daß Rumänien Siebenbürgen bis an die Theiß beanspruchte, und Ungarn so schließlich auf seine wenigen rein magyarischen Bezirke beschränkt werden sollte. Solchen Gefahren aber konnte Ungarn nur mit deutscher und österreichischer Hilfe begegnen. Die Schlacht in den Karpathen, der Donauübergang unter Mackensen, die Siebenbürger Kämpfe unter Falkenhayn haben dies nun ganz einwandfrei erwiesen.

Doch auch dem Deutschtum muß eine Festigung der ungarisch-deutschen Beziehungen sehr wünschenswert erscheinen. Man denkt dabei (namentlich seit Naumann's „Mitteleuropa“) zunächst meist an wirtschaftliche Vorteile und hofft, daß deutsches Geld in Ungarn nach dem Kriege ein sehr ergiebiges Betätigungsfeld finden wird. Denn infolge der außerordentlichen — von einer wohlberechneten Wirtschaftspolitik emsig geförderten — Steigerung der Preise aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse erhöhte sich ja nicht nur der Wert der Güter in Ungarn sehr beträchtlich, sondern es konnte auch deren Verschuldung erheblich vermindert und überdies noch Geld für den Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen, von Kunstdünger und von andern zur intensiven Wirtschaftsführung erforderlichen Betriebsmitteln zurückgelegt werden. Da überdies auch in der Zeit nach dem Kriege zunächst Vorratswirtschaft betrieben werden dürfte und man so auch fernerhin auf die Erzeugnisse der ungarischen Land-

wirtschaft angewiesen sein wird, werden sich die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in der nächsten Zukunft vermutlich auf ähnlicher Höhe halten wie bisher, sodaß die Kaufkraft der ungarischen Landwirtschaft immer stärker, immer verheißungsvoller werden wird. Und niemand zweifelt daran, daß dieser Aufschwung vor allem der Einfuhr großgewerblicher Erzeugnisse aus dem Deutschen Reiche zugute kommen muß.

Ebenso soll das Großgewerbe — nach ungarischen Berichten — im Großen und Ganzen durch den Krieg sehr gewonnen und seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Auslande auch für die Zeit des Friedens gesichert haben. Das würde aber einen erhöhten Verbrauch an ausländischen Rohstoffen und Halbfabrikaten bedeuten, der voraussichtlich gleichfalls wieder zum großen Teile durch das Deutsche Reich befriedigt werden würde.

Doch nicht nur bei dem Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft, auch wenn es gilt, das deutsche Volk und seine Kulturgüter gegen die von Osten her immer wieder drohenden Gefahren zu sichern, wird man der Mitarbeit Ungarns nicht gerne entraten. Schon in den 40er Jahren des vorigen Jahrhundertes träumte ja List von der Begründung eines mächtigen germanisch-magyarischen Reiches das „einerseits vom Schwarzen, anderseits vom Adriatischen Meere bespült und von deutschem und ungarischem Geiste beseelt“ sein sollte und in dem Ungarn „der Schlüssel zur Türkei, zur Levante, zum Orient und zugleich ein Bollwerk gegen nördliche Übermacht“ hätte werden sollen.

Nun, da die politischen wie die wirtschaftlichen Bestrebungen Mitteleuropas in erhöhtem Maße nach dem Südosten gelenkt wurden, da das Deutschtum donauabwärts so wichtige völkische und wirtschaftliche Ziele zu verfolgen hat, nun ist Ungarn, das bisher an der Grenze des deutschen Betätigungsfeldes lag, tatsächlich in den Mittelpunkt eines großen Gebietes politischer und wirtschaftlicher Gemeinsamkeiten gerückt, nun wird es wirklich eine (auch politisch) wichtige Haltestelle auf dem Wege von der Nordsee zum indischen Ozean. Die geschichtliche Entwicklung hat so Deutsche und Magyaren zu Bundesbrüdern gemacht, die sich zwar gewiß „nicht jeden Morgen und Abend gleich gut verstehen, die aber, wenn Not an Mann ist, einer mit dem andern zusammengebunden sind“.

Den Magyaren scheint dabei ihre Stellungnahme — begreiflicherweise — noch weit bedeutungsvoller. Ihnen ist Ungarn im Kriege „jener Faktor gewesen, der sich als der Stärkste, der Zu-

verläßligste, der Dankbarste und der Siegreichste erwiesen hat", wobei namentlich die militärische Hilfeleistung Ungarns besonders hoch gewertet wird. „Ohne Ungarn ist das Aufhalten und Zurückrollen der russischen Dampfwalze undenkbar" erklärt ein ungarischer Reichstagsabgeordneter, während ein anderer versichert, daß man die ungarischen Soldaten (gleich den bayrischen) „immer auf den am heißesten gefährdeten Punkt gestellt" habe. Ein dritter aber erzählt, daß die für den Durchbruch bei Gorlice bestimmte Armee aus den „niemals versagenden preußischen und ungarischen Regimentern" zusammengestellt worden sei. Kein Wort wird dabei von den Truppen gesprochen, die den Dunajec-Übergang erzwangen, kein Wort den galizischen Bataillonen gewidmet, die die steile Höhenstellung des Pustkiberges erstürmten, kein Wort über das tapfere Linzer-Regiment verloren, das als erstes in Tarnov einzog, mit keinem Wort des ruhmvollen Kampfes der Tiroler Kaiser-Jäger gedacht, die „mit beispiellosem, verbissenem Trotze", in heldenhaftem Ringen die russische Riesenfestung auf der Höhe 419 mit dem Bajonette säuberten.

Erscheinen den Ungarn doch selbst ihre technischen und industriellen Leistungen denen der „kulturell so hochstehenden Feinde ebenbürtig", halten sie doch auch, was sie an finanziellen Opfern brachten, höchsten Lobes und höchster Bewunderung wert.

Wie die Dinge aber in Wirklichkeit liegen, hat mit klaren nüchternen — gerade für die ungarisch-deutschen Beziehungen besonders zutreffenden — Worten Franz Jesser darlegt, als er in seinen prächtigen „Aufsätzen über Deutsch-Österreich" (München 1916 S. 19) schrieb: „Uns schützt nichts besser, als ein Kranz unabhängiger starker Mittel- und Kleinstaaten, als eine Zone wirtschaftlich und kulturell blühender Nationalitäten zwischen uns und der russischen Masse. Niemand aber schützt diese Unabhängigkeit der Staaten und diese Mannigfaltigkeit kultureller Entwicklung der Völker besser, als die beiden starken Hintermänner Österreich und das Deutsche Reich".

Will man indessen die Aussichten für die Festigung der ungarisch-deutschen Beziehungen richtig werten, so muß man vor allem die Wege betrachten, auf denen die ungarischen Staatsmänner die Völker Ungarns bisher wandeln ließen. Dann erst vermag man festzustellen, ob diese Wege zu einer inneren Annäherung an das Deutschtum, oder ob sie zur Lockerung des Bandes führen, das während

des Krieges Magyarentum und Deutschtum zu gemeinsamer Abwehr übermächtiger Feinde einte.

Das eigentliche Ziel der inneren Politik dieser Staatsmänner konnte ja keinem, der Ungarns Geschichte (wenngleich nur flüchtig) betrachtete, jemals verborgen bleiben. Denn es drückt sich mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit in der Tatsache aus, daß erst wenige Jahrzehnte verflossen sind, seit der unumschränkten Macht des adeligen Grundbesitzes im Lande wenigstens rechtlich einige Schranken gezogen wurden. Noch bis vor zwei Menschenaltern hatte darum — vielfach im wörtlichsten Sinne — der Spruch des Dichters gegolten:

„Wenn je ein Volk geknechtet war
Vom Adel, war's der Magyar".

Nur Matthias Corvinus war es — für kurze Zeit — gelungen, den Übermut der Oligarchen zu zügeln. Seit er — allzufrüh — gestorben war, klagt das ungarische Volk: „König Matthias ist tot, das Recht ist dahin". Selbst der Freiherr von Stein glaubte die Frage, ob Ungarn eine Verfassung besitze, noch rundweg verneinen zu sollen. Mit kühlen Worten sprach er es aus: „Ein tumultuarischer Reichstag, die Exemption einer Klasse von allen Geldleistungen, Leibeigenschaft in der rohesten Gestalt von drei Fünftel der Nation: das ist keine Verfassung. Ungarn müßte erst eine Staatsverfassung erhalten und nur dann beobachtet der König den Krönungseid, wenn er alles versucht, um die Kräfte der Nation zu entwickeln, indem er ihr den Genuß gesetzlicher Freiheit verschafft".

1848 erst schien es endlich, als könne „die alte achthundertjährige Konstitution mit ihrem schläfrigen Schlendrian und ihren titelsüchtigen Gevatterschaften, mit ihren bestochenen Kortes und den ewig langen Reden um des Kaisers Bart — diese alte Matrone mit den tiefen Runzeln der Feudalität im Gesichte, den eisgrauen Haaren der Vorurteile und dem wackeligen Kopfe, durch einen glücklichen Windstoß ins Reich der Verwesung geschleudert" werden. Die kühnsten Hoffnungen wurden damals wach. Wie ein langer böser Traum schien alles Vergangeee verflogen und jubelnd begrüßte man die neue Zeit.

„Wir haben Landtage gehabt, haben Abgeordnete auf dieselben gesendet (schrieb man damals) der Landtag hat aber nur einen Teil, den kleinsten des Volkes repräsentiert. Gerade jenen Teil, der keine Staatslasten trug, und der doch über Staatslasten dekretierte, der keine Militärdienste leistete und doch Soldaten auszuheben an-

ordnete, der sich mit der Industrie und dem Handel gar nicht beschäftigte und doch über Industrie und Handel Gesetze machte. Was also auf unseren Landtagen als Gesetz bestimmt wurde, war nie ein Ausfluß des Volkswillens, sondern nur einiger Privilegierter, die auf Kosten des Volkes lebten. Durch das Prinzip der Gleichheit in der Vertretung wird von nun an das Volk, das wahre, reelle Volk präsentiert werden. Die bestechlichen und durch Bestechungen ganz demoralisierten Kortes (Wähler) werden aufhören und die von nun an gebrachten Gesetze den Willen des ungarischen Volkes bilden".

Seither sind nun fast sieben Jahrzehnte verflossen. Immer noch muß aber ein ruhiger wissenschaftlicher Betrachter der ungarischen Verhältnisse schreiben: „In diesem Lande der ältesten Verfassung unseres Festlandes tagt eine Ständeversammlung als Parlament, werden die Wahlen stets mit Militärgewalt durchgeführt, floriert noch der politische Mord und ist der Bürger, dem nicht ein bedingungsloses Ungartum eigen, vogelfrei. Sumpfland entzieht der Landwirtschaft den Boden, Gefechte zwischen Zigeunerbanden und Gendarmen spielen sich auf dem flachen Lande ab und Ignoranz lastet auf dem unglücklichen Volke, — auch dem magyarischen — das in den eleganten Klubs der Hauptstadt keinen Sitz, keine Stimme hat".

Tatsächlich läßt schon die Grundbesitzverteilung auf arge soziale Mißstände schließen. Genaue Angaben aus jüngerer Zeit liegen zwar — bezeichnender Weise — nicht vor. Indessen stellt Daniel (Többtermelés, Seite 80) auf Grund einer Zählung aus dem Jahre 1895 fest, daß rund zwei Fünftel (40·9 v. H.) des Bodens in Wirtschaften von mehr als 50 Joch vereinigt waren. Rechnet man noch die überwiegend aus Wald und Weide bestehenden Wirtschaften hinzu, so gehörten fast zwei Drittel (65·4 v. H.) des Grundes und Bodens zu Wirtschaften von mehr als 50 Joch und fast drei Fünftel (57·6 v. H.) zu Wirtschaften von mehr als 200 Joch. Die Wirtschaften mit mehr als 1000 Joch umfaßten (nach den Angaben eines anderen Forschers) fast die Hälfte (46 v. H.) der Gesamtfläche des Landes.

Zudem war der Großgrundbesitz zu überwiegendem Teil in „festen Händen". 1913 war (nach einer mir vom kgl. ung. Statistischen Landesamte freundlichst zur Verfügung gestellten Berechnung) von der Fläche der Wirtschaften mit mehr als 100 Joch fast drei Fünftel (58·8 v. H.), von der Fläche der Wirtschaft mit mehr als 2000 Joch fast drei Viertel (72·1 v. H.) gebundener Besitz. Zweieindrittel Millionen Joch Ackerfeld blieben so dem freien Verkehr entzogen;

davon waren fast dreiviertel Millionen Joch fideikommissarisch gebunden. Im ganzen umfaßten die Großbetriebe mit beschränktem Verkehr mehr als 15½ Millionen Joch, wovon mehr als 2¼ Millionen Joch als Fideikommiß-Wirtschaften entfielen, demnach 94 Familien gehörten. Seit 1867 hat sich der Umfang der Fideikommißgüter um dreiviertel Millionen Joch vergrößert.

Überzeugend legt Roland von Hegedüs in einer sehr lehrreichen Schrift (Ungarn nach dem Kriege, Warnsdorf 1916) die schwerwiegenden Folgen dieser unzweckmäßigen Bodenbesitzverteilung dar. Sie behindert den Übergang zu intensiveren Bewirtschaftungsmetoden und damit das Steigen der Ertragsfähigkeit. Sie hemmt die Zunahme der Bevölkerung (indem sie nur einer beschränkten Anzahl von Menschen genügenden Lebensunterhalt sichert) und mindert so in gleicher Weise die Arbeitskräfte, wie die Wehrfähigkeit des Landes. Sie beeinträchtigt das Wachsen der Steuerkraft der ungarischen Landwirtschaft und macht so eine Gesundung der staatsfinanziellen Verhältnisse im Lande unmöglich. Selbst der völkischen Entwicklung des Magyarentums ist sie eine ernste Gefahr, da sie die Volksvermehrung gerade in den kernmagyarischen Bezirken hemmt.

„Da muß man natürlich erkennen (meint Hegedüs), daß diese Behinderung der Volksansiedlung kein natürlicher Prozeß sein kann, sondern daß das veraltete Rechtssystem die gesunde demokratische Grundbesitzpolitik künstlich verkümmert hat. Dieses System kann ohne schwere Gefahr für unsere Rasse nach dem Kriege unmöglich beibehalten werden. Unsere nationale Existenz wird vielmehr erst dann gesichert sein, wenn wir der ungarischen demokratischen Bodenpolitik eine neue Wendung geben und der ungarischen Rasse gerade dort Raum gönnen, wo wir bisher zurückgeblieben sind. Hierin liegt die Zukunft des Magyarentums. Eine andere Lösung gibt es nicht.“

Gleichwohl dürfte man sich in Ungarn in nächster Zeit schwerlich zu wirklich einschneidenden Maßnahmen entschließen. Denn der (letzten Endes ja doch allein maßgebende) Großgrundbesitz leistet heftigsten Widerstand. Im Magnatenhause erklärte sein Sprecher: ein Ansiedlungs- und Parzellierungsgesetz würde der ungarischen Landwirtschaft den größten Schaden bringen, und auch Ungarns Ministerpräsident Graf Tisza zieh jene einer „irrigen Übertreibung“, die immer wieder von der Notwendigkeit einer völligen Änderung der Grundbesitzverhältnisse sprechen. Nur dort, wo die Besitzverhältnisse es gestatten, namentlich aber dort, wo es viel Großgrundbesitz gibt, der „wirt-

schaftlich nicht entsprechend ausgenutzt wird" soll — auch nach Tiszas Ansicht — die Zahl der kleinen Landwirte nach Möglichkeit vermehrt werden. Eine „künstliche" Steigerung der Parzellierung des Grundbesitzes aber hält er für einen argen Fehler.

Womöglich noch ablehnender jedoch standen Ungarns führende Staatsmänner stets einer Erweiterung der politischen Rechte des Volkes gegenüber. Trotz der argen Beschränkung des Wahlrechtes, trotz der Rückschrittlichkeit des verwickelten Wahlverfahrens, das den unerhörtesten Beeinflussungen freien Spielraum gewährt, scheute man ängstlich vor jeder ernsten Neuerung zurück.

Wie diese Dinge bisher lagen, zeigen wenige Zahlen. Bei den letzten Wahlen (1910) gab es im ganzen 1,162.241 Wahlberechtigte (gegen 5,767.065 in Österreich). Auf 1000 Einwohner entfielen daher 64 Wahlberechtigte (gegen 202 — also mehr als die dreifache Anzahl — in Österreich), auf einen Abgeordneten kamen 2814 Wahlberechtigte (gegen 11.176 — also die vierfache Anzahl — in Österreich). Alle gewählten Abgeordneten insgesamt erhielten 548.849 Stimmen, jeder einzelne Abgeordnete daher durchschnittlich — 1329 Stimmen. Auf alle Abgeordneten der allmächtigen Regierungspartei zusammen entfielen nur 326.950 Stimmen, knapp zwei Fünftel (40.46 v. H.) aller abgegebenen Stimmen, wenig mehr als ein Viertel (28·1 v. H.) der Stimmen aller Wahlberechtigten. Wäre aber die Zahl der Wahlberechtigten in Ungarn (verhältnismäßig) so groß wie in Österreich, so würde sie nahezu 3¾ Millionen erreichen, so daß dann die Zahl der bei den letzten Wahlen für die Regierung abgegebenen Stimmen wenig mehr als ein Elftel der Gesamtstimmen betragen würde.

Das Ministerium Fejervary, das 1905 berufen wurde, um die Rechte der Krone den Übergriffen der Oligarchie gegenüber zu wahren, hatte denn auch (wie bereits in Schmollers Jahrbuch 35 ausführlich dargelegt wurde) die „auf das allgemeine Wahlrecht gegründete Reform der Volksvertretung" zum Hauptpunkte seines Programmes gemacht, um so — wie der damalige Minister des Innern erklärte — endlich jenen Elementen die Tore der Volksvertretung zu öffnen, die ihre gesetzgebende Tätigkeit nicht in den unseligen staatsrechtlichen Kämpfen, sondern in der Organisierung der nationalen Arbeit zu suchen streben. Man hoffte damit auch „die Unzufriedenheit der breiten Volksmassen zu beheben und den mit friedlicher Zufriedenheit verbundenen gesellschaftlichen Wohlstand zu schaffen."

Denn man hatte endlich den wahren Grund der stetig zunehmenden Übelstände, die tiefsten Ursachen der immer wiederkehrenden Verfassungskrisen erkannt. Man hatte erkannt, warum der mittlere Grundbesitz zersplittert, der Kleingrundbesitz vernichtet wurde und die Zahl der Zwergwirtschaften in erschreckender Weise wuchs, warum von den 13 Millionen der landwirtschaftlichen Bevölkerung 10 Millionen dem Proletariat angehörten, warum die jährliche Auswanderung bereits 300.000 Seelen ergriff und das Ein- und Zweikindersystem gerade bei der kernmagyarischen Bevölkerung stetig Anhänger gewann.

Auch die „Koalitionsregierung", die dem Ministerium Fejervary folgte und der — in inniger Gemeinschaft — die Mehrheits- und Minderheitsparteien „die 48iger und 67iger, Grafen und Demagogen, Juden und Antisemiten, Agrarier und Bankiers, Freidenker und Klerikale" treue Gefolgschaft leisteten, hat sich daher der Krone gegenüber verpflichten müssen, eine Wahlrechtsreform auf mindestens ebenso breiter Grundlage durchzuführen, wie sie in dem Programme des Ministeriums Fejervary festgehalten war. Allein sie hat diese Verpflichtung nie erfüllt. 2½ Jahre verstrichen, ehe der Volksvertretung überhaupt eine Wahlreformvorlage zuging und als endlich (1913) ein neues Wahlgesetz beschlossen wurde, stellte es sich als eine „die Sicherung der Herrschaft der Oligarchie bezweckende Scheinreform" dar, durch die in Wirklichkeit „alles beim alten" blieb.

Auch die Verwaltung ist bisher völlig in den Händen des führenden Adels und seines Anhangs geblieben. Denn in den Städten, Landgemeinden und Gespanschaften, denen (im wesentlichen) die ganze Verwaltung anvertraut ist, bleibt die Hälfte der Sitze den Höchstbesteuerten vorbehalten, so daß in den Gespanschaftsversammlungen der landbesitzende Adel unumschränkt herrscht und in den anderen Vertretungskörpern die Besitzenden sowie die „Intelligenz" (die leicht in Abhängigkeit von der Regierung zu halten sind) das unbestreitbare Übergewicht haben. Zum Überfluß ist die Leitung der Gespanschaften in die Hände eines „Obergespans" gelegt, den die Regierung ernennt und den man ausdrücklich als „Repräsentanten der exekutiven Gewalt" bezeichnet hat.

Naturgemäß werden diese — wie alle übrigen — Beamtenstellen stets mit Anhängern der herrschenden Kreise besetzt und da die Regierung die Zahl ihrer Anhänger begreiflicherweise stetig zu steigern sucht und Beamtenstellen als Versorgung sehr beliebt sind, müssen diese noch immer weiter vermehrt werden. 1913 beliefen sich.

daher (obwohl, wie erwähnt, der größte Teil der Verwaltungstätigkeit von den Selbstverwaltungskörpern besorgt wird) die Kosten der staatlichen Verwaltung allein bereits auf 676¼ Millionen Kronen. Sie nehmen somit mehr als ein Viertel (28·64 v. H.) der Gesamtausgaben des Landes in Anspruch, während selbst in dem weit bevölkerteren, vielsprachigen und gewiß nicht allzu beamtenarmen Österreich die Verwaltungsausgaben nur 665½ Millionen Kronen betrugen und kaum ein Fünftel (19·23 v. H.) der Gesamtausgaben erreichten.

Das Überwiegen des Einflusses des grundbesitzenden Adels und seiner Anhänger auf die Gesetzgebung und Verwaltung hat indessen auch der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes seit jeher enge Grenzen gesetzt, so daß (wie Philippovich in der „Zeitschrift für Politik" 1916 zutreffend ausführt) noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts alle Vorbedingungen für die Entwicklung des Großgewerbes fehlten. Der Bau von Straßen (dem wichtigsten Verkehrsmittel jener Zeit) lag in den Händen der Gutsherrschaften, für die stets nur ihre eigenen, örtlich begrenzten Interessen maßgebend waren. Die Pflege hausgewerblicher Nebenbeschäftigungen, die in den Agrarländern stets die ersten Ansätze zu gewerblicher Betätigung bilden, war den in strenge Untertanspflicht gebannten Bauern kaum möglich, und auch das städtische Handwerk konnte — selbst im mühsamen Kampfe um seinen Bestand ringend — keine Grundlage für das Entstehen des Großgewerbes bieten. Endlich fehlte es an jeder Möglichkeit, das für die Errichtung größerer Betriebe nötige Geld aufzubringen. Denn der Bauer konnte kaum das zum Lebensunterhalte Unentbehrliche erwirtschaften, einen wohlhabenden Mittelstand gab es nicht und die Gutsherren verbrauchten die reichen Erträgnisse ihrer Besitzungen meist bis auf den letzten Heller.

Auch die Wiener Regierung konnte da keine Hilfe schaffen. Denn abgesehen davon, daß sich der Widerstand des Adels in Angelegenheiten der inneren Verwaltung nicht leicht überwinden ließ, durfte man in Wien an eine durchgreifende Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns nicht denken, so lange der Adel auf seinem Rechte der Steuerfreiheit bestand. Es mußte vielmehr sogar eine Zwischenzollinie zwischen Ungarn und den österreichischen Erbländern errichtet und aufrecht erhalten werden, da sonst die hochbesteuerten



erbländischen Unternehmungen den Wettbewerb mit den steuerfreien Betrieben des ungarischen Adels nicht hätten ertragen können.

Erst als endlich die Steuerfreiheit des Adels aufgehoben und damit die Zollschranken zwischen Ungarn und den Erbländern beseitigt wurden, konnte die ungarische Volkswirtschaft jenen „gewaltigen Aufschwung" erleben, den Sieghart („Zolltrennung und Zolleinheit" Wien 1915 S. 208 ff.) so begeistert schildert. Immer noch wirkte aber das Überwiegen des Großgrundbesitzes sowohl auf die Entwicklung der Landwirtschaft, wie auf die Industrialisierung des Landes höchst störend ein. Während — beispielsweise — die Ernte an Getreide und Kartoffeln (die Kartoffel mit 28 v. H. ihres ursprünglichen Gewichtes auf Trockenkartoffel umgerechnet) in Ungarn im Durchschnitte der Jahre 1889—1893: 128·6 Millionen und im Durchschnitte der Jahre 1909 bis 1913 153·7 Millionen q, die Steigerung also in diesen zwei Jahrzehnten kaum ein Fünftel (19 v. H.) betrug, stieg die Ernte in Österreich in der gleichen Zeit von 88·3 auf 124·3 Millionen q, also um mehr als zwei Fünftel (40·7 v. H.) und im Deutschen Reiche von 242·2 auf 406·3 Millionen q, also um weit mehr als drei Fünftel (67·7 v. H.).

Dabei ist — mehr noch als in anderen Ländern — die Landwirtschaft gerade in Ungarn „die Fundgrube der Wohlhabenheit", so daß mehr noch als anderwärts gerade hier das ganze Wirtschaftsleben unter der Zurückgebliebenheit der Landwirtschaft leiden muß. Auf die industrielle Entwicklung wirkte diese Rückständigkeit sogar auch unmittelbar ein. So hinderte — um nur zwei Beispiele anzuführen — das Sinken der Weizenerträge den weiteren Aufschwung des Mühlengewerbes, so ist die schlechte Behandlung der Viehhäute mit Schuld an der Zurückgebliebenheit der Lederindustrie. Vor allem ist aber der Umstand, daß der Ertrag der Getreide- und Maisernte (auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet) von 670 kg (im Durchschnitt der Jahre 1887—1896) auf 613 (im Durchschnitt der Jahre 1897—1906) sank, die Hauptursache dafür, daß die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung für gewerbliche Erzeugnisse so gering bleibt, der Inlandsmarkt daher so wenig aufnahmsfähig ist.

Jedenfalls betrug die Zahl der industriellen Betriebe mit mehr als 50 Arbeitern in Ungarn (1910) nur 1847 mit 415.834 Angestellten, in Österreich (1902) aber 6100 mit 1,131.000 Angestellten und im Deutschen Reiche (1907) 27.400 mit 5,203.000 Angestellten. Auch waren (1912) bei allen industriellen Aktiengesellschaften in Ungarn nur 982, in Österreich 2246 und im Deutschen Reiche 9764

Millionen Kronen an Aktienkapital eingezahlt. Desgleichen wurde (1911) in Ungarn bloß 1·6, in Österreich aber 3·8 und im Deutschen Reiche 46·4 Millionen Tonnen Eisenerz verarbeitet. Die Zahl der Baumwollspindeln betrug (1913) in Ungarn 0·4, in Österreich 4·9 und im Deutschen Reiche 10·9 Millionen.

Diese argen Versäumnisse in der Ausnützung der vorhandenen Produktivkräfte steigerten indessen naturgemäß auch das Bedürfnis nach ausländischen Erzeugnissen und bewirkten, daß nur verhältnismäßig sehr geringe Erzeugungsüberschüsse für die Ausfuhr verfügbar waren. So wuchs die Verschuldung an das Ausland immer mehr. Während selbst in Österreich (1912) die Schulden an das Ausland die Forderungen gegen das Ausland nur um 1¾ Milliarden Kronen überstiegen, waren Ungarns Schulden um mehr als 8 Milliarden Kronen größer als seine Forderungen. Von seinen Staatsschuldenverschreibungen konnte Ungarn nicht einmal die Hälfte (46·35 v. H.) im Inlande unterbringen.

Besonders fühlbar machte sich dieser Übelstand naturgemäß im Kriege. Denn man mußte nun die Zinsscheine im neutralen Auslande mit barem Gelde einlösen, hatte aber nicht einmal hiefür genügend fremde Zahlungsmittel. Für den Ankauf von Waren standen daher erst recht keine Mittel zur Verfügung und so konnte (schon aus diesem Grunde) manche sich bietende Versorgungsmöglichkeit nicht rechtzeitig ausgenützt werden.

Indessen beschränken sich die schlimmen Folgen des Überwiegens des Großgrundbesitzes und der dadurch bedingten Vorherrschaft des grundbesitzenden Adels und seines Anhanges keineswegs auf das wirtschaftliche Gebiet. Auch die Bevölkerungsverhältnisse litten unter den schweren Mängeln im sozialen Aufbau. Die Tatsache allein, daß in Ungarn auf 100 ha bearbeiteter Fläche nur 32 Personen Beschäftigung finden konnten (gegen 40 im Deutschen Reiche) macht es erklärlich, daß die Geburtenziffer — wie bereits dargestellt wurde — stetig sinkt und die Auswanderung erschreckend groß bleibt. Als aber während des Krieges der Wunsch nach Einführung der Mutterschaftsversicherung und Ausgestaltung des Säuglingschutzes laut wurde, konnte der Minister des Innern in der Volksvertretung trotzdem — ohne merklichen Widerspruch zu finden — erklären, dies seien gewiß die wichtigsten sozialen Aufgaben, allein zu ihrer erfolgreichen Durchführung bedürfe es vieler Millionen, so daß man hievon vorerst nicht einmal träumen dürfe.

Besonders stark aber mußte die Zurückgebliebenheit der sozialen

Entwicklung (erklärlicherweise) auf kulturellem Gebiete wirken. Tatsächlich konnte — selbst nach amtlichen Angaben — 1910 in ganz Ungarn noch fast ein Drittel (32·3 v. H.) der mehr als sechs Jahre alten Bevölkerung nicht lesen und schreiben, so daß sogar ein chauvinistischer Magyare (Im „jungen Europa" 1916 VII) zugeben mußte, das Leben in Ungarn sei kulturell auf größeren Gebieten noch „nicht so vorgeschritten wie westwärts."

Niemand begreift eben in Ungarn, „daß die politische Seite eines Volkes eine Äußerlichkeit ist, die hohl in sich zusammenbricht, wenn sie nicht im Innern einen geistig und moralisch gesunden Kern birgt, „niemand bedenkt, daß alle Nationen, die politisch groß wurden, vorher geistig nnd sittlich ihre Umgebung überragt haben mußten". In der — durch ihre zahlenmäßige Schwäche erklärlichen — Sucht, ein rein ziffermäßiges Übergewicht zu erlangen, haben die Magyaren vielmehr nicht nur die kulturelle Entwicklung der übrigen Völker im Lande gehindert, statt sie zu fördern, sie haben auch — wahllos — Leute als Volksgenossen anerkannt und behandelt, die nicht inneres Bedürfnis, sondern kühl abwägender Geschäftssinn in ihre Reihen geführt hatte. Sie haben damit ihr eigenes Volkstum im kulturellen Sinne arg gefährdet und entwertet und werden noch — vielleicht zu spät — die alte Wahrheit kennen lernen müssen, daß (um mit Jesser „Deutscher Imperialismus und mitteleuropäische Interessengemeinschaft" Prag 1915 S. 15 zu reden) die kulturelle Führung stets das Ursprüngliche sein muß und die politische nur das Abgeleitete sein kann.

Gewiß hat der Krieg — wie immer man sonst über ihn denken mag — für alle Länder und Völker zumindesten große zivilisatorische Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen. Ob jedoch den einzelnen Völkern hieraus auch wirkliche Kulturfortschritte entstehen, wird nur von ihren innersten Kräften, ihren innersten Werten abhängen. Diese vor allem muß ein jedes zu mehren streben, wenn seine Zukunft gesichert bleiben, sein Name Geltung haben soll. Wer immer daher Ungarn stark und glücklich haben will, wird in erster Linie die innere Entwicklung aller seiner Völker tatkräftigst fördern müssen. Die jetzigen „Führer der Nation" haben bei diesem Werke völlig versagte

Hauptsächlich um die Aufmerksamkeit des Landes von dieser Tatsache abzulenken, haben sie immer wieder völkische Fragen in den Vordergrund gestellt. Sie sind dabei getreulich den Beispielen ihrer Ahnen gefolgt und so muß auch in diesem Zusammenhange

nochmals ein Blick auf das Werden und Wachsen der völkischen Kämpfe in Ungarn geworfen werden. Wenige Worte sollen genügen, um ein Bild dieser Zusammenhänge zu zeichnen.

Ursprünglich war das Volkstum (wie bereits erwähnt) in Ungarn ein unbekannter Begriff. Es gab nur eine „politische Nation", den Adel, dem die Söhne der verschiedensten Völker angehörten und der rein völkischen Gedankengängen so fremd gegenüber stand, daß er eine tote Sprache zur Staatssprache erhob. „Das Privilegium, das seine irdische Wohlfahrt begründen und erhalten sollte, war in lateinischer Sprache geschrieben und die Kirche, die seine ewige Wohlfahrt sichern wollte, ließ die Seelenmessen für ihn in lateinischer Sprache lesen."

Solange sich das wirtschaftliche und soziale Streben des nicht zur „Nation" gehörenden „gemeinen Mannes" nur in Bauernunruhen äußerte, die mit Waffengewalt unterdrückt werden konnten, lag für die Herrschenden auch kein Grund vor, die Fahne des Volkstums zu entfalten. Man bekämpfte die deutschen Bürger der aufblühenden Städte und reizte das Volk gegen die fremden, deutschen Herrscher, behielt aber das internationale Latein als Staatssprache bei und zeigte auch sonst sehr wenig völkisches Empfinden.

Erst als allenthalben die sozialen Ideen wach wurden und gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts in der französischen Revolution weithin drohenden Ausdruck fanden, wurde es (schon den Zeitgenossen) klar, „daß die Rädelsführer in Ungarn die Furie des Nationalhasses vom Schlafe aufwecken wollen" ohne Rücksicht auf „die schrecklichen Folgen, die ein solches Benehmen endlich zwischen ganze Nationen hervorbringen könnte." Dem werbekräftigen sozialen Gedanken glaubten die Führer der ungarischen Nation eben die (in den Tagen der Revolution gleichfalls neu erwachten) völkischen Leidenschaften entgegenstellen zu müssen. Durch Kämpfe für das Volkstum sollte die soziale Entwicklung der Völker verhindert werden.

Der Plan gelang. Nur in den Sturmtagen der Jahre 1848 und 1849 schien es kurze Zeit, als sollten die Völker sich von dem Banne der Schlagworte befreien, der auf ihnen gelastet hatte. Als damals die Demokratie für kurze Zeit die Oberhand erhielt, waren auf einmal die „Nationalitätengehässigkeiten" wie mit einem Schlage verschwunden. Man hatte sich besonnen: „War denn jemals die Freiheit für den Deutschen etwas anderes, als für den Magyaren gewesen? War nicht der Nationalitätenhaß stets nur der Stein gewesen, an dem sich die Widersacher des Volkes ihre Waffen scharf und spitz schliffen? War nicht die Verleumdung das Gift

gewesen, mit dem sie die Waffen ätzten um die fest Aneinanderhaltenden zu trennen?“ Wie ein Blitz erleuchtete diese Erkenntnis die Vergangenheit und hastig suchte die Demokratie, die auf dem Debrecziner Reichstag des Jahres 1849 gebot, den ungarischen Staat zu einer Vereinigung gleichberechtigter freier Völker unter magyarischer Führung zu gestalten.

Sobald indessen der Adel die Macht wieder fest in Händen hielt, wandte sich die Entwicklung sogleich auf neue den Preßburger Gedankengängen zu. Statt alle Völker des Landes zu kulturellem Schaffen zu vereinen und so der inneren Erstarkung des Landes die Wege zu bereiten, erkannte der nun wieder führende Adel (gestützt auf die alte, nur seine Interessen wahrende Verfassung und verwöhnt durch die Unterwürfigkeit des niederen Volkes) nichtmagyarisches Volkstum überhaupt nicht mehr an. Mochte immerhin der einzelne „fremdsprachige“ Staatsbürger „seine sprachliche Individualität“ frei entfalten, die Gesamtheit der Volksgenossen anderer Zunge hatte als solche keinerlei Rechte.

Selbst heute noch wird dieser Zustand mit lebhaften Worten als der einzig mögliche verteidigt. „Ungarn kann — meint von Czerny (a. a. O. S. 24) — seiner ganzen Genesis zufolge, die sich an einen staatenbildenden Stamm knüpft und seiner internationalen Rolle zufolge, die aus demselben einen Pufferstaat an der gefährlichsten Stelle Europas gemacht hat, nichts anderes als ein Nationalstaat sein“. Sogar die Gewalt erscheint den Machthabern als ein zulässiges Mittel, wenn es gilt, die Einheitlichkeit dieses Nationalstaates (auch in sprachlicher Hinsicht) zu wahren. „Ungarn kann kein Rechtsstaat sein, bevor es nicht ein Nationalstaat geworden ist“, verkündete daher offen Ungarns Ministerpräsident Baron Banffy.

Ob sich indessen dieser Standpunkt auch künftig wird aufrecht erhalten lassen, steht dahin. Im Deutschen Reiche scheint hierüber immerhin mancher Zweifel zu bestehen. „Die Führerschaft der Magyaren in Ungarn (schreibt beispielsweise Knopf: „Die Völker Österreich-Ungarns“ Bonn 1914, S. 16) ist — von der kulturellen Unfruchtbarkeit des Magyarentums abgesehen — auch deswegen in der bisherigen Form unhaltbar, weil sie auf der rücksichtslosen Vergewaltigung der anderen Nationen und auf einem für die Dauer gänzlich unhaltbarem Wahlrechte steht. Tatsächlich haben — schon vor dem Kriege — namentlich Rumänen und Slovaken ihre Anspüche in einer bis dahin ungewohnt eindringlichen Weise geltend gemacht. Nur dem starken Rückhalt, den immer wieder die Krone bot, ver-

danken es die Magyaren, daß sie ihre Stellung damals noch behaupten konnten. Nach dem Kriege aber werden die Nichtmagyaren in dem Staate, für den auch sie willig kämpften und litten, gewiß nicht mehr so rechtlos bleiben wollen wie bisher. Sie werden ihre Wünsche vielmehr sicherlich mit erhöhten Kräften durchzusetzen suchen.

Schon glaubte daher auch Ungarns Ministerpräsident Graf Tisza versichern zu müssen, daß die Erfahrungen des Krieges es den Magyaren leichter machen werden, „gewisse mit dem nationalen Charakter des ungarischen Staates vereinbarliche Forderungen der Nationalitäten zu erfüllen." Allein diese Zusage klingt doch allzu unbestimmt und wird jene, die den Druck der herrschenden Kreise in der Vergangenheit erdulden mußten, schwerlich befriedigen. Die oft Getäuschten werden nun wohl erst Taten abwarten, ehe sie zu hoffen wagen, daß die „Führer der Nation" das Land endlich von dem Wahnwitze des Nationalismus befreien, der nun schon mehr als ein Jahrhundert die Entwicklung Ungarns in eiserne Fesseln schlägt.

Noch stärker wirken indessen die steten staatsrechtlichen Kämpfe zwischen Ungarn und Österreich in diesem Sinne. Sie dauern nun bereits fast vier Jahrhunderte und haben beiden Teilen schwersten Schaden gebracht. Immerhin ließen sie sich bis zum letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts noch mit der Furcht des führenden Adels vor dem Übergewichte der königlichen Gewalt erklären. Seit jedoch der Ausgleich des Jahres 1867 den „Führern der Nation" die unumschränkte Macht zur Ordnung der inneren Angelegenheiten des Landes überantwortet hat, sind sie nichts anderes als ein weiteres, stets willkommenes Mittel, die Aufmerksamkeit der Völker Ungarns von den (durch eben diese Führer hervorgerufenen und aufrechterhaltenen) wirtschaftlichen und sozialen Mißstände im Lande abzulenken.

Man spielt dabei ein verbrecherisches Spiel mit der Zukunft Ungarns und der Monarchie. Denn indem man — unter dem Vorwande, die Unabhängigkeit des Landes sichern zu wollen — die Gemeinsamkeit der beiden Länder des Doppelreiches Stück für Stück zu beseitigen strebt, entzieht man dem Reiche die Grundlagen, auf die es Franz Deak, „der Weise der Nation", selbst gestellt wissen wollte. Deak war mit seinen Forderungen für die Selbständigkeit Ungarns ohnehin bis an die äußerste Grenze des ihm zulässig Erscheinenden gegangen. Jeden weiteren Schritt erachtete er als ver-

derblich für sein Vaterland, da es diesem den sicheren Rückhalt zu entziehen drohte, den es an den österreichischen Erbländern hatte und ohne den es (seiner Ansicht nach) nicht bestehen konnte. Seither sind aber in Ungarn schon so viele weitere Schritte zur Trennung der beiden Staaten gemacht worden, daß niemand, der die Entwicklung überblickt, ohne Sorgen in die Zukunft blicken kann. Die folgenden (möglichst knappen) Ausführungen sollen dies erweisen.

Als sich Ungarn 1526 nach der Niederlage bei Mohacz in den Schutz der Habsburger gestellt hatte, war es (wie Winkler: „Studien über Gesamtstaatsidee, Pragmatische Sanktion und Nationalitätenfrage im Majorate Österreich" Leipzig und Wien 1915, S. 45 überzeugend ausführt) ein Teil des Majorates Österreich geworden, ebenso wie etwa das Erzherzogtum, das dem ganzen den Namen gab. „Durch Unsere Bemühung und Arbeit wurde Unser Haus Österreich (wie vor Augen ist) mit Weiland Meines lieben Bruders und Schwagers König Ludwig in Ungarn verlassen Königreich und Landen trefflich erweitert," schrieb Ferdinand 1537 befriedigt in seine Hofkammer-Instruktion.

Der heftige, in häufigen Aufständen sich äußernde Widerstand des ungarischen Adels gegen die Einordnung in den Gesamtstaat blieb zunächst im wesentlichen wirkungslos. Der Staatsrat in Wien (der nur sehr selten Ungarn zu seinen Mitgliedern zählte) wurde trotz alledem bald nicht nur in Angelegenheiten der äußeren Politik des Gesamtstaates gehört, sondern beeinflußte vielfach auch die Entscheidungen des Herrschers in inneren Angelegenheiten des neu erworbenen Landes.

1687 und 1722/23 wurde die Zugehörigkeit Ungarns zum Majorate Österreichs dann auch gesetzlich festgelegt. „Zum immerwährenden Andenken an Leopold I. und Karl VI. Siegestaten gegen die Türken sollte nun Leopold I. nie aufhören in seinen durchlauchtigsten Erben . . . . . Herrschaft und Regierung Ungarns" fortzusetzen. „Untrennbar und unauflösbar" sollte so Ungarn mit den übrigen Königreichen und Ländern des Hauses Österreich verbunden werden, auf daß es „auch in allen folgenden Zeiten vor auswärtigen und inneren Unruhen und Gefahren gesichert werde und in segensvoller und beständiger Ruhe und aufrichtiger Einigung der Geister gegenüber jeder äußeren Gefahr glücklich bestehen könne." Maria Theresia fühlte sich denn auch völlig sicher im „Eigentume Unserer beständig unzertrennt beisammen zu verbleiben habenden Erbkönigreiche und Länder" und sehr bald war die (für ewige

Zeiten geschlossene) „mutua cointelligentia et arctior unio“ mit den Erblanden so fest geworden, daß (im Gesetzartikel 38 des Jahres 1827) der ungarische Reichstag selbst von der „universa Monarchia Austriaca“ sprach.

Die Thronfolge des Hauses Österreich war dabei in Ungarn zwar auf drei Linien (die carolinische, josefinische und leopoldinische) beschränkt worden. Doch ist nicht zu befürchten, daß diese jemals aussterben werden. Bernatzik's ebenso tiefgründiger wie geistvoller Aufsatz („Neues über die pragmatische Sanktion“ in der Österreichischen Zeitschrift für öffentl. Recht 1915, S. 143) beruhigt vollkommen hierüber. Denn würde (meint er) die jetzige carolinische Linie, die etwa achtzig Mitglieder zählt, aussterben, so kämen erst noch die Cognaten-Linien dieses Stammes auf den Thron. Und würden auch sie aussterben, so käme der Thron an das sächsische Cognatengeschlecht (als die Nachkommen Maria Josefas, der älteren Nichte Karl VI.), dann — nach dessen Aussterben — an die cognatische Deszendenz seiner jüngeren Nichte Maria Amalia (die den bayrischen Kronprinzen heiratete), dann erst noch an die portugiesische Dynastie (abermals inbegriffen aller Cognaten) als die Nachkommen jener Maria Anna (Schwester Karl des VI.) die 1708 den König von Portugal geheiratet hat.

Für alle absehbare Zeit ist somit durch die pragmatische Sanktion die Herrschaft des Hauses Österreich über Ungarn und damit die Untrennbarkeit Ungarns von den anderen Königreichen und Ländern, die dieses Haus besitzt, gewährleistet und gesichert. Daran hat auch der Ausgleich des Jahres 1867 nichts geändert, denn auch er bekräftigt ausdrücklich, daß „die Länder und Provinzen, die der festgestellten Erbfolgeordnung gemäß unter einem gemeinsamen Herrscher stehen, einen unteilbaren und unzertrennlichen Besitz“ des Hauses Habsburg zu bilden haben. Das gemeinsame Herrscherhaus ist und bleibt daher eine sichere Gewähr für den Zusammenhalt des Doppelreiches, „das wirkliche Einheitsband, der höchst lebendige Ausdruck des Staatsgedankens der ältesten Großmacht Europas.“

Indessen war durch die Umwandlung des Ständestaates in einen Verfassungsstaat (die 1867 erfolgt war) die Macht der Krone — rechtlich — sehr eingeschränkt worden. Denn den Ständen war die Mitwirkung bei den Entscheidungen auf weiten Gebieten des öffentlichen Lebens: In der auswärtigen Politik und im Heerwesen, im Geld- und Handelswesen, bei Festsetzung der Zölle und der indirekten Besteuerung völlig versagt gewesen. Nun aber hatte der

Reichstag und das (diesem verantwortliche) Ministerium über fast alle die genannten Angelegenheiten mitzuverfügen. Nur „alles dasjenige, was auf die einheitliche Leitung, Führung und innere Organisation der gemeinsamen Armee, und somit auch des ungarischen Heeres als eines ergänzenden Teiles der gesamten Armee Bezug hat" blieb — auch rechtlich — noch als der Verfügung Sr. Majestät zustehend anerkannt.

Es ist daher (ganz von selbst) auch der Kreis der Ungarn und Österreich gemeinsamen Angelegenheiten viel enger geworden. Denn alles, was nicht von dem gemeinsamen Herrscher allein zu entscheiden ist, muß naturgemäß von beiden Gesetzgebungen (der österreichischen wie der ungarischen) behandelt werden. Tatsächlich erkennt das ungarische Ausgleichsgesetz (wie in der Deutschen Monatsschrift für Politik und Volkstum „Der Panther" Mai 1916 S. 503 f näher ausgeführt wurde) nur noch „die Verteidigung und Aufrechterhaltung der gemeinsamen Sicherheit mit gemeinsamen Kräften" als eine unmittelbar aus der pragmatischen Sanktion entspringende „gemeinsame und wechselseitige Verpflichtung" an.

Als Mittel zur Durchführung dieser Verteidigung aber gelten bloß „die zweckmäßige Leitung der auswärtigen Angelegenheiten" sowie „die Armee, samt der auf dieselbe bezüglichen Anordnungen, mit einem Worte: das Kriegswesen." Die Finanzen sind nur noch für jene Kosten gemeinsam, die für die gemeinsamen Angelegenheiten zu verwenden sind.

Doch gibt es (nach dem Ausgleichsgesetze) neben diesen gemeinsam zu behandelnden „noch andere öffentliche Angelegenheiten von großer Wichtigkeit", die — teils im Hinblick auf die Lage aus politischen Rücksichten, teils wegen des Zusammenfallens der Interessen beider Teile — zweckmäßiger im gemeinsamen Einvernehmen, als streng gesondert erledigt werden können. Zu diesen zählt das Gesetz vor allem das Kreditwesen, in jenen Fällen, in denen sowohl Ungarn als auch die anderen Länder Seiner Majestät es in ihrem eigenen Interesse für zweckmäßig halten werden, ein neues Anlehen zusammen und gemeinsam aufzunehmen. Ferner kann — da zwischen Ungarn und den übrigen Ländern Seiner Majestät die „wechselseitigen Berührungen der Interessen zahlreich und wichtig sind — von Zeit zu Zeit ein Zoll- und Handelsbündnis zwischen den beiden Staaten geschlossen werden, das jene Fragen regeln soll, die „sich auf den Handel beziehen und die Art der Behandlung des gesamten Handelswesens" bestimmen. Wenn und inwieweit aber eine Vereinbarung

über diese Dinge nicht gelingen sollte, wahrte sich Ungarn sein selbständiges Verfügungsrecht.

So hatten die Magyaren allen Grund, sich ihres Erfolges zu freuen. Was sie lange erstrebten, war geglückt: Sie hatten tatsächlich 1867 „ein selbständiges Königreich Ungarn aus Österreich herausgerissen." Das war — wie der preußische Gesandte in Wien damals an Bismarck schrieb — mehr, als ihre kühnsten Träume vor Jahresfrist noch zu hoffen wagten und Ungarns Ministerpräsident Graf Andrassy konnte sich mit vollem Rechte rühmen, er habe Ungarn eine Stellung gesichert, wie es sie seit den Arpaden nicht innehatte.

In Österreich aber wähnten Hoffnungsvolle, daß Zeit und Erfahrungen das Geschehene bessern würden, daß es gelingen könne, den Dualismus zu mildern und neue gemeinsame Berührungspunkte zwischen den beiden Staaten zu schaffen. Weiterblickende sahen indes bereits damals, daß nun „eine vollkommene Verschiebung der Machtverhältnisse zu ungunsten Österreichs und eine Verlegung des Schwerpunktes Österreichs nach Pest" eingetreten sei.

Tatsächlich strebten die Magyaren sogleich zielbewußt nach möglichster Lockerung der Bande, die sie noch an Österreich fesselten. Ja sie leugneten bald, daß — rechtlich — solche Bande überhaupt bestünden. Wohl hatten sie 1722 selbst dem Kaiser die „mutua cointelligentia et arctior unio" mit den Erblanden für ewige Zeiten angeboten, wohl war auch der ungarische Entwurf des 1867 iger Ausgleiches in gemeinsamen Verhandlungen in Wien durchberaten, geändert und dann erst in Pest (mit diesen Änderungen) angenommen worden. Wohl spricht das ungarische Ausgleichsgesetz (im § 2) selbst ausdrücklich von „gemeinsamen und wechselseitigen" Verpflichtungen. Wohl drängt sich sogar Unabhängigkeitspolitikern gelegentlich (Jogállam Juni 1916 S. 38) die Erkenntnis auf, daß nur eine Willensübereinstimmung der beiden Staaten gemeinsame Einrichtungen schaffen konnte. Allein im Allgemeinen steht man in Ungarn jetzt trotzdem auf den Standpunkte, das Land habe sich (sowohl 1722 wie 1867) nur mit seinem Herrscher verständigt, aber keine Vereinbarung mit Österreich getroffen, es bestehe daher nur eine Verpflichtung zu „gegenseitiger" nicht aber zu „gemeinsamer" Verteidigung, und das Land könne somit einzelne Bestimmungen des Ausgleichs, ja den ganzen Ausgleich, ja selbst die pragmatische Sanktion außer Kraft setzen. Auch Ungarns Ministerpräsident Graf Tisza bezeichnet es heute schon als einen „Kardinalsatz der ungarischen staatsrechtlichen Auffassung, daß 1867 nicht Verpflichtungen zwischen dem ungarischen

Staate und dem österreichischen Staate eingegangen wurden, daß nicht eine gemeinsame Vereinbarung oder ein vertragsmäßiges Übereinkommen zwischen beiden Staaten zustandekam, sondern daß vielmehr jeder in seinem Wirkungskreise die auf die gemeinsamen Angelegenheiten bezüglichen Fragen selbständig geregelt hat".

Indessen scheint der ganze Streit ziemlich müßig zu sein. Denn (selbst nach der neuen ungarischen Auslegung) könnten die pragmatische Sanktion und das Ausgleichsgesetz doch — ebenso wie jedes andere Gesetz — nur mit Zustimmung des gemeinsamen Herrschers wieder aufgehoben werden. Eine solche Zustimmung wird aber offenbar nie erteilt werden. Es ist daher schon der Versuch, die Aufhebung zu erwirken (auch nach ungarischen Gedankengängen) „zwar juristisch möglich, logisch denkbar, praktisch ein Unsinn".

Gleichwohl hat es seine guten Gründe, wenn man in Ungarn diesen Standpunkt stets aufs neue betont. Denn er bietet die Möglichkeit, die wirtschaftlich und kulturell weit stärkeren österreichischen Erbländer einfach als Krongüter des ungarischen Königs zu behandeln, deren reiche Mittel dieser vor allem ungarischen Interessen dienstbar zu machen hat. Es soll dadurch die Überlegenheit, die Ungarn 1867 über Österreich gewann, auf das höchste gesteigert und im In- und Auslande immer sinnfälliger gemacht werden.

Dies kann aber begreiflicherweise nur dann erreicht werden, wenn (wenigstens in den Jahren, in denen die Verhandlungen zwischen den beiden Staaten schweben) Volksvertretung und Regierung in Österreich zu schwach sind, um ernstlichen Widerstand zu leisten. Schon 1867 hatte Ungarn seine Erfolge ja hauptsächlich dem Umstande zu danken, daß schließlich nur ein Fremder (der frühere sächsische Staatsminister Graf Beust) berufen war, die österreichischen Interessen zu vertreten und dieser nur allzusehr „einem Akrobaten glich, der das Seil nicht kennt, auf dem er sich produziert". Der österreichische Reichsrat wurde damals einfach vor die vollzogene Tat gestellt, so daß ihm (wie sein Verfassungsausschuß erklärte) nichts übrig blieb, als sich den Tatsachen zu fügen, die Zwangslage, in der er sich befand, festzustellen und die Verantwortung für die getroffenen Bestimmungen jenen zu überlassen, die sie entworfen und vereinbart hatten.

Ähnlich lagen die Dinge bei der ersten Erneuerung des Ausgleiches im Jahre 1878. Man hatte erwartet, daß sich diesmal günstigere Bedingungen für Österreich würden erzielen lassen, daß es gelingen werde, wenigstens einige der Nachteile zu beseitigen, die



Österreich 1867 hatte übernehmen müssen. Allein das österreichische Ministerium spielte wieder eine so klägliche Rolle und die Volksvertretung war durch stete Parteikämpfe so geschwächt, daß Ungarn zu den alten Erfolgen noch neue Zugeständnisse (namentlich in der Bankfrage und bei der Regelung der Verzehrungssteuerfragen) durchzusetzen vermochte.

Auch bei der Beratung des dritten Ausgleiches mußte einer der führenden deutschen Politiker (der Abgeordnete Dr. von Plener) neuerlich feststellen, daß bei allen Streitfragen, die sich im Laufe der letzten Jahre zwischen Ungarn ergeben hatten, schließlich regelmäßig der ungarische Standpunkt gesiegt hatte und die Regierung vor den ungarischen Drohungen immer wieder zurückgewichen war. Die Gründe hiefür lagen nahe genug. In Ungarn gab es ein mit voller Macht ausgestattetes Parlament, gebot eine wirklich parlamentarische Regierung, die dem Könige ihre Wünsche mit allem Nachdrucke vortragen konnte. In Österreich aber herrschte „der Absolutismus etwas umkleidet, zum Teil demoralisiert durch den Scheinkonstitutionalismus", so daß es dem Kaiser hier ein leichtes war, die Wünsche durchzusetzen, die man in Ungarn an ihn gerichtet hatte.

Auch als dann Österreich den vierten Ausgleich mit Ungarn schloß, wiederholte sich das gleiche Spiel. Zwar hatte diesmal die österreichische Regierung selbstzufrieden verkündet: „Wir haben den Ausgleich gemacht und wir können mit Stolz auf das Ergebnis dieser Ausgleichsverhandlungen blicken". Allein als das Werk dann der Volksvertretung vorgelegt wurde, konnte der Abgeordnete Dr. Lecher mit Recht von einem „Monstrum", einer „Mißgeburt" sprechen. Kein Staatsmann, der österreichisch empfand, wollte diese Abmachungen mit seinem Namen decken. Erst der tschechisch-feudale Fürst Thun (als Ministerpräsident) und der tschechische Demokrat Dr. Kaizl (als Finanzminister) unterzeichneten die Notverordnungen, mit denen dieser über Österreich verhängte Ausgleich endlich (1899) in Wirksamkeit trat.

Die Lage schien sich indessen für Österreich zu bessern als — ein Jahr später — mit Dr. von Koerber „eine staatsmännisch geschulte Persönlichkeit die Verwaltung in die Hand nahm, die in Jahren ungestörter Entwicklung eine Stärkung des österreichischen Selbstgefühls bewirkte". Die Ungarn nahmen damals (wie der stets wohlunterrichtete Zweybrück a. a. O. S. 34 erzählt) aus Wien den unbequemen Eindruck mit, daß man es in Österreich mit einer Regierung zu tun habe, die stark genug sei, die Beziehungen zwischen

den beiden Staaten nun einmal endgültig klarzustellen. Denn Dr. von Koerber hatte zwar erklärt, „bis zur äußersten Grenze des möglichen Entgegenkommens gehen zu wollen, um eine Gemeinschaft in Freundschaft aufrecht zu erhalten", es aber abgelehnt, „die Hand zu einer Gemeinschaft zu bieten, die Österreich zu keiner Ruhe kommen läßt und wirklich fast keine Gemeinschaft mehr ist".

Sogleich stiegen in Ungarn die Wogen der „nationalen" Erregung. Als Dr. von Koerber pflichtgemäß die Einheit des Heeres den staatsrechtlichen Auslegungen der ungarischen Politiker gegenüber verteidigte, antwortete ihm der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza mit den kühlen Worten: „Wenn der Ministerpräsident eines Staates über das Staatsrecht eines andern Staates Erklärungen abgibt, können diese weder Rechtswirksamkeit, noch besondere politische Bedeutung besitzen. Um einen englischen Ausdruck zu gebrauchen: Es sind dilletantische Äußerungen eines distinguished foreigner, denen besonderes Gewicht beizulegen, verfehlt wäre." Man ruhte auch in Ungarn nicht eher, als bis dieser unbequeme, ja gefährliche „Fremde", der Österreich widerstandfähig hätte machen können, gestürzt war. Selbst nach seiner Entlassung sprach sich Kossuth (bei einer Audienz in der Wiener Hofburg) noch energisch gegen den bereits Zurückgetretenen aus.

Denn man wünschte in Ungarn an der Spitze der österreichischen Regierung auch in Zukunft keinen Mann, der Ordnung im Lande schaffen konnte. Wie bisher, so sollten auch künftig Österreichs Verlegenheiten, Ungarns Gelegenheiten werden. Man hoffte so (wie auch von Stengel: Zur Frage der wirtschaftlichen und zollpolitischen Einigung von Deutschland und Österreich-Ungarn. München 1915 Seite 44 erkennt) das durch die Nationalitätenkämpfe politisch geschwächte Österreich politisch und wirtschaftlich völlig von sich abhängig machen, hoffte sogar aus dem Streite zwischen Föderalismus und Zentralismus, der seit Jahrzehnten in Österreich tobt, neue Vorteile ziehen zu können.

Die Schöpfer des Ausgleiches hatten noch gewünscht, daß Österreich stark bleibe, damit es Ungarn den unentbehrlichen Rückhalt bieten könne. Sie hatten auch noch dahin gewirkt, daß es zentralistisch verwaltet werde, weil sie fürchteten, daß sonst die föderalistischen Ideen nach Ungarn herübergreifen könnten. Sie wünschten vielleicht sogar, daß dem Deutschtum in Österreich die Vorherrschaft gewahrt bleiben möge, weil sonst die slavischen Bestrebungen leicht auch in Ungarn die Oberhand gewinnen könnten. Allein seither wurden die

Bahnen dieser Gedankengänge jenseits der Leitha längst verlassen. Man hält dort wohl Ungarn schon für so stark und die Verfassung wie die Stellung des Magyarentums für so gesichert, daß der Rückhalt an Österreich entbehrlich, die Gestaltung der inneren Verhältnisse Österreichs für Ungarn gleichgültig erscheint. Man glaubt daher, die Schwächung des Einflusses der Volksvertretung, wie die Stärkung des ordnungsfeindlichen Slaventums in Österreich unbedenklich für die Erlangung wirtschaftlicher Vorteile nutzen und getrost die völlige Trennung von Österreich vorbereiten zu können.

Man ist dabei (wie erwähnt) bereits recht weit vorwärts gekommen. Schon die Geschichte der Bezeichnung des Doppelreiches (wie sie Bernatzik in der österreichischen Zeitschrift für öffentliches Recht II 616 ff. in kurzer, übersichtlicher Darstellung schrieb) zeigt, wie rasch die Dinge sich entwickelten. Noch in dem (auf ungarisches Drängen) erflossenen allerhöchsten Handschreiben vom 14. November 1868 war nur bestimmt worden, daß der Herrscher für seine „souveränen Akte und insbesonders die Staatsverträge" den Titel „Kaiser von Österreich und Apostolischer König von Ungarn" annehme und daß für die Gesamtheit seiner Länder die Titel „österreichisch-ungarische Monarchie" und „österreichisch-ungarisches Reich" abwechselnd zu gebrauchen sei.

Bald aber begnügte man sich in Ungarn mit diesem Handschreiben nicht mehr. Zunächst wandte man den neuen Titel auch bei anderen Anläßen, als den „souveränen Akten" an, dann wurden Einwendungen gegen das Wort „Reich" erhoben, obwohl es sich sogar im ungarischen Ausgleichsgesetze findet. Im Jahre 1889 richtete die ungarische Regierung an die gemeinsame eine kurze Zuschrift, in der bereits vorausgesetzt wird, daß die „tatsächlich" außer Gebrauch getretene Bezeichnung „Österreichisch-Ungarisches Reich" auch fernerhin nicht benützt werde. Vom Reiche — das auch Franz Deak noch hatte gelten lassen — durfte nun nicht mehr gesprochen werden.

Ähnlich ging es mit dem Wappen. Bis 1915 galt der Doppeladler des Hauses Österreich, unter dessen Fittiche sich Ungarn 1526 geflüchtet hatte und unter dessen Zeichen es 150 Jahre später aus Türkennot errettet worden war, als Wappen des Doppelreiches. Nun wurde ein neues Wappen geschaffen, in dem die Wappen Österreichs und Ungarns getrennt nebeneinander gestellt werden, so daß (wie die amtliche Beschreibung ausdrücklich hervorhebt) beide Wappen „in sich vollständig abgeschlossen sind". Das einzige was sie verbindet, ist das Familienwappen des kaiserlichen

und königlichen Hauses. Die Einheitlichkeit der gemeinsamen Regierung, des gemeinsamen Heeres, ja auch die (selbst von der Unabhängigkeitspartei anerkannte) wechselseitige Verteidigungspflicht kommt in dem Wappen nicht zum Ausdruck. Auch das Spruchband mit den drei der pragmatischen Sanktion entnommenen Worten Indivisibiliter ac inseperabiliter sagt weniger, als nötig wäre. Denn diese Worte bezeichnen (wie Bernatzik a. a. O. S. 619 zutreffend ausführt) nicht den Inhalt sondern nur die Dauer der Gemeinsamkeit.

Trotzdem ist man in Ungarn auch mit dem neuen Wappen nicht zufrieden. So erklärt Palyi (a. a. O. S. 12), daß es ein gemeinsames Wappen überhaupt nicht geben solle, weil Wappen stets der Ausdruck einer Souveränität seien, eine gemeinsame Souveränität aber nicht vorhanden sei. Die Habsburger seien souveräne Kaiser von Österreich und souveräne Könige von Ungarn. Sie hätten demnach zwei verschiedene Souveränitäten, die nicht ein gemeinsames Wappen haben könnten. Ungarische Zeitungen legten daher gegen die Bezeichnung „gemeinsames Wappen" auch bereits Verwahrung ein. Ein solches gibt es nach ihnen gar nicht. Es gibt vielmehr nur ein Wappen das „bei den gemeinsamen Angelegenheiten gebraucht werden soll".

Auf den ersten Blick scheinen nun alle diese Dinge recht kleinlich und kaum der Beachtung wert zu sein. Sie sind aber doch ebenso bezeichnend für die Sucht, immer neuen Streit zu entfachen, wie für die Abneigung, mit der man in Ungarn allem Gemeinsamen begegnet. Auch zeigt sich diese Abneigung keineswegs bloß in solch' äußerlichen Dingen. Sie tritt vielmehr auch in wichtigeren Fragen selbst bei den Anhängern des 1867iger Ausgleiches immer deutlicher zutage.

Bei der Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten hat sie auch schon einen vollen Sieg errungen. Das Ausgleichswerk selbst hatte hier freilich trefflich vorgearbeitet. Denn vergeblich hatte sich der weltgereiste, feingebildete Freiherr von Wüllersdorf (der damals österreichischer Handelsminister war) „im öffentlichen Interesse gegen eine vollständige Trennung der wirtschaftlichen Angelegenheiten der beiden Reichshälften" ausgesprochen, vergeblich hatte er „die Zentralisation der Handelsinteressen, d. h. die Subsummierung derselben unter der Leitung eines gemeinsamen Ministers" verlangt. Er mußte schließlich doch „die Waffen vor der Macht strecken, die Andrassy und das nationale Magyarentum errungen hatten." Die Erfolge des Augenblicks und die Erlangung einer fiktiven Popularität in Ungarn hatten schon damals (wie Wüllersdorf später

schrieb) die Gedanken an die Zukunft zurückgedrängt und einen Zustand herbeigeführt, der mit der Vernunft nicht in Einklang zu bringen ist und — wenn nicht geändert — zum endlichen Bruche zwischen den Reichshälften führen muß.

Immerhin gehört nach § 8 des ungarischen Ausgleichsgesetzes auch die „kommerzielle Vertretung des Reiches gegenüber dem Auslande“ noch „zu den Agenden des gemeinsamen Ministers des Auswärtigen.“ Allein bereits 1903 räumte man bei der Brüsseler internationalen Zuckerkonferenz Ungarn eine selbständige Stellung als Vertragsstaat ein und 1906 erhielt der Handelsvertrag Österreich-Ungarns mit der Schweiz in Ungarn schon in einer solchen Form Gesetzeskraft, daß Ungarn als das Haupt- und Österreich als ein (infolge des Wechselseitigkeitsverhältnisses miteingeschlossenes) Nebenland, erschien. Im Ausgleich des Jahres 1907 wurde dann das Werk gekrönt. Denn seither werden „die mit fremden Staaten abgeschlossenen Verträge, welche die Regelung wirtschaftlicher Beziehungen bezwecken“ außer „durch den gemeinsamen Minister des Äußern oder durch einen gemeinsamen Vertreter“ auch noch „durch je einen Vertreter der beiden Regierungen unterfertigt“. Die Monarchie kann sich daher (wie der Wiener Handelskammersekretär von Thayental in seinen im Spätherbst 1915 als Manuskript gedruckten, sehr beachtenswerten „Bemerkungen zur Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn“ hervorhebt) nun an keiner internationalen Wirtschaftsaktion mehr beteiligen, ohne die unselige Zweiteilung unseres Wirtschaftslebens aufscheinen zu lassen, dem bösen Worte von der Monarchie auf Kündigung auch im Kreise der Fremden greifbare Unterlagen zu bieten und die Wertung der Monarchie als Großmacht wesentlich einzuschränken.

In ähnlicher Weise änderte sich das (nach § 59 des ungarischen Ausgleichsgesetzes alle zehn Jahre neu zu schließende) „Zoll- und Handelsbündnis“. Das erste 1867 abgeschlossene erklärte noch, daß die Staatsgebiete beider Teile zusammen „ein Zoll- und Handelsgebiet“ bilden sollen. Auch in den Ausgleichsgesetzen der Jahre 1878 und 1887 blieb der Gedanke des gemeinsamen Wirtschaftsgebietes noch lebendig. Seither aber wird er immer mehr verdrängt, und die Trennungsbestrebungen treten in den Vordergrund. Schon bei der Beratung des Ausgleiches des Jahres 1899 stellte Graf Apponyi befriedigt fest, daß die Regierung die so lange ersehnten praktischen Vorbedingungen für das tatsächliche Übergehen auf das Gebiet der wirtschaftlichen Selbständigkeit geschaffen habe, wiegte

sich der Abgeordnete Polonyi in der Hoffnung, daß dies der letzte Gesetzentwurf sein werde, der die wirtschaftlichen Beziehungen zu Österreich auf der Grundlage des gemeinsamen Zollgebietes regelte. Jubelnd tönte es aus Ungarn herüber: „Aus der Monarchie auf Kündigung ist eine Monarchie von heut auf morgen geworden."

Der Ausgleich vom Jahre 1907 hat dann „die ungarischen Trennungsideen durch seinen Wortlaut besiegelt". An die Stelle des Zoll- und Handelsbündnisses trat nun ein „Vertrag betreffend die Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen". Das einheitliche Zoll- und Handelsgebiet wird in diesem Vertrage gar nicht mehr erwähnt und selbstzufrieden erklärt der Motivenbericht der ungarischen Regierung: „Es entfällt nun auch das letzte Hindernis des Überganges zum faktisch selbständigen Zollgebiete, das somit für 1918 gesichert ist. Es hängt nur vom Reichstage ab, daß er dieses Recht nach gehöriger Vorbereitung und Erwägung unserer industriellen und landwirtschaftlichen Interessen auch faktisch betätigt."

Auf den meisten Gebieten der Volkswirtschaft war die Gemeinsamkeit ohnehin schon längst vernichtet worden. Die ganze staatliche Industriepolitik mit ihren künstlichen Förderungsmitteln: den Lieferungsbestimmungen und den Frachtbegünstigungen, den Unterstützungen und Steuerbefreiungen widerstritt dem Gedanken des einheitlichen Wirtschaftsgebietes. Denn sie strebte, hauptsächlich jene Industriezweige in Ungarn zu fördern, die in Österreich blühten und für deren Gedeihen in Ungarn alle Voraussetzungen fehlten.

Und wie im Großen, so im Kleinen. Auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes, des Gebührenwesens, ja selbst der Posttarife wurden neue, von den österreichischen Bestimmungen abweichende Verfügungen getroffen. Neben der österreichischen wurde eine besondere ungarische Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft gegründet, die Südbahn (die beide Staaten durchzieht) sollte für Ungarn einen besonderen Generaldirektor ernennen, die österreichisch-ungarische Bank mußte auch in Pest eine Hauptanstalt errichten. Selbst Anzeichen eines Zollkrieges machten sich bereits bemerkbar. 1902 schrieben plötzlich die ungarischen Steuerbehörden den Inhabern österreichischer Warenlager (die bisher steuerfrei gewesen waren) die Steuern vor, die sie auf Grundlage der Angaben über die in Ungarn in den letzten drei Jahren gemachten Umsätze berechneten. Auch der Vertrag über die Vollstreckungsrechtshilfe, der jüngst geschlossen wurde, und

der neue ungarische Gesetzentwurf über den unlauteren Wettbewerb können ihren Kampfcharakter nicht verleugnen.

Verständige hatten schon beim Abschlusse des Ausgleiches vorausgesehen, was kommen würde. „Der Bruch zwischen beiden Reichshälften war schon von allem Anfange an in Ungarn in Rechnung gezogen worden," schrieb Freiherr von Wüllerstorf später an einen Freund. Es war ja auch einleuchtend: Wollte Ungarn in der Monarchie die Vorherrschaft erringen und wollte es dann das errungene politische Übergewicht auch für wirtschaftliche Zwecke nutzen, so mußten sich naturgemäß die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den beiden Staaten verschärfen, mußte es schließlich zu wirtschaftlichen Absperrungsmaßregeln kommen. Es war ganz fruchtlos, wenn man in Österreich demgegenüber auf die Gefahren hinwies, die eine wirtschaftliche Trennung für beide Staaten bedeuten würde. In Ungarn kannte man nur ein Streben: Das Land wirtschaftlich so weit zu kräftigen, daß es die wirtschaftliche Gemeinsamkeit ungefährdet lösen könne.

Auch der Einheitlichkeit der Armee hoffte man bald ein Ende zu bereiten, wiewohl sie (noch bis zum Abschlusse des Ausgleiches) niemals in Frage gestanden war. Schon 1569 und 1655 war vielmehr der (allen Ländern des Hauses Habsburg gemeinsame) Hofkriegsrat auch in Ungarn als Kriegsbehörde des Landes anerkannt worden und 1715 hatte man auch die — kraft vereinigten Herrscherrechtes — geschaffene kaiserlich-königliche Armee gesetzlich anerkannt. 1723 verlangten die ungarischen Stände sogar, daß ungarische „Gemeine wie Offiziere" ungemischt auch in die deutschen Regimenter aufgenommen würden, damit sie gewissermaßen zu einem einzigen Volke zusammenwüchsen. Selbst Deak mußte später zugeben, daß es unter der Herrschaft der Habsburger (außer während der Revolution des Jahres 1848) in Ungarn nie ein selbständiges ungarisches Heer gegeben habe, sondern stets nur ein kaiserlich-königliches Heer, das auch die ungarischen Regimenter in sich schloß. Ebensowenig konnte er bestreiten, daß der Herrscher stets unbeschränkt über sein Heer verfügt hatte.

Auch 1867 sollte hieran nichts geändert werden. Die eingehenden Verhandlungen, die damals über die kriegsherrlichen Rechte des Kaisers gepflogen wurden, stellen dies außer Zweifel. Kaiser Franz Josef wollte in dieser Hinsicht sogar besonders sicher gehen. Es wurde daher — da der Entwurf von dem ungarischen Heere als einem ergänzenden Teile des gemeinsamen Heeres sprach

und die Bezeichnung „ungarisches Kriegsheer" leicht zu Mißverständnissen Anlaß geben konnte — in Wien vorgeschlagen, ein anderes, der Einheit der Armee besser entsprechendes Wort zu wählen. Die ungarischen Unterhändler (Andrassy und Lonyay) fuhren daraufhin nach Pest zu Deak und brachten von diesem die Erklärung mit, der beanständete Ausdruck solle nur das Wort „exercitus" der alten Gesetze ersetzen und es sei neben der grundsetzlichen Entscheidung über die Einheit des Heeres (die der Entwurf enthielt) auf einzelne Ausdrücke überhaupt kein Gewicht zu legen. Andrassy beruhigte denn auch den Herrscher mit der Erklärung, daß durch die betreffenden Bestimmungen „nicht nur die einheitliche Leitung und Führung, sondern auch die innere Organisation des gesamten Heeres als der gemeinsamen Verfügung angehörend auf die unzweideutigste Art als den Rechten Seiner Majestät zustehend anerkannt werden solle."

Gleichwohl glaubten in Ungarn Politiker der Linken wie Abgeordnete der Regierungspartei die erwähnte Bestimmung dahin auslegen zu können, daß Ungarn ein Recht auf ein selbständiges Heer habe. Sie erhoben sogleich die Forderung, daß eine ungarische (von der österreichischen vollkommen unabhängige) Armee gebildet werde, daß sie ihre eigenen nationalen Fahnen und die magyarische Dienstsprache haben solle. Selbst Andrassy glaubte diese Forderungen in Ungarn nicht schroff abweisen zu dürfen und es begann das (seither oft wiederholte) Spiel, daß man die Linke ermutigte, möglichst große Forderungen zu stellen, um unter Hinweis auf Verwicklungen, die im Falle einer Ablehnung entstehen würden, immer neue Zugeständnisse zu erpressen. Mit Recht erklärte daher eine Kommission von Generälen (die damals einberufen wurde), ein Kabinett der Rechten, das zu dem gefährlichen Experimente der Befriedigung der Linken seine Zuflucht nehmen müsse, um sich zu halten, verdiene nicht, gestützt zu werden. Trotzdem konnte Andrassy auf diesem Wege schließlich wenigstens die Errichtung einer national-magyarischen Landwehr durchsetzen und damit einen Erfolg erringen, der noch anfangs des Jahres 1868 für reine Unmöglichkeit gegolten hätte.

Er ermunterte jedenfalls zu weiteren Forderungen nach Teilung des Heeres und stützte das Streben, der Krone die unumschränkte Macht über das Heer zu entwinden. Hatte Andrassy 1867 (bei den Verhandlungen über die erste Wehrgesetzvorlage) dem Kaiser erklärt, „das dem Reichsrate vorbehaltene Rekrutenbewilligungsrecht sei nun zu einer einfachen konstitutionellen Form umgestaltet, wie es mit

der muting bill in England der Fall sei", so mußte der Herrscher bald erkennen, daß fast jede neue Rekrutenbewilligung in Ungarn schließlich stets nur durch neue Zugeständnisse in Fragen der Heeresorganisation durchgesetzt werden konnte.

Dabei wurde stets darauf Bedacht genommen, den Truppenkörpern, die sich aus Ungarn ergänzen, eine Sonderstellung zu sichern und sie völlig mit magyarisch-nationalem Geiste zu erfüllen. Zunächst wurden daher — um die ungarischen Truppen mit ungarischen Offizieren zu versehen — die bei den nichtungarischen Truppen dienenden ungarischen Offiziere größtenteils und oft sehr gegen ihren Willen zu ungarischen Truppen versetzt. Überdies errichtete man für die heranwachsende ungarische Jugend in den Offiziersbildungsanstalten viele neue Stiftungsplätze. Um ferner — auf jeden Fall — die Vorherrschaft der magyarischen Sprache bei den ungarischen Truppenkörpern zu sichern, lehrte man in den in Ungarn bestehenden Offiziersbildungsanstalten einen großen Teil der Unterrichtsgegenstände in magyarischer Sprache und stellte dabei als Grundsatz fest, „daß nach einer angemessenen Übergangszeit die Kenntnis der magyarischen Sprache für jeden ungarischen Staatsbürger eine obligatorische Grundbedingung zum Offizier" sein solle. Auch wurde verfügt, daß im Militär-Strafverfahren bei den ungarischen Regimentern die magyarische Sprache anzuwenden sei, und selbst bei der Organisierung des Generalstabes wurden die ungarischen Sprachenwünsche berücksichtigt und in der Kriegsschule besondere Plätze für ungarische Honvedoffiziere geschaffen.

Nur die deutsche Kommando- und Dienstsprache wurde einstweilen noch beibehalten. Doch stellt man bezüglich der Kenntnis der Regimentssprache (zu der bei den ungarischen Regimentern wenn irgend möglich die magyarische gemacht wird) immer höhere Anforderungen, so daß (wie Kriegsminister v. Pitreich einmal meinte) die Armee zur Verbreitung der Kenntnis der magyarischen Sprache sicherlich künftig noch mehr beitragen wird, als es (seit geraumer Zeit steigend) schon jetzt der Fall ist.

Jedenfalls konnte daher der jüngere Andrassy mit Recht feststellen, daß kein einziges Parlament Europas gegenüber seiner Armee eine größere Fülle von Rechten besitze, als das ungarische Parlament gegenüber dem gemeinsamen Heere. Doch stieß die Ausübung dieser Rechte stets an eine unübersteigbare Schranke: den unbeugsamen Willen des Kaisers Franz Josef, die Einheit und Schlagfertigkeit des Heeres unversehrt zu erhalten. Immer wieder hat er ihn kund-

getan und gegen jeden Ansturm, auch den stärksten, jederzeit durchgesetzt. Die Regelung der inneren Angelegenheiten Ungarns hatte er — seit 1867 — bereitwillig dem führenden magyarischen Adel und dessen Anhang überlassen. Auch die Forderungen Ungarns gegen Österreich fanden bei ihm fast stets bereitwilligste Unterstützung. An seinen kriegsherrlichen Rechten aber hat er nie rühren lassen. Gleich nachdem der Ausgleich beschlossen war, hatte er erklärt, er sei Ungarn gegenüber in seinen Zugeständnissen so weit gegangen, als er nur gehen konnte, allein an der Einheit der Armee werde er nicht rütteln lassen. Und dabei blieb es.

Auch als das Heer eine andere Bezeichnung erhalten hatte, als aus der kaiserlich-königlichen eine kaiserlich und königliche Armee geworden war, betonte der Kaiser (im Handschreiben vom 17. Oktober 1889) ausdrücklich, daß hiedurch in keiner Weise die Einheit und Unzertrennbarkeit des gemeinsamen Heeres und der Kriegsmarine beeinträchtigt und berührt werden solle, da sie durch die Gesetze des Jahres 1867 „grundsätzlich und endgültig" festgestellt worden sei.

Als aber trotzdem das ungarische Parlament immer lauter und immer heftiger neue Zugeständnisse forderte, klang — wie ein Fanfarenruf — vom Manöverfelde zu Chlopy das kaiserliche Wort: „Gemeinsam und einheitlich, wie es ist, soll mein Heer bleiben die starke Macht zur Verteidigung der österreichisch-ungarischen Monarchie gegen jeden Feind." Und väterlich mahnend fügte der Herrscher kurz darauf (in einem an den ungarischen Ministerpräsident gerichteten Handschreiben) hinzu: „Als der ungarische Reichstag (dieses) Mein Recht anerkannte, wollte er nicht nur für die Großmachtstellung der Monarchie, sondern auch für die Kraft und Sicherheit seines eigenen Vaterlandes und seiner Nation Vorsorge treffen. Gerade deshalb konnte Ich Verfügungen nicht zustimmen, die in ihrer letzten Konsequenz zur Schwächung der beiden Staaten der Monarchie führen und das von Meinen Vorfahren ruhmreichen Angedenkens übernommene Erbe der Gefahr des Niederganges aussetzen könnten. Und aus demselben Grunde könnte Ich der Erfüllung jener Forderungen nicht zustimmen, die eine derartige Umgestaltung erprobter Institutionen bezwecken, daß sie in ihrer letzten Konsequenz die Integrität der Länder meiner heiligen Krone gefährden."

Einsichtige haben die Berechtigung solcher Gedankengänge auch in Ungarn längst erkannt. Deak hatte sich schon 1867 nicht nur für die Einheitlichkeit des Heeres, sondern sogar für die Beibehaltung der deutschen Dienstsprache ausgesprochen, weil sonst auch die übrigen

Volksstämme des Reiches ihre Ansprüche geltend machen würden und so ein „Wirrwarr" entstünde, unter dem schließlich der Dienst leiden müßte. Auch der ältere Andrassy hielt die Erfüllung des Wunsches nach einer Zweiteilung des Heeres für das größte Unglück nicht bloß für die Monarchie, sondern auch für Ungarn. So blieb damals dem Heere die geschichtlich überlieferte Einheit erhalten, so blieb das Heer allein „das corpus mysticum, aus dem die Kraft, Macht und Einheit der Monarchie fließt und mit dessen Zerstörung auch die Monarchie in nichts zusammenfällt."

Es ist auch unwahrscheinlich, daß jene, die in Ungarn den Kampf gegen die Gemeinsamkeit des Heeres stets aufs neue entfachten, dies nicht erkannt haben sollen. Es scheint daher fast, als wäre eben die völlige Lösung des Bandes, das Ungarn noch mit Österreich verknüpft, das wahre Ziel ihres Tuns. Denn selbst die Gewähr für den Zusammenhalt, die in der Gemeinsamkeit des Herrschers liegt, streben sie zu vernichten.

Die Tatsache dieser Gemeinsamkeit freilich läßt sich — auf rechtlichem Wege — nicht beseitigen, so lange nicht der (wie erwähnt höchst unwahrscheinliche) Fall eintritt, daß die drei in der ungarischen pragmatischen Sanktion genannten Linien des Hauses Österreich im Mannes- und Frauenstamme aussterben. Denn bis dahin muß (wie es im ungarischen G. A. I vom Jahre 1723 heißt) stets „jener weibliche und männliche Erbe, der — in Gemäßheit der im durchlauchtigsten Hause Österreich anerkannten Ordnung der Erstgeburt — Erbe der übrigen Königreiche und Länder des durchlauchtigsten Hauses Österreich wird, infolge eben desselben erblichen Rechtes der Nachfolge für diesen und alle künftigen Fälle als unzweifelhafter König von Ungarn anerkannt und gekrönt werden."

Auch ist die Macht dieses gemeinsamen Herrschers in Ungarn (selbst nach Abschluß des Ausgleiches) in der Wirklichkeit keineswegs so gering, als man dort manchmal glauben machen möchte. Denn schon der Umstand, daß die „Führer der Nation" ihre Vorherrschaft dem Andrängen der Nichtmagyaren und der Demokratie gegenüber nur mit Hilfe der Krone aufrecht erhalten können, sichert dieser, wenn sie gut beraten ist, in der Wirklichkeit stets einen entscheidenden Einfluß. Doch selbst die rechtliche Stellung des Königs von Ungarn ist stark genug. Bernatzik hat dies (a. a. O. S. 158 ff) jüngst wieder überzeugend dargelegt. Nach seinen (auf Turbas grundlegenden Forschungen beruhenden) Ausführungen kann der König sogar — wenn das Parlament seine eigene Tätigkeit durch Obstruktion

lahmlegt — ohne gegen die Verfassung zu verstoßen, allein, aus eigener Machtvollkommenheit das vorkehren, was ihm im öffentlichen Interesse erforderlich erscheint. Doch wurde diese Möglichkeit — obgleich sie sich sehr häufig geboten hätte — in den letzten Jahrzehnten niemals ausgenützt. Denn unter allen Ratgebern des Herrschers fand sich — bezeichnender Weise — nicht einer, der ihn an dieses Recht erinnert hätte.

Es gelang vielmehr den „Führern der Nation" mit ihrer (aus der Ständezeit herübergenommenen) „Gravaminalpolitik" auch der Krone gegenüber manchen kleinen Erfolg zu erringen. Sie konnten die Genugtuung erleben, daß die schwarzgelbe Fahne nicht mehr von der Ofner Königsburg weht und das Denkmal des tapferen, pflichttreuen Generals Hentzi (der 1848 bei der Verteidigung Ofens gegen die Aufständigen gefallen war) von dem Platze, wo er fiel, in einen Kasernenhof überstellt wurde. Sie mochten vielleicht auch in Siegergefühlen schwelgen, als der Sohn desselben Ludwig Kossuth, über dessen Antrag 1849 das Haus Habsburg für ewige Zeiten des ungarischen Thrones verlustig erklärt worden war, 1905 königlicher Handelsminister wurde und als die Gebeine des „Rebellen" Rakoczy unter Beteiligung der Regierung wieder nach Ungarn gebracht wurden.

Man nennt dergleichen Zugeständnisse der Krone an Ungarn gerne „die Aussöhnung mit der Vergangenheit". In Wirklichkeit bedeuten sie eine nachträgliche Rechtfertigung des Aufruhrs und ermutigen daher zu immer neuen Forderungen. Tatsächlich glaubte der grundbesitzende Adel und sein Anhang schließlich bereits Verfügungen erzwingen zu können, die verfassungsmäßig unzweifelhaft in den Rechtskreis der Krone fallen. Denn nur so läßt sich der Kampf erklären, der so lange um die Einführung der magyarischen Kommandosprache bei den ungarischen Regimentern des gemeinsamen Heeres tobte. Er endete (wie man weiß) mit einem vollen Siege der Krone. Mit gutem Rechte konnte daher der damalige ungarische Ministerpräsident Baron Fejervary, der die Sache seines kaiserlichen Herrn so ruhmreich durchfochten hatte, später (in einem Schreiben an mich) versichern: „Es wird mir immer zu großer Genugtuung gereichen, daß ich schließlich diese verlogene, anarchistisch angehauchte übermütige Oligarchenexpositur, die sich Koalition nannte, doch dazu brachte, sich bedingungslos zu ergeben, die Regierung unter für die Krone akzeptablen Bedingungen zu übernehmen, um durch vier Jahre aller Welt ihre ausgesprochene Regierungsimpotenz zu manifestieren."

Indessen machte sich selbst in den Stürmen des Weltkrieges der Wunsch, jede Gemeinsamkeit mit Österreich zu lösen (trotz der langen Schützengrabengemeinschaft) immer kräftiger geltend.

Ja bald setzte geradezu ein Trommelfeuer auf alles Gemeinsame ein. Der gemeinsamen Leitung der auswärtigen Angelegenheiten warf man vor, daß sie — gerade während des Krieges — zu sehr unter dem Einflusse des Hofes stehe und daher die besonderen Interessen Ungarns nicht gehörig wahre. Sogar der gemäßigte Graf Andrassy glaubte — deutlich genug — seinem Bedauern darüber Ausdruck verleihen zu müssen, daß man Italien nicht rechtzeitig genügend große Gebietsangebote auf Kosten Österreichs gemacht und Rumänien nicht im richtigen Augenblick durch Teile der Bukowina befriedigt habe. Selbst der Ruf nach einem eigenen (ungarischen) Minister des Äußern wurde aus solchen Gründen vernehmbar.

Weit heftigere Angriffe richtet man indessen (mitten im Schlachtenlärm) gegen die Führung des gemeinsamen Heeres. Man beklagt sich, daß die ungarische Nation militärisch nicht zur Geltung komme, daß die Ungarn zur Ergänzung tschechischer Regimenter verwendet und daß sie auf die gefährlichsten Plätze gestellt würden, so daß sie die größten blutigen Verluste hätten. Man tadelt die Heeresleitung, weil sie — um durch einen Einbruch in italienisches Gebiet Triest zu sichern — die Grenzen Siebenbürgens zu spät besetzt und so das Land dem rumänischen Überfall wehrlos ausgeliefert habe. „Ich sehe daraus — erklärte aus diesem Anlasse ein Redner im Magnatenhause — daß wir hier einer sträflichen Leichtfertigkeit gegenüberstehen, die nicht hart genug verurteilt werden kann. Unsere Armeeleitung hat während der Dauer des vorjährigen Weltbrandes eine große Reihe verhängnisvoller Fehlgriffe getan und ich glaube, daß das gegenwärtige Ereignis sich würdig den bisherigen Fehlern anreiht."

Abhilfe erwartet man nur, wenn die Heldentaten der ungarischen Soldaten in noch helleres Licht gerückt werden, wie bisher, und ungarische Heerführer die ungarischen Truppen befehligen. Als in diesem Sinne auch Graf Tisza der Hoffnung Ausdruck lieh, daß die berechtigte militärische Ambition der ungarischen Nation, daß ihr berechtigtes Bestreben auf dem rechten Wege der praktischen Geltung vorwärts schreite, belehrten ihn (kaum unerwartete) Zurufe sogleich über die Richtung, in die allein dieser Weg jetzt führen könne. „Die ungarische Armee" forderte man in stürmischen Rufen und feierlich

verkündete Graf Apponyi, es entspreche „der Überzeugung des ganzen Volkes", daß die gemeinsame Heeresorganisation nicht unbedingt die Einheit der Wehrmacht erfordere, es sei vielmehr „die Tatsache über jeden Zweifel erhaben, daß das ungarische Staatsrecht die selbständige Individualität der ungarischen Armee expressis verbis aufrecht erhalten habe". Schon 1868 hatte man ja gehofft, daß der Herrscher die Bedenken gegen eine national-magyarische Armee fallen lassen würde, wenn sich die Honved in einem glücklich geführten Kriege ausgezeichnet haben würden. Nun tönt das Lob der Honved aus aller Munde und alte Hoffnungen werden wieder wach.

Weit zurückhaltender klingen dagegen jetzt die Stimmen, die der Errichtung eines völlig selbständigen Zoll- und Wirtschaftsgebietes nach dem Kriege das Wort reden sollen. Wohl legen die Unabhängigkeitspolitiker feierlich Verwahrung dagegen ein, daß man den „gewissermaßen wehrlosen Zustand der Nation dazu benütze, um eine langfristige Entscheidung über Ungarns wirtschaftliche Zukunft zu erpressen", wohl bekennen sie sich auch jetzt unentwegt zum Gedanken des ungarischen Zollgebietes und sprechen die Hoffnung aus, daß dieses die erste Frucht sein möge, die der Krieg zeitigen werde.

Allein die wirtschaftliche Trennung widerspricht zu sehr den Interessen der herrschenden Kreise und hätte — besonders nach den Umwälzungen des Krieges — viel zu verheerende Wirkungen für das Land, als daß man ernstlich darnach streben könnte, sie zu verwirklichen. Besonnene (wie etwa Hegedüs a. a. O. S. 34) lassen daher die Geltendmachung des Anrechtes auf das selbständige Zollgebiet auch nur als „eine starke Waffe in den Verhandlungen mit Österreich" gelten und verlassen sich im übrigen (wohl mit Recht) darauf, daß der ungarische Standpunkt bei diesen Verhandlungen „von steifnackigen und kompetenten Staatsmännern" vertreten werden und Ungarns „erhöhtes politisches Gewicht in vorteilhaften wirtschaftspolitischen Vereinbarungen zum Ausdrucke gelangen wird."

Selbst die Pester Handelskammer hat (trotz ihrer Überzeugung, daß „eine im rascheren Rhythmus sich vollziehende Entwicklung der vaterländischen Industrie in erster Linie vom selbständigen Zollgebiet zu erwarten wäre"), die Auflösung des gemeinsamen Zollgebietes in den Jahren nach dem Kriege weder für wünschenswert noch für zeitgemäß erklärt. Ja sie würde sich „im äußersten Falle" selbst dem Versuch einer über die zehnjährige Vertragspflicht hinausgehenden Verlängerung der Ausgleichsdauer nicht widersetzen, wenn

die lange Reihe ihrer (hier nicht näher zu erörternden) Ausgleichsforderungen auf anderem Wege nicht zu erhoffen wäre. Denn gerade während des Krieges hatte sich ja gezeigt, wie vortrefflich die Interessen Ungarns durch die Gemeinsamkeit des Zollgebietes der beiden Staaten gewahrt werden und wie leicht sich die Wirkungen der Gemeinsamkeit beseitigen lassen, wenn sie Ungarn unbequem zu werden drohen.

In Friedenszeiten schickt — beispielsweise — Ungarn (selbst bei nur mittlerer Ernte) 15 bis 18 Millionen Meterzentner Brotgetreide (einschließlich der auf Getreide umgerechneten Mehlausfuhr) nach Österreich. In der Zeit vom 1. Juli 1913 bis zum 30. Juni 1914 betrug der Einfuhrüberschuß Österreichs (nach Joachim: Österreichs Volksernährung im Kriege, Wien 1915, Seite 46) rund 13½ Millionen Meterzentner an Getreide und 7½ Millionen Meterzentner an Mehl. Im ganzen führt Österreich jährlich durchschnittlich etwa 30 Millionen Meterzentner im Werte von rund einer Milliarde Kronen aus Ungarn ein und glaubte sich daher „blind darauf verlassen zu können", daß Ungarn auch jetzt im Notstande nicht versagen werde.

Nach Kriegsausbruch entwickelten sich die Dinge aber ganz anders, als Vertrauensselige vermutet hatten. Die Lage Österreichs verschlimmerte sich sehr schnell. Galizien und die Bukowina, die im Durchschnitte der letzten zehn Jahre weit mehr als ein Drittel der Weizen- und weit mehr als ein Viertel der Roggenernte Österreichs geliefert hatten, konnten nicht nur kein Getreide in die Westländer Österreichs senden, sondern nahmen vielfach noch deren Ernteergebnisse in Anspruch. Dazu forderte das Heer — unter dem Einflusse Ungarns — von den österreichischen Erbländern verhältnismäßig weit mehr Getreide als von Ungarn.

Trotzdem ließ Ungarn (gestützt auf sein Recht, in gemeinsamen Angelegenheiten mitzuentscheiden) keine Maßnahme zu, die eine Erleichterung hätte schaffen können. Selbst seine Zustimmung zur Aufhebung der Getreidezölle war erst 2 Monate nach Kriegsbeginn zu erlangen, als Rumänien und Italien bereits längst ein Ausfuhrverbot erlassen hatten. Ebenso wirkten ungarische Einflüsse der rechtzeitigen Einführung von Höchstpreisen entgegen und auch die Absicht der Heeresverwaltung, durch niedrige Requisitionspreise auf die Marktpreise zu drücken, ließ sich nicht verwirklichen, weil man vor allem auf den ungarischen Großgrundbesitz Rücksicht nehmen mußte. „Wir haben gesehen — versichert Renner: („Volksernährung

im Kriege", Brünn 1914 S. 55) — daß die österreichische Regierung guten Willens war, aber ihre Bestrebungen meist am Einspruche Ungarns gescheitert sind".

Als dann endlich doch Höchstpreise bestimmt wurden, setzte man sie in Ungarn höher an, als in Österreich, so daß sie in Ungarn als Ausfuhrhindernis wirken mußten. Nach Fischel („Das Getreidemonopol in Österreich", Prag 1915 S. 10 ff.) betrugen die Weizenhöchstpreise für 100 kg im Jahre 1915 in Kronen

in der Zeit	in den meisten Gespanschaften Ungarns	in der Zeit	in Österreich
vom 10./7. bis 21./7.	40·5	bis 31./7.	38
vom 22./7. bis 31./7.	39·5	vom 1./8. bis 15./8.	37
vom 1./8. bis 10./8.	38·5	vom 16./8. bis 31./8.	36
vom 11./8. bis 21./8.	37·5	vom 1./9. bis 15./9.	35
vom 21./8! ab	36·5	vom 15./9. ab	34

Gingen aber in Österreich die Vorräte zur Neige, so hob Ungarn die Höchstpreise gerne völlig auf. Man mußte dann in Österreich jeden geforderten Preis bezahlen. So kostete ein Meterzentner ungarischer Mais, der im Juli 1913 in Pest für 16·2 Kronen erhältlich war, im Juli 1915 in Graz 72 Kronen.

Indessen zog es Ungarn (wenn irgend möglich) vor, überhaupt kein Getreide, sondern Mehl zu liefern, da hiebei noch mehr verdient wurde. Denn für ungarisches Backmehl mußte man 1915 durchschnittlich 78 Kronen (für 100 kg) zahlen, während das aus österreichischem Getreide erzeugte Mehl nur 68 Kronen kostete. Der Preisunterschied betrug daher (abgesehen von der Fracht, die außerdem für ungarisches Mehl zu entrichten war) 10 Kronen für 100 kg. Bald konnten die ungarischen Zeitungen zufrieden feststellen, daß man ein „Gewohnheitsrecht" erworben habe, im Interesse der ungarischen Mühlenindustrie nur Mehl anstatt Getreide an Österreich zu liefern.

Tatsächlich kam — obwohl in Österreich die Klagen über die schlechte Beschaffenheit des Mehles immer zahlreicher wurden — seit etwa März 1915 so gut wie kein ungarisches Edelgetreide mehr nach Österreich und auch Mais längst nicht in solchen Mengen, als zugesagt worden war. Die Höhe der Einfuhrziffer wird zwar als strengstes Amtsgeheimnis gehütet. Immerhin konnte — beispielsweise — der Abgeordnete Friedmann (in einem unveröffentlichten, mir aber freundlichst zur Verfügung gestellten Berichte) Ende November 1915 mitteilen, daß Ungarn — das 1911 bei einer Ernte von

nur 35 Millionen Meterzentner mehr als 5 Millionen Meterzentner Mais ausgeführt hatte — 1915, als die Ernte 49·1 Millionen Meterzentner betrug, statt der ursprünglich veranschlagten 12 Mil. nur 2·4 Millionen Meterzentner (der vorigen Ernte) abzugeben versprach und selbst von dieser Menge 800.000 qu nicht lieferte. Ja als die österreichische Futtermittelzentrale in freihändigem Einkaufe in Ungarn 200.000 Meterzentner abgeschlossen hatte, wurde diese Menge von der ungarischen Regierung mit Beschlag belegt.

Ein solches Vorgehen widerspricht naturgemäß völlig der Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebietes der beiden Staaten. Doch war diese längst aufgehoben, seit die ungarische Regierung verfügt hatte, daß eine lange Reihe von Waren nur auf Grund von Transportscheinen (die von der ungarischen Regierung ausgefertigt werden) nach Österreich versendet werden dürfen. Schließlich kam es sogar zu einem Verbote der Versendung von Lebensmitteln in 5 Kilo Postpaketen und selbst das Handgepäck der Reisenden wird jetzt genau untersucht, um jeden Schmuggel von Lebensmitteln über die Grenze zu verhindern.

All diese Maßnahmen wurden getroffen, obwohl es in Ungarn während des Krieges niemals einen ernstlichen Mangel an Lebensmitteln gab. Es versteht sich dies bei der „Kornkammer Mitteleuropas" auch von selbst und dürfte es daher genügen, darauf hinzuweisen, daß die Weizenernte Ungarns 1915 rund 43·6 Millionen Meterzentner ergab, 1913 aber bei einer Ernte von nur 41·2 Millionen Meterzentner rund 5 Millionen Meterzentner ausgeführt werden konnten. Überdies verstand es jedoch Ungarn stets sich größere Mengen von Lebensmitteln aus Rumänien zu sichern und ein guter Teil der Waren, die Österreich aus Ungarn erhielt, stammte in Wirklichkeit aus Rumänien. In einzelnen Orten des Landes (namentlich in Pest) waren zwar trotzdem die Vorräte gelegentlich weit weniger reichlich, als in Friedenszeiten. Doch mußte man sich selbst dort nie auch nur annähernd so große Beschränkungen auferlegen, wie in den österreichischen Städten. So war — beispielsweise — der 25. September 1916 der erste fettlose Tag in Pest und tags darauf konnte der „Pester Lloyd" höchst befriedigt berichten: „In allen von uns besuchten Lokalen harrte eine überaus reichhaltige Speisekarte der Gäste. Der Verlauf des ersten fettlosen Tages spricht dafür, daß diese Neuerung dem Publikum keine besonderen Opfer auferlegt".

Selbst diese „Einschränkungen" waren aber nicht etwa not-

wendig, weil Mangel im Lande herrschte, sondern weil die ungarische Regierung allzu einseitig die Interessen der Grundbesitzer wahrte und sich zu einschneidenden Maßnahmen, zur Befolgung einer der österreichischen oder reichsdeutschen ähnlichen Verbrauchs- und Preisregelung nicht entschließen konnte. Wäre ein ernstlicher Wille vorhanden gewesen, so wäre es ein leichtes gewesen, Lebensmittel für die Städte zu beschaffen. Denn sie waren in großen Mengen auf den Besitzungen einiger weniger Großgrundbesitzer aufgespeichert oder standen in der Verfügungsgewalt der Großbanken. „Man wußte z. B. ganz gut — meinte Renner (a. a. O. S. 25) — daß Graf Czekonits, der in Südungarn und Kroatien begütert ist, hunderttausende Meterzentner Feldfrüchte liegen hat, daß er sie absichtlich liegen läßt und fürs Frühjahr aufspart, ebenso Graf Károlyi und alle die anderen. Allein solchen Herren gegenüber erwies sich auch die „starke" Regierung des Grafen Tisza stets als machtlos und so mußten ihre Maßnahmen in der Lebensmittelfrage völlig versagen. Sie waren — wie sogar im ungarischen Abgeordnetenhause festgestellt wurde — unfähig, die Erzeugung zu steigern, den Verbrauch zu regeln und den Mißbräuchen zu steuern.

Nach Österreich aber kamen Lebensmittel aus Ungarn schließlich überhaupt nur in verschwindend kleinen Mengen und so wuchs die Empörung hier immer mehr. Man wollte nicht einsehen, warum man sich Einschränkungen auferlegen sollte, während sich in Ungarn jeder Haushalt Vorräte für ein Jahr aufspeichern durfte; warum in Österreich die Brauereien ihre Erzeugung wesentlich vermindern mußten, während sie in Ungarn ihren Betrieb in vollem Umfange aufrecht erhalten konnten; warum man in Graz nur 175 g Brot täglich erhielt, während Wohlhabende selbst in Pest Weißbrot und Schlagsahne bekamen. Eine freie Meinungsäußerung war in Österreich infolge der Ausschaltung aller verfassungsmäßigen Einrichtungen wie infolge der (auch von der ungarischen Regierung stetig beeinflußten) Preßpolizei freilich nahezu unmöglich gemacht. Allein durch Gemeindevertretungen, Verbrauchervereinigungen und Abordnungen wurden die Staatsbehörden unablässig daran gemahnt, daß — wie der Wiener Bürgermeister meinte — eine Formel gefunden werden müsse, die dem Funktionieren eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes Rechnung trägt. In Ungarn sollten (nicht nur auf dem Papier, sondern in der Tat) die gleichen oder wenigstens ähnliche Verbrauchsmaßnahmen getroffen werden wie in Österreich und so die Ausfuhr von Brotfrüchten und Mehlerzeugnissen nach Österreich wenigstens

in jenem Maße sichergestellt werden, das dem fünfjährigen Durchschnitte der bisher aus Ungarn eingeführten Menge entspricht. Ein unabhängiges Reichsernährungsamt sollte — nötigenfalls mit einem General als Leiter — für die beiden Staaten der Monarchie errichtet und damit ein eigentlicher wirtschaftlicher Haushalt mit einheitlicher und gleichartiger Verteilungsorganisation geschaffen werden. Österreich, das seit 1907 infolge der Getreidezölle für das von Ungarn bezogene Getreide nahezu 1 Milliarde mehr gezahlt hatte als der Weltmarktpreis betrug, glaubte berechtigt zu sein, zu verlangen, „daß ebenso wie der Krieg eine gemeinsame Sache beider Staaten ist, auch die Approvisionierung — die wirtschaftliche Rüstung im Innern — gemeinsam und gleichmäßig erfolgen müsse".

In Ungarn aber war man anderer Meinung. Wohl versicherte der frühere ungarische Staatssekretär Exzellenz Szterényi (in einer österreichischen Zeitung), daß sich Ungarn dieselben Beschränkungen werde auferlegen müssen, wie Österreich, wohl erklärte auch der Direktor des Bundes ungarischer Fabriks-Industrieller Dr. Gratz (bei der Generalversammlung des Bundes Österreichischer Industrieller in Wien) die Approvisionierung sei eine gemeinsame Angelegenheit der Industrien beider Staaten des Reiches. Allein Ungarns Ministerpräsident Graf Tisza schloß sich dieser Ansicht durchaus nicht an. Er beteuerte nur, daß durch die Frage der Volksernährung die Stimmung zwischen den beiden Staaten verdorben werde, begnügte sich aber damit, dieser Tatsache dadurch entgegenzuwirken, daß er die öffentliche Erörterung dieser Fragen in Österreich nach Möglichkeit zu unterdrücken suchte. So blieb Ungarn Österreich gegenüber in diesen Dingen auch weiterhin auf dem Standpunkte „fast feindseliger Neutralität" und so konnte der ungarische Ackerbauminister mit gutem Grunde erklären, es werde die Zeit kommen, da jeder sehen werde, daß in keinem der kriegführenden Staaten die Interessen der Landwirtschaft während des Krieges so gewahrt wurden, wie gerade in Ungarn.

Völlig klar war auf diese Weise in ernsten Stunden geworden, was Ungarns leitende Staatsmänner erstreben. Die staatsrechtlichen Bande zwischen den beiden Staaten sollen völlig gelockert, die letzten Reste der Gemeinsamkeit, die der 1867-er Ausgleich noch bestehen ließ, gänzlich vernichtet werden. Jahrhunderte alte Wünsche hofft man der Erfüllung nahe. Denn immer war — wie Ratzenhofer schon 1877 erkannte — der Magyar außer sich, wenn er an das staatliche Wachsen des gemeinsamen Vaterlandes dachte, immer

behielt — wie nun Wieser (Österreich und der Krieg, Wien 1915 S. 13) neuerlich bestätigen muß — die 1848-er Partei ihre Macht über die Seele des Ungartums. Der erste aber, der in Ungarn von maßgebender Stelle das Wort „fremd“ auf österreichische Einrichtungen anwandte, war — wie im Spätherbste 1903 der damalige Ministerpräsident v. Koerber im österreichischen Abgeordnetenhause zum ewigen Gedächtnis feststellte — der Führer der magyarischen Junker Graf Stephan Tisza.

Überblickt man so die Wege, auf denen die Führer in Ungarn die Nation wandeln ließen, so erkennt man bald, daß alle einem Ziele zustreben: Der Erhaltung und Festigung der Vorherrschaft des grundbesitzenden Adels und seines Anhangs im Lande. Um dieses Ziel zu erreichen, hemmten sie vor allem die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Ungarns, da sie nur so hoffen durften, das Aufsteigen neuer, der alten Herrschaft gefährlicher, sozialer Schichten zu verhindern. Und um ganz sicher zu gehen, säten sie Unfrieden unter den Völkern, indem sie die völkischen Leidenschaften entfesselten, lenkten sie die Aufmerksamkeit der Völker von den argen sozialen Mißständen ab, die ringsum herrschen, indem sie das ganze öffentliche Leben mit unfruchtbaren staatsrechtlichen Zänkereien erfüllten.

Die Erfolge blieben nicht aus. Unumschränkt gebieten die alten Mächte im Lande und wessen Blick nur auf der Oberfläche haftet, kann sogar glauben, daß auch das Land sich seiner Führer freuen darf. Frohlockend meinte Graf Apponyi den Gästen der ungarischen waffenbrüderlichen Vereinigung das Heil künden zu dürfen, das Ungarn durch die Geschicklichkeit seiner leitenden Staatsmänner geworden. Mit stolzen Worten stellte er fest: „Nun stehen wir durch Gottes große Gnade da, stärker, gesicherter, entwickelter denn je, noch weit entfernt von jenem Gipfel, den wir ersteigen wollen, aber immerhin als ein Volk, das 20 Millionen Seelen in einer strammen staatlichen Organisation einigt und in dem großen Kriege, in schweren Prüfungen, in großen Erschütterungen seine Gewalt politisch und militärisch in die Wagschale zu werfen vermag“.

Niemand aber wagt freimütig zu bekennen, daß das Land seine Fortschritte, die Nation ihren Bestand vor allem dem Rückhalte verdankt, den sie beide — all die Jahrhunderte hindurch — an Österreich fanden, niemand wagt zu gestehen, daß auch die Führer der Nation ihre Herrschaft im Lande nur dadurch aufrecht

erhalten konnten, daß die Krone sie seit langem getreulich fördert und stützt. Sie schätzt wohl die Magyaren als das einzige Volk im Reiche, das außerhalb der Grenzen keine Stammesbrüder locken, schätzt sie vielleicht doppelt, weil sie sich der Führung des Adels beugten, der ja auch in den Erbländern dem Throne am nächsten steht. Jedenfalls aber schätzt sie es, daß die Führer ihr — wenngleich vielfach unwillig — schließlich doch fast alles zur Verfügung stellten, dessen sie zur Durchführung ihrer auswärtigen Politik, zur Aufrechterhaltung der Großmachtstellung des Doppelreiches dringend bedurfte.

So fanden die Forderungen der aufstrebenden Demokratie Ungarns, die Klagen der nichtmagyarischen Völker, vor dem königlichen Throne niemals Gehör, so wurden auch wichtige Interessen der österreichischen Erbländer nicht selten den Sonderwünschen Ungarns geopfert. Man spricht dort begreiflicherweise nicht gerne von diesen Dingen und mag nicht daran erinnert sein, daß sich die Machtverhältnisse sehr schnell verschieben würden, wenn einmal die Krone der sozialen Entwicklung, wie den Kräften der nichtmagyarischen Völker in Ungarn freie Bahn gewähren würde. Die Wenigen nur, die des Landes Schicksal ruhig überdenken, beschleicht manche bange Ahnung. Denn wo sind all die Völker, denen das Los blendende äußere Erfolge in den Schoß warf, deren Sein aber nur auf dem schwanken Boden stets wechselnder politischer Erwägungen ruhte? Was wurde aus ihnen, was kam über sie in das Buch der Geschichte der Menschheit? Viele von ihnen haben den Boden Österreichs zerstampft, keines hat ihn gewandelt. Viele sah der Geist, der über Österreichs Landen waltet, ruhmvoll einziehen, alle sah er dahin gehen, als wären sie nie gewesen: Avaren und Tartaren, Türken und manchen slavischen Stamm. Alles überdauernd blieb stets nur, was emsiger Fleiß aus eigener Kraft geschaffen.

Unverwüstbar blieb so vor allem Rudolf von Habsburgs stolzes Werk. Die Reformation und den dreißigjährigen Krieg, die Türkenzeiten und die Erbfolgekriege, Friedrich den Großen und Napoleon hat es siegreich überstanden und nach jedem Sturm nur noch festere Wurzeln in dem heimatlichen Boden gefaßt. Was bedeuten daneben all die kleinen flüchtigen Erfolge, deren sich eines der Völker, die hier leben, heute freudig rühmen mag? In den weiten Räumen des Hauses Österreich gehen viele Kinder aus und ein: brave und ungebärdige, Schätze speichernde und verschwenderische, Werte schaffende und blendende. Mannigfache Schicksale mußten sie alle im Wandel der Zeiten erdulden. Unerschüttert aber blieb der felsenharte Glaube

an die Macht, die Größe und den Ruhm des Hauses Österreich, wie er aus den verheißungsvollen, zukunftssicheren Worten Rudolf II. spricht:

„Mein Haus wird bleiben immerdar, ich weiß,
Weil es mit eitler Menschenklugheit nicht
Dem Neuen vorgeht oder es hervorruft,
Nein, weil es einig mit dem Geist des All,
Durch Klug und scheinbar Unklug, rasch und zögernd,
Den Gang nachahmt der ewigen Natur
Und in dem Mittelpunkt der eigenen Schwerkraft
Der Rückkehr harrt der Geister, welche schweifen."

V.

Im Deutschen Reiche erweckte die innere Entwicklung Ungarns indessen fast stets lebhafte Befriedigung. Das starke Staatsgefühl, das sich hier so kräftig fühlbar macht, findet im Deutschen Reiche lebhaftes Verständnis und so fehlt es nicht an Stimmen ehrlicher Bewunderung für das jugendfrische magyarische Volk und seine tatkräftigen Führer. Selten hört man Urteile gleich dem des Soziologen Jentsch, der in seiner vielgelesenen Schrift über den Weltkrieg und die Zukunft des deutschen Volkes (Berlin 1915, S. 116) einmal meinte, die berühmte politische Begabung der ritterlichen Magyaren sei weiter nichts, als die Raubritterfrechheit, mit der ihr Betteladel, der die Landwirtschaft ruiniert, die Schwäche der zisleithanischen Deutschen ausbeutet.

Selbst Jentsch hielt indessen „angesichts der treuen und wirksamen Waffenbrüderschaft", die die Magyaren leisteten, dies harte Urteil nicht aufrecht und die überwiegende Mehrzahl der deutschen Schriftsteller preist (mit Harms: Das junge Europa, 1915 VII) die Magyaren nicht nur als ein Volk, mit dem man selbst gegen Teufel Krieg führen könnte, sondern schätzt sie (auf Grund der „gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte, die Ungarn im letzten Menschenalter gemacht hat") auch als ein „Volk der Arbeit". Deutsche Dichter (wie Hermann Sudermann) jubeln sogar: „Ein Volkstum entdeckten wir, das, wenn wir uns erst ihm forschend näherten, ganze Ströme von alter Eigenart befruchtend zu uns hinüberfluten lassen mußte — eine seelische Grundstimmung, die weit über die naturgemäßen Sympathien des Bundesgenossentums hinaus in uns Deutschen die einstigen Lehrer und jetzigen Bundesgenossen begrüßte — eine Arbeitsbereitschaft, die für unabsehbare

Zeiten gemeinsame und beide Teile bereichernde kulturelle Aufgaben schuf — und zu guterletzt eine von verhaltener Kraft überquellende Gesundheit, die das Bewußtsein der eigenen Kraft freudig in uns wachsen ließ".

In Ungarn denkt man besonnener. Der Herausgeber des „Jungen Europa" Dr. Elemér Halmay meinte beispielsweise: „Was nun die Gefühle Ungarns anderen Nationen gegenüber anbelangt, haben uns Leben und Erfahrungen gelehrt, uns weniger der „Ritterlichkeit" zu befleißigen und bezüglich unserer Gefühle uns etwas mehr der Ökonomie zu leisten. Wir müssen eben nicht nur ritterlich, sondern streng sachlich denken, demgemäß untersuchen, welcher Nation wir von einer gesunden Interessengemeinschaft getragene Gefühle entgegenzubringen haben".

Auch das Deutschtum wird daher die Dinge mit aller Nüchternheit betrachten, wird ohne Vorbehalt feststellen müssen, was es fordern soll. Es hat viel zu bieten: kulturell und wirtschaftlich. Es kann Ungarns Bodenschätze erschließen, seine Kraftquellen nutzbar machen, kurz „mit modernen Mitteln in moderner Arbeit fortsetzen, was mit dem Tode Maria Theresiens eingestellt wurde". Naumann (Bulgarien, S. 49) sieht denn auch im Geiste mit deutscher Hilfe schon verlängerte Schleppbahnen längs der Donau entstehen, sieht Zubringerkanäle, regulierte Nebenflüsse, Lagerhäuser, Holzplätze, Kohlenstapel, Getreidesilos, Mühlen, Tabaktrockenhallen, Eisenwerke, Schiffbauanlagen, Uferbahnen, Sommerbäder, Drahtseilbahnen, Elektrizitätswerke und zwischen dem allen ein großes lebendiges Arbeitsvolk von Schiffern, Hafenarbeitern, Bauarbeitern, Technikern, Kaufleuten. Pest wird ihm so zum Zukunftshafen des Ostens, zu einem vergrößerten Mannheim am stärkeren Strome, zum Umschlagplatz der nordischen Kohle mit dem südlichen Weizen und Mais.

In Ungarn hegt man noch süßere Träume. „In dem Anschluß an den Orient — meint von Navay (Das junge Europa, 1916 VII/VIII) — wird Ungarn dank seiner geographischen Lage und seiner Wahlverwandtschaft mit dem Orient nicht bloß ein Transitogebiet, sondern auch ein aktives Bindeglied sein. In manchen Fällen dürfte den Ungarn diese Rolle auch im Handel Deutschlands mit den Westmächten zufallen". Ob solchen Träumen Erfüllung wird, steht freilich dahin. Sicher ist, daß Ungarn, um solchen Zielen zuzustreben, fremder Unterstützung bedarf und dabei — wenn auch vielleicht mit innerem Widerwillen — aus sachlichen Gründen die deutsche wird bevorzugen müssen.

Das Deutschtum wird diese Hilfe leisten. Allein es hat bittere Erfahrungen erlebt und wird darum verlangen dürfen, daß seiner Arbeit diesmal auch der wohlverdiente Lohn nicht fehle. Ein festes Band läßt sich ohnehin immer nur dort knüpfen, wo der Empfangene zugleich gibt, der Gebende zugleich empfängt. Und nach diesem Kriege, der denkbar größten Leistung eines Volkes, darf — wie Ullmann (a. a. O. S. 27) mit Recht betont — der Deutsche auch nicht mehr die schimpfliche Rolle des „Kulturdüngers" spielen, er muß fordern, als „Kulturpionier" zu gelten, der sich seines Wertes bewußt ist.

Die Selbständigkeit der kleinen Völker und Staaten wird dabei (man braucht es kaum zu betonen) naturgemäß völlig unangetastet bleiben. Es bedarf hier gar nicht der Erwägung, daß alle Einschmelzungsversuche nur berechtigten Widerstand wecken und schließlich doch an der Kraft der jungen, aufsteigenden Völker scheitern würden. Das deutsche Volk hat ohnehin längst erkannt, daß ihm die nichtdeutschen Völker Mitteleuropas als gleichberechtigt gelten müssen und auch an der Notwendigkeit, die Besonderheit des ungarischen Staates anzuerkennen, hat kein Deutscher je gezweifelt. In seinen prächtigen „Gedanken zur deutschen Sendung", (Berlin 1915, S. 97) hat namentlich Alfred Weber überzeugend dargelegt, daß nur eine geistige Atmosphäre, in der sich jeder seiner Teile gesichert, in seiner Eigenart verstanden und in seinen Ansprüchen (so weit es geht) gestützt fühlt, Mitteleuropa binden und erhalten kann.

Allein Ungarn muß — im deutschen Interesse — nicht nur selbständig und unabhängig, es muß auch stark und kräftig sein. Schon vor Jahrzehnten hat dies ein deutsch-österreichischer Politiker erkannt und erklärt, daß ein starkes Ungarn nicht nur im österreichischen Interesse liege, sondern daß an der Kräftigung und Gesundung Ungarns auch alle jene Faktoren interessiert seien, die die Monarchie in ihre politischen Berechnungen aufgenommen, die mit ihr bei jenen großen Fragen, die eine nähere oder fernere Zukunft bringen wird, zu rechnen haben.

Niemand, der die Ausführungen des vorigen Abschnittes dieser Arbeit unbefangen überblickt, wird sich aber der Tatsache verschließen können, daß die bisherige innere Politik Ungarns nicht zur Erstarkung des Landes führt. Denn über allen Zweifeln steht, daß nur ein in der sozialen Entwicklung fortgeschrittenes Ungarn ein starkes Ungarn zu werden vermag. Gerade diese Tatsache aber wollen die Führer der Nation (auch nach den Erfahrungen dieses Krieges) anscheinend

immer noch nicht anerkennen. Und so ist denn an einen wirtschaftlichen, namentlich an einen industriellen Aufschwung im Lande und damit auch an eine Festigung der ungarischen Staatsfinanzen nicht zu denken. Immer müssen sich vielmehr die gleichen Wirkungen und Folgen zeigen: Solange die Großgrundbesitz-Interessen überwiegen, gibt es keine richtige Grundbesitzverteilung, somit auch keine beträchtliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung und keine Zunahme der Verbrauchsfähigkeit der Bevölkerung. Ohne einen aufnahmsfähigen Innenmarkt aber gibt es keine gesunde industrielle Entwicklung und somit kein entsprechendes Wachsen der Bevölkerung und keine Steigerung der Staatseinkünfte.

Beide aber sind für die Erhaltung der Großmachtstellung, wie für die Bündnisfähigkeit Ungarns unbedingt erforderlich. Denn die Unzulänglichkeit der Bevölkerungszunahme mindert die kriegerische, die wirtschaftliche und finanzielle Zurückgebliebenheit, die wirtschaftliche Bereitschaft des Landes. Schon 1910 war unter den in den Krieg verwickelten größeren Staaten Ungarn der am dünnsten bevölkerte. Auf ein Quadratkilometer entfielen in Großbritannien 143·4, in Italien 121, im Deutschen Reiche 120, in Österreich 95·2, in Frankreich 73·8, in Ungarn aber nur 64·3 Einwohner. Seither war (noch im Frieden) die Zahl der Lebendgeborenen (auf 1000 Seelen berechnet) weitergefallen, war die Zahl der Armeekorps, die nach Amerika auswanderten, weiter gestiegen. Im Kriege hörte die Auswanderung dann zwar naturgemäß auf, doch ging dafür die Zahl der Geburten umso stärker zurück. Während (um nur ein Beispiel anzuführen) von den Pester Krankenkassen 1911 noch 5·8 und 1913 noch 4·7 v. H. der versicherten Frauen Wochenbettunterstützungen erhielten, war dies 1915 nur noch bei 2·3 v. H. der Frauen der Fall. Ihrer Kinder harrte auch wahrlich kein glückliches Los. Denn trotz der ungeheuren Teuerung war der durchschnittliche Tageslohn der bei den Krankenkassen versicherten Männer und Frauen am 31. Dezember 1915 gegenüber dem 30. Juni 1914 nur um 26 Heller gestiegen. In Raab, Großwardein, Fünfkirchen und Fiume war er sogar gefallen.

Die Bevölkerungs-Verhältnisse werden sich somit — wenn in sozialer Hinsicht kein Wandel eintritt — auch nach dem Kriege sicherlich nicht bessern. Hegedüs glaubt (a. a. O. S. 27) sogar noch mit einer Zunahme der Auswanderung rechnen zu müssen. Denn die Goldfülle, die in den Vereinigten Staaten während der Kriegszeit entstand, werde dann sicherlich die von neuen Steuerlasten be-

drohte Bevölkerung Ungarns mit vermehrter Anziehungskraft über das große Wasser locken. Die jetzt in Ungarn gebieten, werden dies jedenfalls nicht zu verhindern wissen. Die Folgen aber werden nach den starken blutigen Verlusten, die auch Ungarn während des Krieges erlitt, gewiß besonders fühlbar sein.

Doch auch für die finanzielle „Pölzung des Staates“ ist — nach Hegedüs (a. a. O. S. 34) — „die je größere Vollkommenheit des Emporsteigens frischer Volksmassen eine unerläßliche Vorbedingung“. Und Hegedüs ist als langjähriger Budgetreferent des ungarischen Abgeordnetenhauses gewiß der zu solchem Urteil Berufenste. Seine Gründe sind denn auch zwingende. Bisher war (nach Hegedüs) die ungarische Steuergesetzgebung durchaus antisozial. Sowohl die den Boden, als die das Wohnen belastenden Steuern wirkten „in umgekehrter Progression“ und bei den Einkommen- und Erwerbsteuern zeigten sich „dieselben Ungleichheiten“. Diese Art der Besteuerung wird sich nach dem Kriege gewiß als unzulänglich erweisen. Sie wird „durch die Vermögens-, Erbschafts- und Einkommens-Besteuerung der vermögenden Klassen“ ersetzt werden müssen. Gleichzeitig wird man aber auch das Ergebnis der indirekten Besteuerung steigern und so schon „aus dem Gesichtspunkte der täglichen Nahrung und Speisung des Staates mehr Verbraucher schaffen, daher das gesellschaftliche Emporsteigen auf breitere Grundlagen stellen“ müssen.

Die jetzt in Ungarn maßgebenden Kreise denken sich die künftige Bedeckung der Staatseinkünfte indessen ganz anders. Sie lehnen — wie ihr Sprecher Graf Robert Zselensky im Magnatenhause ausdrücklich erklärte — jede neue Belastung des Großgrundbesitzes rundweg ab. Dafür fordern sie die Herabsetzung des steuerfreien Einkommens auf 800 Kronen. So soll das Antisoziale der ungarischen Steuergesetzgebung nach dem Kriege noch verschärft, sollen die Hemmnisse, die sie der sozialen Entwicklung, wie dem wirtschaftlichen Aufbau des Landes auch bisher schon bereiteten, noch weiter vermehrt werden. Den — wohlverdienten — deutschen Wünschen nach wirtschaftlicher Erstarkung Ungarns soll die Erfüllung auch in Hinkunft versagt bleiben.

Doch nicht nur wegen ihrer entwicklungshemmenden Folgen, auch aus handelspolitischen Gründen ist die soziale Zurückgebliebenheit, das Überwiegen des Einflusses des Großgrundbesitzes in Ungarn der Festigung der ungarisch-deutschen Beziehungen im Wege. Denn da (wie von reichsdeutscher sozialdemokratischer Seite mit Recht

festgestellt wurde) Ungarn gegenwärtig für die Handelspolitik der Monarchie ausschlaggebend ist, wurde Österreich-Ungarn durch diese Großgrundbesitzer-Einflüsse zu einer „agrarisch-magyarischen Hochburg", die den deutschen industriellen und noch mehr den deutschen Verbraucherinteressen tatsächlich gefährlich zu werden droht. Der deutschen Industrie (die nach dem Kriege ohnehin mit Rohstoffschwierigkeiten zu kämpfen haben wird) kann die Verteuerung der Lebenshaltung ihrer Arbeiter gewiß nicht erwünscht sein und die deutschen Verbraucher würden unter den zu gewärtigenden hohen Agrarzöllen gerade nach dem Kriege leiden. Denn nach dem Friedensschlusse sollten die durch die blutigen Verluste geschwächten und infolge des Mangels an Lebensmitteln vielfach unterernährten breiten Schichten des Volkes doppelt gut genährt werden, damit die Volkskraft möglichst schnell wieder so stark wird, wie sie vor dem Kriege war.

Dazu kommt noch, daß die magyarisch-agrarischen Einflüsse auch für die künftige Balkanpolitik der Mittelmächte sehr hinderlich werden können. Schon vor dem Kriege war es bekanntlich den ungarischen Staatsmännern (wie Hegedüs a. a. O. S. 29 u. 40 feststellt) „gelungen, den ganzen Balkan volkswirtschaftlich gegen uns aufzuhetzen", so daß die Monarchie dort „zuerst die Ausfuhr, dann die Sympathien, dann ihren wirtschaftlichen Einfluß" verlor. Bleibt nach dem Kriege alles beim alten, so werden sich die Erfahrungen die man damals machte, vermutlich früher als man glaubt wiederholen.

So hat man denn vom Standpunkte der deutschen Volkswirtschaft gewiß keinen Anlaß, das Streben der ungarischen Staatsmänner nach Aufrechterhaltung der Vorherrschaft des grundbesitzenden Adels und seines Anhanges im Lande irgendwie zu unterstützen. Man wird vielmehr schon aus rein wirtschaftlichen Erwägungen trachten müssen, die soziale Entwicklung des Landes nach Kräften zu fördern. Noch stärker sprechen die politischen Gründe dafür. Denn schon vor dem Kriege machte sich in Ungarn heftigster Widerspruch gegen das Wirken der bisherigen Machthaber vernehmbar.

In den Städten wuchs (wenn auch noch in sehr bescheidenem Umfange) die Anhängerzahl der Demokratie, auf dem Lande führte die Unzufriedenheit (vor allem der unstillbare Landhunger) zu sozialen Unruhen, die ernste Gegenmaßregeln nötig machten. Namentlich seit das Ministerium Fejervary das Losungswort des allgemeinen gleichen Wahlrechtes unter die Völker Ungarns geworfen hat, ist das Volk zu regerem politischen Leben erwacht. Wer darauf

nicht achtet und sein Schicksal mit dem der jetzigen führenden Staatsmänner Ungarns verknüpft, kann daher leicht zwischen zwei Stühle zu sitzen kommen.

Gerade das Deutschtum schwebt in solcher Gefahr. Es kann von den Machthabern, die ihm niemals wohlwollten, sehr schnell verlassen werden und unterdessen bei der Demokratie, der es bisher vielfach als Vorbild galt, um jedes Ansehen kommen. Jedenfalls gibt es zu denken, daß schon jetzt die kleine Partei des Grafen Károlyi, die am lautesten das allgemeine Wahlrecht fordert, gleichzeitig am sichtbarsten deutschfeindliche Neigungen zur Schau stellt. So werden denn die deutschen Staatsmänner bedenken müssen, ob sie einer unsicheren Gegenwart zuliebe eine bessere Zukunft opfern sollen. Sie haben schon manche schlechte Erfahrung hinter sich. Denn allzu oft schon lauschte ihr Ohr den Klängen der „Sphären" und blieb so für die Stimmen der Völker taub, die sich ringsum laut genug vernehmbar machten.

Ebenso wichtig fast wie der Fortschritt der sozialen Entwicklung Ungarns muß aber dem Deutschtum eine durchgreifende Änderung in der Behandlung völkischer Fragen in Ungarn sein. Dabei sollen gewiß nicht „Germanisierungsbestrebungen" gefordert, soll auch gegen die Vorherrschaft des Magyarentums nicht angekämpft werden. Die Deutschen waren vielmehr jederzeit bereit, sie vorbehaltlos anzuerkennen. Friedrich List meinte sogar einmal, daß „Deutschlands teuerste Interessen von den Deutschen heischen, nicht nur mit Auswanderern und Kapital den Magyaren zu Hilfe zu kommen, sondern auch die schleunige Magyarisierung der nach Ungarn auswandernden Deutschen zu fördern". Selbst Bismarck hat sich (1883) in einem Briefe an den deutschen Konsularvertreter in Pest gegen jede Einmengung zu Gunsten der Siebenbürger Sachsen ausgesprochen, weil er „auf die Stärke und Einheitlichkeit des ungarischen Reiches einen so hohen politischen Wert" legte, daß seine „Gemütsbedürfnisse" dagegen völlig zurücktraten. Und ebenso soll Kaiser Wilhelm (1896) dem ungarischen Ministerpräsidenten Baron Bánffy gegenüber erklärt haben, er opfere lieber die so wie so täglich sich vermindernden siebenbürgischen Sachsen im Interesse eines einheitlichen ungarischen Nationalstaates, als daß die Ausgestaltung des einheitlichen ungarischen Staates durch die Erfüllung der berechtigten und unberechtigten Ansprüche der Sachsen und der übrigen nach außen hin gravitierenden Nationalitäten verhindert" werde.

Allein auch wer „Nationalitätenbundesstaaten" für Wahngebilde, wer selbst die „nationale Autonomie" der Völker eines Staates für unvereinbar mit der Wahrung staatlicher Geschlossenheit hält und somit die nationale Einheit als notwendige Voraussetzung des Bestehens eines jeden Staates betrachtet, wird doch Übergriffen des herrschenden Volkes den anderen Völkern im Staate gegenüber nicht das Wort reden wollen. Solche Übergriffe sind aber in Ungarn nach dem Kriege keineswegs ausgeschlossen. Denn gerade durch den Krieg ist das ohnehin sehr starke völkische Bewußtsein der Magyaren noch wesentlich erhöht, ihr Machtstreben gesteigert worden.

Manche Vorgänge der jüngsten Zeit lassen dies erkennen und beweisen, daß man auch dem Deutschtum gegenüber das verstärkte Kraftgefühl voll zur Geltung zu bringen gedenkt. So hielten ungarische Politiker eben jene Tage, in denen Falkenhayn Siebenbürgen befreite, für die geeignetsten, um den in die magyarischen Gegenden Ungarns geflüchteten Siebenbürger Sachsen den Gebrauch ihrer alten deutschen Städtenamen, ihre mangelhafte Kenntnis des Magyarischen und ähnliches vorzuwerfen und zu derselben Zeit entzog man selbst einem die innere Zugehörigkeit der Siebenbürger Sachsen zu Ungarn feiernden Werke des Bischofs der Siebenbürger evangelischen Landeskirche D. Dr. Teutsch das Recht der Postversendung.

Es ist vom eigensüchtigen Standpunkte der herrschenden Kreise aus auch wohl begreiflich, daß man die völkischen Leidenschaften eben jetzt wieder aufs neue zu erregen sucht. Denn gerade nach dem Kriege — wenn so viele (den Machthabern sehr unbequeme) soziale Fragen zur Lösung reif sein werden — können die Führer der Nation die völkischen Kämpfe — durch die sie die sozialen Bestrebungen bisher stets in den Hintergrund zu drängen vermochten — nicht leicht zur Ruhe kommen lassen.

Wer indessen nicht den Vorteil einzelner Stände, sondern die Zukunft des ganzen Landes für das Entscheidende hält und dabei auch die Rückwirkung auf die ungarisch-deutschen Beziehungen nicht außer acht läßt, wird sich der Tatsache nicht verschließen können, daß die richtig erfaßten Interessen des Magyarentums dringend die Befriedigung der berechtigten Forderungen der nichtmagyarischen Bevölkerung Ungarns fordern. Denn nur wenn auf diese Weise der nationale Friede im Lande hergestellt ist, kann Ungarn hoffen, in Hinkunft alle seine Völker in einem gemeinsamen Staatsgefühle zu einen und selbst auf jene Teile dieser Völker, die außerhalb seiner Grenzen wohnen, eine starke Anziehungskraft auszuüben.

Wohl möchten die leitenden Staatsmänner Ungarns jetzt gerne den Glauben erwecken, als habe gerade der Krieg die Richtigkeit der bisherigen magyarischen Nationalitätenpolitik erwiesen, da er alle Völker Ungarns gleich bereit zur Abwehr der rings erstandenen Feinde fand. Allein zunächst gab es doch auch sehr unerfreuliche Ausnahmen, wenngleich sie im ungarischen Abgeordnetenhause nicht annähernd so eingehend besprochen wurden, wie ähnliche Erscheinungen, die sich in Österreich gezeigt hatten. Dann aber wäre es (wie Viktor Blüthgen im „jungen Europa" 1916 I. sehr richtig erkannte) „ein Irrtum, zu glauben, daß es ein Erfolg der magyarischen Nationalkraft sei, wenn in diesem Kriege Rumänen und Kroaten Treue gehalten haben". Es war vielmehr tatsächlich „nicht der ungarische, sondern der große allgemeine österreichisch-ungarische Staatsgedanke, eine Gefühlsüberlieferung von ihm her, der diese Bestandteile über ihre nationale Bestimmtheit hinausgehoben hat". Einsichtige Magyaren haben dies gewiß selbst längst erkannt und sich auch der Tatsache nicht verschlossen, daß sich eine wirkliche, durchgreifende Magyarisierung der nichtmagyarischen Völker Ungarns schließlich doch stets als undurchführbar erwies. Nach der letzten Volkszählung (1910) war — trotz aller Magyarisierungsmaßnahmen und trotz aller Zählungskünste — immer noch mehr als ein Drittel (35·3 v. H.) der Bevölkerung Ungarns der magyarischen Sprache nicht mächtig, was — gerade nach magyarischer Auffassung — auch beweist, daß es den Magyaren noch keineswegs gelungen ist, den nationalmagyarischen Staatsgedanken in Ungarn zur Alleinherrschaft zu bringen und daß daher der ungarische Staat ohne Befriedigung der nichtmagyarischen Völker schwerlich jene Festigkeit zu gewinnen vermag, die das Deutschtum von seinem Bundesgenossen doch wohl erwarten muß.

Dazu kommt noch ein Anderes. Zu den Nichtmagyaren Ungarns gehören auch zwei Millionen Deutsche, deren Stammesbewußtsein sich vor den Sturmestagen des Juli 1914 freilich häufig als recht schwächlich erwies. Sprache wie Schule hatten sie oft nur recht lässig verteidigt, so daß ein kluger deutscher Beobachter erst kürzlich bedauernd feststellen mußte, man habe zu jener Zeit mit vielleicht noch größerem Rechte als über die mehr oder minder gewaltsame Magyarisierung „über die freiwillige Magyarisierung, über das vielfach betrübend schleunige Aufgeben deutschen Volkstums klagen sollen und müssen".

Jetzt aber werden sich die Deutschen Ungarns schwerlich länger

als Bürger „deutscher Idiome" (als die sie Smialovsky im „jungen Europa" 1916 VII/VIII deutschen Lesern schildert) behandeln lassen wollen. „Wir Deutschen in Ungarn — schrieb vielmehr der siebenbürgisch-sächsische Abgeordnete Rudolf Brandsch in den „schwäbischen Hausfreund" für 1916 — wollen nach diesem Kriege, wenn der Kampfpreis und der Siegeskranz ausgeteilt wird, unser ehrlich Teil davon haben. Es darf in Zukunft nicht mehr vorkommen, daß man uns als „Pangermanen" benennt und verfolgt, weil wir Deutsche sind und bleiben wollen. Es darf in der Zukunft nicht mehr sein, daß unsere Muttersprache in Schule und Kirche, in Gemeinde und Komitat, vor Gericht und auf Post und Eisenbahn nicht geduldet wird. Es darf nicht mehr möglich sein, uns Deutschen die Wahl von Deutschen zu erschweren, in welchen Stellen es immer auch sei. Kurz, wir verlangen nach diesem Kriege als vollwertige ungarische Staatsbürger deutschen Blutes behandelt zu werden, die stets und überall ihre Pflicht und Schuldigkeit erfüllt haben und die einen Zweig des großen deutschen Volkes darstellen, das in diesem schweren Kampfe mit uns gehalten hat und Schulter an Schulter gestanden ist."

Schon haben auch die „zwei Millionen Staatsbürger deutscher Zunge", die im engeren Ungarn (ohne Siebenbürgen) leben, eine Adresse an den neugekrönten König gerichtet, in der sie — wenigstens auf diese Weise — ihrer „auch auf den Schlachtfeldern dieses Weltkrieges besiegelten unverbrüchlichen Ergebenheit und Treue für König und Vaterland" Ausdruck gaben, da sie — ungleich den Siebenbürger Sachsen — derzeit einer Vertretung im Reichstage und darum auch bei der Krönung entbehrten. Woraus man vielleicht die Hoffnung schöpfen darf, daß in Hinkunft die Mahnworte nicht mehr ungehört verhallen werden, die schon 1901 ein deutsch-ungarischer Dichter an seine Landsleute richtete:

„Wahre das Köstlichste, was wir besitzen.
Das müßt ihr schirmen! Das müßt ihr schützen!
Unsere Sprache, das Erbe der Ahnen
Soll auch noch unsere Enkel ermahnen,
Daß er im Leben es niemals vergißt,
Stolz zu sein, daß ein Deutscher er ist".

Auf die Anteilnahme der Deutschen Österreichs wird das ungarische Deutschtum bei diesem Streben stets rechnen dürfen. Denn schließlich sind die Deutsch-Österreicher tatsächlich — wie Sieger in der „Zeitschrift für Politik" 1916, S. 41, meint — „heute für ihre Volks-

genossen allenthalben, namentlich aber vor den Toren ihrer Hauptstadt, nicht mehr so empfindungslos, wie der liberale Zentralismus vor einem Menschenalter", als er (wenn auch gleichfalls nicht leichten Herzens) die Deutschen Ungarns durch den „Ausgleich" des Jahres 1867 der Magyarisierung preisgab. Heute fordert nicht nur Iro-Munin (Österreich nach dem Kriege, Jena 1915, S. 21) „von der ungarischen Regierung unbedingt starke Garantien dafür, daß den Deutsch-Ungarn, entsprechend dem Deakschen Nationalitätengesetze, eine gewisse Sonderstellung gewährt bleibe". Auch die „Denkschrift aus Deutsch-Österreich" erklärt (a. a. O. S. 81), es sei undenkbar, daß die Deutschen Ungarns nach dem Kriege mit derselben Unbilligkeit behandelt werden, wie bisher. Selbst das (als Handschrift gedruckte) „Osterprogramm" rechnet den „Schutz der nationalen Belange der Deutschen in allen Ländern der ungarischen Krone mindestens in dem durch das Nationalitätengesetz vom Jahre 1868 gewährten Ausmaße" zu den wichtigsten Forderungen der Deutschen Österreichs.

So werden gewiß auch die Deutschen im Reiche nicht teilnahmslos bleiben, nicht länger widerspruchslos zusehen können, wie unter dem Schutze des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses die Entdeutschung Ungarns immer mehr fortschreitet. Der „Grenzzaunnationalismus" (wie ihn Ullmann „Welche Früchte soll uns der Krieg bringen?" Prag 1914, S. 15 treffend nennt) hat mit seiner Vernachlässigung des Auslandsdeutschtums schon Unheil genug gestiftet. Viele wertvolle Vorposten für die Kolonisation im Osten, viele Stücke lebensfähigen deutschen Volkstums in Südrußland und in Rumänien, in Kurland und in Polen ging durch ihn kampflos verloren. Trotzdem hat er dem Deutschtum keine Freunde erworben. Was manche (Bismarck gründlich mißverstehend) „Realpolitik" nannten, wurde vielmehr für Schwäche gehalten und hat nur bewirkt, daß das Ansehen des Deutschtums an vielen Orten argen Schaden litt.

Man wird den oft gerügten Fehler in Ungarn nicht wiederholen wollen. Das Deutschtum Ungarns wird vielmehr gestützt und erhalten werden müssen, damit es (wie dies Waltemath in der „Hilfe" 1916, S. 43 von dem Auslandsdeutschtum nach dem Kriege überhaupt erhofft) Mithelfer und Mitarbeiter bei der Ausbreitung des deutschen Handels und Einflusses sein kann, ohne dabei natürlich der Pflichten zu vergessen, die auch das neue Vaterland von ihm fordern darf. Es wird damit jedenfalls dem Magyarentum die beste Hilfe leisten. Denn es wird dessen kulturelle Bedeutung erhöhen und schon

auf diese Weise dessen Widerstandsfähigkeit gegen den (zu gewärtigenden) Ansturm der übrigen nichtmagyarischen Völker Ungarns bedeutend stärken.

Es wird ihm aber überdies — als natürlicher Verbündeter gegen das Slaven- und Rumänentum im Lande — manchen wichtigen politischen Dienst zu leisten vermögen, Die Hilfe dürfte den Magyaren sehr gelegen kommen, da sie auch bisher schon den Slaven und Rumänen gegenüber nur geringe Erfolge erzielten. Denn der Anteil der Nichtmagyaren (ohne die Deutschen) betrug in Ungarn im engeren Sinne (mit Siebenbürgen) 1880 noch rund 40 und 1910 (trotz der starken Slowakenabwanderung) immer noch rund 35, der Rückgang somit bloß 5 % der Bevölkerung. Nach dem Kriege aber wird sich die Lage des Magyarentums den übrigen Völkern des Landes gegenüber gewiß nicht bessern. Wie Sieger (in seiner Schrift: „Die geographischen Grundlagen der österreichisch-ungarischen Monarchie und ihre Außenpolitik“ Leipzig 1915, S. 53) zutreffend betont, muß vielmehr schon die (für die Dauer doch nicht hintanzuhaltende) natürliche wirtschaftliche Entwicklung des Landes den — ohnehin durch ihre geographische Verteilung und ihre starke natürliche Vermehrung geschützten — nicht magyarischen „Nationalitäten“ verstärkte Widerstandsfähigkeit verleihen. Außerdem wird ihnen aber jedenfalls auch die (anscheinend zu gewärtigende) Völkerversöhnungspolitik in Österreich das Rückgrat wesentlich steifen. Vorher schon hatte ja die Tatsache, „daß man in Ungarn das Land mit allen Mitteln einsprachig machte, in Österreich aber die Vielsprachigkeit in jeder Weise förderte“, bei den nichtmagyarischen Völkern Ungarns zu manchen, für die Politik des Magyarentums sehr unvorteilhaften Vergleichen angeregt. Jetzt, da alle Völker Ungarns die schweren Lasten des Krieges in gleicher Weise getragen haben, wird diese Unzufriedenheit gewiß überall noch lebhafteren Ausdruck finden.

Die Deutschen jedenfalls werden sich mit rein kulturellen Zugeständnissen nicht abfinden lassen. Denn die Pflege deutscher Kultur im Lande ist gar kein Zugeständnis an das Deutschtum. Sie nützt vor allem dem Magyarentum selbst, dem sie allein den Anschluß an den Westen gewährleistet. Das Deutschtum ist daher berechtigt, ja im eigenen wie im Interesse des Magyarentums verpflichtet, auch verstärkten politischen Einfluß im Lande zu fordern. Es darf nicht (um mit Eucken zu sprechen) der Schein erweckt werden, als solle die deutsche Sprache als Fremdsprache, als Ver-

mittlerin westlicher Kultur geachtet, als Landessprache dagegen möglichst eingeschränkt werden. Die Bundesgenossenschaft des Deutschtums gegen das andrängende Slaventum darf den Magyaren auch mit der Sicherung deutschen Volkstums im Lande und mit der Erfüllung der wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Deutsch-Ungarn nicht zu teuer erkauft sein.

Endlich muß aber das Deutschtum mit aller Entschiedenheit auch für die Gemeinsamkeit Ungarns mit Österreich eintreten. Dabei denkt — wie sogleich hervorgehoben werden soll — gewiß niemand an alte Gesamtreichsbestrebungen. Die sind seit langem nur Gespenster, mit denen man in Ungarn gerne politische Kinder schreckt. Hat sich doch selbst die österreichische Bureaukratie bereits seit Jahrzehnten mit dem Dualismus völlig abgefunden, so daß schon 1874 in Veröffentlichungen „Aus der Mappe eines Wiener Bureaukraten" die Tatsache festgestellt werden konnte, daß auch in Österreich jeder Patriot den Dualismus als ein Gegebenes, zu Recht Bestehendes ehrlich hinnehmen müsse. Auch die (politisch im übrigen völlig einflußlosen) österreichischen Gelehrten, die man in Ungarn immer noch als „Zentralisten" zu bezeichnen liebt, haben sich (gleich Professor Steinacker) fast alle zu der Meinung bekehrt, daß „der alte Gegensatz zwischen dem Zentralismus und dem Partikularismus nicht mehr bestehe, weil der alte Zentralismus tot sei und niemand ihn erneuern wolle". Längst schon zweifelt eben kein Besonnener mehr an der Notwendigkeit, die Besonderheit des ungarischen Staates und die (nach Apponyi) „irreduktible historische und völkerpsychologische Tatsache der intransigenten Anhänglichkeit Ungarns an seine nationale Selbstständigkeit" anzuerkennen.

Allein im gleichen Maße festigte sich auch die Gewißheit, daß die Gemeinsamkeit zwischen den beiden Bruderstaaten mit neuem Geiste erfüllt werden müsse. Denn wenn die Entwicklung wie bisher verliefe, würde dies unfehlbar zur völligen Trennung der beiden Staaten führen. Tezner hat dies schon vor einem Jahrzehnte festgestellt, als er schrieb: „Ungarn hat 1867 sein Unabhängigkeitsbedürfnis für gesättigt erklärt und der Dynastie, Österreich und Europa ewige Urfehde geschworen für den Fall, daß die Forderungen des „Ausgleiches" erfüllt werden. Kaum sind aber 30 Jahre eines erträglichen Friedens über die Lande dahingezogen, so entsteht eine gens novarum cupidissima et turbulentissima, die herausbringt, daß der „Ausgleich" entweder von seinen eigenen Urhebern gründ-

lich mißverstanden oder daß von ihnen schlechthin Unmögliches versprochen worden sei. So sind die schweren politischen Opfer, die Österreich und seine Dynastie der Reichs- und Ausgleichs-Idee gebracht haben, vergeblich gewesen. Der orgiastische Tanz um die ungarische Freiheitssäule beginnt von neuem".

Die Hoffnung, daß der Dualismus, wenn auch nicht der Einheit, so doch der Einigkeit dienen werde, hatte sich jedenfalls sehr schnell als eitel erwiesen.

Und doch war (wie Harting im „Neuen Österreich" Oktober 1916 zutreffend ausführt) schon der ältere Andrássy der Ansicht gewesen, daß Ungarn eines ständigen Bündnisses mit Österreich bedürfe, eines Bündnisses, das Ungarn zwar „das größtmöglichste, mit der Großmachtstellung der Monarchie vereinbarte Maß der Selbständigkeit gewähren, doch die internationale Einheitlichkeit der beiden Reichshälften unberührt lassen" solle. Nach den Erfahrungen des Krieges ist es (wie die „Denkschrift" a. a. O. S. 55 mit Recht feststellt) wohl auch „undenkbar" geworden, daß die österreichischen und ungarischen Staatsbürger, die heute mit Todesverachtung auf dem Schlachtfelde für einander einstehen, unmittelbar nach ihrer Rückkehr in die Heimat den Ausgleichshader wieder aufnehmen und das alte verderbliche Spiel von neuem beginnen. Man wird vielmehr in Ungarn endlich doch den Mahnungen Redlichs (Österreich-Ungarn als Großmacht, Berlin 1917, S. 57 f.) folgen und sich entschließen müssen, auch die wirtschaftliche Zukunft des Landes mit der Österreichs untrennbar zu verknüpfen.

Gerade Ungarns Volkswirtschaft verlangt dies gebieterisch. Mit Recht hat beispielsweise auch Umrath (in einem kleinen Schriftchen über „das Wirtschaftsgebiet Österreich-Ungarn", Wien 1916, S. 9) darauf hingewiesen, daß Ungarn durch eine eigene Zollinie nur seine landwirtschaftliche Ausfuhr dem Wettbewerbe der Agrarstaaten im Südosten aussetzen und die österreichische Landwirtschaft zur raschen Steigerung ihrer Erträgnisse zwingen, seinem Großgewerbe aber — wie ein Blick auf die angrenzenden Agrarstaaten beweise — damit keineswegs aushelfen werde. Bezeichnend ist jedenfalls, daß so oft sich im Auslande Zweifel an dem Bestande der Gemeinsamkeit regten — der Zinsfuß in Ungarn jedesmal stieg und der Preis der ungarischen Staatswerte gewöhnlich sank.

Selbst die soziale und nationale Politik der herrschenden Kreise in Ungarn war ja nur deshalb durchsetzbar, weil ihnen die Macht-

mittel des Doppelreiches (namentlich auch das Heer) stets zur Verfügung standen. Ohne den Rückhalt, den die führenden ungarischen Staatsmänner jederzeit an Österreich fanden, hätten sie weder die Arbeitermassen niederhalten, noch den (von außen bereitwilligst unterstützten) irredentistischen Bestrebungen im Lande erfolgreich Widerstand leisten können. Schon 1868 hat man gelegentlich erkannt, daß es in Ungarn verschiedene Nationen gäbe, die nur auf der Grundlage der Gemeinsamkeit mit einem kräftigen und lebensfähigen Österreich ihre Zustimmung zu einem aufrichtigen und dauernden Verhältnis zum ungarischen Staate erteilen wollten.

Daß endlich die Ungarn das, was sie heute weltpolitisch bedeuten, nur im Bunde mit Österreich erringen konnten, hat ihnen eben wieder der — gewiß ungarnfreundliche — Harms (a. a. O.) klar zu machen versucht und selbst der Unabhängigkeitspolitiker Apponyi mußte (im „Jungen Europa" 1915 IV) bekennen, daß die bleibende Verbindung Ungarns mit den westlichen Ländern der Habsburger heute eines der mächtigsten Schutzmittel Ungarns gegen die russische Gefahr ist. Tatsächlich kann auch (wie Kralik „Vom Weltkrieg zum Weltbund", Innsbruck 1916 S. 243 des Näheren ausführt) „nur die angemessene Befolgung des Geistes der pragmatischen Sanktion die schönen Länder der heiligen Stephanskrone vor jenen Gefahren behüten, vor denen man sich in Ungarn schon 1722/23 durch unteilbaren und untrennbaren Anschluß an die übrigen Länder des Hauses Österreich zu sichern entschlossen war.

Für das Deutschtum aber ist die Bindung der beiden Staaten aneinander schon deswegen notwendig, weil nur dadurch jene Elemente in Ungarn unschädlich gemacht werden können, die die Außenpolitik des Landes in deutschfeindliche Bahnen zu lenken streben. Ohnehin wirkten sie auch bisher schon — trotz der Gemeinsamkeit — häufig unheilvoll genug auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ein. So konnte der Außenminister des Doppelreiches Graf Kalnoky seinen Tadlern mit Recht mit der Frage entgegen, wie man von ihm erwarten könne, daß er marschiere, da doch bald sein rechter, bald sein linker Fuß gebunden sei. Und als er dann (1895) infolge eines Streites mit dem ungarischen Ministerpräsidenten von seinem Amte zurückgetreten war, mußte wenige Jahre später auch einer seiner Nachfolger „mit ernstem Bedauern" sehen, wie (trotz der damals eben glücklich vollzogenen Erneuerung des Ausgleichs) neue Gefahren in Ungarn auftauchten, die das Verhältnis zwischen den beiden Reichshälften und die gemeinsame Armeeverwaltung

bedrohten und ein „bitteres Hemmnis" für die erfolgreiche Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wurden.

Besonders unangenehm machten sich die Wirkungen der Politik einzelner national-magyarischer Chauvinisten aber in den Nachbarstaaten Ungarns, in Serbien und Rumänien bemerkbar. Noch 1843 hatte ein österreichischer diplomatischer Agent (Nikolaus von Philippovich) aus Belgrad berichten können, man meine dort, daß Serbien über kurz oder lang doch wohl ein Teil des österreichischen Kaiserstaates werden müsse und halte es im Grunde auch für das beste, da Serbien allein doch nicht bestehen könne und sich schließlich gewiß lieber an den starken verläßlichen Nachbar anschließen, als sich der entfernten russischen Schutzmacht fügsam erweisen werde. Allein die kroaten- und serbenfeindlichen Maßnahmen, die einige ungarische Staatsmänner durchzusetzen vermochten, so wie die von den ungarischen Agrariern besonders heftig geförderte Schutzzollpolitik der Monarchie vernichteten die österreichfreundlichen Stimmungen in Serbien sehr bald und brachten auch die Versuche, die (ohnedies sehr schwierige) südslavische Frage friedlich in einem für das Doppelreich günstigen Sinne zu lösen, schnell zum Scheitern.

Ähnlich ging es mit Rumänien. Noch 1878 war im rumänischen Volke und Heere die Erbitterung gegen Rußland so groß, daß rumänische Delegierte nach Wien kamen, um dort das Anerbieten zu machen, im Falle eines Krieges mit Rußland 50.000 Mann zur Verfügung zu stellen und Widdin durch österreichische Truppen besetzen zu lassen. Es war daher für Bismarck nicht schwer, ein Bündnis mit Rumänien zu schließen und so die Südostgrenze des österreichischen Bundesgenossen für den Kriegsfall zu sichern. Allein die Mittel, die von Pest aus angewendet wurden, um den ungarischen Rumänen den Eintritt in die ungarische Volksvertretung unmöglich zu machen, die steten Verfolgungen der rumänischen Presse, das Strafverfahren, das 1892 der Bittschrift der Rumänen an den Kaiser Franz Josef folgte, die Auflösung des Vollzugsausschusses der rumänischen Partei im Jahre 1894 und ähnliche Maßnahmen führten zu ständigen Reibungen zwischen Pest und Bukarest, so daß schließlich das Bündnis mit den Mittelstaaten im rumänischen Volke jeglichen Halt verlor. „Von den Gebildeten unter den rumänischen politischen Flüchtlingen, die in den Zeiten lebhafterer Magyarisierung aus Siebenbürgen herüberströmten", konnte dann (wie auch von Dungern „Rumänien", Gotha 1916 S. 20 erwähnt) die Bundesfreundschaft leicht in Abneigung gewan-

delt und der Boden für den Verrat des Jahres 1916 vorbereitet werden. Schon 1915 hatte ein führender Rumäne (nach den Mitteilungen Korodis a. a. O. S. 51) erklärt, Deutschland werde einmal vor die Wahl gestellt werden, ob es mit den 10 Millionen Magyaren gehen wolle oder mit den 12 Millionen Rumänen.

Selbst die Beziehungen der Monarchie zu Rußland litten gelegentlich unter dem tiefgewurzelten Hasse, den ungarische Staatsmänner dem Zarenreiche gegenüber zur Schau trugen, seit russische Hilfe bei der Unterdrückung des ungarischen Aufstandes im Jahre 1848 mitgewirkt hatte. Bereits 1854 sehnte man in Ungarn den Krieg gegen Rußland herbei und 1867 mußte (wie Dalwig später an Gagern schrieb) der alte Metternich abermals beweglich darüber klagen, daß „Graf Andrassy als spezifischer Ungar den Krieg mit Rußland wolle, um für das Jahr 1849 Revanche zu nehmen". Auch 1877 suchte man in Ungarn die Leitung der auswärtigen Politik des Doppelreiches zu einem Bündnisse mit der Türkei gegen Rußland zu bewegen und heute noch meint der jüngere Andrassy (a. a. O. S. 14 f.) daß Ungarn bestrebt sein müsse, die ganze Aufmerksamkeit und Kraft des Doppelreiches gegen den Orient zu wenden und eine Politik zu befolgen, „die geeignet ist, dem dortigen russischen Einfluß die Wage zu halten". Tatsächlich hat auch das Streben Rußlands, seinen Einfluß im nahen Osten (namentlich in den Balkanstaaten) ungeschmälert aufrecht zu erhalten, die Ereignisse des Juli 1914 wesentlich beeinflußt, so daß es Zenker (a. a. O. S. 48) gewiß mit Recht als „historische Tatsache" feststellen kann, daß es „vorwiegend ja nahezu ausschließlich ungarische Konflikte, die Auswüchse des ungarischen Souveränitätsgefühles" waren, die den Anlaß zum Ausbruch des Krieges boten.

Nun war es aber stets das Ziel der ungarischen Politik, sich im Zeichen der Not der Hilfe des Deutschtums zu versichern. Selbst als es galt, die „deutschen Übergriffe" Josefs II. zu bekämpfen, wandte man sich an einen deutschen Fürsten, den großen Fritz, um mit deutscher Unterstützung der „Germanisierungsbestrebungen" Herr zu werden, die damals „den kaum erst gemäßigten Nationalitätenhaß der Ungarn gegen die Deutschen" aufs neue erweckt hatten.

Umso verwunderlicher ist es, daß trotzdem (auch während des gegenwärtigen abermals mit reger deutscher Hilfe geführten Krieges) gelegentlich Stimmen aus Ungarn herüber tönten, die mit diesen Tatsachen durchaus nicht im Einklange stehen. So erklärte Graf Károlyi bei der Gründung seiner neuen „Unabhängigkeits- und 48-er

Partei" unumwunden, er sei — entgegen den Ansichten der unbedingten Anhänger des Vierbundes — stets für eine auswärtige Politik eingetreten, die den Konfliktstoff entfernt und den Krieg vereitelt hätte. Sein Bestreben sei gewesen, mit den Ententevölkern ein Verhältnis anzubahnen, das zwar kein Bündnis-Verhältnis gewesen wäre, wohl aber die Eignung gehabt hätte, durch wirtschaftliche Verbindungen die Beziehungen freundlicher zu gestalten. Und noch deutlicher als der Führer wurden seine Anhänger. Graf Battyanyi versicherte, er sei nie der nationalen Sorgen wegen des „Pangermanismus" und des „deutschen Dranges nach Osten" ledig geworden und Martin Lovassy meinte rundheraus: „An diesem Kriege trägt Deutschland Schuld". Mit Recht schrieb daher vor kurzem eine reichsdeutsche Zeitung „es wäre wohl zu wünschen, wenn das öffentliche Leben Ungarns ganz unter dem Zeichen der Selbstbeherrschung stünde, die es auch dem patriotisch Besorgten zur Pflicht macht, in Inhalt und Form öffentlicher Äußerungen alles zu vermeiden, was Wasser auf die Mühlen der Feinde treibt".

Die Herzen der ungarischen Staatsmänner schlugen eben — die Jahrhunderte der ungarischen Geschichte hindurch — im Grunde doch stets dem stammverwandten Osten entgegen, so daß selbst die Männer der Wissenschaft in Ungarn (mit Vambery) immer wieder bewußt das Asiatentum ihres Volkes betonten und frohen Stolzes voll verkündeten, daß die Magyaren „den Stempel turko-tartarischer Nationalitäten auch heutzutage nicht verleugnen können".

Als daher 1908 der Herrscher Österreich-Ungarns die Rechte seiner Souveränität auf das — kulturell wie politisch — zum nahen Orient gehörende Bosnien und Herzegowina erstreckte, meldete Ungarn sogleich seine Ansprüche auf diese Länder an. Der Sachverhalt war recht verwickelt und bedarf einer etwas längeren Erörterung:

In seinem „Inaugural-Diplom" hatte nämlich Kaiser Franz Josef bei seiner Krönung zum König von Ungarn (gleich seinen Vorgängern) versprochen: „Alle jene Teile und Dependenzien von Ungarn und Kroatien, Slavonien und Dalmatien, welche bereits zurückerworben wurden und jene, die mit Gottes Hilfe hinfort zurückerworben werden sollten, werden Wir auch im Sinne Unseres Krönungseides den genannten Ländern wieder einverleiben". Die ungarischen Staatsmänner behaupteten nun, auch Bosnien und die Herzegowina hätten vor Zeiten zu den Ländern der ungarischen Krone gehört. Sie „inartikulierten" daher die Ausdehnung der

Souveränitätsrechte des gemeinsamen Monarchen auf diese beiden Länder in die ungarische Gesetzgebung mit dem Beifügen, daß der Monarch diesen Staatsakt vollzogen habe „mit Rücksicht auf jene uralten Bande, die seine glorreichen Vorfahren auf dem ungarischen Throne an diese Länder knüpften".

Wie alt diese Bande waren, hat Professor Josef Redlich (in seinem Berichte, den er 1909 dem Ausschusse für bosnische Angelegenheiten des österreichischen Reichsrates erstattete) ausführlich dargelegt. Hier kann der Hinweis auf die Tatsache genügen, daß fast ganz Bosnien und die Herzegowina seit 1463 bis zu dem Augenblicke da die gemeinsame Armee der Monarchie im Jahre 1878 die Save überschritt — also mehr als 400 Jahre — ununterbrochen ein Teil des türkischen Reichsgebietes waren und daß der türkische Rechtsbesitz an den beiden Ländern während dieser Zeit von den Kaisern von Österreich und Königen von Ungarn wiederholt durch feierliche Verträge anerkannt worden ist. Auch 1878 erhielt (durch den Artikel 25 des Berliner Vertrages) nicht etwa der König von Ungarn, sondern der gemeinsame Herrscher Österreich-Ungarns das Mandat zur Okkupation Bosniens und der Herzegowina und so hat denn auch nicht der König von Ungarn, sondern der gemeinsame Monarch den Akt der Ausdehnung seiner Souveränität auf Bosnien und Herzegowina vollzogen und dadurch die beiden Länder nicht Ungarn, sondern der Monarchie neu erworben und einverleibt.

Gleichwohl hat der ungarische Ministerpräsident 1908 den Anspruch Ungarns auf Bosnien und die Herzegowina als noch zu Recht bestehend bezeichnet und zwar ganz besonders auch deswegen, weil — den ungarischen Königen bei ihrer Krönung und „ähnlichen öffentlichen Feierlichkeiten" das Wappen und die Fahne Bosniens vorangetragen werden und der König von Ungarn in seiner Titulatur auch als „rex Ramae" bezeichnet wird. Wozu nur bemerkt zu werden braucht, daß in dem vollen ungarischen Krönungstitel neben „Rama" auch Dalmatien, Galizien, Lodomerien, Serbien, Kumanien, Bulgarien, Illyrien und Jerusalem genannt werden.

Wenn trotzdem ernste ungarische Staatsmänner die Ansprüche Ungarns auf Bosnien und Herzegowina auf solche Äußerlichkeiten stützen, so geschieht dies offenbar nur, weil ihr ganzes Sehnen nach Osten strebt und weil sie wohl wissen, daß es da zunächst die „fast tausendjährigen Überlieferungen" auf der Balkanhalbinsel zu wahren gilt. Sie vor allem sind es ja auch gewesen, die dem — ursprüng-

lich nur gegen Rußland gerichteten — deutsch-österreichischen Verteidigungsbündnisse nach und nach einen „balkanischen Inhalt" gegeben haben, so daß das Deutschtum schließlich auch die Balkanfragen mit Blut und Eisen lösen mußte, obwohl noch für Bismarck der Balkan „Hebuka" und auch nicht die Knochen eines pommerschen Grenadiers wert gewesen war.

Dabei bleibt es noch zweifelhaft, ob der Krieg hier völlig reinen Tisch gemacht hat. Denn mit Recht weist Naumann (Bulgarien S. 54 f) darauf hin, daß auch eine russenfreie Balkanhalbinsel noch nicht völlig zur Ruhe gekommen ist, solange auf ihr oder neben ihr unbefriedigte Nationalitäten irren und daß sich nach dem Kriege gewiß an jeder unfertigen Stelle Russen und Engländer als Helfer anbieten werden. An all diesen Dingen wird dann aber auch das Deutschtum beteiligt sein, nicht nur weil deutsche Soldaten die Öffnung des serbischen und rumänischen Gebietes erzwingen halfen, sondern weil es jedenfalls den Hauptteil an der weltpolitischen Vertretung der neuen Zustände zu leisten haben wird.

Gleich wie auf dem Balkan, könnte ein nach Osten strebendes Ungarn aber auch in Polen eine Politik verfolgen, die mit der deutschen nicht immer in vollem Einklange steht. Denn unvergessene geschichtliche Überlieferungen und der gleiche Verlauf der sozialen Entwicklung knüpfen ein besonders inniges Band zwischen Polen und Magyaren. Auch in Polen hat sich ja der Adel immer die Vorherrschaft im Lande zu erhalten gewußt, auch in Polen hat er sich des Nationalismus wie des Unabhängigkeitsgedankens bedient, um seine Führerstellung zu behaupten. So blieben denn die Beziehungen zwischen der polnischen Schlachta und den ungarischen Magnaten seit jeher sehr rege. „Polen ist jederzeit der Kanal gewesen, durch den alle üblen Machinationen der Ungarn unter der Hand geleitet wurden" klagte schon Prinz Eugen.

Als daher während des Krieges die polnische Frage zur Lösung reif schien, machten sich naturgemäß in Ungarn besonders laute Stimmen vernehmbar, die der Wiedererrichtung eines selbständigen Polens das Wort redeten. Die Führer aller ungarischen Parteien schienen in diesem Punkte durchaus einig zu sein. „Wir müssen betonen, daß wir unter keinen Umständen in eine Lösung einwilligen derzufolge Polen neuerdings geteilt wird" meinte Graf Andrassy. „Warum ist noch kein Wort gesprochen worden, das der polnischen Nation Sicherheit für die Zukunft gewährt" fragte Graf Apponyi. Nach dem Kriege muß das alte unabhängige nationale Polenreich

als Bollwerk gegen den Panslavismus, gegen die russische Gefahr errichtet werden, erklärte Graf Battyani. „Ein unabhängiges Polenreich und nicht etwa ein an Deutschland angegliederter Bundesstaat", fügte er hinzu.

Auch als dann die Wiederherstellung des selbständigen Polenstaates schließlich Wirklichkeit wurde, äußerte sich die Genugtuung hierüber bei allen Parteien des Landes in lebhaftester Weise. In der Regierungspartei erinnerte man sich daran, „daß die polnische Nation immer als eine Schwesternation der ungarischen angesehen worden sei, und bei der Opposition verwies man auf die „traditionelle Freundschaft der Ungarn und Polen" sowie darauf, daß „zahlreiche Polen an den ungarischen Freiheitskämpfen teilgenommen hatten". Graf Battyanyi aber forderte sogar, man möge (zum Lohne dafür) dem neuen Polen Galizien und Posen herausgeben.

In deutschen Kreisen blieben diese Erörterungen nicht unbeachtet. Einer der begabtesten deutsch-österreichischen Volksvertreter (Franz Jesser) hat vielmehr erst jüngst (in der „deutschen Arbeit", Dezember 1916) eindringlich darauf hingewiesen, daß Polen und Ungarn, die künftig die Schutzmauer Mitteleuropas gegen Rußland bilden sollen, sicherlich den stärksten Versuchungen der vielgewandten anpassungsfähigen russischen Diplomatie ausgesetzt sein werden und daß man an einem Erfolg solcher Beeinflussungen zwar gewiß zweifeln, sie aber in ihrer Gefährlichkeit nicht unterschätzen dürfe.

Tatsächlich herrscht ja über die künftige auswärtige Politik der führenden Staatsmänner Polens und Ungarns noch völlige Unklarheit. Fast scheint es aber, als würden manche daran denken, den alten Kossuth'schen Plan neu zu beleben, nach dem sich bekanntlich Serbien, die Donaufürstentümer, Ungarn und die Türkei zu einem Staatenverbande zusammenschließen sollten, um dem Streben Rußlands nach der Vorherrschaft über die Balkanhalbinsel für immer ein Ende zu bereiten. Jetzt könnte — nach Ansicht dieser Politiker — auch Polen und Bulgarien dem neuen Bunde beitreten, der so sicherlich stark genug wäre, um Rußland gegenüber sicheren Schutz zu bieten.

Vom deutschen Standpunkt aber wird sich, wie immer man sich die Zukunft denken mag, dieser Grenzschutz gegen Osten hin jedenfalls umso verläßlicher erweisen, je inniger die beiden Staaten, je inniger vor allem Polen und Ungarn mit dem Deutschen Reiche und Österreich verbunden sein werden. Es ist ja auch gewiß kein Zufall, daß sich gerade jene ungarischen Staatsmänner besonders eifrig für die Trennung Ungarns von Österreich einsetzten, deren chauvinistische Nationalitätenpolitik

Serbien und Rumänien den Mittelmächten entfremdete und deren Außenpolitik schon seit langem den Vierverbandsmächten gewogen war. Sie glaubten eben — wohl mit Recht — daß nur ein von Österreich losgelöstes Ungarn in jene deutschfeindlichen Bahnen gelenkt werden könne, die sie für die richtigen hielten. Sie bewiesen gerade dadurch am schlagendsten, wie wichtig für das Deutschtum — schon mit Rücksicht auf die künftige Stellungnahme Ungarns zu außenpolitischen Fragen — die Aufrechterhaltung der Gemeinsamkeit zwischen Österreich und Ungarn ist.

Indessen sprechen noch andere Dinge dafür, daß diese Gemeinsamkeit so fest wie möglich gestaltet werde. Dem Deutschtum muß ja nicht nur daran gelegen sein, daß Ungarn wirtschaftlich stark, im Inneren gefestigt und in seiner Außenpolitik von deutschfeindlichen Elementen unbeeinflußt sei. Sein Interesse erfordert vielmehr (um mit Pistor „die Volkswirtschaft Österreich-Ungarns" Berlin 1915 S. 140 zu reden) daß auch die Monarchie als Ganzes „innerpolitisch geordnet und beruhigt" sei.

Bismarck hatte auch dies längst klar erkannt. Schon 1870 war ihm für seine Politik „von höchster Wichtigkeit" erschienen, „an der Donau ein geordnetes und glücklich gedeihliches Reich zu wissen" und 1888 wiederholte er (in seiner Reichstagsrede vom 6. Feber), daß Deutschland „Österreich — und ein starkes aufrechtes Österreich — auf die Dauer doch nicht missen könnte in Europa."

Die Monarchie kann aber nur dann stark und aufrecht bleiben, wenn ihre beiden Staaten sich ungehindert entwickeln können. Und dies wird sicherlich erst dann möglich sein, wenn der stete Streit und Hader zwischen ihnen zumindesten ruhigere Formen angenommen haben wird. „Man soll miteinander kämpfen, allein wenn man unter denselben Landesherren lebt, soll man mit Wohlwollen kämpfen und sachlich und nicht den Kampf in Formen führen, die keinen anderen Zweck und keine andere Wirkung haben, als den Gegner zu kränken, zu ärgern, zu reizen" — mahnte bei anderem Anlasse Bismarcks abgeklärte Weisheit.

Sie ist hüben wie drüben nicht immer beachtet worden. Wohl schien es um 1867, daß sich wenigstens zwischen den Deutschen hier und den Magyaren dort ein freundliches Einvernehmen werde erzielen lassen. Allein schon wenige Jahre später (1870) schilderte der geistvollste der damaligen deutsch-österreichischen politischen Schriftsteller, Ferdinand Kürnberger, die Stimmung der Magyaren den Völkern Österreichs gegenüber sehr treffend mit den Worten: „Die

Deutschen sähen wir freilich gerne unten, darum sympathisieren wir mit den Slaven, aber die Slaven sähen wir nicht ebenso gerne oben, darum sympathisieren wir mit den Deutschen."

Am deutlichsten trat diese Art von „Sympathie" mit den Deutschen dann gleich 1871 zutage, als (unter dem Ministerium Hohenwart) Clam-Martinitz und Rieger versuchten, den Zentralismus diesseits der Leitha zu vernichten, Österreich mit einem Schlage in einen Länderbund umzugestalten und so den Slaven — vor allem den Tschechen und Polen — entscheidenden Einfluß auf die Leitung der österreichischen Politik zu verschaffen. Ungarns führender Staatsmann, der ältere Andrassy, nahm diesem Vorhaben gegenüber zunächst durchaus „keine feindselige Stellung" ein. Erst als zu befürchten stand, daß durch diese Umwälzung auch die slavischen Völker Ungarns gestärkt werden könnten, namentlich aber als „von der südwestlichen Ecke Kroatiens bis zum nordöstlichen, von Ruthenen bewohnten galizischen Landstriche Anstalten getroffen wurden, um eine allgemeine Erhebung zur Vernichtung der verhaßten Magyaren zu bewerkstelligen", unterstützte auch Andrassy den Grafen Beust in seinem Bestreben, die Regierung Hohenwart zu Fall zu bringen. Es konnte Andrassy — meinte später der tschechenfreundliche österreichische Minister Schäffle — nicht erwünscht sein, wenn jetzt schon der König von Ungarn in Wien, in Prag, in Lemberg festen Fuß, Frieden und Ordnung und versöhnte Völker erhielt, während Ungarn voraussichtlich noch lange mit Kroaten, Siebenbürgern, Kossuthianern zu schaffen hatte. Sicher ist jedenfalls, daß man in Ungarn — wie der Gesandte des Norddeutschen Bundes General Schweinitz bereits 1870 an Bismarck berichtet hatte — in einer Einführung des Föderalismus in Österreich eine ernste Gefahr erblicken mußte, da dieses System — gelangte es einmal zur Herrschaft — auch auf die Nationalitätenbewegung in Ungarn nicht ohne Wirkung bleiben konnte. Bismarck wenigstens hatte damals längst erkannt, daß ein in nationale Gruppen aufgelöstes Österreich den Auflösungsprozeß nach Ungarn zu verbreiten drohen würde.

Als indessen diese Gefahr beseitigt schien, waren in Ungarn die Sympathien für die Deutschen Österreichs bald verflogen. 1879 hinderte kein ungarischer Einfluß den Grafen Taaffe mehr (mit Unterstützung des Grafen Hohenwart) die österreichische Regierungspolitik in slavenfreundliche Bahnen zu lenken. Die völkischen Kämpfe, die seither die österreichische Volksvertretung in immer steigendem Maße erfüllten, verstärkten ja die Stellung Ungarns in der Mo-

narchie, indem sie Österreich schwächten und gaben sogar (wie eine englische Zeitschrift 1898 feststellte) dem kleineren und ärmeren Teile des Kaiserreiches bald ein entschiedenes Übergewicht.

Je kraftvoller aber die Magyaren auftreten konnten, umso lebhafter wurde auch bei Polen und Tschechen das Verlangen, es ihnen gleich zu tun. Den Polen gelang es auch — gegen den Widerspruch der Ruthenen — sehr bald, die Polonisierung des Schulwesens und der Verwaltung Galiziens durchzusetzen und schließlich die Leitung der inneren Angelegenheiten des Landes von den Einflüssen der Wiener Zentralregierung fast ganz unabhängig zu machen. Ja die österreichische Regierung mußte — da sie bei den sich stets schwieriger gestaltenden Verhandlungen mit Ungarn auf die Unterstützung der Polen angewiesen war — Galizien immer größere Beträge aus den Steuergeldern der westlichen Kronländern zur Verfügung stellen. Die Mängel im Straßenwesen, die Unverläßlichkeit des Bahnbetriebes, die Hemmnisse in der Verpflegung und manche andere unliebsame Erscheinung, die sich bald nach Kriegsausbruch in Galizien bemerkbar machten, zeigten dann leider nur zu deutlich, wie schlecht diese reichen Mittel von den Behörden verwendet worden waren.

Ähnlich wirkten die ungarischen Selbständigkeitsbestrebungen aber auch auf die Tschechen. Der Tschechenführer Zeithammer erzählt in seinen Beiträgen „zur Geschichte der böhmischen Ausgleichsversuche (1865—1871)" (erster Teil Seite 16) wie schon 1865 ein tschechischer Bezirksausschuß die Gleichstellung der Länder der böhmischen Krone mit jenen der ungarischen Krone forderte und als dann im Sommer 1868 — nach dem Abschlusse des ungarischen Ausgleiches — die Tschechen im böhmischen Landtage ihre von Rieger verfaßte „Deklaration" überreichten, ergab sich, daß auch diese im Wesen für die böhmische Krone dieselbe staatsrechtliche Stellung verlangte, die die ungarische Krone eben erlangt hatte. Vergebens hatte daher der Chef der kaiserlichen Militärkanzlei, Oberst Beck, gemahnt, die Ungarn sollten — anstatt durch unerfüllbare Wünsche immer neue Verlegenheiten zu bereiten — vielmehr helfen, den Groll zu bannen, der seit ihrer Sonderstellung bei den übrigen Völkern des Reiches aufgekeimt sei. Die ungarischen Staatsmänner erhoben stets neue Forderungen, die dann immer auch den tschechischen Führern sogleich zu nachahmenswerten Vorbildern wurden. „Warum sollen die Ungarn mehr haben können als wir", meinte 1871 der junge tschechisch gesinnte Fürst Adolf Schwarzenberg.

Auch später wurden die Verlegenheiten, die die ungarischen Trennungspolitiker den österreichischen Regierungen immer wieder bereiteten, stets zu tschechischen Gelegenheiten. Denn je größer der ungarische Einfluß wurde und je ungünstiger damit bei jeder folgenden Erneuerung des Ausgleiches die Bedingungen für Österreich wurden, umso größer mußte der Preis werden, den die österreichischen Regierungen den tschechischen Volksvertretern für ihre Zustimmung zu jeder neuen Ausgleichsvereinbarung zahlen mußten.

So wurde bei den radikalsten tschechischen Politikern, bei den Kramarsch und Masaryk's immer wieder die Hoffnung genährt, daß sie schließlich doch ihr Ziel erreichen, daß sie — wenngleich vielleicht nur mit auswärtiger Hilfe — endlich doch die völlige Loslösung der Länder der böhmischen Krone von Österreich werden durchsetzen können. Nur der magyarisch-nationalistische Sieg, der das ungarische Staatswesen geschaffen, trägt — wie Viktor Blüthgen im „Jungen Europa 1916 I.) erklärt — die Schuld daran, daß es bei den Tschechen dahin gekommen ist. Denn er hatte die Möglichkeit erwiesen, in Österreich mit dem Nationalitätenprinzip durchzudringen und so gleichen Bestrebungen den Nacken gesteift.

So wurde der Ausgleich, den Österreich 1867 mit Ungarn hatte schließen müssen, tatsächlich „eine der Hauptquellen aller politischen Schwierigkeiten Österreichs". Die endlosen Forderungen, die ungarische Trennungspolitiker seit 1867 stets aufs neue erheben und die immer wieder auf Kosten des Bruderstaates befriedigt werden sollten, ließen das öffentliche Leben Österreichs nie zur Ruhe, die verfassungsmäßigen Einrichtungen des Landes nie zu ungestörter Entwicklung kommen. Selbst während des Krieges hörten die ungarischen Beeinflussungen nicht auf. Dem kraftlosen Ministerium Stürgkh, das die Widerstandskraft des Landes eher hemmte als stärkte, das die österreichische Volksvertretung fast gewaltsam lahmlegte und selbst vor der Einberufung der zur Beratung der gemeinsamen Angelegenheiten bestimmten Delegationen zurückschreckte, wäre in den schweren Kriegszeiten nie die Verwaltung Österreichs anvertraut geblieben, hätte es nicht den Wünschen der führenden ungarischen Staatsmänner entsprochen, die Vertretung der besonderen österreichischen Interessen gerade in diesen Zeiten in schwachen Händen zu wissen, um so Ungarn als die eigentliche Stütze des Doppelreiches erscheinen zu lassen und gleichzeitig bei dem im Zuge befindlichen neuen Ausgleichsverhandlungen den ungarischen Forderungen leichte Durchsetzung zu sichern.

Als dann eines Eiferers tödliche Kugel den Grafen Stürgkh dahin gestreckt hatte und unter Koerbers Führung das stärkste Ministerium gebildet worden war, das Österreich seit vielen Jahren hatte, machten sich in Ungarn sogleich Bestrebungen bemerkbar, es so rasch als möglich wieder zu Fall zu bringen. Ernest von Koerber, („der letzte Josefiner", die Hoffnung Jungösterreichs) sollte nicht Ministerpräsident, Franz Stibral (der schon zu Caprivis Zeiten die Handelsinteressen Österreichs so klug und zäh verfocht, daß Bismarck den deutschen Unterhändlern die Sachkenntnis und Energie dieses Mannes wünschte), sollte nicht Handelsminister bleiben, weil beide den ungarischen Forderungen gefährlich zu werden drohten.

Nun aber scheint sich Österreich doch nicht länger durch Ungarn „kontumazieren", nun scheint es sich nicht länger von reichsdeutschen Volksvertretern sagen lassen zu wollen, daß Österreich-Ungarn „eine magyarische Hochburg" sei. Die Zeiten, in denen (wie es Steed „The Hapsburg Monarchie", London 1914, S. 28, ausdrückt) Hungary governed Austria through the Crown sollen vorüber sein. Wenn es nun — wie ein kluger deutsch-österreichischer Schriftsteller lange vor dem Kriege meinte — doch aussichtslos ist, zu einem befriedigenden Zusammenleben zu kommen, oder wenn dies nur durch die ständige Nachgiebigkeit und Ausbeutung Österreichs zu erzielen ist, so zieht man schließlich selbst eine reinliche Scheidung dem ewigen Hader vor. Tschechen, Südslaven und Sozialdemokraten waren ohnedies der steten Nachgiebigkeit ungarischen Forderungen gegenüber längst müde geworden. Tschechen und Südslaven hatten dabei ihrer von der Magyarisierung bedrohten Stammesgenossen jenseits der Leitha gedacht, die Sozialdemokraten aber glaubten den Einfluß Ungarns vor allem deshalb bekämpfen zu müssen, weil er die festeste Stütze der den Lebensunterhalt der großen Massen verteuernden agrarischen Schutzzollpolitik war. Nur das bürgerliche Deutschtum hatte sich zu einheitlichem Urteil noch nicht durchgerungen.

Zukunftsfrohe rechnen auch heute noch mit einer völligen Änderung in der Haltung der führenden ungarischen Staatsmänner. „Die Achtundvierziger Partei hat ihre Grundlagen verloren (schrieb bald nach Kriegsbeginn Freiherr von Wieser), denn nach dem großen Kriege werden alle Parteien, drüben in Ungarn, wie herüben bei uns auf dem gemeinsamen Boden von 1914 stehen." Namentlich von der wirtschaftlichen Annäherung an das Deutsche Reich glaubt man in dieser Hinsicht manches hoffen zu dürfen. „Die bisherige wirtschaftliche Rivalität zwischen Österreich und Ungarn wird an Schärfe

verlieren, wenn beide unter einem höheren wirtschaftlichen Zweck vereinigt werden", meint Minister Bärnreither in einer (nicht im Buchhandel erschienenen) „Denkschrift über das wirtschaftspolitische Verhältnis Österreich-Ungarns zu Deutschland".

Manche, die solches erwarten, glauben denn auch alles Trennende völlig unerörtert lassen, jede Empfindlichkeit ängstlich schonen zu müssen. Der Obmann des Deutschen Nationalverbandes im österreichischen Abgeordnetenhause meint sogar — wie er im „Panther" November 1916 erklärte — die Deutschen Ungarns in ihrem schweren Verteidigungskampfe um ihr Volkstum nicht wesentlich unterstützen zu dürfen, weil „jede Einmischung Österreichs in die nationalen Streitigkeiten von ungarischer Seite die entschiedenste Zurückweisung erfahren würde". Andere aber glauben, nicht nur Österreich, sondern auch der Gemeinsamkeit der beiden Staaten am besten zu dienen, wenn sie die Trennung vorbereiten. Auch Schriftsteller, die — wie Tezner — ihre literarische Laufbahn als „Partisane der Reichsidee" begannen, wurden so mit der Zeit zu Trennungspolitikern und selbst der in Ungarn noch jetzt als „Zentralist" verschriene Abgeordnete Zenker meint, daß er als Deutschösterreicher eigentlich die Forderung nach vollständigster Trennung von Ungarn erheben müßte.

Indessen birgt diese „Los-von-Ungarn-Bewegung", die schließlich doch nur eine — kaum vermeidliche — Rückwirkung der ungarischen Trennungspolitik ist, sehr ernste Gefahren. Denn niemand verkennt, daß die Großmachtstellung des Doppelreiches, daß namentlich seine Wirkungsmöglichkeit gegen Osten hin in Ungarn eine besonders starke Stütze findet. „Ungarn ist in Anbetracht seiner Ausdehnung und inneren Kraft der wichtigste Bestandteil des Kaiserreiches", erkannte schon der alte Metternich. Eben dieses Ungarn aber mußte jedes Jahrhundert neu erobert werden, so daß jenseits der Grenzen immer wieder der Glaube geweckt wurde, daß die Kraft, die Handlungsfähigkeit des Doppelreiches erschüttert sei, daß ein Angriff auf den Bestand der Monarchie leichten Sieg verheiße.

Auf diese Weise hat die Trennungspolitik mancher ungarischer Staatsmänner nicht nur jedem der beiden Staaten des Doppelreiches für sich, sondern auch der Monarchie als Ganzes schon schweren Schaden zugefügt. Überdies wurde aber auch die Unsicherheit und Unzweckmäßigkeit mancher Maßnahmen der äußeren und Handelspolitik des Doppelreiches — sicher mit Recht — auf den Mangel einer wirklichen Reichseinheit zurückgeführt. „Wie sollen dem Staate

weitausgreifende Pläne, Vorkehrungen reifen, weltwirtschaftliche Vereinbarungen glücken, wenn die Kontinuität der Voraussetzungen nicht gesichert bleibt", klagte erst jüngst wieder von Strakosch („Die Grundlagen der Agrarwirtschaft in Österreich", Wien 1916, S. 133), „Auf die Spaltung daheim ist die Niederlage draußen gesetzt", bestätigte Sieghart (a. a. O. S. 227).

War doch selbst die Entwicklung des Heeres, dieses — wie sich nun deutlich zeigte — einzigen Mittels zur Durchsetzung selbst der allerbescheidensten Außenpolitik, durch die ungarischen Trennungspolitiker ernstlich gehemmt worden. Schon 1868 — sehr bald nach Abschluß des Ausgleiches mit Ungarn — hatte der geniale Kriegsminister von John zurücktreten müssen, weil es ihm dem ungarischen Widerstande gegenüber nicht möglich gewesen war, seine Pläne durchzusetzen. Seither wuchsen die Schwierigkeiten der Kriegsverwaltung immer mehr und je drohender sich die außenpolitische Lage gestaltete, je näher man dem Kriege kam, umso heftiger wurde der Kampf gegen die Stärkung der Wehrmacht in Ungarn geführt.

Mit beweglichen Worten schildert die „Denkschrift" (a. a. O. S. 26 ff.) die Leidensgeschichte der Wehrreform seit 1903. Sie begann, als in der ungarischen Volksvertretung eine Regierungsvorlage zur Verhandlung kam, die eine kleine Erhöhung des Rekrutenkontingentes (um jährlich 33.000 Mann) forderte, um die neuen (bereits bewilligten) Haubitzen mit Bedienungsmannschaft versehen und einige andere Lücken ausfüllen zu können. Der Widerspruch einer anfangs geringen Minderheit von 20—30 Abgeordneten riß im Laufe der Zeit die Mehrheit mit sich fort. Drei Ministerien stürzten nacheinander über diese Vorlage, zweimal innerhalb weniger Jahre konnte infolge des Widerstandes der Volksvertretung die Rekrutenaushebung in Ungarn nicht vorgenommen werden. Man mußte — sollte nicht der Mannschaftsstand des Heeres um ein Drittel vermindert werden — die ihrer Militärdienstpflicht Genüge Leistenden über die Dienstzeit hinaus zurückbehalten und die Ersatzreserven einberufen.

Diese Maßnahmen führten aber an mehreren Orten zu schweren Ausschreitungen der länger Zurückgehaltenen, woran (nach Mitteilung eines ungarischen Regierungsblattes) auch ungarische Politiker, „die sich bereits russisches Geld verdient hatten" beteiligt gewesen sein sollen. Erst als das Ministerium Fejervary den Übermut der führenden Staatsmänner gebrochen hatte, gelang es, wenigstens die Bewilligung der regelmäßigen Rekrutenzahl für 1905/1906 durchzusetzen. Auch die Notwendigkeit der Erhöhung dieser Zahl wurde nun all-

seitig anerkannt. Allein erst 1910 kam man mit der ungarischen Regierung zu einer Einigung über die Heeresreform und als dann der bezügliche Gesetzentwurf dem Abgeordnetenhause vorgelegt wurde, begann eine neue heftige Erörterung, die — ohne Unterbrechung — von Mai 1911 bis 1912 dauerte und deren Ende nicht abzusehen war.

Vergebens hatte der Kriegsminister von Schönaich geklagt: „Die Armee verdorrt“, vergebens hatte noch 1911 der gewesene Kriegsminister Freiherr von Pitreich die Frage aufgeworfen, wie es denn möglich werden solle, die durch die gespannte Weltlage diktierte Realpolitik mit Nachdruck zu vertreten und erwünschtem Erfolge zuzuführen, wenn unbekümmert um die traurigen Folgen die gemeinsame Armee Zankapfel der beiden Staaten sei. Es bedurfte eines förmlichen Staatsstreiches, um endlich (im Sommer 1912) dem ungarischen Parlamente die zur Erhaltung und Fortbildung der Wehrkraft des Doppelreiches notwendigen Maßnahmen abzuringen.

Sie kamen zu spät. Als der Krieg ausbrach, konnte Österreich-Ungarn (nach der „Denkschrift“) nur 16 Korps mit 48 Infanteriedivisionen ins Feld stellen und überdies fehlten die Grundbedingungen zur Aufstellung von vollwertigen Reserveformationen. „Man mußte sich mit dem Landsturmaufgebot unter der Leitung von pensionierten Offizieren behelfen und nur der rühmenswerte Opfermut dieser älteren Mannschaften bewahrte Ungarn vor der Überschwemmung durch das über die Karpathen gedrungene russische Heer“. Und auch da bedurfte es in Ungarn noch eines eigenen Gesetzes, um die notwendig gewordene Einreihung ungarischer Landsturmabteilungen in österreichische Regimenter nachträglich zu rechtfertigen.

Man kann es daher einem General gewiß nicht verübeln, wenn er in einem Tagesbefehl schrieb: „Daß unsere Artillerie, besonders die — wie die jüngsten Kriegserfahrungen beweisen — so wertvollen schweren Geschütze so schlecht versehen sind, liegt in Ursachen, die lange vor dem Kriege und nicht in militärischen Kreisen zu suchen sind, sondern in unseren politischen Verhältnissen, infolgedessen der Ausbau der Artillerie immer wieder hinausgeschoben wurde. Und wenn heute die breiten Massen die unzulängliche Ausrüstung in der modernen schweren Artillerie mit erhöhten Blutopfern bezahlen müssen, so können sie dafür jenen Volksvertretern und politischen Kreisen danken, die der Ausgestaltung unseres Heeres immer wieder Hindernisse entgegenstellten“. Selbst dem ungarischen Finanzminister entschlüpfte (als man im ungarischen Abgeordnetenhause verlangte, daß auch die im Hinterlande verwendeten Offiziere in der Teuerungs-

vorlage bedacht werden mögen) die sehr zutreffende Bemerkung: „Daß die Offiziersgehalte nicht geregelt wurden, hat keinen solchen Einfluß auf die Ereignisse zu Beginn des Krieges ausgeübt, wie der Umstand, daß die Wehrvorlage nicht 2 Jahre früher bewilligt wurde". Einer der fähigsten deutschen Volksvertreter aber, der Abgeordnete Jesser meinte: Wir können es heute ungescheut aussprechen, daß uns jetzt ähnlich zumute ist, wie dem Reiter nach dem Ritte über den Bodensee.

Daß dieser Ritt ein zweites Mal gewagt werden muß, wird niemand wünschen. Wenn er diesmal noch gelang, dankt Österreich-Ungarn, danken seine Verbündeten dies nur der Tatsache, daß die „Predigt des Hasses" gegen die gemeinsame Armee, die von der Unabhängigkeitspartei immer wieder gehalten wird, bei den Völkern Ungarns keinen Widerhall fand, daß vielmehr (mit geringen Ausnahmen) alle unter den Fahnen des Hauses Österreich voll und freudig ihre Pflicht erfüllten. Dabei verstummte auch der Hader der Völker untereinander. Karl Marilaun erzählt in seinem (bei Reklam erschienenen) „Österreichischen Kriegstagebuch" (II. S. 73) wie sich ein Siebenbürger-Sachse nachts in die feindlichen Schützengräben schlich, um seinem alten, in den Regennächten arg von der Gicht geplagten magyarischen Rittmeister — einen Schlafsack zu holen. Solche Vorgänge werden nicht vereinzelt geblieben sein. Man wird an sie erinnern, wenn ungarische Trennungspolitiker wieder einmal die Mittel zur Neugestaltung des gemeinsamen Heeres verweigern und dadurch die Kraft und das Ansehen des Doppelreiches neuerlich empfindlich schädigen sollten.

Ohnehin hat Ungarn zu den gemeinsamen Ausgaben bisher stets weniger beigetragen, als die Erbländer des Hauses Österreich. Vor 1848 hat Ungarn (wie Karl Marx 1854 berechnete) nur ein Siebentel der gemeinsamen Lasten getragen, während es nach seiner Bevölkerungszahl mehr als ein Drittel der gesamten Einnahmen hätte aufbringen sollen. Das hatte seinen Grund nicht etwa nur in der geringen Leistungsfähigkeit des Landes, sondern vor allem in der Steuerfreiheit des adeligen Grundbesitzes und in dem Umstande, daß viele Verzehrungssteuern, die in den Erblanden bestanden, in Ungarn nicht eingehoben wurden und daß auch das Tabakmonopol dort nicht eingeführt war. Später änderte sich dies zwar, allein noch 1913 mußte Österreich 22 % seiner allgemeinen Staatsausgaben für Wehrzwecke verwenden, während Ungarn nur 17.8 % hiefür opferte. So litt auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der

Monarchie unter der Abneigung, die manche führende Staatsmänner allem Gemeinsamen gegenüber zeigten.

Selbst während des Krieges geschah ja in Ungarn manches, was die Kraft und die Widerstandsfähigkeit des Doppelreiches schwächte. Von den argen Schwierigkeiten, die der ausreichenden Versorgung Österreichs mit Lebensmitteln von der ungarischen Regierung bereitet wurden, war bereits die Rede. Sie werden nun auch von den Behörden unumwunden zugegeben. Die amtliche „Denkschrift über die von der k. k. Regierung aus Anlaß des Krieges getroffenen Maßnahmen“ (Wien 1915, S. 56 f) beispielsweise erzählt hierüber: „Infolge der von der ungarischen Regierung schon im Jänner 1915 und in der Folge erlassenen Verfügungen hat der freie Verkehr in den gedachten Artikeln zwischen den beiden Staaten der Monarchie Beschränkungen erfahren und später nahezu ganz aufgehört und es konnten Bezüge aus Ungarn nach Österreich nur auf Grund spezieller Verfügung der königlich ungarischen Regierung effektuiert werden..... Die erwähnten ...... Verfügungen hatten aber auch die weitere Folge, daß große Mengen von Getreide und Mehlprodukten, die auf Grund alter Schlüsse von österreichischen Privaten und öffentlichen Korporationen in Ungarn gekauft worden waren, dortselbst zurückgehalten wurden. Die Regierung kam daher wiederholt in die Lage, einerseits im Interesse der Approvisionierung und anderseits um die Käufer vor materiellen Schaden möglichst zu bewahren, bei der königlich ungarischen Regierung wegen Freigabe wenigstens solcher Getreide- und Mehlmengen zu intervenieren, die von österreichischen Gemeinden und Ländern gekauft waren. Leider hatten diese Interventionen nur in vereinzelten Fällen den gewünschten Erfolg, da die königlich ungarische Regierung ihnen gegenüber den Standpunkt vertrat, daß die Knappheit der vorhandenen Vorräte weitere Abgaben von Brot, Getreide und Mehl nach Österreich nicht zulasse“.

Während aber die beiden Regierungen so um jeden Waggon Getreide feilschten, wurden — wie der ungarische Justizminister im Abgeordnetenhause zugeben mußte — „viele hunderttausend Meterzentner Getreide aus schnöder Gewinnsucht über die Grenzen geschmuggelt“. Ja in einem Falle kam nach seinen Mitteilungen das Getreide sogar in Feindesland. Ungarische Zeitungen berichteten, daß der Wert dieses (nach Italien geschmuggelten) Getreides 12 Millionen Kronen betragen habe und daß sich unter den Beschuldigten (außer Kaufleuten und Verfrächtern) der Stationschef

der Staatsbahnkassier, der Obermagazineur, der Kontrollor und der Finanzkommissär von Neutra befunden haben.

Von Österreich aber verlangte man trotzdem stets bereitwilliges Entgegenkommen. Als beispielsweise die Kohlennot in Österreich infolge außergewöhnlicher Kälte vorübergehend so groß geworden war, daß in Wien der Straßenbahnverkehr in den Abendstunden eingestellt, in Graz die Hoch- und Mittelschulen, die Theater, Kinos, Konzert- und Versammlungssäle sowie alle Ausstellungsräume gesperrt werden mußten, beschuldigte man im ungarischen Parlamente Österreich „der größten Illoyalität gegen Ungarn“ weil es nicht genügend Kohle nach Ungarn lieferte. „Schließlich interessiert uns nur Budapest“, meinte einer der Abgeordneten mit aller Offenherzigkeit und forderte eine Steigerung der Kohlenzufuhr aus dem selbst arg bedrängten Österreich sogar auch „auf die Gefahr hin, daß die Heeresinteressen für kurze Zeit ein wenig in den Hintergrund treten müßten“.

Indessen blieben die Schwierigkeiten, die Ungarns führende Staatsmänner dem Doppelreiche während des Krieges bereiteten, keineswegs auf das Gebiet der Lebensmittelversorgung beschränkt. Vielmehr berichtete — beispielsweise — Perels („Der Wirtschaftskrieg“ S. A. aus „Der reisende Kaufmann“ vom 1. 11. 1916), daß die Monarchie infolge ungarischer Einflüsse gegenüber den unerhörten Eingriffen der Feinde in das Privateigentum der Staatsangehörigen Österreichs und Ungarns „sehr kühl“ blieb und nur zögernd zu Sicherungs- und Vergeltungsmaßnahmen schritt, so lange im wesentlichen nur das Eigentum österreichischer Staatsbürger in Frage kam. Erst als — nach dem Eintreten Rumäniens in den Krieg — auch ungarische Handelskreise in stärkerem Maße in Mitleidenschaft gezogen wurden, griff man tatkräftiger ein, tat man das Nötige, um die Geldinteressen der Staatsangehörigen auch im feindlichen Auslande nach Kräften zu wahren.

Stets zeigte sich eben, daß alles zunächst aus besonderen ungarischen Gesichtspunkten betrachtet, daß selbst Angelegenheiten, die dem feindlichen und neutralen Auslande gegenüber besser vertraulich behandelt worden wären, bedenkenlos in breitester Öffentlichkeit erörtert wurden, wenn parteipolitische Erwägungen dies wünschenswert erscheinen ließen. „Nach allem, was im ungarischen Abgeordnetenhause über die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs, über die Dislozierung und Zusammensetzung der tschechischen Regimenter, über die Mängel unserer Heeresorganisation, über die Verdienste und

Unterlassungen unserer Feldherren gesagt und aus dem Munde des Grafen Tisza bestätigt wurde, sind in dieser Beziehung dem Auslande keine Geheimnisse zu verraten", schrieb erstaunt jüngst ein reichsdeutsches Blatt. Daß die Gemeinschaft des Kriegsmaterials, der Lebensmittel, des ganzen Wirtschaftsbetriebes, daß vor allem ein unbedingtes Zusammengehörigkeitsgefühl während des Krieges zur Erringung des Sieges unbedingt erforderlich ist, kam eben in Ungarn lange Zeit nicht jedermann zum Bewußtsein.

Und doch wird — selbst wenn die schweren Stunden der Schützengrabengemeinschaft längst vorüber sein werden — das gemeinsame Erlebnis dieses Krieges auch in Ungarn das (vordem gerne belächelte) Gefühl des „Aufeinanderangewiesenseins" immerdar wacherhalten. In Österreich empfindet man dies — wie zusammenfassend nochmals festgestellt werden muß — in allen Kreisen. „Daß wir beisammen bleiben müssen, weil wir nicht auseinander können, dazu zwingt uns vor allem die mitteleuropäische Lage", stellt der deutschfreiheitliche Abgeordnete Jesser fest. „Die gemeinsame Gefahr hält fester zusammen, als alle Paragraphe", versicherte das konservative Herrenhausmitglied Graf Mensdorff-Pouilly (Mitteleuropäisches und anderes, Wien 1916, S. 93) und auch von Kralik erkennt (a. a. O. S. 253 f.), daß es die fortschrittliche Idee der Gemeinsamkeit, die unbedingte Ordnung und Einordnung war, die sich überall in diesem Weltkriege gegenüber der rückschrittlichen Idee des eifersüchtigen, törichten Eigennutzes überlegen bewährt hat, daß in der Gemeinsamkeit Ruhm, Ehre, Schutz, Kraft, Recht, Selbständigkeit, Sicherheit, Fortschritt, Zukunft — und schließlich auch Nutzen und Gewinn zu finden sei. So sieht er Österreich und Ungarn vereint nicht nur in der Personalunion der Huldigung für einen und denselben mächtigen und gerechten Heerführer und Herrscher, sondern auch in der Realunion eines und desselben politischen Interesses.

Durch welche Einrichtungen dann die – durch solche gemeinsame Interessen gebotene – Gemeinsamkeit endgültig gesichert werden soll, kann hier unerörtert bleiben. Zenker verlangt (a. a. O. S. 50), daß die einmal als solche anerkannten gemeinsamen Angelegenheiten in einer gemeinsamen Regierung und in einem gemeinsamen Vertretungskörper „staatlich organisiert" werden sollten. Auch A. Redlich meint (a. a. O. S. 52), daß zur Erreichung wirklich gemeinsamer Ziele und zur Erledigung wirklich gemeinsamer Angelegenheiten auch gemeinsame Organe geschaffen werden müssen, da — wenn es Gebiete gäbe, auf denen Willen und Gedanken einheitlich sein sollen

— es auch ein Haupt geben müsse, das diese Gedanken denke. Der Monarch allein könne dies in unseren Tagen nicht mehr sein, sondern es müßten auch zu diesem Zwecke die Völker genau so zusammentreten, wie zu allen anderen Zwecken. Andere wieder glauben dem Widerstreben der Ungarn gegen jede Reichsgesetzgebung soweit Rechnung tragen zu sollen, daß sie sich mit gemeinsam tagenden Deputationen oder parlamentarischen Ausschüssen mit beschränkter Vollmacht begnügen.

Allein schließlich sind all diese Fragen — aus deutschen Gesichtspunkten betrachtet — von untergeordneter Bedeutung. Denn wie die Beziehungen bei Gebieten, die zusammenbleiben müssen, auf dem Papier geregelt sind, das ist (wie Graf Mensdorff a. a. O. S. 32 f., mit Recht hervorhebt) im Ernstfalle für dieses Zusammenbleiben selbst völlig belanglos. Ob sich beispielsweise die beiden verbündeten Ländergebiete jedes für sich Staat nennen oder Staatsteile, kann jedenfalls nur jenen wichtig erscheinen, die aus eigensüchtigen Gründen den Streit um die Form fortzusetzen suchen, nachdem der Kampf um das Wesen längst entschieden ist. An der selbständigen Staatlichkeit Ungarns zweifelt ja jetzt doch niemand mehr. „Der ungarische Staat hat sich im großen Kriege dank der politischen Begabung seiner leitenden Faktoren als eine so kraftvolle Einheit erwiesen, daß an seiner Existenz als vollwertiger Staat nicht gerüttelt werden kann", meint (gleich vielen anderen) Nawjasky im Sonderhefte „Länderautonomie" der „Österreichischen Zeitschrift für öffentliches Recht".

Darüber kann man daher in Ungarn sicherlich beruhigt sein. Allein mit Recht wies Ratzenhofer schon 1877 darauf hin, daß „jede Nation eine doppelte Pflicht gegen sich selbst habe: Die Wahrung ihrer politischen Rechte wohl einerseits, aber noch mehr die Beachtung jener Konstellationen, unter denen sie ihre politische Individualität überhaupt erst zur Geltung bringen kann. Die erstere Pflicht erfüllen die Ungarn im ausgiebigsten Maße, an die zweite aber denken sie wenig. Die Eigentümlichkeit ihres Bestandes, die Bedingung desselben begreifen nur wenige Auserwählte des Volkes. Bleibt dies so, finden die Lehren eines Szecheny, eines Eötvös keinen Nachhall, dann bereiten sie sich, dem Staate und mit ihm Europa eine arge Katastrophe."

Von allen Seiten tönen ihnen daher seit Jahren immer wieder warnende Worte entgegen. Selbst der englische Kabinettsminister Lord Milner meinte, als man in England Österreichs Bestand noch

zur Erhaltung des Friedens für notwendig hielt: „Die Ungarn sollten zufrieden sein mit der hervorragenden Stellung, die sie erreicht haben, anstatt das ganze Gebilde in Stücke zu zerpflücken.“

Da wird man es denn auch dem Deutschtum nicht verübeln können, wenn es unablässig für die Gemeinsamkeit der beiden Staaten des Doppelreiches wirkt. Denn eine Trennung würde den Weiterbestand der Monarchie als Großmacht gefährden und dieser ist — wie auch Neutrale gleich Steffen (Weltkrieg und Imperialismus“, Jena 1915, S. 194) erkannten — für Deutschland ebenso wichtig wie für Österreich-Ungarn selbst. Mag darum jenseits der Leitha auch mancher Erfolgslüsterne mit dem Gedanken der völligen Loslösung von Österreich spielen, die Verantwortlichen wird man stets an die Mahnung erinnern müssen, die ein reichsdeutscher Rechtslehrer in die beherzigenswerten Worte kleidete: „Laßt allen Hader und strebt gemeinsam zum Großen! Das ist die Lehre, die Euch der Krieg gibt.“

Wer ernstlich für die Festigung der deutsch-ungarischen Beziehungen wirken will, wird somit drei Ziele nicht aus den Augen verlieren dürfen: Die wirtschaftliche sowie die soziale Entwicklung Ungarns, die Befriedigung aller seiner Völker und die Verinnerlichung der Gemeinsamkeit mit Österreich. Man muß dies feststellen, wenn man auch weiß, ja gerade weil man weiß, daß die „Führer der Nation“, die Ungarns Schicksale in den letzten Jahren lenkten, oft ganz andere Wege wandelten. Denn wer die Wirklichkeitstatsachen verkennt oder ängstliche Vogel-Strauß-Politik treiben zu müssen glaubt, wird argen Enttäuschungen nicht lange entgehen können. Dem deutsch-ungarischen Bündnisse vermag jedenfalls nur der wirksam zu dienen, der dem einsichtsvollen Rate folgt, den Ungarns Ministerpräsident Graf Tisza allen nach Herstellung eines innigen Einvernehmens Strebenden gab, als er jüngst einer österreichischen Tageszeitung schrieb: „Vorerst muß alles aus dem Wege geräumt werden, was Mißverständnisse und Reibungen erzeugt. Wollen wir diesem Ziele ehrlich zustreben, so muß manches herbe Wort, manche unangenehme Wahrheit offen ausgesprochen und verständnisvoll begriffen werden.“

Es gilt daher nun auch vom deutschen Standpunkte mit aller Offenheit zu sagen, was ist und was im deutschen Interesse so bald wie möglich geändert werden soll. Bisher hat man — sehr zum Nachteile der Dauerhaftigkeit der Freundschaft zwischen den beiden Völ-

kern — beides nicht klar erkannt und vielleicht auch nicht erkennen können, weil eine tiefere Einsicht in die ungarischen Dinge gerade den Deutschen aus dem Reiche durch mannigfache Umstände sehr erschwert wird. Schon die Unkenntnis der Staatssprache des Landes verhindert die meisten Deutschen, die zu Studienzwecken nach Ungarn kommen, mehr zu sehen und zu erfahren, als man sie sehen und erfahren lassen will. So erscheint ihnen denn alles in freundlichem Lichte, und nur selten gelingt es einem Gewandten, „hinter die Kulissen der ihn blendenden Aufmachung" zu blicken.

Kürzlich erst hat Samassa (im „Panther", November 1916) in knappen, durchaus zutreffenden Worten dargestellt, wie es fast allen deutschen Fremden in Ungarn ergeht: „Ein Besuch in der ungarischen Hauptstadt bietet ihnen, wenn sie über eine entsprechende Einführung verfügen — es ist dort übrigens dafür gesorgt, daß jeder deutsche Besuch, der halbwegs etwas vorstellt, eine entsprechende Führung, die von Beaufsichtigung nicht weit entfernt ist, erhält — das Bild überaus regen politischen Lebens und trotz mancher Gegensätze eines zielbewußten nationalen Willens. Man findet im Nationalkasino den Mittelpunkt des sich mit Politik beschäftigenden hohen Adels und aller politischen und geistigen ‚Spitzen', im Landeskasino den Vereinigungspunkt des Kleinadels, der sich selbstbewußt mit der ‚Gentry' Englands vergleicht. Jede politische Partei hat außerdem ihren Klub, und Gesellschaftsbesuch ausländischer Politiker wird mit glänzend aufgemachten Festen begrüßt, die sich dort ebenso rasch und programmäßig veranstalten lassen, wie etwa eine Elbebeleuchtung bei einer in Dresden tagenden Vereinsversammlung. Kaum einem der Gäste kommt es dabei zum Bewußtsein, daß er überall nur die — freiwilligen oder bezahlten — Vertreter derselben engen Gesellschaftskreise hörte, daß aber die breiten Schichten der Völker — des ungarischen Volkes wie der ‚Nationalitäten' — dort nirgends vertreten waren."

Das Ziel der Veranstalter ist erreicht. Der Fremde hat ein Bild einer in allem Wesentlichen festgefügten nationalen Einheit und Einigkeit, wie er es in seiner Heimat zu sehen gewohnt war, erhalten und verläßt das Land in der sicheren Überzeugung, der — beispielsweise — Hintze im „Jungen Europa" mit den Worten Ausdruck gab, daß nur in Ungarn „der militärisch politische Schwerpunkt der Doppelmonarchie" zu finden sei, weil nur hier, nicht in dem vom Völkerzwist durchtobten Österreich, geordnete politische Verhältnisse bestünden. Höchstens als neuen Beweis britischer Tücke vermag es daher

der fremde Besucher anzusehen, wenn der Slawen- und Rumänenfreund Seton Watson (in der Einleitung zur deutschen Ausgabe seines einseitigen, aber aufschlußreichen Werkes „The Southern Slaw Question and the Habsburg Monarchy") noch im Frühjahr 1913 die Frage aufwarf, „ob der auf Gewalt und Korruption ruhende magyarische Nationsstaat eine verläßliche und dauerhafte Stütze des Dreibundes" sei.

Und doch mahnt gerade die Tatsache, daß sich die soziale und völkische Entwicklung in Ungarn bisher außerhalb des Parlamentes vollzog, daß Ungarn noch vor der Lösung all der Fragen steht, die sich aus dieser Entwicklung ergeben, den Weiterblickenden zu erhöhter Vorsicht. Denn auch in Ungarn wohnen (ganz wie in Österreich) viele Völker, und wenn das Land heute nach außen hin als ein einheitlicher Nationalstaat erscheint, so hat dies nur darin seinen Grund, daß seine Völker bisnun noch nicht zu Worte kamen. Während Österreich in jahrzehntelanger, mühsamer Kulturarbeit seinen Völkern allmählich die Segnungen westeuropäischer Kultur vermittelte und ihnen dann auch zu politischer Gleichberechtigung verhalf, war es das unverrückbare Ziel der leitenden Staatsmänner Ungarns geblieben, in den engen Kreis der politisch Berechtigten nur jene eindringen zu lassen, die bereit sind, sich im öffentlichen Leben dem herrschenden magyarischen Volke anzufügen.

Es ist aber einleuchtend, daß die Hoffnung, dieses Ziel zu erreichen, nur so lange besteht, als die breiten Schichten der Völker politisch rechtlos sind. Denn selbst nach der amtlichen Statistik (die auch Ungarns Ministerpräsident Graf Tisza als „ein Falsum" zugunsten der Magyaren bezeichnen mußte) bekannten sich 1910 in Ungarn im weiteren Sinne (einschließlich Kroatien und Slawonien) nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung (48,1 %), in Ungarn im engeren Sinne (einschließlich Siebenbürgen und Fiume) nicht viel mehr als die Hälfte der Bevölkerung (54,5 %) als Magyaren. In Österreich-Ungarn aber bilden die Magyaren — wie auch der Tscheche Hotowetz in seiner Schrift: „Das österreichische Staatsproblem", Prag 1915, S. 6 festgestellt — knapp ein Fünftel (19,5 %) der Bevölkerung. Fast die Hälfte der Bevölkerung des Doppelreiches (47,4 %) waren (nach dieser Zusammenstellung) Slawen, von denen die in Ungarn Lebenden den Magyaren im heftigsten Abwehrkampfe gegenüberstanden und noch kurz vor Ausbruch des Krieges russischen, englischen und französischen Verhetzern ein weites Gebiet für lohnende Tätigkeit zu bieten schienen.

In Paris unterhielt man denn auch besondere Abteilungen für Zeitungsberichte über diese kleinen slawischen Völker und weckte so ihren völkischen Ehrgeiz wie ihre Selbständigkeitsgelüste; in London gab man ansehnliche wissenschaftliche Werke über sie heraus und verfaßte ihnen anspruchsvolle, weitgehende Unabhängigkeitsprogramme. Ja noch im Sommer 1916 behauptete eine englische Zeitung: Die magyarische Tyrannei über die slawischen Rassen sei eine der tiefsten Gründe des ganzen Krieges und werde die Quelle weiterer Tragödien bleiben, bis sie zerstört sein werde.

Mit dem Deutschtum aber hatten diese kleinen Völker keine politischen Zusammenhänge, ja sie standen ihnen (nach Werner, „Das Völkerbild Ungarns" im „Panther", Mai 1916, S. 516) oft mißtrauisch gegenüber, weil sie in ihm seit 1848 und 1866 „den Gönner der Magyarisierung erblickten". Ganz von selbst ergibt sich daher die Frage, ob das Deutschtum es auch in Hinkunft Engländern, Franzosen und Russen überlassen will, sich die Freundschaft dieser kleinen Völker zu gewinnen, oder ob es der Mahnung Alfred Webers („Gedanken zur deutschen Sendung" S. 33) folgen und suchen soll, gleichfalls unmittelbar auf sie einzuwirken und ein positives Programm aufzustellen, das sich auf Strömungen im Slawentume selbst stützt. Kulturell sind (auch nach Werner) die nicht magyarischen Völker Ungarns ohnehin hundertfach mit dem Deutschtum verknüpft. Ihre Jugend zieht auf deutsche Hochschulen, ihre Gebildeten stehen völlig im Bannkreise deutschen Geisteslebens. Magyarisch ist nur die, auch für Nichtmagyaren festgesetzte Amtssprache, aber deutsch ist die freiwillig gewählte Verkehrssprache auf allen Gebieten der Kultur. Die Slowaken haben überdies zum Deutschtum auch noch kirchliche Beziehungen, da fast ein Drittel von ihnen evangelisch (augsburgischen Bekenntnisses) ist.

Es wäre nun für das Deutschtum gewiß ein nicht zu unterschätzender Gewinn, wenn diese kulturellen Beziehungen auch im öffentlichen Leben der Völker Ausdruck fänden. Denn sicher werden diese arbeitsamen und arbeitstüchtigen, für fortschrittliche Bestrebungen stets empfänglichen Völker einen starken Anteil an der künftigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Ungarns haben. Sie für dieses Wirken vorzubereiten und zu kräftigen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und ihnen den richtigen Platz in der Wirtschaftsorganisation nach dem Kriege anzuweisen, würde daher sicherlich eine lockende Aufgabe für das Deutschtum sein. Es würde damit auch dem Magyarentume willkommene Dienste leisten. Denn als ehrlicher und bewährter Freund aller Völker Ungarns würde es —

wenn man seiner bedarf — auch in politischen Fragen zum berufenen Vermittler zwischen ihnen werden und leicht alle Mißverständnisse ausgleichen können, die vermutlich — gerade nach dem Kriege — nicht ausbleiben werden.

Und eine ähnliche Rolle wird dem Deutschtum auch bei der bevorstehenden Neuregelung der Beziehungen zwischen Ungarn und Österreich zufallen. An und für sich scheint es ja, als sei das Deutschtum mit Österreich enger verknüpft als mit Ungarn und somit nicht ganz unbefangen. Deutsche haben Österreich begründet und ausgebaut, deutsch waren seit jeher seine Herrscherhäuser, Deutsche leiteten seine Verwaltung, deutscher Geist lebte in seinem Heere. Und wie das Deutschtum Österreich geschaffen, so hat Österreich für das Deutschtum gewirkt. An Wiens Mauern brach sich zweimal die Türkenflut die Deutschland bedrohte, und die Siege, die Prinz Eugen, der edle Ritter, mit Österreichs Heeren erfocht, bewahrten die deutschen Lande vor schwerer Not. Alt-Österreichs Erzherzog Karl war der erste, der den großen Napoleon schlug und Kaiser Franz Joseph der einzige, Herrscher Europas, der den britischen Versuchungen, einer Verschwörung gegen Deutschland beizutreten, widerstand. Gerade er, der einst primus inter pares der deutschen Fürsten gewesen, dessen Ahnen die deutsche Kaiserkrone getragen, wies (wie Jesser im „Deutschen Willen", Jänner 1917, mit Recht rühmend hervorhebt) alle Lockungen, die verlorene Vormachtstellung mit ausländischer Hilfe und auf Kosten des Deutschen Reiches wiederzugewinnen, standhaft zurück. Er blieb der „deutsche Fürst", als den er sich Napoleon III. gegenüber bekannt hatte, auch als Eduard von England ihm einen hohen Preis für die Lösung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche bot.

Und wie der Herrscher dachte, so fühlte das Volk. Ja die Deutschen Österreichs empfanden das Ausscheiden Österreichs aus dem deutschen Bunde — obwohl ihre Stellung im Lande dadurch arg gefährdet wurde — fast als eine Erlösung. Erst seit Österreich kein Anspruch mehr auf den Vorsitz im Bunde zustand, schien ihnen sein Verhältnis zu Deutschland rein, gesund und politisch vernünftig geworden zu sein. Freudig gaben sie nun (mit Kürnberger) die Losung aus: Preußen in Deutschland und Österreich mit Deutschland.

Das blieb so bis auf den heutigen Tag. Nirgends fand daher das Bündnis zwischen Österreich und dem Deutschen Reiche so feste Stützen wie an den Deutschen Österreichs. Hier erfüllte nächste Blutsverwandtschaft das Werk der Staatsmänner mit warmem

Leben, hier wirkte mit ihren stärksten Kräften die stete Zusammengehörigkeit, die „älter wie ein Jahrtausend ist und bis in die Sagenzeit zurückreicht". Selbst der kluge, völkischen Überschwangs gewiß nicht verdächtige sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Renner erklärte — als jüngst die Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns zur Beratung stand — im Kreise der Genossen: „Weil wir durch unsere ganze Geschichte eine Einheit sind, führt uns die Geschichte zusammen".

Doch auch die Beziehungen Ungarns zum Deutschtum waren — wie ja schon ausführlich dargelegt wurde — immer sehr rege gewesen. Auf allen Gebieten der wirtschaftlichen und der staatlichen Kultur, namentlich auch bei der Entwicklung des geistigen Lebens, waren hier deutsche Einflüsse stets emsig am Werke gewesen. Auch an politischen Bündnissen mit dem Deutschtum hat es in Ungarn nicht gefehlt. Selbst in den steten Unabhängigkeitskämpfen gegen ihr deutsches Herrscherhaus haben sich die Magyaren häufig nach deutscher Hilfe umgesehen. Andrássy („Interessengemeinschaft" S. 10 f.) zählt eine lange Reihe solcher Fälle auf. Indessen hatten stets nur Zweckmäßigkeitserwägungen zu diesen Bündnissen geführt. „Les Hongrois n'aperçoivent guère, que ce qui est conforme à leur désirs; pour ce qui les contrarie, ils sont aveugles" schrieb am 1. Juni 1866 die „Revue des Deux Mondes". Und es ist vielleicht der schlagendste Beweis für die Innigkeit der Interessengemeinschaft des Magyarentums und des Deutschtums, daß es keiner Gefühlsbeziehungen bedurfte, sondern daß der kühlwägende Verstand allein die beiden Völker in ihren großen Schicksalsstunden stets zusammenführte.

Auf deutscher Seite hat man dies jedenfalls längst klar erkannt. Schon Jahn hatte sich daher ehrlich darüber gefreut, daß es gelungen war, „die wilden Magyaren" in Ungarn seßhaft zu machen, so daß sie „mit den Deutschen vereint dort an der Donau einen staatsbildenden Kern zukunftsreicher Entwicklung abgeben" konnten. Und jetzt im Kriege hat sich das Band der Freundschaft als so fest erwiesen, daß beispielsweise Sieger (in der Zeitschrift für Politik, S. 92) sogar der Ansicht Ausdruck lieh, Ungarn gelte in Deutschland mehr als Deutsch-Österreich.

Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Meinung richtig ist. Gewiß aber hat man die Leistungen Deutsch-Österreichs im Deutschen Reiche oft arg unterschätzt. Man sah nur, daß der Einfluß der Deutschen in Österreich immer geringer wurde und vergaß dabei,

daß sie (im Gegensatz zu den Magyaren in Ungarn) fast niemals unumschränkt über die Verwaltung verfügen konnten. Wohl war in den Tagen des Absolutismus das Deutsche die Sprache der Verwaltung gewesen. Allein dies kam durchaus nicht dem Deutschtum zugute, sondern machte das Deutsche den übrigen Völkern des Landes nur als „Sprache der Unterdrückung" verhaßt.

Um so höher sollte man daher die Tatsache werten, daß es den Deutschen in Österreich trotz alledem gelang, durch den linden Zwang ihrer höheren Kultur allein die nichtdeutschen Völker des Reiches in ihren Bannkreis zu ziehen und sie — wenngleich gegen ihren Willen — wenigstens kulturell „zu germanisieren". So dankt es (wie Jesser gelegentlich zutreffend hervorhebt) das Deutsche Reich einzig und allein nur den Deutschen Österreichs, daß in dem halben Jahrhundert seit 1866 der österreichische Staat ihm innerlich nicht entfremdet worden ist und Mitteleuropa als politische Einheit erhalten wurde. Es war — leider möchte man fast sagen — nie Deutsch-Österreichs Art, „die Backen zum eigenen Ruhme vollzunehmen". Sich selbst bespöttelnd, stand man ruhig da, dachte sich sein Teil und ließ die andern reden. Nun aber, da der Ruhm der deutsch-österreichischen Regimenter durch alle Lande klingt, da Deutsch-Österreichs Großgewerbe auch den Verbündeten die Waffen liefert und Deutsch-Österreichs Geld den größten Teil der Milliardenlasten der Monarchie übernimmt, nun darf man hoffen, daß auch die Brüder im Reiche erkennen, „wie unsere Sache im allerstärksten Maße ihre Sache ist", daß „bei uns das Deutschtum Sieg oder eine Niederlage erleiden muß". —

Namentlich die — jetzt so wichtig gewordene — Stellung des Deutschtums gegen Südosten hin kann ohne die Deutschen in Österreich nicht gehalten werden. Nur sie können die Verbindung mit jenen zahllosen deutschen Sprachinseln herstellen, die dort verstreut sind, nur sie können daher als verläßlicher Vermittler deutschen Wesens in jenen Landen wirken. Sie allein haben sich in jahrhundertelanger Grenzwacht treu und standhaft erwiesen, obzwar ihnen nur ein kleines Häuflein wackerer Deutsch-Ungarn zur Seite stand, nur ein kleiner Vortrupp deutscher Siedler in den Reichslanden (in Bosnien und der Herzegowina) und in Rumänien wachte. Auch diese melden sich bereits zum Worte. „Ungarns Deutschtum gehört jedenfalls zu den Zweigen unseres Volkes, die besondere Beachtung und besondere Pflege schon in Anbetracht ihrer Vergangenheit und ihrer bedeutungsvollen Aufgaben verdienen," erinnerte (im

Ungarnheft des „Panther") kürzlich der siebenbürgisch-sächsische Abgeordnete Rudolf Brandsch. Und mahnend fügte er hinzu: „Wir dürfen nicht vergessen, daß das Deutschtum Ungarns im Durchzugsland zum nahen und fernen Osten wohnt, dessen Bedeutung für das deutsche Volk in der Zukunft so gewaltig wachsen wird. Das ungarische Deutschtum sitzt hart an der alten berühmten Wasserstraße der Donau, zu deren Neubelebung sich jetzt an allen Ecken und Enden die Hände regen. Dazu kommen die magyarischen, die serbokroatischen und rumänischen Sprachkenntnisse des ungarischen Deutschtums, die es zum gegebenen Vermittler deutschen Handels und deutscher Kultur macht."

Schon beginnt man denn auch im Deutschen Reiche das Deutschtum Österreichs wie Ungarns höher einzuschätzen als bisher. War früher den meisten Deutschen im Reiche Deutsch-Österreich nicht nur politisches Ausland, sondern Fremdland geworden, weil das deutsche Staatsbewußtsein völlig das Bewußtsein deutsch-völkischer Zusammengehörigkeit überwucherte, so fängt man nun mit Karl Lamprecht („Liebesgaben aus dem Deutschen Reiche", Wien 1915, S. 84) an, auch die Bedeutung des Auslandsdeutschtums nach Gebühr zu würdigen. Mit dieser Einsicht wuchs aber auch das Ansehen des trotz allem immer noch vorwiegend von deutschen Einflüssen beherrschten Österreich. Man sieht nun, daß eine unbedingte Vorherrschaft Ungarns in der Monarchie doch nicht wünschenswert sei, daß es von deutschen Gesichtspunkten aus betrachtet, doch besser wäre, wenn auch Österreich ein gleicher Einfluß auf die Leitung des Geschickes des Doppelreiches gesichert bliebe. Vor allem aber erblickt man das Streben der ungarischen Trennungspolitiker nun in einem anderen, schärferen Lichte. Denn man ahnt nun, daß, wer aus völkischen Gründen Ungarn von Österreich loslösen will, auch für ein enges Bündnis mit dem Deutschen Reiche nicht zu haben sein werde, und erinnert sich — spät, aber noch rechtzeitig — wieder daran, daß schon Bismarck den Versuch, Ungarns Wünsche im Gegensatz zu Österreich durchführen zu wollen, für „ein sehr gefährliches Unternehmen" gehalten und es heftig abgelehnt hat, „Honvedpolitik oder ähnlichen Unsinn" zu treiben.

So erscheint denn das Deutschtum jetzt, da es neben der staatlichen Kraft Ungarns, auch den gar nicht zu überschätzenden Wert der Arbeit Deutsch-Österreichs in der Monarchie würdigen lernte, als der berufene Vermittler zwischen Österreich und Ungarn. Es wird sich sicherlich zu diesem schweren und wenig dankbaren Amte

nicht drängen. Es wird sich ihm aber auch nicht entziehen können, wenn es gerufen wird und ein neuer Streit zwischen den beiden Staaten der Stärke der Monarchie gefährlich werden könnte. Denn — um mit Friedrich List zu sprechen —: „Ist Österreich gelähmt, so ist es ganz Deutschland."

Der deutschen Politik fällt somit bei der Vorbereitung für die Festigung der ungarisch-deutschen Beziehungen eine im wesentlichen passive Rolle zu. Sie hat nur (wenn man sie ruft) vermittelnd einzugreifen und kann es im übrigen den deutschen Landwirten und Großgewerbetreibenden, den Geldmännern und Kaufleuten, den Künstlern und den Gelehrten überlassen, die Bande enger zu knüpfen, die magyarisches und deutsches Leben schon seit Jahrhunderten verknüpfen. Größere Aufgaben harren der ungarischen Politik. Sie muß das ganze öffentliche Leben in Ungarn mit neuem Geiste erfüllen, muß es von unfruchtbarem völkischem und staatsrechtlichem Streit ablenken und es auf die Bahnen emsigen, wirtschaftlichen und kulturellen Schaffens weisen. Sie, die bisher das Interesse des Landes fast unumschränkt in Anspruch nahm, muß freiwillig in den Hintergrund treten und den Platz freimachen für gründliche, ernste Arbeit.

Man sollte meinen, daß allen voran die Demokratie berufen wäre, diese Großtat zu leisten. Sie hat ja selbst am schwersten unter den mannigfachsten Hemmungen gelitten, die dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in Ungarn bereitet wurden und längst schon versucht, sie zu beseitigen. Auch während der Stürme des Krieges hat sie — soweit es die Umstände zuließen — unablässig nach Maßnahmen verlangt, die die (nun von allen Seiten erstrebte) „Mehrproduktion" wirtschaftlicher Güter ermöglichen sollten. Und da ihr — auf landwirtschaftlichem Gebiete — vor allem das allzu starke Überwiegen des Großgrundbesitzes als Hindernis für eine Steigerung der Erzeugung erschien, ist sie zunächst für eine durchgreifende Änderung der Grundbesitzverhältnisse eingetreten. Der Latifundienbesitz sollte nach und nach verringert und den Massen des Volkes Gelegenheit geboten werden, Grund und Boden zu kaufen oder zu pachten.

Die gewerbliche Erzeugung aber wollte die Demokratie in erster Linie durch sozialpolitische Maßnahmen fördern. Denn gerade während des Krieges schien ihr der soziale Notstand besonders offenkundig geworden zu sein. Gleich bei Kriegsausbruch war ja —

wie der Rechtskonsulent der ungarischen Sozialistenpartei Dr. Ormos im „Jungen Europa", 1915 V berichtete — die gewerbliche Erzeugung (außer in den für die Armeeleitung arbeitenden Betrieben) völlig ins Stocken geraten, so daß trotz der Einberufungen zur Heeresdienstleistung die Zahl der Arbeitslosen stetig stieg. Dabei sollen die Löhne — auch in den mit Heereslieferungen betrauten Unternehmungen — wesentlich gesunken sein. Eine lang ersehnte Verordnung über die Einführung von Mindestlöhnen kam dann viel zu spät und blieb im wesentlichen wirkungslos.

Dazu soll es in den Betrieben vielfach an den notwendigsten, bei Unfällen erforderlichen Einrichtungen gefehlt haben. Wenn dann aber die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft Schritte unternahmen, um solche Übelstände zu beseitigen, soll dies meist nur Maßregelungen zur Folge gehabt haben. Auch eine Eingabe, die der Gewerkschaftsverband und die sozialdemokratische Parteileitung noch im Spätherbste 1914 dem Ministerpräsidenten vorlegte, blieb unbeantwortet.

Ebenso wie die Interessen der Arbeiter sollen aber auch die Bedürfnisse der anderen minderbemittelten Kreise der Bevölkerung arg vernachlässigt worden sein. So rügte man es, daß die Unterstützungen der Angehörigen der Kriegsteilnehmer geringer seien, als in den anderen kriegführenden Staaten, daß die Familien der gefangenen und gefallenen Krieger überhaupt keine Unterstützung erhielten und selbst die bewilligten Unterstützungsgelder oft monatelang nicht ausbezahlt, und daß auch die Renten der Kriegsbeschädigten sowie die Verwundungszulagen viel zu niedrig bemessen wurden.

Die heftigsten Klagen wurden indessen über die Verteilung sowie über die maßlose Teuerung der (an sich in hinreichender Menge vorhandenen) Lebensmittel laut. Die Preise (namentlich die von Fleisch und Fett) stiegen auf das Vier- bis Sechsfache der (an sich schon hohen) Friedenspreise. Während beispielsweise 1 Meterzentner Lebendgewicht von erstklassigem Vieh im Deutschen Reiche 230 Mark kostete, wurde es in Pest mit 660 Kronen bezahlt. Bald mußte sogar Exzellenz Szterenyi im ungarischen Abgeordnetenhause feststellen, daß Pest die teuerste Stadt Europas sei.

Sehr selten freilich und nur in den (noch durch die Zensur behinderten) Zeitungen konnte die Demokratie, konnten namentlich die Arbeiter ihre Unzufriedenheit über solche soziale Mißstände unumwunden äußern. Öffentliche Besprechungen ihrer Wünsche und Beschwerden wurden nicht gestattet. Vergebens schrieb (am 16. Januar 1917) die sozialdemokratische „Volksstimme": „Die ungarische Ar-

beiterschaft hätte eine öffentliche Aussprache viel notwendiger, als die Arbeiter anderer Länder, die im Parlament ihre Vertreter haben, da sie das Recht, Vertreter zu entsenden, nicht hat. Außerdem dürfen die Arbeiter anderer Länder für die Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung etwas tun und mitarbeiten bei der Lösung der Fragen, die der Krieg aufgeworfen." In Ungarn blieb die längste Zeit alles beim alten.

Es ist begreiflich, daß die Demokratie Ungarns unter diesen Umständen an dem gegenwärtigen Parlamente völlig verzweifelte und auch an das Vorgehen der anscheinend wahlrechtsfreundlichen Opposition keine frohen Erwartungen mehr knüpfte. Unverblümt gab man vielmehr der Ansicht Ausdruck, daß der Demokratie gegenüber im Grunde genommen alle (einander anscheinend so feindlichen) Parteien des Abgeordnetenhauses ganz einig seien. Als wieder einmal ein großer Angriff der Opposition angekündigt war, schrieb daher die sozialdemokratische Volksstimme recht hoffnungslos: „Die Komödie wird auch diesmal glatt gehen. Die Kosten dieser Aufführung zahlt natürlich das Volk, worüber sich die Gesellschaft, die auf Teilung spielt, nicht viel Kopfweh macht. Daß man aber im dritten Kriegsjahre dort noch immer Theater spielen kann und darf, ist das Verwunderlichste an der Sache. Wann kommt eigentlich die Sperrstunde für dieses Spektakelunternehmen, das sich bei uns Gesetzgebung und Volksvertretung nennt?"

Die Antwort auf diese beißende Frage fällt der Demokratie nicht schwer. Sie glaubt, daß den Vorstellungen bald aller Zulauf fehlen würde, wenn erst einmal die zugkräftigsten Stücke, die völkischen und staatsrechtlichen Fragen, vom Spielplan verschwunden wären. So erstrebt sie denn vor allem die Beilegung des völkischen Zwistes, indem sie die völlige Gleichberechtigung aller Völker Ungarns fordert. „Was wir im Interesse des eigenen wie auch im Interesse des internationalen Proletariats verlangen müssen (schreibt die „Volksstimme") ist, einer jeden Nation freie Entwicklungsmöglichkeit zu gewähren durch das Institut der nationalen Autonomie. Der jetzige Krieg hat uns deutlich genug belehrt, daß eine Nationalitätenpolitik, wie sie bis jetzt gemacht wurde, in Zukunft unmöglich ist; je besser es einer Nation national und wirtschaftlich im Staate ergeht, desto mehr hält sie zum Staat."

Und wie die Demokratie für die Forderung der nichtmagyarischen „Nationalitäten" Ungarns nach Gleichberechtigung eintritt, so kämpfen die Nationalitäten für die demokratische Forderung des allgemeinen

Wahlrechts. Selbst die Deutschen Ungarns (außer leider den Siebenbürger Sachsen), die politisch sonst willig dem Magyarentum Gefolgschaft leisten, schließen sich dieser Forderung an. „Das allgemeine Wahlrecht kommt doch. Es ist eine geschichtliche Notwendigkeit," rief schon 1910 der deutschbewußte Abgeordnete Brandsch.

Es ist auch kein Zufall, daß sich die Nationalitäten und die Demokratie in ihren Forderungen treffen. Denn beide glauben sich von demselben Unheile bedroht: von der Politik jener führenden ungarischen Staatsmänner, die zwar vorgeben, die demokratischen Forderungen nicht erfüllen zu können, weil dadurch das Magyarentum bedroht wäre, die aber in Wirklichkeit die „Nationalitäten" Ungarns nicht befriedigen, die völkischen Kämpfe im Lande nicht beendigen wollen, weil sie sich dadurch eines stets bewährten Grundes gegen die Bewilligung der demokratischen Forderungen berauben würden.

Ähnlich ist die Stellung der ungarischen Demokratie zu jenen Fragen, die die Beziehungen zu Österreich betreffen. Wieder Völkerstreit, so lenkten ja auch die endlosen staatsrechtlichen Erörterungen das Interesse des Landes von den weit wichtigeren sozialen Aufgaben ab, und wie durch jede Maßnahme zur Befriedigung der Nationalitäten wurden daher auch durch jede Maßnahme zur Besserung des Verhältnisses zu Österreich Kräfte für die Arbeit an der sozialen Entwicklung des Landes frei. Ja schließlich glaubte man sogar zu erkennen, daß — ebenso wie sich eine Interessengemeinschaft zwischen den Nationalitäten und der Demokratie herausgebildet hatte — auch die Forderungen der ungarischen Demokratie vielfach mit den Wünschen Österreichs übereinstimmten.

Herrscher und Volk waren in Ungarn ja — wenngleich beide Teile dies häufig verkannten — der herrschenden Oligarchie gegenüber von jeher natürliche Verbündete gewesen. Fast jeder Sieg der Krone hatte „eine Milderung der oligarchischen Klassenherrschaft und somit einen Fortschritt in der sozialen Entwicklung des Landes", jede Besserung der Lage des Volkes eine Vermehrung der Steuer- und Wehrkraft der Bevölkerung und damit eine Verstärkung der Machtmittel der Krone bedeutet. Ebenso weckte jeder Erfolg der österreichischen Demokratie in Ungarn, jede Kräftigung der ungarischen Demokratie in Österreich lauten Widerhall. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Österreich ist dem Einflusse des ungarischen Ministerpräsidenten Baron Fejérvary zuzuschreiben; die

Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung in Ungarn wird stets an österreichischen Maßstäben gemessen werden.

Ja selbst bei den Verhandlungen über den wirtschaftlichen Ausgleich — bei denen die Gegensätze zwischen den beiden Staaten immer am sinnfälligsten werden — zeigt es sich, wie innig die Interessengemeinschaft ist, die die ungarische Demokratie mit der österreichischen verbindet. Denn während den ungarischen Unterhändlern als größter Erfolg gelten mußte, daß es ihnen gelang, die bestehenden (unverhältnismäßig hohen) Mindestsätze des gemeinsamen Zolltarifes für die ganze (zwanzigjährige) Dauer des neuen Ausgleiches festzulegen und die Zölle für Schlacht- und Zugvieh noch zu erhöhen, stießen gerade diese Bestimmungen des neuen Ausgleiches in den Kreisen der ungarischen Demokratie auf heftigsten Widerspruch. Hier wollte man nichts davon wissen, daß die Festsetzung der Ausgleichsdauer auf zwanzig Jahre „durch die Einwilligung in Zölle erkauft werden soll, die in die Taschen des ungarischen Großadels fließen". Denn man hatte weder auf die Verteuerung der Lebenshaltung, die durch diese Zölle herbeigeführt worden war, noch auf die Mißstände, die sich namentlich auch aus der Einschränkung der Einfuhr von Lebendvieh ergeben hatten, vergessen. Die „Fleischmisere in den letzten Jahren vor dem Kriege, wo man sich zum Import des argentinischen Gefrierfleisches gezwungen sah, während die Balkanschweine vor der Grenze der Monarchie aus ‚sanitären' Rücksichten Halt machen mußten", war noch in aller Erinnerung. Und die Wirkungen, die diese Politik auf die Balkanstaaten ausgeübt hat, hatte man im Kriege nur allzu deutlich zu fühlen bekommen. Besorgt fragte man daher: „Soll dem Kriege mit den Waffen der Wirtschaftskrieg folgen? Sollen die Balkanslawen wiederum in den russischen Panslawismus hineingezogen werden? Soll das alte Kesseltreiben auf dem Balkan aufs neue beginnen und dieser wiederum zum Wetterwinkel Europas werden?"

Das aber sind die nämlichen Fragen, die sich auch die Demokratie Österreichs wie Deutschlands, ja das ganze Deutschtum immer wieder stellen muß. Gleichwie sich das Deutschtum mit seinen Wünschen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Ungarns und mit seinen Hoffnungen auf Beilegung der völkischen Streitigkeiten im Lande mit der Demokratie Ungarns trifft, so müssen beide auch die Beendigung der staatsrechtlichen Kämpfe innerhalb der Monarchie und die Einleitung einer Handelspolitik willkommen heißen, die nicht nur dem wirtschaftlichen Bedürfnisse eines engen Kreises, sondern den großen

Zielen des ganzen Doppelreiches dient. Und diese Interessengemeinschaft, die sich so auf fast allen Gebieten der inneren und äußeren Politik Ungarns zeigt, läßt die Demokratie Ungarns sicherlich auch besonders geeignet erscheinen, der Festigung der ungarisch-deutschen Beziehungen in den Ländern der Stephanskrone die Wege zu bereiten.

Allein der Einfluß der Demokratie ist in Ungarn nie groß gewesen. Noch zu Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte vielmehr Ratzenhofer mit Recht feststellen können: „In Ungarn ist das Volk, moralisch noch deprimiert durch den langgewohnten politischen Druck des Adels, natürlich nicht fähig, politisch gereiste Empfindungen zu haben und zu äußern." Seither hat sich daran nicht allzuviel geändert. Nur ein ganz enger Kreis bürgerlicher „Intellektueller" hat sich westlich-demokratischen Ideen zugänglich gezeigt und auch die Zahl der Sozialdemokraten ist — verhältnismäßig — sehr klein geblieben.

Wie sich die Dinge nach dem Kriege gestalten werden, läßt sich nicht vorhersehen. Viel wird sicherlich von der Stimmung abhängen in der die Streiter aus den Schützengräben heimkehren werden, von den Gedanken, die sie dort gefaßt, von den Idealen, die sich dort gebildet haben. Starken Einfluß werden ferner die Gefühle üben, die der Ausgang des Krieges im Hinterlande auslösen wird, und von größter Bedeutung wird sicherlich die Haltung sein, die der Herrscher Österreich-Ungarns diesen Fragen gegenüber einnehmen wird. Über all diesem liegt indessen noch der Schleier des Ungewissen. Sicher ist nur, daß (wie Goethe einmal meinte) der alte Sauerteig wird ausgekehrt werden müssen, daß es nicht ferner im Unwahren, Ungerechten und Mangelhaften so fortgehen und bleiben kann wie bisher. Ob die Tage der Demokratie kommen werden, weiß man nicht, ihre Gedanken aber werden siegen.

Es wäre nicht das erste Mal, daß die „Führer der Nation" selbst sich der Gedanken der Zeit bemächtigen und ihnen Erfüllung verheißen würden. Auch 1848 — als die Wogen der Begeisterung die Freiheitsideen durch alle Lande trugen — haben die Machthaber in Ungarn es verstanden, die Massen um sich zu scharen, indem sie die Forderungen der Demokraten — wenigstens zum Teile — erfüllten. Sie hatten lange damit gezögert. Noch 1847 hatten sie den an den Landtag gerichteten königlichen Propositionen auf Abschaffung der bäuerlichen Fronden ihre Zustimmung versagt. Denn demokratisch war ihre Tendenz — wie Graf Hartig damals schrieb — bis zum,

Jahr 1848 überhaupt nie gewesen. „Die privilegierten Stände liebäugelten mit dem Volke, um sich dessen Sympathien zuzuwenden und dem Throne die Stützen zu entziehen, welche er an dessen Anhänglichkeit finden konnte. Allein sie beabsichtigten keineswegs die Teilung ihrer Rechte mit dem Volke." Erst als es hieß, daß meuternde Bauernhaufen heranrücken, und die Gefahr bestand, daß die Wiener Regierung doch noch dieser „interessanten, zahlreichen und unterdrückten Klasse" Schutz und Stütze gewähren könnte, entschloß man sich schnell und — anscheinend — freiwillig zur Befreiung der Bauern, zur Einführung der Preßfreiheit, zur Erweiterung des Wahlrechtes.

Auch heute liegen die Dinge nicht anders. Auch heute darf man erwarten, daß das Volk, das in den Schützengräben blutete und litt und im Hinterlande arbeitete und darbte, seine Ansprüche auf Verbesserung seiner Lebenshaltung, auf Ausdehnung seiner plitischen Rechte kräftiger als vordem geltend machen wird. Auch heute mehren sich daher selbst unter den Machthabern die Stimmen, die den zu erwartenden Wünschen des Volkes Rechnung zu tragen suchen. Man erkennt (mit Weckerle im „Jungen Europa", 1916 XI) an, daß die ausgleichende, demokratisierende Wirkung des Krieges eine Verallgemeinerung der Ansprüche hervorgebracht habe, die dringende Befriedigung heischen, und forscht eifrig nach Mitteln, die in dieser Richtung wirken könnten.

Es ist begreiflich, daß in einem Agrarlande wie Ungarn vor allem die Forderungen der Landbevölkerung zur Erörterung gestellt werden, und daß man namentlich den (bereits ins Unerträgliche gesteigerten) Landhunger der Massen des Landvolkes wenigstens einigermaßen zu stillen sucht. „Alle grundbesitzenden Klassen müssen hier Opfer bringen, ohne jeglichen Unterschied. Allen voran aber die Besitzer der gebundenen Güter," erklärt Graf Apponyi. „Die Besitzpolitik muß den Massen des Volkes Gelegenheit bieten, durch Pachtung oder Kauf zu Grund und Boden zu gelangen," fordert Graf Battyanyi. „Die demokratische Bodenpolitik hat nicht bloß eine soziale Bedeutung, sie ist auch eine wesentliche Bedingung der gesunden Wirtschaftspolitik und hochbedeutsam vom nationalen Gesichtspunkte," meint Exzellenz Szterenyi. Selbst die Besitzer der großen Güter können sich diesen Erwägungen nicht entziehen. Kardinal Czernoch, der Fürstprimas von Ungarn, erklärte öffentlich, der Episkopat sei bereit, aus den kirchlichen Stiftungs- und Fundationalgütern Grund und Boden zur Ansiedlung der Soldaten zu überlassen,

Von ähnlicher Bedeutung wie eine einschneidende Änderung der Grundbesitzverteilung erscheint den maßgebenden Kreisen Ungarns indessen eine Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung. Auch dies ist erklärlich. Denn die Verminderung der Bevölkerung, die während des Krieges eintrat und vermutlich auch nach Friedensschluß noch einige Zeit fortdauern wird, macht eine Schonung des vorhandenen Bestandes und damit die Schaffung günstiger Voraussetzungen für eine lange Lebensdauer dringend erforderlich. Während 1914 die Bevölkerung (nach Mitteilungen Apponyis im Abgeordnetenhause) noch um 200000 Seelen zugenommen hatte, nahm sie 1915 (abgesehen von den Verlusten auf den Kriegsschauplätzen) bereits um 36000 und 1916 um 94500 Seelen ab. Szterenyi schätzt (im „Jungen Europa“, 1916 XI) die Verminderung der Bevölkerung Ungarns in den ersten drei Halbjahren des Krieges auf 1,3 Mill., also auf mehr als $5^1/_2$% der Bevölkerung. Dieser Bevölkerungsrückgang ist (abgesehen von den unmittelbaren Kriegsverlusten) vor allem auf die Abnahme der Zahl der Lebendgeburten zurückzuführen. Sie sank von 640566 im Jahre 1913 auf 333550 im Jahre 1916, demnach fast auf die Hälfte. Dazu kommt, daß die Zahl der Todesfälle (auch im Hinterlande) nur ganz unwesentlich zurückging: von 430928 im Jahre 1913 auf 428057 im Jahre 1916. Die (ohnehin sehr erhebliche) Kindersterblichkeit nahm sogar noch beträchtlich zu. Sie stieg von 20,1% im Jahre 1913 auf 23% im Jahre 1916.

So erhofft man denn nur von durchgreifenden sozialpolitischen Maßnahmen wirksame Abhilfe. Durch Ausgestaltung des Säuglings- und Kinderschutzes soll die Kindersterblichkeit verringert, durch Ausbau der Arbeiterversicherung die durchschnittliche Lebensdauer erhöht und die Sterblichkeit vermindert, durch Festsetzung von Mindestlöhnen der Arbeiterschaft eine ausreichende Bedarfsbefriedigung gesichert werden. Vor allem aber sucht man zu diesem Zwecke die so sehr verteuerte Lebenshaltung wieder billiger zu gestalten und spottet „der naiven Seelen“, die heute noch die Einfuhrzölle auf Lebensmittel erhöhen möchten.

Schließlich finden neben der wirtschaftlichen und sozialen sogar auch die politischen Forderungen der Demokratie beredte Fürsprecher unter den maßgebenden Persönlichkeiten. Die konservativsten Parteiführer treten nun für die Verstaatlichung der Verwaltung, wie für die Erweiterung des Wahlrechtes ein, obwohl beide Neuerungen eine völlige soziale Umwälzung bedeuten. Denn die bisherige Selbstverwaltung in den Komitaten hat der Landadel mit seinem Anhange

unumschränkt beherrscht und auch in die Volksvertretung konnte unter dem bis jetzt geltenden Wahlrechte ein den Führern der Nation nicht Genehmer nicht leicht gelangen. Wird aber die Verwaltung verstaatlicht, so entsteht mit der Zeit ein Beamtentum, das sich seine eigenen Grundsätze, seine eigenen Ziele bildet und sich in einigen Jahrzehnten nicht mehr ohne weiteres von den bisherigen Machthabern leiten läßt. Und beginnt man gar den engen Kreis der Wahlberechtigten zu erweitern, hat nicht nur die „Nation", sondern auch das Volk in allen öffentlichen Angelegenheiten mitzusprechen, dann wird es in absehbarer Zeit auch nicht mehr möglich sein, die Gesetze auf die Bedürfnisse jener Bevorrechteten zuzuschneiden, die bisher die „Nation" gebildet haben.

Dies vor allem muß man bedenken, wenn man die Äußerungen mancher führender Männer Ungarns richtig werten will. „Die künftige Epoche soll mit der Proklamierung des allgemeinen politischen Rechtes eingeleitet werden, die großen Aufgaben der Zukunft erheischen eine einheitliche Nation, in welcher alle Mitglieder der arbeitenden Gesellschaft gleiche Rechte genießen," erklärt eines der führenden Mitglieder der Verfassungspartei, Exzellenz Szterenyi. „Nur das ganze Volk kann eine ganze Nation bilden," verkündet der Führer der Unabhängigkeitspartei, Exzellenz Graf Apponyi. „Es ist ausgeschlossen, daß nach den großen Opfern nicht auch die weitesten Schichten der Nation des Wahlrechtes teilhaftig werden," versichert der Führer der äußersten Linken, Graf Michael Károlyi.

Es braucht kaum besonders betont zu werden, daß nicht philosophische Betrachtungen, sondern zwingende Tatsachen diese neuen Wahlrechtsfreunde der Gedankenwelt der Demokratie näher brachten. „Wenn die Regierung fortfährt, antisoziale Politik zu machen, wird das zu den erbittertsten Klassenkämpfen führen," meinte ein Abgeordneter. „Die Ausdehnung des Wahlrechtes, die die Regierung so hartnäckig ablehnt, wird von den heimkehrenden Insassen der Schützengräben auch gegen den Willen der Regierung erzwungen werden," versicherte ein anderer. Selbst der Hinweis auf die Barrikadenkämpfe, die nach dem Kriege 1870/71 in den Straßen von Berlin tobten, fehlte nicht.

Zudem weiß man wohl, daß, wenn der Herrscher für die Forderungen der Völker Ungarns eintritt, oder wenn er auch nur den bisherigen Machthabern seine Unterstützung versagt, der Sieg sich auch gegen den Willen „der Führer der Nation" an die Fahnen der Demokratie heften muß. Schon 1905 hatte die kurze Spanne Zeit,

die das Ministerium Fejervary die Verwaltung des Landes leitete, genügt, um der Sozialdemokratie Scharen neuer Anhänger zuzuführen und den Kleinbauern gerade in den wichtigsten Bezirken der Unabhängigkeitspartei zu einer so vortrefflichen Organisation zu verhelfen, daß sie bei den nächsten Reichstagswahlen bereits drei Abgeordnete in das Parlament entsenden konnten.

So liegt denn für die leitenden Staatsmänner Ungarns gewiß der Wunsch sehr nahe, den Ereignissen zuvorzukommen und den Gedankengängen Apponyis zu folgen, der jüngst im Abgeordnetenhause vorausblickend meinte: „Es gilt für das ungarische Volk die neue Weltordnung zu schaffen. Diese Weltordnung wird kommen: Entweder mit uns oder gegen uns. Der Fortbestand der Nation hängt davon ab, daß er mit uns zustande komme."

Ohnedies ist ja die Stellung des führenden Adels bereits von der vordringenden Macht des Großkapitals arg gefährdet. „Die Regierung ist zum Spielzeug einer von ihr großgezogenen und heute bereits wohlorganisierten Plutokratie geworden", klagte erschrocken ein Sprecher der ungarischen Landwirte, der gewesene Abgeordnete Gaston Gaal. Tatsächlich hat das Großkapital (unter Führung der Banken) während des Krieges am Kettenhandel mit Lebensmitteln (den es — namentlich auch nach Österreich — schwunghaft betrieb) ganz ungeheure Beträge verdient und hat nun (unter dem Vorwand, die „Mehrproduktion" zu fördern) weite Flächen des ungarischen Bodens an sich gebracht. Wirkungslos verklang die Mahnung, die ein Abgeordneter im ungarischen Parlamente in die aufstachelnden Worte kleidete: Die goldene Hand will die tote Hand verdrängen." Schon finden sich unter den hohen und niederen Beamten immer williger Leute, die bereit sind, die Bestrebungen des Großkapitals zu unterstützen. Im Finanzministerium bekleideten (nach Gaal) 13 Ministerialräte 63 Nebenämter bei Aktiengesellschaften, 50 Beamte des Handelsministeriums waren in 127 Unternehmungen tätig, und im Ackerbauministerium saßen 29 Beamte, die 68 Nebenstellungen bekleideten.

Der Adel aber trieb (wie Kautsky gelegentlich zutreffend hervorhob) seit langem immer schneller dem finanziellen Untergange entgegen. Wohl fand sein Nachwuchs in den zahllosen Beamten-, später auch im steigenden Maße in den Offiziersstellen willkommene Versorgung. Allein bald reichten alle diese Stellen nicht mehr aus, und so mußte er stets häufiger in den Dienst des Großkapitals treten und geriet damit immer mehr in Abhängigkeit von ihm. Schließlich war

die Lage in vielen Gegenden des Landes die gleiche, wie sie vor Jahren Treitschke in England sah: Die echten Landjunker waren verschwunden, und an ihre Stelle waren die Großkaufleute, Rentner und Finanzmänner getreten. Eine Pseudojunkerschaft hat ihren Einzug auf den alten Burgen gehalten, die behäbige, stolze und würdevolle Aristokratie der Grundrente hat der beweglichen, würdelosen, gemeinen Aristokratie der Dividende den Platz räumen müssen, die nun mit ihrem zügellosen Erwerbstriebe allem Bestehenden den Untergang droht. „Ein gewisser Pomp ist immer noch vorhanden, aber was für Wirklichkeiten verhüllen diese Gewänder: gierigen Handel, gemeine Gewinnsucht, freche Reklame."

Solchem Wandel gegenüber mochte manchem der früheren Herren die Demokratie noch als das Begehrenswertere erscheinen. Denn ging nach den Wünschen des Volkes der Grund und Boden in zunehmendem Maße in die Hände von Kleinbauern über, so erwarben ihn doch Leute, die gleicher Beruf, gleiche Umwelt, gleiche Liebe zu der gesegneten Erde mit den früheren Eignern verband. Auch hat Jahrhunderte alte Gewohnheit diese Leute zur Ehrfurcht vor den Herrn erzogen, sodaß sie jedenfalls leichter auch weiterhin in willigem Gehorsam erhalten werden könnten als jene fremden Eindringlinge, die verachtungsvoll auf die Vergangenheit herabsehen, die niemals innerliche Beziehungen zum Boden hatten, und die ihn nun entheiligen, weil er ihnen nichts ist als eine seelenlose Ware, deren Erwerb Gewinn verspricht.

Und wenden die Führer des Volkes den Blick von dem eigenen Empfinden, bedenken sie das Wohl des Vaterlandes, mit dem sie sich doch eins fühlen, wie der Vater mit dem Kinde, das er gehegt und gepflegt hat, und das er zu seiner Lust blühen und gedeihen sieht, dann muß in ihnen gleichfalls die Erkenntnis reifen, daß sie ihr Werk nicht besser vollenden können, als wenn sie es mit neuem, entwicklungsfrohem, demokratischem Geiste erfüllen. Denn nur wenn sie sich hierzu entschließen, können sie hoffen, es für die schweren Aufgaben zu wappnen, die seiner nach dem Kriege harren.

Auch die Vorherrschaft des Magyarentums läßt sich nur aufrechterhalten, wenn es sich selbst des demokratischen Gedankens bemächtigt und damit den Führern der nichtmagyarischen Völker Ungarns ihrer stärkste Waffe entwindet. Denn mit den wenigen Mannen, die bisher die Schanzen der Verfassung besetzt hielten, lassen sich diese gegen die unter dem Banner der Demokratie heranstürmenden Nationalitäten künftighin nicht mehr verteidigen. Das kleine, auf gefähr-

detem Boden seit Jahrhunderten todesmutig ausharrende Volk der Magyaren kann in den Kämpfen des 20. Jahrhunderts, die mit großen Massen ausgefochten werden, seine Unabhängigkeit nur behaupten, wenn es alle seine Söhne unter die Fahnen ruft.

Seine besten Männer haben dies auch längst erkannt. Darum hat Roland von Hegedüs die Führer der Nation daran gemahnt, daß eine geschichtliche Klasse nur die sein kann, die es nicht nur nicht behindert, sondern es selbst möglich macht, daß über sie hinweg neue Generationen in die Geschichte der Zukunft aufsteigen können; darum verlangt Alexander Wekerle, daß in Hinkunft jeder Mann im Volke seine ganze Arbeitskraft voll einsetze, damit sein eigenes Wohl und das Gedeihen des Volkes gesichert sei. Denn die Arbeit sei der regierende Planet unseres Zeitalters, und nur in ihrem Zeichen könne sich die Zukunft der Nation verheißungsvoll gestalten.

So führen denn nicht nur der Zwang der Tatsachen, nicht nur kluge politische Erwägung und gesundes soziales Empfinden, sondern auch ihre Liebe zu Staat und Nation die reifsten Köpfe des Magyarentums in den Gedankenkreis der Demokratie. Das aber bedeutet für sie mit Naturnotwendigkeit gleichzeitig auch eine Abkehr von den Ausschreitungen des Nationalismus. Denn sie sehen nun, daß die sozialen Fragen in Wirklichkeit weit wichtiger sind als die nationalen, und daß diese nicht endgültig bereinigt werden können, solange jene noch ungelöst sind. Den innersten Gefühlen der Magyaren entspricht diese Einsicht freilich keineswegs. Ist doch jeder in dem Glauben aufgezogen, daß dem Magyarentume die unbedingte Alleinherrschaft in Ungarn gebühre. Auch Hegedüs muß gelegentlich eingestehen: „Würde eines schönen Tages ein Seelenphotograph bei uns vorsprechen um mit irgendwelchen Wunder-X-Strahlen das Bild unserer verborgensten Sehnsüchte hervorzuzaubern, so würde er in mir und in jedem Ungar hinter allen Reden und abweichenden Prinzipien die absolute Sehnsucht entdecken, daß in dem Karpathenbecken jedermann ein Ungar sei."

Bis in die letzten Jahrzehnte hinein schien es auch, als sollte diesem Sehnen Erfüllung werden. Der ungarische Adel reichte so tief in den Bauernstand hinein und hatte dadurch eine so breite, sichere Grundlage gewonnen, daß es ihm lange Zeit hindurch ein Leichtes war, die aufstrebenden Schichten der nichtmagyarischen Völker in das magyarische Lager hinüberzuziehen. Sogar das eingeführte ausländische Kapital sowie die aus dem Auslande verschriebenen Werkführer wurden (wie Hegedüs hervorhebt) mit

wenigen Ausnahmen ebenso magyarisiert wie die Arbeiterschaft. Erst als die Zahl der nach voller Geltung ringenden Nichtmagyaren immer größer wurde, zeigte es sich, daß die Wünsche des Magyarentums undurchführbar waren. Bald fand man nicht einmal mehr genügend Leute, die befähigt gewesen wären, die Verwaltung des Landes sachgemäß zu leiten, weil die Gebildeten der „Nationalitäten" (falls sie sich nicht dem herrschenden Magyarentum anschlossen) zu keiner Verwaltungstätigkeit zugelassen wurden, die Zahl der Magyaren und der Magyarisierten aber mit der Zeit unzureichend wurde.

So drängt denn alles zur Einkehr. Einer der Führer der katholischen Volkspartei erklärte die Forderung nach kultureller Entwicklung der einzelnen Nationalitäten im Rahmen des Staates für vollkommen berechtigt, und ein hervorragendes Mitglied der Regierungspartei meinte, man müsse die Nationalitätenfrage ebenso aus der Politik ausscheiden und sie zur gesellschaftlichen Anordnung wandeln, wie dies mit der Glaubensfrage geschehen sei. Der ehemalige Unterrichtsminister von Berzeviczy aber schrieb (im „Jungen Europa", 1915 VII) die schönen, frohe Hoffnungen weckende Worte: „Wir werden uns gewiß niemals unseren nationalen Ideen entfremden, wir werden niemals dem Kosmopolitismus das Wort reden, aber wir wollen und werden auch niemals dem Wahnwitze verfallen, welcher, die Devise des Nationalitätenprinzips mißbrauchend, in unseren Tagen sein Wesen treibt und den fürchterlichen Weltkrieg entfesselt hat."

In ganz ähnlicher Weise bilden sich in Ungarn aber auch neue Ansichten über den staatsrechtlichen Streit mit Österreich, wenngleich die Wandlung, die auf diesem Gebiete Platz greifen soll, den herrschenden Kreisen vielleicht noch schwerer fallen mag, als die Änderung der Haltung gegenüber den völkischen Fragen. Denn bisher hatten es diese Kreise, die ein so „heißes Machtbegehren hegten wie heute kaum irgendeine der konservativen Gruppen am europäischen Festlande" (nach der Ansicht Zweybrücks) tatsächlich als ihre „hauptsächliche Sorge" betrachtet, „ihren Einfluß der Krone und den politischen Bildungen Zisleithaniens gegenüber zu wahren und zu stärken", was ihnen nur möglich erschien, wenn sie das Band der Gemeinsamkeit mit Österreich immer mehr lockerten.

Nun aber haben die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte die Magyaren doch schon gelehrt, daß sich trotz dieser Gemeinsamkeit die staatliche Sonderstellung Ungarns innerhalb des Doppelreiches in ausreichendem Maße behaupten läßt, und daß selbst bei einer

weiteren Stärkung der Gemeinsamkeit die Unabhängigkeit des Landes für alle Zukunft gesichert ist. Steht dies aber einmal fest, dann entfällt für jeden Denkenden auch der letzte Grund, den alten staatsrechtlichen Streit noch weiter fortzusetzen. Niemand kann dann mehr leugnen, daß die Gemeinsamkeit der beiden Staaten Ungarn nur Vorteile bringt. Auch die ungenannte Persönlichkeit, die (wie der Verleger meint) „kraft ihrer Stellung befähigt und befugt ist Willensmeinung und Absicht der maßgebenden Stellen in Österreich-Ungarn zu kennen“, hat ja in ihrer — im übrigen wenig aufschlußgebenden — Schrift „Einkreisung und Durchbruch der Zentralmächte“ (Warnsdorf 1916, S. 41 f.) nachdrücklich darauf hingewiesen, daß jetzt täglich aufs neue erhärtet werde, wieviel die Zugehörigkeit zu einer starken Großmacht für Ungarn wert sei, und wie ein für sich allein dastehendes Königreich Ungarn dazu verurteilt wäre, als Vasallenstaat zu leben.

Jedenfalls ist — wie Hoetzsch, „Österreich-Ungarn und der Krieg“ Stuttgart 1915, S. 23, mit Recht vermutet — die Einsicht, was die Armee für den Gesamtstaat bedeutet, ungeheuer gestiegen und jedenfalls hat die Tatsache, daß Ungarn und Österreicher unter einer Fahne, unter einem Oberbefehl, in Wolhynien und Galizien, in Siebenbürgen und in Rumänien, in der Türkei und in Serbien, am Isonzo und in Tirol gemeinsam kämpften, dauernde Spuren auch im Empfinden der Völker Ungarns zurückgelassen. Man hat es nun erlebt, wie wichtig die gegenseitige Verständigung, wie notwendig unter Umständen die Verwendung ungarischer Regimenter auch außerhalb des Landes und wie schädlich daher der Streit über diese Dinge sei.

Vor allem aber stand man unter dem wuchtigen Eindrucke der gemeinsam bestandenen Gefahr. Als die Russen die Karpathenpässe besetzt hatten und man in Pest vielfach ihr Vordringen in die ungarische Ebene befürchtete, waren die staatsrechtlichen Haarspaltereien, aus denen (nach Mensdorff, „Mitteleuropäisches“, S. 25) bei vielen ungarischen Politikern die ganze Politik besteht, sehr schnell verstummt. Man sah nun deutlich, wohin es führen müsse, wenn die übrigen Habsburger Länder nicht mehr zur Verteidigung Ungarns verpflichtet wären, wenn nicht das österreichische Kronland Galizien den ersten Anprall der russischen Woge auffangen und brechen würde. Die Zeiten der Türkenkriege, nach denen man zum Schutze gegen äußere Gefahren eine unauflösbare Verbindung mit den übrigen Ländern des Hauses Österreich geschlossen hatte, wurden wieder lebendig, und

man erkannte aus den Geschehnissen der Gegenwart, wie aus den Ereignissen der Vergangenheit, daß Ungarn den Angriffen seiner Feinde längst erlegen wäre, hätte nicht die Gemeinsamkeit mit Österreich das Land vor dem Untergange bewahrt.

Und noch eine andere Ansicht reift langsam heran. Man gewahrt, wie der staatsrechtliche Zank das ganze öffentliche Leben Ungarns in Bann gehalten und mit seinen unfruchtbaren, längst sinnlosen und veralteten Rabulistereien neuen schöpferischen Gedanken die Wege gesperrt hatte, wie all die — auch im Auslande — vielgepriesenen politischen Erfolge den kulturellen Fortschritt Ungarns nicht nur nicht gefördert, sondern eher gehemmt, und so zwar die äußerliche Selbständigkeit gesichert, dabei aber die innere Abhängigkeit von fremdem Geist und fremdem Geld nur noch fester begründet hatten. Wie Schuppen fällt es von den Augen mancher Verblendeter, die gewähnt haben, das Magyarentum könne in der Kultur etwas werden, weil es politisch etwas ist, und immer größer wird die Zahl jener, die sich zu dem Glauben bekennen, daß wie der Einzelne, so auch ein Volk bleibende Erfolge und innere Befriedigung nicht durch politische Siege über seine nächsten Verbündeten, sondern nur durch emsige Arbeit und treue Pflichterfüllung erringen könne.

So mehren sich denn die Zeichen der Einkehr. Die Furcht vor dem nationalen Fanatismus und der politischen Achtung, die bisher manchen von dem ehrlichen Einbekenntnis der unabweislichen Notwendigkeit einer Neuorientierung abgeschreckt hatte, verliert nach und nach ihre Wirkung, und langsam bereitet sich die langerwartete, langersehnte Reinigung des öffentlichen Lebens von jenen „Helfern" vor, die vorgeben, für die Nation zu leben, indessen sie von ihr leben. Selbst im Parlament kann man schon die Ansicht vertreten hören, daß die Tage der Sonderung der Parteien nach staatsrechtlichen Gesichtspunkten vorüber seien, daß es nach dem Kriege keine Achtundvierziger und Siebenundsechziger Parteien mehr geben werde, weil man in viel größeren Zeiten lebe, als die Achtundvierziger und Siebenundsechziger Zeiten waren.

Auch die politisch bestimmenden Schichten Ungarns werden nun (wie ein ungarisches Regierungsblatt es ausdrückt) „verfehlte Überlieferungen zum alten Eisen werfen", werden beginnen müssen, sich „loszulösen von kleinlicher Scheelsucht, von den Impulsen einer sinnlosen Mißgunst, die das eigene Gedeihen in dem Verderben des anderen erblickt hat". Tatsächlich ist (wenn die Mitteilungen Stolpers im „Österreichischen Volkswirt" vom 3. März 1917 zutreffen)

bei den letzten Ausgleichsverhandlungen zum ersten Male seit Jahrzehnten das ungarische Verlangen nach dem selbständigen Zollgebiete ausgeschaltet geblieben, so daß die Hoffnung besteht, daß auch in Ungarn endlich die alte Gravaminalpolitik von einer aufrichtigen Politik gegenseitiger Förderung abgelöst werden wird. Konnte doch jüngst sogar ein gemeinsames Ernährungsamt gebildet werden, das aus Vertretern aller in Betracht kommenden Zentralstellen Österreichs und Ungarns zusammengesetzt ist und „in allen Angelegenheiten, die mit der Lebensmittelversorgung des Heeres und des Hinterlandes zusammenhängen", das „harmonische Zusammenwirken aller beteiligten Amtsstellen in tunlichstem Maße zu fördern" hat.

Man kann es daher gewiß nicht mehr — wie es die deutschösterreichische Sozialdemokratie auf ihrer Reichskonferenz im März 1916 tat — als sicher bezeichnen, daß sich nach dem Kriege (wie immer der Ausgang sein wird) der Dualismus sowie die kurzsichtige und engherzige Klassenpolitik der Beherrscher Ungarns als das größte Hindernis für jede Ordnung im Sinne europäischer Vernunft erweisen werden. Denn schon scheint es manchmal, als würde sich das Magyarentum auf die Bedingungen seiner Selbsterhaltung besinnen, schon ändern manche seiner Staatsmänner ihre Stellung zu den völkischen wie zu den staatsrechtlichen Fragen, schon wachsen sie aus den „avitischen Verhältnissen" heraus, schon erfüllt immer weitere Kreise der fortschrittliche Geist der europäischen Gedankenwelt. Zur schönen Wirklichkeit scheint so zu werden, was Somßchich schon 1850 hoffte, als er schrieb: „Österreich, das gesamte große Österreich achte, schütze und garantiere die Selbständigkeit Ungarns, um diesen Preis wird Ungarn — nach der festgesetzten Erbfolge mit der Gesamtmonarchie ohnehin unzertrennt verbunden — mit ihr auch im Interesse vereinigt sein."

Man darf nicht völlig verzagen. Denn die Führer der Nation haben in den Jahrtausenden der ungarischen Geschichte, die man überblickt, ja mehr als einmal bewiesen, daß sie die Folgerungen aus der Erkenntnis der Tatsachen wohl zu ziehen wissen. War die Lage einmal unhaltbar geworden, dann stellten sie sich im letzten Augenblicke stets selbst an die Spitze der Bewegungen, die jeweils die Zeit beherrschten, und wahrten dadurch ihrem Lande die Möglichkeit seines Bestandes und sich den Besitz der Macht. Dabei galt es im letzten Jahrhunderte, immer denselben Bestrebungen zum Ziele zu verhelfen: dem sozialen und kulturellen Fortschritte, der

Befriedigung der nichtmagyarischen Völker im Lande und dem Anschlusse an Österreich und an das Deutschtum.

So rief 1830 (als man in Ungarn erkannte, daß die Nation inmitten des unaufhaltsamen geistigen, politischen und wirtschaftlichen Fortschrittes der übrigen Nationen des gebildeten Europas zurückbleibe, ja daß infolge dieses Stillstandes sein eigener Bestand auch in staatlicher und nationaler Hinsicht ernstlich bedroht sei) Graf Stephan Széchenyi sein Volk aus dem Zustande träumerischer Untätigkeit und fatalistischer Sorglosigkeit zu frischer Tatkraft, zu fruchtbarer Arbeit, zu erfolgverheißender Selbsterziehung auf. Während auf dem Landtage noch einer der „freisinnigsten" Redner erklärte, daß die demokratischen Prinzipien im schärfsten Gegensatze zu allem stünden, was als Heiligstes zu wahren sei, zeigte der größte Ungar der Nation die Wege, die sie einschlagen müsse, um zur Verständigung aller Stände zu gelangen, die Lage des ganzen Volkes (ohne Unterschied der Stände) zu bessern und so aus Ungarn einen gebildeten, in nationaler Hinsicht gesicherten, wirtschaftlich blühenden Staat zu machen. Sein: „Ungarn war nicht, es wird sein" wurde bald die Losung, die Tausende mit neuem Mute, neuer Schaffenskraft erfüllte.

Und neben ihm wirkten (außer vielen anderen) Baron Joseph Eötvös und Baron Siegmund Kemény im gleichen Sinne: Eötvös besonders durch seinen erfolgreichen Tendenzroman „Der Dorfnotar" (in dem er in scharfem, schmerzlich bitterem Ton gegen das „alte Ungarn" mit seinen ständischen Privilegien und seiner veralteten und korrumpierten Komitatswirtschaft ankämpft) und Kemény, „der Fürst der ungarischen Journalisten", der damals — fast verzweifelnd — schrieb: „Wenn es uns nicht gelingt, all das, dessen Aufrechterhaltung, Wiederherstellung oder Schaffung die gemeinsamen Interessen unseres Vaterlandes und unserer Rasse fordern in Einklang zu bringen mit den Fragen der Europäisierung und den nötigen Erfordernissen des Reichsgefühles, dann werden wir, und wenn wir auch unser Vaterland hundertfach mehr liebten als Codrus, und wenn wir hundertmal mehr Tränen vergießen als Niobe, doch zu der Erkenntnis gelangen, daß gerade das Gute, das wir am meisten herbeisehnten, nicht eintrifft und gerade jenes Geschick, das wir am meisten fürchteten, uns heimsucht."

Alle aber, die in den Fortschritten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Ungarns das Heil des Landes erblickten, verwarfen von vornherein den Übereifer in völkischen Dingen. Na-

mentlich Széchenyi (der freilich durchaus westlicher Bildung war und sich selbst in seinen Tagebüchern der deutschen Sprache bediente) warnte böser Ahnungen voll: „Im Friedenswerke der nationalen Umgestaltung erzeugt die geringste Gewalt eine Reaktion, und eine einzige Ungerechtigkeit rächt sich tausendfach. Hier siegt nur allein die geistige Superiorität und die ewige Wahrheit.“ Darum sah auch Kemény die beste Sicherung des eigenen Volkstums und der eigenen Sprache in der Aneignung und Pflege der westeuropäischen Bildung, die dann Eötvös (der glühende Verehrer Goethes) später als Unterrichtsminister überall im Lande zu verbreiten strebte.

Vor allem aber wirkten alle diese Apostel einer neuen Zeit auch für die Gemeinsamkeit mit Österreich. Mit flammenden Worten sprach sich Széchenyi gegen die nach dem Beifall der Menge haschende „Miserikordianer-Politik“ Ludwig Kossuths aus, die zur Entzweiung mit der Krone, zur Trennung von Österreich führen mußte. Denn nur im Einvernehmen mit der Wiener Regierung, in enger Anlehnung an Österreich glaubte er den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau Ungarns vollenden zu können, der sein Werk krönen sollte. Ebenso trat Kemény mit aller Entschiedenheit für ein inniges Zusammenwirken aller Teile des Habsburgerreiches in die Schranken, und Eötvös wollte sogar noch 1859 die „dem ganzen Staate gemeinsamen Angelegenheiten einer dem ganzen Staate gemeinsamen konstitutionellen Gesetzgebung“ übertragen wissen. Dies allein schien ihm eine sichere „Garantie der Macht und Einheit Österreichs“ zu sein und mußte daher von allen erstrebt werden, die das Bestehen der österreichischen Monarchie als Bedürfnis nicht nur der Völker Österreichs, sondern ganz Europas betrachteten. Er folgte damit den Ansichten Baron Nikolaus Wesselenyis, der in seinem „Aufrufe in Angelegenheit der magyarischen und slavischen Nationalität“ schon 1843 (als Erster unter den Politikern Ungarns) vor der Gefahr gewarnt hatte, mit der das Slawentum die österreichische Monarchie und das Magyarentum bedrohe, und der als Schutzwehr dagegen gleichfalls den engsten Anschluß Ungarns an ein konstitutionelles Gesamtreich empfohlen hatte.

So war der Boden trefflich vorbereitet, auf dem dann zu Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts Franz Deák und der ältere Andrássy das Werk der Neuordnung Ungarns vollenden konnten. Sie bauten es gleichfalls auf dem Gedanken der Demokratisierung der Verfassung, der Befriedigung der Nationalitäten und der Gemeinsamkeit mit Österreich auf. Der wirtschaftliche Auf-

schwung, der ihrem Wirken folgte, zeigte, daß die Aufnahme breiterer Schichten in die Schanzen der Verfassung reiche Früchte trägt, das Nationalitätengesetz Eötvös' und Deáks sowie die Gesetze über die Autonomie der serbischen und rumänischen orthodoxen Kirche erwiesen, daß sich die Einheitlichkeit der ungarischen Nation mit der Erfüllung bescheidener Ansprüche der Nationalitäten wohl vereinbaren läßt, und der Ausgleich, den Deák und Andrássy mit Österreich und der Krone schlossen, zeigte, daß auch begeisterte Magyaren die Überzeugung hegen können, daß Ungarn seine Zukunft, ja die Bürgschaft seines Bestandes nur im Rahmen der Monarchie finden kann.

Heute nun — da die wirtschaftlichen und geistigen Umwälzungen, die der Krieg hervorrief, abermals eine Neuordnung des ungarischen Staatslebens notwendig machen — gilt es wieder, an die Gedankengänge Széchenyis, Eötvös', Keménys, Wesselenyis, Deáks und des älteren Andrássy anzuknüpfen, die — wie sich zeigte — allein das Blühen und Gedeihen Ungarns, wie die Festigung der ungarisch-deutschen Beziehungen für alle Zukunft gewährleisten. Man darf daher wohl hoffen, daß sich unter den — meist adeligen — „Führern der Nation" abermals Politiker finden, die dies erkennen und danach handeln. Denn was immer man auch über den führenden ungarischen Adel und über die Wirkungen denken mag, die seine Herrschaft in den vergangenen Jahrhunderten hatte, wer ihn nicht nur nach den „Fehlern seiner Tugenden" beurteilen will, wird jedenfalls anerkennen müssen, daß er zu allen Zeiten ganze Männer voll begeisterter Vaterlandsliebe und hingebungsvollster Aufopferungsfähigkeit in seinen Reihen hatte.

Wohl hat er die Rechte, die er sich nahm, nicht immer in das richtige Verhältnis zu den Pflichten gebracht, die er sich stellte, zu den Aufgaben, denen er gewachsen war. Allein wenn der Staat, um seine Kraft steigern und sich gegen äußere Gefahren wappnen zu können, einmal auch von den Machthabern Pflichten heischen, auch die stets Begünstigten vor schwere Aufgaben stellen mußte, hat der Adel Ungarns — wenngleich nicht immer leichten Herzens — stets ohne Murren seine Opfer auf den Altar des Vaterlandes gelegt und sich so doch immer wieder der großen Vorrechte würdig erwiesen, die er oft allzu schrankenlos genoß.

Nun freilich fordert der Augenblick von den Führern der Nation eine Tat, wie sie noch keine Zeit je forderte: ein selbstloses Hintansetzen der eigenen Interessen, ein williges Eingehen auf die Bedürfnisse der Masse des Volkes, ein arbeitsfrohes Wirken im Dienste

der Gesamtheit. Allein, wenn das große Vorbild, das ihnen ihre Ahnen gaben, nicht völlig verblaßt ist, werden sie sich auch dieser Arbeit nicht versagen. Die Gunst der Stunde erleichtert ihnen den Entschluß. Denn eben jetzt ist es — um mit Nietzsche zu reden — dank allen freien Geistern dem adelig Geborenen und Erzogenen erlaubt und nicht mehr schimpflich, in den Orden der Erkenntnis zu treten und dort geistigere Weihen zu holen, höhere Ritterdienste zu leisten, als bisher und zu jenem Ideal der siegreichen Weisheit aufzuschauen, welches noch keine Zeit mit so gutem Gewissen vor sich aufstellen durfte wie die Zeit, welche gerade jetzt kommen wird.

Es ist nicht Sache des wissenschaftlichen Betrachters, sondern (höchstens vielleicht) die Art kombinationslüsterner Politiker, die Frage zu erörtern, ob einer aus dem Kreise der Herrschenden oder ein Führer der aufstrebenden Demokratie die Grundlagen der inneren Erneuerung Ungarns und damit die Voraussetzungen der Festigung der ungarisch-deutschen Beziehungen schaffen wird. Sicher aber ist, daß sowohl die Neuordnung Ungarns im demokratischen Geiste, wie die Verinnerlichung des Verhältnisses zwischen Deutschtum und Magyarentum nicht mehr lange auf sich warten lassen kann. Denn das Einzige, was der naturgemäßen Entwicklung nach diesen Richtungen hin bisher im Wege stand, war ja der Überschwang des Nationalgefühles, der Chauvinismus, der lange Zeit die ungarische Öffentlichkeit fast hemmungslos beherrschte und der nun doch wohl als im Rückgange begriffen gelten kann.

Dem Empfinden unserer Tage entspricht er jedenfalls längst nicht mehr, wenngleich einige führende Staatsmänner hier und dort ihm noch zu huldigen scheinen. Zu großes Leid hat er durch den Krieg, den er entfesseln half, über die Welt gebracht, zu herbes Weh hat er damit den Völkern bereitet, die sich von ihm betören ließen. Sogar das deutsche Volk mußte schließlich schwer unter ihm leiden, obwohl es sich stets frei von ihm gehalten hat. Ja, man hat im Deutschen Reiche sogar oft genug nicht zwischen berechtigtem Nationalstolz und verwerflichem Chauvinismus unterschieden. Noch Kant glaubte so mit gutem Recht versichern zu können, es sei dem deutschen Charakter nicht angemessen, „ihm von einem Nationalstolz vorzuschwatzen“, und Schopenhauer hat den Nationalstolz gar als „die wohlfeilste Art des Stolzes“ erklärt. Denn er verrate in dem damit Behafteten den Mangel an individuellen Eigenschaften, auf die er stolz sein könne,

da er sonst nicht zu dem greifen würde, was er mit so vielen Millionen teilt.

Dabei mag es immerhin zweifelhaft bleiben, ob das deutsche Volk in seiner Gesamtheit auch heute noch diese abfälligen Urteile bestätigt, die seine großen Denker einst so unterschiedlos über den Nationalstolz fällten. Die fast übermenschlichen Leistungen, die es in den letzten Jahren vollbrachte, würden ihm sicherlich das Recht geben, den Kopf sehr hoch zu tragen. Allein, was sich dadurch in ihm auch geändert haben mag, den verhängnisvollen Schritt von wohlerworbenem Selbstbewußtsein zum gesittungsfeindlichen nationalen Fanatismus wird es niemals tun. Hat doch selbst unter den Deutschen Österreichs, bei denen sich völkische Hochgefühle sonst stets besonders lebhaft regten, der Nationalismus, der „das heilige Gefühl leiblicher und geistiger Zusammengehörigkeit zum politischen Geschäft und die Verhetzung der Völker zum Beruf macht", stets nur leidenschaftliche Gegner gefunden.

„Ein wirklich Gebildeter kennt keinen Nationalhaß; dieser hat seine Stätte nur bei den rohen Massen," schreibt (in der lesenswerten Aufsatzsammlung „Zeitfragen", Wien 1917, S. 34) der aus völkischen Kreisen hervorgegangene deutsche Sozialdemokrat Engelbert Pernerstorfer. „Gewiß ist, daß die Nationen um so höher eingeschätzt werden müssen, je mehr sie im allgemeinen das Stadium des übertriebenen blinden Nationalgefühls überwunden haben," erklärt (in einer zeitgemäßen Abhandlung über „Nationalismus und Patriotismus", Graz 1916, S. 6) Hofrat Dr. Schoberlechner. „Die nationale Entwicklung soll nie und nimmer die Gegensätze zwischen den einzelnen Nationen verschiedener Staaten verschärfen, sondern soll nur ein edler Wettstreit der Nationen sein, geführt mit den erlaubten Mitteln der Kultur," wünscht (in einem werbekräftigen, in den „Katholischen Schulblättern" 1914 erschienenen Aufsatze „Krieg, Patriotismus, Nationalismus, Katholizismus") der katholische Theologe Professor Ude. „Die blutige Katastrophe des hypertrophen Afternationalismus ist da," verkündet (in einer von hohen Empfindungen getragenen, gedankenreichen Schrift „Die Förderung des nationalen Friedens in Österreich und die Religion", Graz. 1915) der evangelische Pfarrer Dr. Friedrich Selle.

Fast allgemein scheint so bei den Deutschen Österreichs ebenso wie anderwärts in der Welt die Abkehr von allen übernationalistischen Bestrebungen zu sein. Ebenso allgemein aber ist jetzt allenthalben der Glaube an den Sieg volksfreundlicher Ideen. Auch er wurzelt

aber seit jeher besonders fest im deutschen Volke. Denn diesem war es (nach Fichtes Worten) stets durchaus klar, daß die Ungleichheit der Rechte die eigentliche Quelle der schlechten Sitte, und die stillschweigende Voraussetzung, daß es bei dieser Ungleichheit bleiben müsse, die schlechte Sitte selbst sei. So hat das deutsche Volk denn stets erkannt, daß (wie Herder meint) die Gesundheit und Dauer eines Staates auf einem weisen und glücklichen Gleichgewichte seiner lebendig wirkenden Kräfte beruht, und daß die Staaten um so fester und dauernder sind, je tiefer bei diesem lebendigen Streben ihr Schwerpunkt ist.

Nur was fast alle empfanden, hat darum der deutsche Reichskanzler verkündet, als er im preußischen Abgeordnetenhause seiner „unerschütterlichen Überzeugung" Ausdruck gab, daß das Erleben dieses Krieges zu einer Umgestaltung des innerpolitischen Lebens des Deutschen Reiches in wichtigen Beziehungen führen muß und führen wird — jedem Widerspruch zum Trotz. Denn eine Politik der Stärke, wie sie das deutsche Volk brauche, um überhaupt leben zu können, lasse sich (seiner Meinung nach) nur führen, wenn die politischen Rechte der Gesamtheit des Volkes in allen seinen Schichten, auch in seinen breiten Massen, vollberechtigte und freudige Mitwirkung an der staatlichen Arbeit ermöglichen. Keinesfalls könne man jedoch nach einer Katastrophe, wie sie die Zeit überhaupt noch nicht gesehen hat, deren Umfang wir Mitlebenden und Mithandelnden überhaupt nicht verstehen können, einfach wieder an das anknüpfen, was vorher war.

Diese Erkenntnis ist so allgemein, daß des Kanzlers Worte überall vernommen werden müssen und sicher auch in Ungarn offene Ohren und willige Herzen finden werden. Denn sie entspringen eben dem Geiste der Zeit, der keine Landesgrenzen, keine Völkerunterschiede kennt, und den daher kein Staat mißachten darf, ohne sein Gedeihen, ja seinen Bestand sehr ernstlich zu gefährden. Sind doch — wie bereits Kant hervorhob — die Staaten schon in einem so künstlichen Verhältnisse gegeneinander, daß keiner in der inneren Kultur nachlassen kann, ohne gegen die anderen an Macht und Einfluß zu verlieren. Irrt einer oder bleibt er auf dem halben Wege einer ererbten Überlieferung stehen, so muß er die Folgen seines Irrtums tragen und bitter büßen, was er in Lässigkeit und eitlem Hochmut versäumte. Auch den Staaten hilft die Gottheit nur durch ihrer Bürger Fleiß, durch ihren Verstand, durch ihre Kräfte.

Es ist einleuchtend, daß die notwendige Umgestaltung sich allenthalben — und somit gewiß auch in Ungarn — um so ruhiger

und ungezwungener vollziehen wird, je bereitwilliger die bisher herrschenden Stände selber die Hand ans Werk legen, je weniger es dazu des Drängens anderer bedarf. Dabei ist wohl zu beachten, daß für die Völker keineswegs die politischen Forderungen in erster Linie stehen, daß es sich ihnen vielmehr vor allem um die Besserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage handelt. Es müssen daher die bisherigen Zustände auch durchaus nicht durch die breiten Massen der Völker Ungarns selbst, sondern nur zu ihren Gunsten geändert werden. Glaubte doch — beispielsweise — selbst ein Lassalle an ein „soziales Königtum“, das, „noch aus seinem ursprünglichen Teige geknetet“, wahrhaft große, nationale und volksgemäße Ziele verfolgen und erreichen könnte. Warum sollten nicht auch neue, von sozialem Geiste erfüllte Staatsmänner aus den herrschenden Kreisen Ungarns vollbringen, was Lassalle von dem sozialen Königtume erhoffte?

Mit arger Rückständigkeit aber würde es Ungarn zahlen, bliebe es dem neuen Geiste völlig fremd, der nun die Welt erfüllt. Nimmt es dagegen die neuen, im deutschen Volksbewußtsein so lebendigen Gedanken freudig auf, dann wird es gewiß den deutschen Geist, die deutsche Art noch besser zu würdigen wissen. Dann kommt es — ganz von selbst — auch zu der langerstrebten Verinnerlichung der Beziehungen zwischen Deutschtum und Magyarentum.

Im deutschen Lager hat man sich dieses Augenblickes schon vor Jahrzehnten ehrlich gefreut. „Wenn in Ungarn Vertrauen an die Stelle des Mißtrauens, wenn die Hoffnung an die Stelle des Zweifels träte, und wenn die Erfüllung dem Versprechen auf dem Fuße folgte: Was ließe sich nicht mit einer feurigen, phantasiereichen, hochsinnigen Nation wie die ungarische ausrichten?“ meinte bereits Friedrich List.

Nun soll — nach manchen schweren Stunden — diese Frage ihre Antwort finden. Nun soll es sich erweisen, was jene große Gefühls- und Interessensolidarität der beiden Völker vermag, die (nach Andrássy) nicht darauf angelegt ist, sich gegenseitig auszubeuten, sondern bestrebt ist, daß einer den anderen unterstütze, stärke, Nutzen bringe. Noch lagern die schweren Wolken des Krieges über den Ländern und zwingen die Völker Mitteleuropas zu gemeinsamem Kampf. Schon aber dringt durch das finstere Gewölk ein Schein der kommenden Friedenszeit, die all diese Völker zu frohem Schaffen am Werke der Entwicklung der Menschheit einen soll. Verheißungsvoll regt sich in ihnen die stärkende, unverlierbare Zuversicht, die aus Nietzsches zukunftsfrohen Worten leuchtet: Wahrlich eine Stätte der

Genesung soll noch die Erde werden, und schon liegt ein neuer Geruch um sie, ein heilbringender, und eine neue Hoffnung.

VI.

Gerade in Ungarn hat sich das vorfrühlingsstarke Hoffen, das aus diesen Worten Nietzsches spricht, schneller erfüllt, als selbst die Hoffnungsfreudigsten erwarten durften. Schon wenige Wochen, nachdem die vorliegende Arbeit abgeschlossen war, erschienen hier die Vorboten einer neuen Zeit. Am 29. April 1917 veröffentlichte das ungarische Amtsblatt ein Handschreiben des Kaisers an den Ministerpräsidenten Grafen Tisza, in dem die ungarische Regierung aufgefordert wurde, umgehend die geeigneten Vorschläge zu unterbreiten, in denen die kaiserliche Anerkennung für die bewunderungswürdige Kraftanstrengung und für die patriotische Haltung der Nation in den schicksalsschweren Tagen dieses Weltenringens „in einem umfassenden System der volkswirtschaftlichen Einrichtungen und in einer Erweiterung des Wahlrechtes“ zutage treten sollten.

Damit hatte sich der Kaiser auf die Seite der nach politischer Geltung ringenden Massen der Völker Ungarns gestellt, damit war ihrem Streben die Erfüllung gesichert. Noch hoffte Graf Tisza, der Führer der ungarischen Oligarchie, das Unheil beschwören zu können, das der Adelsherrschaft im Lande drohte, noch hoffte er die nun einmal in Aussicht gestellte Wahlreform durchführen zu können, „ohne daß die führende politische Stellung der ungarischen Intelligenz gefährdet“ werde. Allein die Völker ließen sich nicht mehr mit Brosamen abspeisen. Ende Mai mußte Graf Tisza seine Entlassung nehmen, da seine — ganz unzulänglichen — Vorschläge über die Erweiterung des Wahlrechtes vom Herrscher abgelehnt worden waren. Auch dem Kurzsichtigsten war es damit klar geworden, daß die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes an allerhöchster Stelle gebilligt wurde, daß in dieser Frage zwischen den breiten Volksmassen und der Krone eine vollkommene Übereinstimmung bestand. Man hatte sich wohl in Wien der Worte erinnert, die Fürst Metternich schon 1844 an den Erzherzog Palatin von Ungarn geschrieben hatte: „Hier ist Hilfe nötig. Und woher soll diese kommen? Wenn sie nicht von oben kommt, so bleibt dem Reiche nur ein Weg offen, um sich seiner Übelstände zu entledigen, der Weg der sozialen Revolution“.

Diesen nun wollte man diesmal vermeiden und so konnte schon

in den ersten Junitagen die Residenzstadt Pest „mit patriotischer Begeisterung und Huldigung" ihren König begrüßen, der mit dem Glanze und Ansehen der Krone die Wahrheit besiegelt hatte, daß das Volk in Waffen durch das Vergießen seines Blutes, das arbeitende Volk durch seine Arbeit sich das Recht erworben hat, auch im Frieden das Schicksal des Vaterlandes leiten zu können, das seine Erhaltung ihm zu verdanken hat."

Der nun neu ernannten Regierung des Grafen Moritz Eßterházy, deren „Entstehungsgrund und Daseinsberechtigung" die Verwirklichung des allgemeinen Wahlrechtes war, blieb indessen nur wenig Zeit diesem Ziele nachzustreben. Schon Ende August 1917 mußte der Ministerpräsident zurücktreten, um Alexander Wekerle Platz zu machen, der vor mehr als einem Jahrzehnt (als Leiter des Koalitionsministeriums) bewiesen hatte, daß man in Ungarn auch jahrelang Wahlrechtsreformen versprechen könne, ohne sie durchzuführen. Auch jetzt erklärte er, daß die Reform des Wahlrechtes die Existenzgrundlage des Kabinettes bilde, mit der es stehe und falle. Allein es verstrichen Monate, ehe die Wahlrechtsvorlage auch nur dem Parlamente vorgelegt wurde und erst im Februar dieses Jahres konnte endlich die Wahlreformkommission des ungarischen Abgeordnetenhauses ihre Beratungen beginnen.

Die Vorlage an sich bedeutet freilich einen starken Fortschritt. Denn nach ihr würden in Ungarn fast alle Männer, die das 24. Lebensjahr vollendet haben, ungarische Staatsbürger und des Lesens und Schreibens kundig sind, sowie alle Inhaber einer Tapferkeitsmedaille oder des Karl-Truppenkreuzes das Wahlrecht erhalten. Auch Frauen, die das 24. Lebensjahr vollendet und vier Klassen der Bürgerschule oder einer ähnlichen Bildungsanstalt besucht haben, wären wahlberechtigt. Es würde sich daher die Zahl der Wähler von 1,096.480 auf 3,855.063 (darunter etwa 260.000 Frauen) erhöhen. Von der Gesamtbevölkerung Ungarns wären nunmehr über ein Fünftel (21·1 v. H. gegen 5·8 v. H. unter der Herrschaft des bisherigen Wahlrechtes), von der großjährigen männlichen Bevölkerung fast dreiviertel (74·2 v. H. gegen 25·1 v. H.) wahlberechtigt. Die Zahl der Wähler aus den Kreisen der landwirtschaftlichen Dienstboten würde von 5.228 auf 204.000, die Zahl der Wahlberechtigten land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter von 22.694 auf 526.568, die Zahl der wahlberechtigten Berg-, Industrie- und Verkehrsarbeiter von 34.604 auf 606.343, die Zahl der wahlberechtigten Taglöhner von 1959 auf 64.100 steigen. Zudem würden die Wahlen nunmehr in etwa einem

Drittel des Landes geheim stattfinden und die Reinheit der Wahlen auch sonst „mit größter Strenge gewährleistet" sein. Mit Recht konnte daher der Wahlrechtsminister Dr. Vázsonyi erklären, es sei ein „entwicklungsfähiges Wahlrecht geschaffen worden, das auf dem Intelligenzzensus aufgebaut ist, so daß die Zahl der Wähler von selbst von Jahr zu Jahr steigen wird".

Indessen sind noch starke Kräfte am Werke, um das Zustandekommen dieser Wahlreform zu verhindern oder wenigstens zu verzögern. Alte, oft geübte Künste werden neu erprobt. Vor allem versucht man es naturgemäß mit der stets bewährten staatsrechtlichen „Gravaminalpolitik". Man bemüht sich gegen den zwanzigjährigen Ausgleich mit Österreich Stimmung zu machen und die Massen für die Forderungen des selbständigen ungarischen Heeres zu erhitzen. Allein nur wenige finden sich, die den Widerstand gegen den Ausgleich ernst nehmen und auch der Kampf für das selbständige ungarische Heer wird als „Politik der Säbelquasten" verhöhnt. Die unter der Führung des Grafen Apponyi stehende Unabhängigkeitspartei, die bisher ausschließlich von staatsrechtlichen Schlagworten lebte, löste sich völlig auf und die unter der Führung des Grafen Karolyi stehende Gruppe der Trennungspolitiker ist auf dem besten Wege, sich in eine moderne radikalsoziale Partei umzugestalten.

Auch der Nationalitätenstreit erweist sich nicht mehr als zugkräftig. Als Graf Apponyi den Gebrauch nichtmagyarischer Sprachen im Verkehr zwischen Lehrern und Schülern verbot, als er „im Interesse der Sicherheit des ungarischen Staates und der ungarischen Nation" die Öffnung der rumänischen Lehrerbildungsanstalten verhinderte und die Schließung der rumänischen Volksschulen anordnete, fand er auch in magyarischen Kreisen heftigsten Widerspruch. Selbst als die Tschechen Ansprüche auf ungarisches Gebiet erhoben, vergaß man darüber in Ungarn die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes keineswegs. Rund heraus erklärte vielmehr der Justizminister Dr. Vázsonyi in einem Redestreit gegen den Grafen Tisza, daß die Gegner dieser Forderung in Wirklichkeit nicht nationale, sondern konservative Interessen verfechten wollen.

Ebenso wenig vermochte die Gesetzesvorlage des Grafen Apponyi, die den Kirchen des Landes die Selbstverwaltung ihres Vermögens sichern will, den Blick von dem ersehnten Ziele abzulenken. „Wer jetzt den kirchenpolitischen Kampf dem Kampfe ums Wahlrecht entgegenstellen will, der muß aus dem öffentlichen Leben Ungarns verschwinden", lautete die Losung.

Immerhin gelang es der Gewandtheit Wekerles, die Stellung der ehemals herrschenden Klassen aufs neue zu festigen, und die volksfreundlichen Parteien zu schwächen. Bald hatte er den zur Verwirklichung des Wahlrechtes gebildeten Block gesprengt und die wahrhaft wahlreformfreundliche Partei des Grafen Károlyi aus der Reihe der die Regierung unterstützenden Parteien gedrängt. Bald war auch die Grundlage für ein „ehrliches Kompromiß" in der Wahlrechtsfrage (wie es Graf Tisza erstrebt) geschaffen und „zur Wahrung der gesellschaftlichen Ordnung", zur Bekämpfung der Gefahr, daß „die bolschewikische Weltströmung" auch nach Ungarn dringen könnte, zwischen Wekerle und Tisza ein Bündnis geschlossen, das zwar vermutlich nicht geschrieben und in Paragraphe gefaßt, aber umso fester in der Gleichheit der Erziehung, der Bildung und der Lebensanschauung der beiden verankert ist. Überflüssig zu sagen, daß dabei auch gewisse zur Regierungskrippe zugelassene, sich an der Sonne oligarchischer Huld wärmende „Demokraten" nicht fehlen.

Gelegentlich scheint es denn auch, als geschehe alles, um noch im letzten Augenblick eine wirklich durchgreifende Wahlreform zu vereiteln. So vereinigte Wekerle (nach Ausscheidung der wahrhaft volksfreundlichen Elemente) gerade die konservativsten Mitglieder der wahlrechtsfreundlichen Parteien zu einer neuen Regierungspartei, die nun einen Teil, nach Möglichkeit den größten Teil jener Massen für sich gewinnen soll, die schließlich durch das neue Wahlgesetz politische Rechte erhalten werden. Gleichzeitig ernannte er ein Mitglied der Partei des Grafen Apponyi (die als die rückschrittlichste im Lande gilt) zum Minister des Innern, der die Neuwahlen im Lande zu leiten haben wird. Und endlich verhängte er gerade einen Tag bevor die Wahlreform dem Abgeordnetenhause vorgelegt wurde über die volksfreundlichen Zeitungen die Präventivzensur und gab so der Stimmungsmache der rückschrittlichen Blätter freien Raum für unbeschränkte Betätigung.

Jedenfalls sind die Verwaltungsmaßnahmen der Regierung Wekerle um nichts volksfreundlicher, vielfach sogar rückschrittlicher als es die der Regierung Tisza waren, so daß es mit jedem Tage klarer wird, daß auch die „demokratische" Regierung Wekerle keine andere Politik treiben wird, als die der seit dem Ausgleiche des Jahres 1867 in Ungarn ausschlaggebenden Adels-Oligarchie und Plutokratie.

Indessen werden dieser Politik kaum mehr lange größere Erfolge

beschieden sein. Wohl hat der Krieg Ungarn ungeahnten Reichtum und ein starkes politisches Übergewicht über Österreich gebracht; wohl wird dem Lande auch ein — nicht unbeträchtlicher — Gebietszuwachs beschieden sein. Allein die Vorherrschaft des Adels und seines Anhangs kann in der bisherigen Unumschränktheit nicht mehr bestehen bleiben, wenn die Krone auch weiterhin auf der Seite der volksfreundlichen Elemente im Lande steht und nicht neuerlich staatsrechtliche und nationalistische Forderungen in den Vordergrund rücken läßt. Die Neuwahlen, vor denen Wekerle ebenso zurückschreckt, wie es Tisza tat, werden sich nicht allzu lange mehr vermeiden lassen. Sie werden — wenn den herrschenden Klassen nicht abermals „von Wien" ersehnte Hilfe kommt oder der Siegestaumel den Sinn der Wähler betört — den Grund zu einem neuen, vorwärtsstrebenden Ungarn legen.

Denn fast scheint es nun, als würde sich selbst bei jenen, die noch vor kurzem die völlige Lösung Ungarns von Österreich als das höchste zu erstrebende Gut, als die Voraussetzung für eine glückliche Zukunft des Landes betrachteten, gelegentlich die Erkenntnis regen, daß (um mit Tezner, Österreichische Rundschau vom 1./2. 1918, zu reden) auch die Personalunion, — wegen des von allen Seiten machtvoll eindringenden, auch an die Pforten Ungarns pochenden, nationalen Naturrechtes und wegen der wirtschaftsgeographischen Lage Ungarns — in der Geschichte der untrennbaren und unteilbaren Monarchie des Hauses Österreich nur eine lehrreiche Episode bilden würde, daß alles, was bisher unternommen wurde, um den souveränen magyarischen Nationalstaat aufzurichten, nur Schall und Rauch ist, weil doch jedes Blatt in der Geschichte der Monarchie des Hauses Österreich beweist, daß sie bestand, ob Magyaren und Tschechen sie wollten oder nicht.

Hoffnungsfrohe können sich daher nun in dem Glauben wiegen, daß die Zeiten für immer vorbei sind, in denen (nach den Worten Kants) „die aufrührerischen Untertanen zuletzt einander mit Gewalt eine Verfassung aufdringen wollten, die weit drückender geworden wäre, als die, welche sie verließen; nämlich von Geistlichen und Aristokraten verzehrt zu werden, statt daß sie unter einem alle beherrschenden Oberhaupte mehr Gleichheit in Verteilung der Staatswürden erwarten könnten."

Jedenfalls erfassen jetzt die volksfreundlichen Ideen in Ungarn immer weitere Kreise. Selbst Parteien, die früher konservativsten

Gedanken folgten, zeigen sich ihnen zugänglich. So sucht ein Teil der klerikalen Volkspartei als christlich-soziale Partei in engste Berührung mit weiten Volkskreisen zu treten. So stellte nun gerade der radikalste Teil der Unabhängigkeitspartei soziale Forderungen in den Vordergrund und gewinnt damit eben unter der kernmagyarischen Bevölkerung immer mehr an Boden. So übt die neue bürgerliche radikale Landespartei, deren Programm vor allem für die Ausdehnung der politischen Rechte auf immer weitere Volkskreise, für die Gleichberechtigung der nichtmagyarischen Nationalitäten und für eine gerechte Bodenverteilung eintritt (namentlich durch die werbekräftige Zeitschrift „Huszadik Század“) immer größeren Einfluß auf die öffentliche Meinung aus.

Die stärksten Fortschritte aber macht besonders in letzter Zeit die ungarische Sozialdemokratie. Sie ist nun die einzig wirklich gut organisierte Partei des Landes, die mit gutem Grunde hoffen zu können glaubt, daß sie bei den nächsten Wahlen eine beträchtliche Anzahl von Abgeordneten in das Parlament entsenden wird, in dem sie bisher ohne jede Vertretung war. Schon jetzt nimmt die Zahl ihrer Gewerkschaftsmitglieder ständig zu. War diese Ende 1915 auf 34.381 gefallen, so stieg sie Ende 1916 wieder auf 55.338 und war bereits Ende Juni 1917 (mit etwa 125.000) weit größer als sie zu Kriegsbeginn gewesen war. Denn im ersten Halbjahr 1917 war die Zunahme geradezu stürmisch geworden. Die Zahl der organisierten Metallarbeiter war von 20.696 auf 41.000, die der Eisenbahner von 5.500 auf 12.000, die der Bergarbeiter von 3.200 auf 9.000, die der Holzarbeiter von 3.845 auf 6.100, die der Privatbeamten von 1.412 auf 9.000 gestiegen. Von Tag zu Tag wächst so das Heer der Streiter für den sozialen Fortschritt, während der Stern der herrschenden Adelsoligarchie und Plutokratie langsam sinkt.

Die Stellung des Deutschtums zu dieser Entwicklung in Ungarn kann nicht zweifelhaft sein. Es wird sich — wie mit jedem Tage deutlicher wird — weniger an die (stets nur in Worten deutschfreundlichen) herrschenden Männer, denn an die, eben jetzt so erfolgreich um die Herrschaft ringenden volksfreundlichen Ideen zu halten haben. Dies scheint zwar auf den ersten Blick nicht allzu leicht zu sein. Denn manch herbes Wort tönt gerade aus volksfreundlichen Kreisen jetzt über die Leitha herüber.

Indessen richten sich all diese Angriffe keineswegs gegen das

Deutschtum selbst. Nur „jenen alldeutschen, schwerindustriellen Bestrebungen, die Annexionspolitik treiben und im Dienste eines Gewaltimperialismus wirken“ gilt der Kampf. Ein seinen alten Kulturüberlieferungen getreues, vom Geiste sozialen Fortschritts erfülltes Deutschtum aber wird das neue Ungarn gewiß — in naher wie in ferner Zukunft — als sicheren Bundesgenossen an seiner Seite sehen.

Gerade jetzt, da sich ein neuer Lenz dem Schoße der schmerzdurchwühlten Erde entringt und frisches Grün die deutschen Gräber an Ungarns Grenzen schmückt, will das oftgetäuschte, leidgeprüfte Herz von dieser Hoffnung nicht lassen. Denn auch die Duldensmüdesten, auch die der Verzweiflung Nahen reißt das Wirken und Weben des lachenden Frühlings zu kraftvoller, zukunftsfroher Tat. Mit neuem Mute, neuer Schaffenslust streben nun auch sie das Werk zu vollenden, das die für die Zukunft ihres Volkes Gestorbenen ruhmvoll lassen mußten, folgen auch sie nun freudig der Mahnung, der Goethe die lebensstarken, tatenwirkenden Worte lieh:

D'rum auf bei Zeiten Morgens! ja, und fändet Ihr,
Was gestern Ihr gebaut, schon wieder eingestürzt,
Ameisen gleich nur frisch die Trümmern aufgeräumt!
Und neuen Plan ersonnen, Mittel neu erdacht!
So werdet Ihr — und wenn aus ihren Fugen selbst
Die Welt geschoben in sich selbst zertrümmerte —
Sie wieder bauen, einer Ewigkeit zur Lust.

Graz, im Vorfrühling 1918.




